

**DIE INVESTITIONSPOLITIK DER TSCHECHOSLOWAKEI
IN DEN JAHREN 1948 BIS 1965 UND
IHRE AUSWIRKUNGEN AUF DIE WIRTSCHAFTSSTRUKTUR**

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Grades eines Doktors
der Wirtschaftswissenschaften beim
Fachbereich Wirtschaftswissenschaft
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von

DIPL.-ING. STANISLAVA BRUNNER

aus Prag

1976

Frankfurt 1977

**DIE INVESTITIONSPOLITIK DER TSCHECHOSLOWAKEI
IN DEN JAHREN 1948 BIS 1965 UND
IHRE AUSWIRKUNGEN AUF DIE WIRTSCHAFTSSTRUKTUR**

**Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des Grades eines Doktors
der Wirtschaftswissenschaften beim
Fachbereich Wirtschaftswissenschaft
der Freien Universität Berlin**

vorgelegt von

**Dipl.-Ing. Stanislava Brunner
aus Prag**

Frankfurt 1977

EXAMINATIONEN 1976
UND 1977
BIBEL

UNIVERSITÄT LEIDEN
FACHBEREICH THEOLOGIE
BIBEL
1976



Vorsitzender des Fachbereichs: Professor Dr. Kurt Elsner
Referent: Professor Dr. Karl C. Thalheim
Korreferent: Professor Dr. Peter Knirsch
Tag der mündlichen Prüfung: 3.5.1976

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Einleitung: Problemstellung	9
I. Teil: Die Investitionspolitik der ČSR zwischen 1948 und 1955	21
1. Die Entwicklung der wirtschaftspolitischen Ausgangslage bis zum Jahre 1948	21
1.1. Die materielle Ausgangslage der tschechoslowakischen Wirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg	21
1.2. Das Wirtschaftssystem: Ordnungspolitische Veränderungen bis 1948	24
1.2.1. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel	24
1.2.2. Weltwirtschaftlicher Hintergrund	25
1.2.3. Die Wirtschaftslenkung	28
1.2.3.1. Der Zweijahresplan 1947 - 1948	29
1.2.3.2. Die Investitionsfinanzierung	33
2. Die Investitionspolitik der ČSR zwischen 1948 und 1955	36
2.1. Die ordnungspolitischen Prämissen	36
2.1.1. Das Planungssystem	36
2.1.1.1. Investitionsplanung	39
2.1.2. Investitionsfinanzierung	43
2.2. Ziele der Investitionspolitik im ersten Fünfjahresplan 1949 - 1953	48
2.2.1. Die allgemeinen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen	48
2.2.1.1. Die Entwicklung der Produktionsstruktur	50
2.2.1.2. Anforderungen hinsichtlich der Akkumulation und Investitionsallokation	51
2.3. Die Realisierung des Fünfjahresplans	52
2.3.1. Die Revision der Planaufgaben	52
2.3.2. Die Planerfüllung	52
2.3.3. Die Investitionsallokation und ihre Auswirkungen auf die Produktionsstruktur	56
2.3.4. Die Auswirkungen der Eingliederung der Tschechoslowakei in die Gemeinschaft der Ostblockländer in den Jahren 1949 bis 1953	64

	Seite
2.4. Die Periode der "neuen" Wirtschaftspolitik 1953 bis 1955	70
2.5. Die Effektivität der Investitionstätigkeit während der Jahre 1949 bis 1955	75
2.6. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen hinsichtlich der Anforderungen an die Investitionspolitik der nächsten Periode	80
II. Teil: Die Investitionspolitik der ČSSR zwischen 1956 und 1965	84
1. Die Investitionspolitik zwischen 1956 und 1960	84
1.1. Die Ziele der Investitionspolitik im zweiten Fünfjahresplan 1956 - 1960	84
1.1.1. Die allgemeinen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen	84
1.1.2. Die Aufgaben im Produktionsbereich	86
1.1.3. Anforderungen hinsichtlich der Akkumulation und Investitionsallokation	89
1.2. Der Verlauf und die Erfüllung des zweiten Fünfjahresplans	91
1.2.1. Die verspätete Billigung des endgültigen Planinhalts und die daraus sich ergebenden Änderungen	91
1.2.2. Das Erreichen der Planziele gemessen an Ergebnissen im Jahre 1960	93
1.2.3. Die Investitionsallokation und ihre Auswirkungen auf die Produktionsstruktur	97
1.2.4. Der Einfluß der Außenbeziehungen auf die tschechoslowakische Investitionspolitik in den Jahren 1956 bis 1960	104
1.2.4.1. Die Entwicklung des Außenhandels	104
1.2.4.2. Die Intensivierung der Integrationsbestrebungen der RGW-Länder	111
1.2.5. Der Einfluß der Reformbestrebungen auf dem Gebiet der Wirtschaftslenkung und -planung auf die Investitionsplanung und -durchführung während des 2. Fünfjahresplans	116
1.2.6. Investitionsfinanzierung	124
1.2.6.1. Die Reformziele	125
1.2.6.2. Die Probleme bei der Realisierung des Reformvorhabens	128
1.2.6.3. Die Kontrollfunktion der Banken	132
1.3. Die Investitionseffektivität in den Jahren 1956 bis 1960	138
1.4. Zusammenfassung und Auswertung	141

	Seite
2. Die Investitionspolitik zwischen 1961 und 1965	144
2.1. Die Ziele des dritten Fünfjahresplans 1961 bis 1965	144
2.1.1. Produktionsziele	145
2.1.2. Investitionsziele	146
2.2. Das Scheitern des dritten Fünfjahresplans	147
2.2.1. Schwierigkeiten bei der Planerfüllung	147
2.2.2. Auswertung der Ursachen für das Scheitern des dritten Fünfjahresplans	152
2.3. Die Beurteilung der Jahre 1961 - 1965 insbesondere im Hinblick auf die Investitionseffektivität	154
2.4. Die verschlechterte Wirtschaftslage der Tschecho- slowakei im Spiegel der Außenhandelsentwicklung in den Jahren 1961 bis 1965	160
2.5. Der Einfluß des Lenkungs- und Planungssystems auf die Investitionseffektivität	169
2.5.1. Rückkehr zur Zentralisierung	169
2.5.2. Der bremsende Einfluß des zentralisierten Lenkungssystems auf die Entwicklung der Investitionseffektivität	171
2.5.3. Grundlagen der Neuen Wirtschaftsreform von 1965-66 im Investitionsbereich	174
2.5.3.1. Die neuen indirekten Formen der zentralen Beeinflussung der Investi- tionstätigkeit	176
III. Teil: Zusammenfassung und Auswertung	181
Tabellenanhang	192
Erklärungen zu den Tabellen	204
Literaturverzeichnis	208

VERZEICHNIS VON TABELLEN IM TEXT

	Seite
1. Beschäftigtenanzahl und Produktion 1946 in % des Jahres 1937	23
2. Anteile der Handelspartner an gesamter tschechoslowakischer Ein- und Ausfuhr in den Jahren 1945 - 48 in %	27
3. Anteile der Hauptwarengruppen am tschechoslowakischen Außenhandel in den Jahren 1937, 1947, 1948 in %	27
4. Die geplanten Bruttoinvestitionen 1947 - 1948	30
5. Die Einteilung der Investitionen im Jahre 1948	31
6. Die Erfüllung des Investitionsplans 1947/48 in %	32
7. Die Anteile einzelner Abführungen aus dem Betriebsgewinn in den Jahren 1946 - 1948 in %	34
8. Die Einteilung der Abführungen aus dem Betriebsgewinn in den Jahren 1953 - 55 in %	44
9. Die Verwendung der Abschreibungen im Jahre 1953 in %	45
10. Die Quellen der Investitionsfinanzierung im Jahre 1953 in %	45
11. Die geplante Produktionssteigerung 1949 - 53	50
12. Geplante Verteilung der Gesamtinvestitionen in den Jahren 1949 - 53	52
13. Die Erfüllung der Ziele des ersten Fünfjahresplans	54
14. Der Anteil der Investitionen am Nationaleinkommen 1949-53	56
15. Das Wachstum des Nationaleinkommens, der Investitionen und des Privatkonsums in den Jahren 1949 bis 1953	58
16. Die Investitionsstruktur 1949 - 53	59
17. Die Struktur der Produktion, der Investitionen und der Beschäftigtenzahl nach einzelnen Bereichen und Zweigen in den Jahren 1948 und 1953 in %	61
18. Der tschechoslowakische Außenhandelsumsatz mit der UdSSR in Mill US \$	66
19. Die Struktur des Warenaustausches mit der Sowjetunion 1951 - 1955	66
20a. Anteile von drei Industriegruppen an den industriellen Investitionen und der Produktion in den Jahren 1950, 1953 und 1955	67
20b. Anteile dieser Gruppen am Gesamtexport und -import	67
21. Veränderung von Investitionsvolumen und -allokation während der Jahre 1953 bis 1955 in %	72
22. Der Kapazitätseffekt der Investitionen in den Jahren 1949 - 55	79
23. Geplante Produktionserhöhung in den Jahren 1956 - 60	87
24. Anteile der Gruppe I und II am Gesellschaftsprodukt in %	88
25. Anteile der Akkumulation und des Verbrauchs am gesellschaftlichen Gesamtprodukt in %	89
26. Schätzung der notwendigen Investitionsaufwände in der produktiven Sphäre in den Jahren 1956-1960	90

	Seite
26a. Geschätzte Anteile der Produktionsbereiche an den produktiven und den Industrieinvestitionen in den Jahren 1956-60 in %	91
27. Planziele und -erfüllung im Jahre 1960	94
28a. Planerfüllung bei den einzelnen Industrieprodukten	95
28b. Das Wachstum der Industrieproduktion und des Produktionsverbrauchs nach einzelnen Zweigen	96
29. Die Verwendung und das Wachstum des Nationaleinkommens in den Jahren 1955 und 1960	97
30. Die (hypothetisch) geplante und die tatsächliche Investitionsverteilung 1956-60	98
31. Anteile der Bereiche der nicht produktiven Sphäre an dem Grundfondszuwachs im 1. und 2. Fünfjahresplan	99
32. Veränderung der Produktions- und Beschäftigtenstruktur 1960 gegenüber 1955 und der Investitionsstruktur im zweiten gegenüber dem ersten Fünfjahresplan	100
33. Investitionsentwicklung im Maschinenbau und der Metallurgie in den Jahren 1950 - 1960 in %	103
34. Die Entwicklung des Umsatzes und der territorialen Struktur des tschechoslowakischen Außenhandels in %	105
35. Die Warenstruktur der tschechoslowakischen Ein- und Ausfuhr während des 2. Fünfjahresplans in %	107
36. Handelsbilanzsaldo der ČSSR nach Hauptwarengruppen	111
37. Zentral geplanter Produktionsausstoß 1953-1959	119
38. Planerfüllung bei de- und zentralisierten Investitionen in %	124
39. Die Erfüllung des Plans der Gewinnverwendung (in % des Plans)	129
40. Die Struktur der betrieblichen Finanzmittel in Industrie in %	129
41. Die Verwendungsstruktur des betrieblichen Gewinnanteils und der Subventionen in 1959-1961 in %	130
42. Die Struktur der Finanzmittel für dezentralisierte Investitionen 1959-61 in %	131
43. Die Verwendungsstruktur von Rationalisierungs- und Investitionskrediten nach Wirtschaftszweigen in %	135
44. Die geplanten und die tatsächlichen Subventionen 1959-62 in %	137
45. Die Entwicklung des Rationalisierungseffekts der Investitionen, 1956-61	138
46. Der Kapazitätseffekt der Investitionen in die Industrie 1950-60	139
47. Die Entwicklung des Rationalisierungseffekts der Investitionen in der Industrie 1956 - 1960	140

	Seite
48. Die Entwicklung der Faktoreinsätze und -erträge in den Jahren 1951 - 55 und 1956 - 60 in %	141
49. Die Produktionsziele im 3. Fünfjahresplan 1961 - 1965	145
50. Das geplante Produktionswachstum von Maschinenbauerzeugnissen 1960 - 65	146
51. Die geplanten Investitionen für 1961-65 im Vergleich zu 1956 - 60	146
52. Investitionsentwicklung in den Jahren 1961 bis 1964 in % des Jahres 1961	148
53. Investitionskürzung in der Industrie im Jahre 1963	149
54. Planaufgaben 1964 und geplante Investitionen	151
55. Einsatz von Produktionsfaktoren und ihr Effekt in der Periode 1961-65 und 1956-60	154
56. Der Anteil des Konsums und der Akkumulation am Nationaleinkommen 1961 - 65	155
57. Investitionskoeffizienten der Industriezweige und deren Anteile an gesamten Industrieinvestitionen und -produktion 1956-65	157
58. Das Wachstum des Außenhandelsumsatzes in den Jahren 1955-60 und 1960-65 in %	160
59. Vergleich des Wachstums der Produktion von und des Handels mit Maschinenbauprodukten in dem RGW und der EWG, 1958 - 1963	161
60. Die Warenstruktur der tschechoslowakischen Ein- und Ausfuhr in den Jahren 1960 - 1965	163
61. Die territoriale Außenhandelsstruktur der ČSSR in den Jahren 1960 - 65, in %	166
62. Tschechoslowakische Einkaufs- und Verkaufspreise in % der Preise in der EFTA im Jahre 1964	167
63. Verschlechterung (-) bzw. Verbesserung (+) der tschechoslowakischen Ein- und Ausfuhrpreise 1959 - 64	168
64. Vorgehender Versuch einer Aufgliederung der Quellen des Wirtschaftswachstum in der ČSSR in den Jahren 1951-64	173
65. Die Entwicklung der Wachstumsrate des Nationaleinkommens, des Konsums und der Investitionen sowie der Investitionsquote und des Investitionskoeffizienten 1949 - 1965	182

EINLEITUNG: PROBLEMSTELLUNG

1. Das allgemeinste Ziel des Wirtschaftens ist, in Anbetracht der Knappheit der verfügbaren Produktivkräfte, die bestmögliche gütermäßige Versorgung der Menschen sicherzustellen.

Das höchstmögliche Versorgungsniveau in der Gegenwart ist dann zu erwarten, wenn lediglich Güter für den Verbrauch der privaten Haushalte hergestellt werden. Diesen Stand weiter anzuheben ist nur möglich, wenn entsprechend mehr sachliche Produktionsmittel und Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Eine verbesserte Bedarfsdeckung in der Zukunft erfordert also die Allokation der verfügbaren knappen Mittel nicht nur zur Erzeugung von Gütern für den gegenwärtigen Verbrauch, sondern auch zur Herstellung von sachlichen Produktionsmitteln. Diesen "produktiven Umweg", die Verwendung von Produktivkräften zur Erweiterung oder Verbesserung des Kapitalbestandes für die Erreichung eines höheren Versorgungsniveaus in der Zukunft auf Kosten der Gegenwart, wollen wir in Anlehnung an Meinhold¹ als Nettoinvestition oder erweitert um Aufwendungen zur Erhaltung des Kapitalbestandes als Bruttoinvestition bezeichnen.

In der Terminologie der politischen Ökonomie des Sozialismus werden die Investitionen anders definiert, nämlich als der Aufwand von Mitteln zur Reproduktion der Grundfonds. Damit ist die monetäre Seite des Investitionsvorgangs gemeint; die reale Seite wird als Grundfondsentwicklung bezeichnet². Darunter ist der Ersatz und die Erweiterung von Anlagen und Maschinen zu verstehen bzw. die realisierte Investition gemeint.

2. Ist der Staat der Träger von Investitionsentscheidungen, dann bilden diese den Gegenstand der Investitionspolitik³. Diese ist ein Teilbereich der Prozeß- und Strukturpolitik, die zur Ordnungspolitik in einem nachgeordneten Verhältnis stehen. Aus diesem Aufbau ergibt sich die Aufgabe der Investitionspolitik, innerhalb des ordnungspolitischen Rahmens die prozeß- und strukturpolitischen Zielsetzungen der allgemeinen Wirtschaftspolitik zu verwirklichen.

1) Vgl. Meinhold, Helmut: Stichwort Investitionen, in HdSW 1956, Band 5, S.333.

2) Als Grundfonds werden Anlagefonds bezeichnet, d.h. Gebäude, Anlagen, Maschinen, Aggregate, Werkzeuge und Vorrichtungen, die materielle Bedingungen für Produktion und den nicht produktiven Bereich schaffen (siehe Statistisches Jahrbuch der Tschechoslowakei 1966, S.147).

3) In der marktwirtschaftlichen Ordnung umfaßt der Begriff der Investitionspolitik nicht nur Entscheidungen über öffentliche Investitionen, sondern auch über alle Maßnahmen zur Beeinflussung der privaten Investitionen.

In einer Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischer Prägung wird unter Investitionspolitik die Gesamtheit aller Maßnahmen zur planmäßigen Vorbereitung und Durchführung der Investitionen verstanden¹. Dabei gliedert sich die Tätigkeit des Staates bzw. seiner Organe in die Einzelfunktionen der Zielsetzung, Planung, Realisierung und Kontrolle.

3. Der besondere Charakter der sozialistischen Investitionspolitik liegt vor allem in dem Umstand, daß auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln grundsätzlich die gesamte wirtschaftliche Aktivität zentral geplant und gelenkt wird. Das bedeutet, daß der Staat (bzw. die Kommunistische Partei) alle Maßnahmen in bezug auf die Festlegung und Anwendung des gesamten Investitionsvolumens in zeitlicher, sachlicher und räumlicher Hinsicht trifft: Die investitionspolitischen Ziele werden durch die obersten politischen Organe bzw. durch die von der Kommunistischen Partei kontrollierte Regierung bestimmt.

Diese politischen Direktiven werden an die Staatliche Planungskommission - ein Stabsorgan - zur Konkretisierung und einer ersten Abstimmung mit den verfügbaren Produktivkräften weitergeleitet. Vom Produktionsplan ausgehend werden dabei die notwendigen Veränderungen der Produktionsmittel berechnet und in einem globalen Investitionsplan festgelegt, der anschließend in den entsprechenden Ministerien weiter differenziert wird. Bei mittel- und kurzfristigen Investitionsplänen verläuft der Planungsprozeß "von oben nach unten und von unten nach oben", d.h. die staatlichen Wirtschaftsorgane bis hin zu den Einzelbetrieben werden bei der Planausarbeitung hinzugezogen.

Für die Realisierung der Investitionstätigkeit sind die entsprechenden Ministerien verantwortlich, welche die ihnen unterstellten betrieblichen Einheiten auf die Erfüllung der Planaufgaben verpflichten. Aus dem Staatshaushalt werden den Betrieben Finanzierungsmittel in Form einer Subvention für die geforderte Investition zugeteilt; grundsätzlich² finanzieren sich die Betriebe also nicht selbst, sondern sie führen den Großteil der erwirtschafteten Gewinne an den Staatshaushalt ab.

Die faktische Trennung von Aufwand und Ertrag auf betrieblicher Ebene erschwert die Handhabung einer wirtschaftlichen Kontrolle, die durch eine überwiegend administrative Kontrolle ersetzt wird. Dieses Prinzip, das mit

1) Vgl. Wörterbuch der Oekonomie Sozialismus, Berlin 1967, S.226.

2) Alle allgemeinen Aussagen zur Investitionsplanung und -Finanzierung in diesem Textabschnitt beziehen sich auf den von uns zu untersuchenden Zeitraum bis 1965 bzw. auf die in der Zeit überwiegend angewendete Planungs- und Finanzierungsmethode.

dem Grundsatz einer zentralen wirtschaftlichen Kompetenz verknüpft ist, bildete jedoch den Gegenstand der Reformbestrebungen, die später eingehend behandelt werden sollen.

4. Die grundsätzlichen Bestimmungsvariablen der Investitionstätigkeit sind die Ertragserwartungen und die Finanzierungsmöglichkeiten. In dem marktwirtschaftlichen System sind Ertragserwartungen wertmäßig durch die Anwendung der Zinsrechnung bestimmbar, wobei unterstellt wird, daß die Preise den Knappheitsgrad der Güter widerspiegeln. In einer Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischer Prägung sind die Preise grundsätzlich nicht das Ergebnis eines freien Ausgleichs der Marktkräfte, sondern werden administrativ festgelegt. Die Anwendung von zinsähnlichen Kriterien ist deshalb problematisch. Investitionsentscheidungen werden grundsätzlich unter Heranziehung von politischen Gesichtspunkten gefällt. An Stelle der Wertplanung tritt dementsprechend das Instrument der Mengenplanung. Die vornehmlich in der UdSSR geführte Investitionsdebatte verdeutlicht jedoch das Bestreben, den Übergang von der Mengen- zu einer "sozialistischen" Wertplanung herzustellen¹.

5. Die Mengenplanung basiert auf der Bilanzierungsmethode, mit der die Frage des güterwirtschaftlichen Rechnungszusammenhangs zu lösen versucht wird. Dabei wird von dem volkswirtschaftlichen Bedarf für die Herstellung bestimmter Erzeugnisse ausgegangen, die durch entsprechende Investitionen gesichert werden muß. Der Investitionsaufwand zur Realisierung der politisch festgelegten Produktionsprioritäten wird über die Materialbilanzen ermittelt, die den Bedarf an Investitionsmitteln sichtbar machen.

Wo Bedarfssalden - oder Produktionsengpässe - absehbar sind, ergeben sich Hinweise auf mögliche Investitionsrichtungen², wenn die bestehenden Kapazitäten zur Bedarfsdeckung nicht ausreichen. Mit rechnerischen Koeffizienten, welche die Beziehung herstellen zwischen dem Einsatz von Mitteln des Grundfonds - Maschinen und Anlagen - und der Produktion, wird der Investitionsbedarf für die notwendige Kapazitätserhöhung oder -verbesserung dann abgeleitet.

1) Die Diskussion konzentrierte sich vornehmlich auf die Formen der "Nutzeffektberechnungen der Investitionen", die zur Ergänzung der Mengenbilanzierung herangezogen werden. (Näheres siehe z.B. in "Voprosy ekonomiki", 1958, Nr.9: "Vsjesojuznaja naučno-tehničeskaja konferencija po problemam opredelenija effektivnosti kapitalnych vloženíj..", S.119 ff.)

2) Hinkelammert, F.J.: Neue wissenschaftliche Planungsmethoden, in: Osteuropa-Handbuch, Band Sowjetunion, Das Wirtschaftssystem, Köln, Graz 1965, S.180.

Diesem wird dann das Aufkommen von Investitionsgütern gegenübergestellt, so daß zusätzlich auch der indirekte Aufwand an Mitteln berücksichtigt wird. Da die Materialbilanzen sich getrennt auf einzelne Güter oder Gütergruppen beziehen, besteht die wichtigste Aufgabe der Investitionsplanung darin, aus den vielen Einzelheiten ein konsistentes Ganzes zu bilden.

6. Grundsätzlich wird die Investitionstätigkeit der staatlichen Betriebseinheiten durch ein Zentralorgan finanziert¹. Die Mittel stammen aus den abgeführten Betriebsgewinnen sowie indirekten und direkten Steuern, wobei generell der Umsatzsteuer große Bedeutung zukommt. Aus diesem Aufkommen des Staatshaushaltes - der gelegentlich durch öffentliche Anleihen erweitert wird - werden die Finanzmittel für Investitionen in Form von nicht rückzahlbaren Zuwendungen, die damit den Charakter von Subventionen annehmen, den Betrieben zugeteilt.

Zusätzlich stehen den Betrieben zwei weitere Möglichkeiten der Investitionsfinanzierung offen².

Die erste Möglichkeit stellt die Vergabe von Finanzierungsmitteln in Form von rückzahl- und verzinsbaren Investitionskrediten dar. Diese sind für dezentralisiert geplante Investitionen vorgesehen und stehen damit im Zeichen einer beschränkten betrieblichen Autonomie; zugleich wird hier der Forderung nach einer wirtschaftlichen Kontrolle der Investitionstätigkeit Rechnung getragen.

Grundsätzlich wird diese Möglichkeit aber nur ergänzend zu der Möglichkeit der betrieblichen Selbstfinanzierung wahrgenommen. Selbstfinanzierung ist vor allem für kleinere, die gesamtwirtschaftlichen Proportionen nicht tangierende Investitionen vorgesehen. Das Ausmaß der Selbstfinanzierung hängt im wesentlichen von dem Gewinnanteil ab, den der Betrieb zurückbehalten kann. Die Tendenz der verschiedenen Reformen in den meisten sozialistischen Ländern läuft darauf hinaus, diesen Anteil und die Möglichkeiten der Kreditfinanzierung sowie die betrieblichen Investitionsaufgaben auszuweiten.

- 1) Wiederum muß hier einschränkend gesagt werden, daß diese vereinfachte Aussage nur für die bis Mitte der sechziger Jahre übliche Finanzierungspraxis gilt. Näheres siehe in den folgenden Abschnitten über Investitionsfinanzierung.
- 2) Inwieweit sie genutzt werden können, hängt von dem Zentralisierungsgrad des Planungs-, Lenkungs- und Kontrollsystems der Wirtschaft ab. Innerhalb des sozialistischen Lagers ließen sich in den vergangenen zwanzig Jahren Schwankungen zwischen den beiden Polen Zentralisierung und Dezentralisierung feststellen, wobei der allgemeine Trend des Reformprozesses in Richtung Dezentralisierung verlief.

7. Nach der Theorie der politischen Ökonomie des Sozialismus leiten sich die grundsätzlichen Ziele der Investitionspolitik aus den "objektiven ökonomischen Gesetzen des Sozialismus" ab:

- (1) Das "ökonomische Grundgesetz" fordert "die Sicherung der maximalen Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft durch ein ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommenung der Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik." ¹

Dieses Gesetz stellt die Forderung nach der Maximierung einer umfassenden Wohlfahrtsfunktion auf. Der Wohlfahrtsbegriff umfaßt neben dem materiellen Endverbrauch der Privathaushalte auch verbesserte Arbeitsbedingungen, die Verlängerung und die Möglichkeit sinnvoller Nutzung der Freizeit und die Vervollkommenung der kulturellen und sozialen Leistungen. Voraussetzung zur Realisierung dieser Zielsetzung ist vorrangig die Stärkung der politischen, ökonomischen und militärischen Macht des sozialistischen Staatswesens. Die Forderung nach politischer Stärke bedingt den institutionellen Ausbau des Systems der Zentralverwaltungswirtschaft. Die ökonomische und militärische Sicherung setzt ein hohes Wirtschaftswachstum voraus, was nur auf der Basis einer Erweiterung der Akkumulation möglich ist. Die Steigerung des Aufwandes zu Investitions- und Rüstungszwecken geht zu Lasten der laufenden Entwicklung des Privatkonsums, so daß der ursprünglichen Forderung des ökonomischen Grundgesetzes erst in der Zukunft nachzukommen ist. Der Zeitpunkt der Erfüllung dieser Voraussetzungen wird - wie die jüngere Reformgeschichte zeigt - durch politische Gesichtspunkte bestimmt.

- (2) Das "Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung" besagt, daß "auf der Grundlage einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel die notwendige Proportionalität in der Verteilung der Produktionsmittel und Arbeitskräfte auf die Zweige der sozialistischen Volkswirtschaft planmäßig hergestellt wird" ².

Sinngemäß handelt es sich hier um ein Ausführungsgesetz des ökonomischen Grundgesetzes, indem es formal und inhaltlich den Weg zu dessen Realisierung beschreibt.

Formal wird einmal festgehalten, daß die Wirtschaftsprozesse planmäßig ablaufen sollen, und daß dafür gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln Voraussetzung ist, was der Forderung nach der politischen Verankerung des sozialistischen Wirtschaftssystems Rechnung trägt. Die übrigen Forderungen werden inhaltlich durch die Sicherung der Proportionalität zwischen den folgenden Elementen gewährleistet:

-
- 1) J.W. Stalin: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Berlin 1955, S.41f.
 - 2) Wörterbuch der Ökonomie Sozialismus, Berlin 1967, S.173.

- (21) Produktion von Produktions- und Konsumtionsmitteln
- (22) Entwicklung der einzelnen Zweige der Volkswirtschaft
- (23) Produktion und Endverbrauch (Akkumulation und Konsumtion)
- (24) Stoffliche und wertmäßige Seite des gesellschaftlichen Produktes bzw. materielle und finanzielle Ressourcen und (sinngemäß) Kaufkraft der Bevölkerung und Konsumfonds¹

Planmäßiges Vorgehen ist - so die Theorie - unabdingbare Auflage für die Herstellung der richtigen Proportionalität, wobei der Terminus "richtig" im Sinne von "optimal" in bezug auf die Durchsetzung der Forderungen des ökonomischen Grundgesetzes zu verstehen ist.

Diese "objektiven" ökonomischen Gesetze des Sozialismus haben eindeutig den Charakter von Sollgesetzen, indem sie nämlich auf die zu erreichenden Ziele verpflichten unabhängig davon, wie sich der konkrete Wirtschaftsablauf gestaltet. Damit wird der objektive Charakter der Gesetze in Frage gestellt.²

8. In bezug auf die Investitionspolitik haben die ökonomischen Gesetze folgenden konkreten Inhalt:

Die Wirtschaftszweige werden im Hinblick auf ihre Bedeutung für die Durchsetzung des ökonomischen Grundgesetzes gefördert. Grundsätzlich erhält die Produktionsmittelindustrie Vorrang vor der Konsumgüterindustrie, und damit ist die allgemeine Richtung der Investitionsallokation vorgegeben³ (Proportionalitätsforderung 21).

Dabei muß jedoch berücksichtigt werden, daß die Produktionsstruktur der Gesamtwirtschaft in sich konsistent bleibt (Forderung 22) bzw. daß keine intermediären Ungleichgewichte entstehen. Diese können sich zum Beispiel in der Vernachlässigung einzelner Wirtschaftszweige äußern und besonders bei einer starken interindustriellen Verflechtung der Gesamtproduktion zu Rückschlägen gesamtwirtschaftlichen Ausmaßes führen.

1) Vgl. Wörterbuch ..., a.a.O., S.174.

2) Zu den Wirtschaftsgesetzen des Sozialismus vergleiche den ausführlichen Beitrag von Hahn, Gerhard: Investitionslenkung im sowjetischen Wirtschaftssystem, Stuttgart 1967, S. 13ff.

3) Dieser Grundsatz ist in dem sog. Gesetz des vorrangigen Wachstums der Produktion von Produktionsmitteln festgehalten, das als "stalinistisches Dogma" auch von marxistischen Wirtschaftstheoretikern (z.B. P.Mstislawskij und B. Mine) umstritten ist.

Weiterhin muß die Investitionsallokation darauf ausgerichtet sein, daß das Angebot an erzeugten Gütern der Endnachfrage entspricht (Forderung 23). Die Endnachfrage kann in die Komponenten Akkumulation und Konsumtion unterteilt werden. Liegen die entsprechenden Quoten fest, so muß sichergestellt sein, daß für die Investitionstätigkeit der folgenden Periode genügend Investitionsgüter bereitstehen; analog gilt diese Forderung für die Konsumtion der laufenden Periode.

Die letzte Forderung (24) bezieht sich auf die Beibehaltung des durch die administrativen Preise hergestellten Gleichgewichts zwischen dem Geld- und Güterkreislauf. Insbesondere sollte dergestalt investiert werden, daß kein inflationärer Druck entsteht, der sich auch in sozialistischen Wirtschaften in Preiserhöhungen manifestieren kann, oder aber die Regierung zur Abschöpfung von Kaufkraft zwingt.

9. Nach welchen Kriterien kann die Investitionspolitik einer sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft beurteilt werden? Die Ziele der Investitionspolitik sind, wie einleitend geschildert, durch die allgemeine Wirtschaftspolitik vorgegeben. Zur Beurteilung der Investitionspolitik erscheint es deshalb sinnvoll, von den übergeordneten wirtschaftspolitischen Zielen auszugehen und die Investitionspolitik nur in bezug auf ihre Konformität zur Durchsetzung der allgemeinen Wirtschaftspolitik zu beurteilen. In einer dynamischen Betrachtungsweise soll jedoch die Wirkung der Investitionspolitik der zurückliegenden Phase auf die Formulierung der allgemeinen Ziele für die folgende Phase berücksichtigt werden.

In bezug auf die Investitionspolitik lassen sich die allgemeinen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen auf Wachstum und Veränderung der vorgegebenen Produktionsstruktur reduzieren. Folglich kann untersucht werden, ob die staatliche Investitionstätigkeit dieser Anforderung entspricht.

Die Wirkung der Investitionstätigkeit geht in zwei Richtungen: Durch die Nachfrage nach Investitionsgütern und Arbeitskräften zur Durchführung der Investition entsteht Einkommen (Einkommenseffekt). Diese Ausweitung des Geldkreislaufs wird von einer Ausweitung des Güterkreislaufs begleitet. Die Investition schafft neue Kapazitäten und grundsätzlich auch neue Arbeitsplätze¹.

1) Wenn wir von Investitionen im Zusammenhang mit Kapitalbildung sprechen, handelt es sich um Nettoinvestitionen. Der Einkommenseffekt bezieht sich jedoch grundsätzlich auf die Bruttoinvestition.

Das Zusammenwirken dieser zusätzlichen Primärfaktoren führt zu einer Ausweitung der Produktion (Kapazitätseffekt). Der Kapazitätseffekt stellt also die Beziehung her zwischen Investitionstätigkeit und Wirtschaftswachstum bzw. auch einer Veränderung der Produktionsstruktur.

10. Ist die Entwicklung der Produktionsstruktur als Ziel festgelegt, und liegt der Kapazitätseffekt als Parameter vor, dann kann der benötigte Investitionsaufwand und die Allokation der Investition grundsätzlich bestimmt werden. Der Kapazitätseffekt wird wertmäßig durch das Verhältnis zwischen der Kapazitätserweiterung und der zusätzlichen Produktion bestimmt. Wird unterstellt, daß die zusätzliche Kapazität der getätigten (Netto-) Investition entspricht, dann ist eine direkte Beziehung zwischen Investition und zusätzlicher Produktion hergestellt, die durch den sog. Investitionskoeffizienten festgehalten wird. Dieser gilt gleichzeitig als Maßstab für die Effektivität der Investition¹. Allerdings ist einschränkend zu beachten, daß die Nettoinvestition nicht als einziger Bestimmungsfaktor des Produktionszuwachses betrachtet werden darf.

In einem Wirtschaftssystem, in dem die Preise das Ergebnis des freien Ausgleichs der Marktkräfte darstellen, könnte anhand von Investitionskoeffizienten eine Rangordnung der einzelnen Wirtschaftszweige oder Güter hinsichtlich der Ertragserwartung aufgestellt werden. Liegt jedoch ein administrativ festgelegtes Preisgefüge vor, das dem tatsächlichen Knappheitsgrad der Güter nicht Rechnung trägt, dann sind entsprechend festgelegte Prioritäten nicht anwendbar: nicht nur weil der Investitionskoeffizient keinen Hinweis dafür geben kann, in welche Bereiche investiert werden müßte, um einen maximalen Ertragszuwachs zu erzielen, sondern auch weil die Ertragsmaximierung nicht das Hauptkriterium der Investitionsallokation ist.

Der Investitionskoeffizient als Maßstab für die Effektivität der Investition hat hier nur dann eine Aussagekraft, wenn er in seiner zeitlichen Entwicklung in jedem einzelnen Wirtschaftszweig gesondert betrachtet wird. Nimmt, bei konstanten Preisen, der Investitionskoeffizient in einem Wirtschaftszweig zu im Vergleich zu einer zurückliegenden Periode, dann kann geschlossen werden, daß die Effektivität der Investition sinkt.

1) Unter der Investitionseffektivität wird hier das Verhältnis zwischen dem Investitionsaufwand und dessen Wachstumseffekt (dem Produktionszuwachs) verstanden, das durch die marginale Capital-Output-Ratio ermittelt wird.

Der Investitionskoeffizient hat also eine Doppelfunktion: Einmal dient er, als Erfahrungswert aus vergangenen Perioden, als Instrument für die Bestimmung des Investitionsaufwandes der folgenden Periode. Zugleich dient er als Maßstab für die Veränderung der Effektivität der in dieser Periode realisierten Investition.

11. Eine weitere Wirkung der Investition, wenn sie nicht bei gleichbleibender Produktionsfunktion lediglich die Kapazität erweitert, sondern die Kapitalintensität der Produktion erhöht (Rationalisierungsinvestition), liegt in der Substitution von Arbeitskräften. In diesem Zusammenhang soll hier vom Substitutionseffekt der Investition gesprochen werden - in der Literatur taucht er oft unter der Bezeichnung Rationalisierungseffekt auf¹. Der Substitutionseffekt macht also deutlich, inwieweit eine Produktionsveränderung durch eine extensive oder intensive Investitionstätigkeit herbeigeführt wurde².

Ist festzustellen, daß die Kapitalausstattung pro Arbeitskraft sich während einer Betrachtungsperiode kaum veränderte, so kann geschlossen werden, daß einer Forderung des ökonomischen Grundgesetzes - die laufende Verbesserung der Produktionstechnik - nicht entsprochen wurde; zugleich könnte in diesem Fall ein Absinken der Effektivität der Investition durch den Mangel an Arbeitskräften oder die mangelnde Qualifikation der Arbeitskräfte im Falle von Rationalisierungsinvestition erklärt werden.

Die Messung des Substitutionseffektes ist recht kompliziert. Es gilt, eine Beziehung zwischen der Veränderung der Kapitalausstattung pro Beschäftigten und der Arbeitsproduktivität während einer Investitionsperiode herzustellen. Da es um die marginale Veränderung von Verhältnisgrößen geht, ist es sinnvoll, lediglich die entsprechenden Zuwachsraten zueinander ins Verhältnis zu setzen³.

Die resultierenden Quotienten werden größer oder kleiner als Eins sein, je nachdem ob der Zuwachs der Arbeitsproduktivität größer ist als der Zuwachs der Kapitalausstattung pro Arbeiter oder umgekehrt. Der Substitutionseffekt kann - ähnlich wie beim Kapazitätseffekt - lediglich in bezug auf seine zeit-

1) Z.B. Meinhold, Helmut: S.v. Investitionen, a.a.O., S.337.

2) Extensiv bedeutet, daß die Kapitalausstattung pro Arbeitskraft gleich bleibt, intensiv bedeutet, daß sie zunimmt.

3) Vgl. Jöhr, W.A.: Wachstumstheorie und Wachstumspolitik, St.Gallen 1968, S.89.

liche Entwicklung beurteilt werden, weil die Veränderung der Ausstattung an Kapital pro Beschäftigten eine von Wirtschaftszweig zu Wirtschaftszweig bzw. Produkt zu Produkt unterschiedliche Veränderung der Arbeitsproduktivität hervorrufen kann.

12. Die vorliegende Arbeit setzt sich zum Ziel, die Investitionspolitik in der ČSSR und ihre Auswirkungen auf die Veränderung der Produktionsstruktur zwischen 1938 und 1965 zu analysieren. Die Ordnungspolitik wird insoweit berücksichtigt, als die institutionelle Organisation und der Ablauf der Investitionspolitik beschrieben werden.

Das Schwergewicht der Arbeit liegt jedoch in der quantitativen Analyse der Investitionspolitik. Im Bereich der Investitionsplanung gilt es, die Konformität des Investitionsaufwandes mit den Planzielen festzustellen, wobei abgesehen von der Anfangsperiode grundsätzlich der ex post ermittelte Investitionskoeffizient als analytisches Instrument herangezogen wird. Im Bereich der Realisierung der Investitionen soll wiederum mittels einer Bestimmung der Effektivität der Investitionen in bezug auf Kapazitätserweiterung und Substitution von Arbeit die Analyse fortgesetzt werden. Die Ergebnisse der Investitionspolitik einer Betrachtungsperiode werden im Hinblick auf die Zielsetzung der neuen Periode verwertet, um so dem dynamischen Aspekt der Investitionspolitik über den ganzen Untersuchungszeitraum gerecht zu werden.

Für die Begrenzung der Untersuchungsperiode auf den Zeitraum zwischen 1948 und 1965 sprechen vorwiegend zwei Gründe. 1948 war die Transformation der tschechoslowakischen Wirtschaft zu einer Zentralverwaltungswirtschaft de facto vollzogen. Die Wirtschaftsreform, die zum sog. "Prager Frühling" führen sollte, wurde 1966 eingeleitet. In der Zwischenzeit wurden Erfahrungen hinsichtlich der Funktionsfähigkeit eines stark zentralisierten Wirtschaftssystems gesammelt, an welche die Reformbewegung anknüpfte. Diesen Zeitraum zu beleuchten haben wir uns zur Aufgabe gestellt. Zusätzlich spricht für diese zeitliche Abgrenzung der Umstand, daß sowohl die Entwicklung der Produktionsstruktur als auch die investitionspolitischen Maßnahmen in konstanten Preisen rekonstruiert werden konnten, was erst eine quantitative Analyse möglich macht.

13. Sektoral konzentriert sich die Analyse vor allem auf den wichtigsten Wirtschaftsbereich - die Industrie. Während sich dort die Untersuchung auf die einzelnen Branchen erstreckt, werden die Landwirtschaft und das

Bauwesen nur sektoral und der übrige produktive und nichtproduktive¹ Bereich nur global berücksichtigt. Dieses Vorgehen drängte sich nicht zuletzt aus Gründen der Datenbeschaffung auf. Die verwendete Gliederung entspricht weitgehend der in der tschechoslowakischen Statistik üblichen Einteilung.

Im übrigen soll auch die in den osteuropäischen Ländern übliche Terminologie beibehalten werden. Diese wird im Text gesondert erläutert.

1) Produktive Sphäre:

Industrie, Landwirtschaft, Bauwesen, Güterverkehr, der Produktion dienende Kommunikationen, Materialtechnische Versorgung, Handel und öffentliche Verpflegung (Gaststätten), Einkauf und übriges

Nichtproduktive Sphäre:

Wohnungsbau, Personentransport und nichtproduktive Kommunikationen, Dienstleistungen, Gesundheits- und Sozialwesen, Schul- und Kulturwesen, Forschung und Verwaltung

Vgl. z.B. Statistisches Jahrbuch der Tschechoslowakei 1966, S.120.

Die Begriffe Nationaleinkommen (d.h. der neu geschaffene Wert in einer Periode) und Gesellschaftliches Gesamtprodukt (d.h. Nationaleinkommen plus Materialverbrauch und Abschreibungen) beziehen sich nur auf den Bereich der produktiven Sphäre.

I. TEIL: DIE INVESTITIONSPOLITIK DER ČSR ZWISCHEN 1948 UND 1955

Die Wirtschaftspolitik der Tschechoslowakei stand während dieser Periode ordnungspolitisch im Zeichen einer zunehmenden Zentralisierung der Wirtschaftsorganisation.

Die Ablaufspolitik war geprägt durch Maßnahmen zur Umstrukturierung der Produktion mit dem Hauptgewicht auf der Schwerindustrie. Zum Verständnis dieser Wirtschaftspolitik ist es notwendig, einen kurzen Abriss der materiellen Situation der Wirtschaft zu Beginn des Untersuchungszeitraums zu geben und die ordnungspolitischen Bedingungen zu beschreiben. Daran schließt sich eine Abhandlung der Investitionspolitik bis 1955.

1. Die Entwicklung der wirtschaftspolitischen Ausgangslage bis zum Jahre 1948

Nach dem zweiten Weltkrieg mußte die tschechoslowakische Wirtschaft wieder funktionsfähig gemacht werden. Zugleich wurde bis 1948 die Transformation von der durch die Kriegswirtschaft geprägten Ordnung in eine sozialistische Zentralverwaltungswirtschaft eingeleitet. Diese Entwicklungen schlugen sich im Zweijahresplan 1947/1948 nieder.

1.1. Die materielle Ausgangslage der tschechoslowakischen Wirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg

Die Wirtschaftsstruktur der Tschechoslowakei wurde im wesentlichen während der Österreichisch-Ungarischen Monarchie geprägt. Nach deren Zerfall blieben fast drei Viertel des Industriepotentials des Reiches auf dem Gebiet der damaligen ČSR¹. Diese gehörte deshalb schon vor dem zweiten Weltkrieg zu den industrialisierten Ländern Europas.

Das Schwergewicht der Produktion wie auch der Ausfuhren konzentrierte sich auf die Leichtindustrie bzw. die traditionellen Keramik-, Glas-, Textil- und Schuhindustrien. Zunehmend gewann auch die Metall-, Stahl-, Eisen- und die chemische Industrie an Bedeutung. Während der deutschen Besetzung wurde diese Verlagerung weiter gefördert, weil die Rüstungsindustrie einseitige Priorität erhielt.

Regional war die Industrie vorwiegend auf Böhmen und Mähren konzentriert, die Slowakei diente hauptsächlich als Reservoir für Arbeitskräfte und Rohstoffe.

1) Autorenkoll.: 15 budovatelský let, Prag 1960, S.8.

Auch die tschechoslowakische Landwirtschaft gehörte in der Zwischenkriegszeit zu den hochentwickeltesten Europas und war in der Lage, den inländischen Bedarf an Lebensmitteln nahezu ganz zu decken¹.

Nach der Beendigung des Krieges stellte sich die wirtschaftliche Ausgangslage folgendermaßen dar: Obwohl die Kriegsschäden in der tschechoslowakischen Wirtschaft insgesamt relativ unbedeutend waren, wurden doch einige Bereiche stark betroffen. Dazu gehörten vor allem das Verkehrswesen, die Chemie- und Textilindustrie. Die Wiederaufnahme der Produktion in der überwiegend in den ehemaligen Sudetengebieten konzentrierten Leichtindustrie wurde durch den Arbeitskräftemangel und den verkommenen Zustand der Produktionsanlagen erschwert. Der Abgang der Arbeitskräfte infolge der Vertreibung der Deutschen erreichte hier die höchste Quote² und stellte wegen der hohen Zahl von Fachkräften einen beträchtlichen gesamtwirtschaftlichen Verlust dar.

Den Grad der Vernachlässigung der Produktionskapazitäten verdeutlichte die Überprüfung der industriellen Anlagen vom 1.12.1945; dabei wurde festgestellt, daß drei Viertel aller maschinellen Einrichtungen älter als fünfzehn Jahre waren³.

Die dringlichsten Aufgaben der Nachkriegswirtschaft waren Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die Beschaffung von Rohstoffen, Brennstoffen und elektrischer Energie und die Rekonstruktion der oben erwähnten Produktionsbereiche.

Die Abkehr von der Kriegswirtschaft machte Änderungen in der Produktions- und Beschäftigtenstruktur erforderlich. Die Erneuerung der Produktionsanlagen bedingte kurzfristig die Förderung der Schwerindustriestrukturen mit dem Hauptgewicht im Maschinenbau. Die Modernisierung der Kapazitäten der Leichtindustrie wurde als langfristige Aufgabe im Rahmen des Neubesiedlungsprogramms⁴ der Grenzgebiete gestellt.

- 1) Tureček, O.: Die Verwirklichung des Sozialismus in der Tschechoslowakei, in: Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der Volksrepublik China, herausg. von Jahn, G. und Bissing, W.M., Berlin 1961, S.345.
- 2) Nach Aussiedlung von 2,5 Mill. Deutschen betrug im Juni 1947 die Bevölkerung der Grenzgebiete 75 % der Bevölkerungszahl von 1938. Kiesewetter, Bruno: Die Wirtschaft der Tschechoslowakei seit 1945, Berlin 1954, S.73.
- 3) Autorenkoll.: Patnáct let hospodaření lidově demokratické republiky Československa, Prag 1960, S.10.
- 4) Autorenkoll.: Stručný hospodářský vývoj Československa do roku 1955, Prag 1969, S.343.

Die Wiederaufnahme der Produktion wurde in allen Bereichen durch Arbeitskräftemangel erschwert. Nicht nur der absolute Rückgang der Bevölkerungszahl von 14,4 Mill im Jahre 1937 auf 12,2 Mill. Ende des Jahres 1946¹ bereitete Schwierigkeiten, sondern auch die vorgegebene Beschäftigtenstruktur. Während in der Landwirtschaft, dem Bergbau, der Metallurgie, dem Bauwesen und der Keramikindustrie der Arbeitskräftemangel ein bedrohliches Ausmaß erreichte, herrschte bei den Dienstleistungen, dem Verwaltungsapparat und dem Verkehr, aber auch in der metallverarbeitenden Industrie ein Überangebot. Der Stand von Produktion und Beschäftigung 1946 wird durch folgenden Vergleich mit dem Jahre 1937 illustriert:

Tabelle 1: Beschäftigtenzahl und Produktion 1946 in % des Jahres 1937

	1937	1946
a) Beschäftigte insgesamt	100	104
davon: Industrie	100	89*
Landwirtschaft	100	77*
b) Produktion: Industrie insgesamt	100	71
Landwirtschaft	100	76
Bergbau	100	90
Metallurgie	100	72
Chemie	100	122
Holzverarbeitung	100	60
Baustoffe	100	64
Glas	100	100
Textil	100	58
Lederverarbeitung	100	63
Papier	100	75
Energie	100	155

Quelle: Autorenkollektiv: Stručný vývoj Československa do roku 1955, Prag 1969, S.369.

*) Geschätzte Zahl der Dauerbeschäftigten in der Landwirtschaft.

Die Produktion der Industrie und der Landwirtschaft lag um 29 bzw. 24 % unter dem Vorkriegsniveau. Besonders gelitten hatten die Textil-, Holz- und Lederverarbeitungsindustrie sowie die Baustoffwirtschaft, während in der Energiewirtschaft und der Chemie eine Produktionszunahme verzeichnet wurde.

Während die Beschäftigtenzahl insgesamt anstieg, blieb sie in der Landwirtschaft und der Industrie unter dem Vorkriegsniveau, was darauf hinweist, daß im Dienstleistungsbereich ein hoher Zuwachs zu verzeichnen war.

1) Michal, Jan M.: Central planning in Czechoslovakia, Stanford 1960, S.6.

1.2. Das Wirtschaftssystem: Ordnungspolitische Veränderungen bis 1948

1.2.1. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel

Die ersten ordnungspolitischen Änderungen im Jahre 1945 betrafen die Eigentumsverhältnisse. Durch die vier Erlasse des Präsidenten der Republik, Eduard Beneš, vom 24.10.1945¹ wurde die erste Etappe der Nationalisierung eingeleitet, in der Schlüsselindustrien der Metallurgie, des Bergbaus und der Energieerzeugung, dazu die Banken und Versicherungsinstitute verstaatlicht wurden. Das Ausmaß der Verstaatlichung in den übrigen Industriezweigen hing von Konzentrationsgrad und Zahl der Beschäftigten ab; die Grenze bewegte sich zwischen 150 und 500 Beschäftigten pro Unternehmen². Die Chemie-, Maschinen-, Keramik- und Glasindustrie kamen zu 2/3 bis 3/4 unter direkte Staatskontrolle. Zu Anfang des Jahres 1947 arbeiteten bereits 61 % aller in der Industrie Beschäftigten in den nationalisierten Betrieben. 16 % aller Industriebetriebe waren bereits verstaatlicht³.

Den verbliebenen Privatunternehmen wurde eine hohe Gewinnbesteuerung auferlegt. Das einheitliche Lohnsystem und die zentral regulierte Verteilung von Rohstoffen unterwarf sie indirekt der staatlichen Kontrolle. Der private Sektor blieb dennoch in der Landwirtschaft, im Bauwesen und im Kleingewerbe, im Groß-, Einzel- und Außenhandel überwiegend erhalten. Im Verkehr und dem Kommunikationswesen war dagegen schon vor dem Krieg die direkte Staatskontrolle vorherrschend.

Die Änderung der Eigentumsverhältnisse in der Landwirtschaft erforderte einen längeren Zeitraum. Die vorgesehene Bodenreform, deren Ziel die Beseitigung des Großgrundbesitzes und die Verteilung des Bodens an Nichtbesitzer und Kleinbauern war, verlief in mehreren Phasen. Zunächst (1945 - 1946, bzw. in der Slowakei bis 1948) wurde alles Land der Deutschen, Ungarn und der Landesverräter und Kollaborateure an Tschechen und Slowaken übergeben und die Forstwirtschaft ganz verstaatlicht. Dann sollte die Macht der

1) Siehe "Stručný hospodářský ...", a.a.O., S.313. Der Begriff 'Nationalisierung' wurde dem der 'Verstaatlichung' vorgezogen, um den nationalisierten bzw. antifaschistischen Charakter dieser Maßnahmen zu betonen, die sich zuerst gegen das ausländische Kapital und den Besitz von den 'kollaborierenden' fremden nationalen Minderheiten richtete.

2) "Stručný ...", a.a.O., S.314.

3) "Patnáct let ...", a.a.O., S.75.

"Agrarbourgeoisie" durch die zentrale Verteilung von landwirtschaftlichen Maschinen und die verbindliche Abgabe eines Teils der Ernte eingeschränkt werden. Bei dem herrschenden Mangel an Lebensmitteln gelang es jedoch nicht, durch Rationierung das Verteilungsproblem zu lösen. Auf dem Schwarzmarkt erreichten die Bauern viel höhere Preise als beim Verkauf an den Staat, der durch eine differenzierte Preispolitik die Kleinbauern bevorzugte. Die Forderung von Landwirtschaftsminister Duriš vom April 1947 nach Einschränkung des Bodenbesitzes auf 50 ha wurde erst in einer dritten Etappe (1948 bis 1951) durchgesetzt¹.

Eine Kollektivierung der Landwirtschaft nach dem sowjetischen Vorbild stieß zuerst auf den Widerstand der Mehrheit der Landbevölkerung. Man beschloß zwar die Bildung von landwirtschaftlichen Genossenschaften zu unterstützen, sie jedoch nicht gegen den Willen der Bauern durchzusetzen. So überzog im Jahre 1948 auf dem Land die Kleinbauernwirtschaft.

Im Jahre 1948 kamen die grundsätzlichen ordnungspolitischen Veränderungen zu ihrem vorläufigen Abschluß: Nach den bekannten Februarereignissen folgte die zweite Nationalisierungsstufe und die Reorganisation des Geldwesens. Aufgrund einer Reihe von Gesetzen der Nationalversammlung wurden alle Betriebe in den wichtigen "Bereichen des öffentlichen Interesses" verstaatlicht; die übrigen konnten nur dann in Privatbesitz bleiben, wenn bei niedriger Kapitalintensität die Arbeitskräftezahl 50 Personen nicht überschritt. Die Nationalisierung bezog sich auch auf den Fremdenverkehr sowie den Groß- und Einzelhandel, die zum staatlichen Monopol wurden.

In der ganzen Wirtschaft betrug der Anteil des sozialistischen Sektors im Jahr 1948 an der Wertschöpfung nun 70 % (d.h. 68 % die staatlichen Betriebe und 2 % Genossenschaften); der übrige Anteil entfiel auf den privaten Sektor, in dem die Kleinproduzenten (Kleinbauern und Gewerbetreibende ohne fremde Arbeitskräfte) dominierten².

1.2.2. Weltwirtschaftlicher Hintergrund

Die Bilderung einer zentral geplanten, nach sozialistischen Prinzipien aufgebauten Wirtschaft verlief als Prozeß, in dem verschiedene politische und wirtschaftliche Faktoren aufeinander einwirkten.

1) "Patnáct let ...", a.a.O., S.15.

2) "Stručný...", a.a.O., S.363.

Ausgangspunkt für die Richtung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen in der Nachkriegsperiode war das Kaschauer Programm der ersten Nachkriegsregierung vom 5.4.1945, in dem gefordert wurde, "das ganze Geld- und Kreditsystem, Schlüsselbetriebe der Industrie, das Versicherungswesen, Natur- und Energiequellen unter allgemeine staatliche Führung und in den Dienst des Wiederaufbaues der Volkswirtschaft... zu stellen"¹.

Für die Festlegung der Grundsätze der neuen Außenpolitik diente der Vertrag mit der Sowjetunion vom 12.12.1943 als Grundlage: "Der Vertrag ... wird ... die außenpolitische Position unseres Staates für alle Zukunft bestimmen. Die Regierung will vom Anfang an die praktische Mitarbeit mit der Sowjetunion, und zwar in jeder Hinsicht - militärisch, politisch, wirtschaftlich und kulturell - pflegen."² Diese außenpolitische Orientierung auf die Sowjetunion bestimmte auch die wirtschaftlichen Beziehungen in den nachfolgenden Jahren.

Außenpolitische und -wirtschaftliche Faktoren spielten bei dem Transformationsprozeß der Tschechoslowakei eine besonders wichtige Rolle. Als ein kleines Land in der Mitte Europas, mit einer begrenzten Rohstoffbasis und einer umfangreichen Verarbeitungsindustrie mit relativ engem Binnenmarkt, war die ČSR auf eine enge außenwirtschaftliche Verflechtung angewiesen. Die traditionellen Handelspartner waren die westeuropäischen Länder.

Die ursprüngliche Absicht der Nachkriegsregierung, diese wirtschaftliche Zusammenarbeit wieder aufzunehmen und den Handel mit den an Lieferungen von Maschinen und Ausrüstungen interessierten osteuropäischen Nachbarländern auszuweiten, stieß bei der Durchführung auf Schwierigkeiten wirtschaftlicher und zunehmend auch politischer Art. Die sinkenden Absatzchancen für die traditionellen tschechoslowakischen Exporterzeugnisse auf den westlichen Märkten gefährdeten die Devisenzufuhr und somit auch die Importe von wichtigen Produktionsmitteln und Rohstoffen. Dieser Umstand sprach für eine allmähliche Verlagerung der industriellen Exporte auf die östlichen Märkte; allmählich vor allem deswegen, weil das Angebot an Importen für tschechoslowakische Exporte nicht ausreichend war.

Die politische Entwicklung in der Tschechoslowakei, d.h. sowohl die Machtverlagerung innerhalb der Republik als auch das Bündnis mit der Sowjetunion, bewirkten die ablehnende Haltung der USA und später auch der anderen westeuropäischen Länder zu den tschechoslowakischen Forderungen nach Anleihen.

1) Zitat aus dem Kaschauer Programm entnommen aus: "Stručný...", a.a.O., S.312.

2) In: "Zahraniční obchod", 1967, S.101.

Ab Mitte 1947 wurde auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen Ländern durch den Beginn des Kalten Krieges unterbrochen. Zu gleicher Zeit liefen Verhandlungen der Tschechoslowakei mit den osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion, die zu langfristigen Handelsabkommen führten¹. (1947 mit der UdSSR, 1948 mit Ungarn, Bulgarien, der Sowjetischen Besatzungszone und Polen).

Die folgende Übersicht soll die Verschiebungen in der Regional- und Warenstruktur des tschechoslowakischen Außenhandels in den ersten Nachkriegsjahren veranschaulichen.

Tabelle 2: Anteile der Handelspartner an der gesamten tschechoslowakischen Ein- und Ausfuhr in %

		1945	1946	1947	1948
Sowjetunion	Ausfuhr	13,4	11,9	5,1	16,0
	Einfuhr	32,6	7,9	6,2	15,6
Volksdemokratien ^a	Ausfuhr	4,4	6,6	14,3	23,5
	Einfuhr	21,6	13,8	13,1	21,4
Kapitalistische Länder	Ausfuhr	82,2	81,5	80,6	60,5
	Einfuhr	45,8	78,3	80,7	63,0

Quelle: Stručný hospodářský vývoj, a.a.O., S.375

a) bis 1947 Handel mit der Sowjetischen Besatzungszone und China in der Gruppe Kapitalistische Länder

Tabelle 3: Anteile der Hauptwarengruppen am tschechoslowakischen Außenhandel in %

	Einfuhr			Ausfuhr		
	1937	1947	1948	1937	1949	1948
Rohstoffe, Halbfabrikate	57,4	57,3	48,8	19,8	15,0	13,8
Fertigerzeugnisse	29,7	23,4	21,0	71,8	73,9	81,7
Nahrungsmittel	11,0	19,0	28,9	8,2	11,0	4,5
Lebende Tiere	1,9	0,3	1,3	0,0	0,1	0,0

Quelle: Kiewewetter, Bruno: Die Wirtschaft der Tschechoslowakei seit 1945, Berlin 1954, S.124.

Die Phase, in der die Tschechoslowakei ihre Stellung innerhalb Europas festlegte, wurde durch die Ablehnung des Marshallplans im Februar 1948 beendet; damit war der entscheidende Schritt zur Eingliederung in die Gemeinschaft der Ostblockstaaten getan. Die Formierung der zwei Weltlager zog eine Einschränkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Ost und West nach sich.

Für die Tschechoslowakei bedeutete diese Einschränkung in erster Linie eine Verknappung der wichtigen Rohstoffe für die traditionelle Exportindustrie und den Verlust der Absatzmärkte für diese Industrie. Die Erschließung von zusätzlichen Exportmöglichkeiten durch die Ausrichtung auf den Ostblockhandel wurde erkaufte durch den Preis der Anpassung an die Bedürfnisse der östlichen Partner, die dann im wesentlichen die Entwicklung der tschechoslowakischen Produktionsstruktur prägten.

1.2.3. Die Wirtschaftslenkung

Die Nachkriegsperiode war gekennzeichnet durch die Suche nach neuen Wegen auf dem Gebiet der Wirtschaftslenkung: Die Lenkungsformen der Kriegswirtschaft entsprachen nicht den Bedürfnissen der Friedensproduktion. Es zeigte sich jedoch als sinnvoll, einige Instrumente und Institutionen des Lenkungssystems aus der Kriegszeit in modifizierter Form weiter zu nutzen. Das betraf die staatliche Preis-, Lohn- und Arbeitsmarktregulierung sowie die wegen der allgemeinen Knappheit an Gütern notwendige zentrale Verteilung von beschränkten Roh- und Brennstoffen, die Rationierung von Lebensmitteln und die Pflichtabgaben in der Landwirtschaft.

Das Lenkungsmodell, das sich bis zum Februar 1948 entwickelte, kann noch nicht der später gebildeten zentralisierten Wirtschaftslenkung gleichgesetzt werden. Es handelte sich vielmehr um eine Mischwirtschaft, wo der freie Markt, als Folge der Existenz von unterschiedlichen Eigentumsformen, noch eine bedeutende Rolle spielte¹.

Die Festlegung von grundsätzlichen Entwicklungslinien und die Entscheidung über die konkreten Maßnahmen zu deren Realisierung erfolgten auf zentraler Ebene. Die kompetenten Organe, die Regierung mit den Wirtschaftsministerien, orientierten sich an der Tätigkeit des im Jahre 1945 entstandenen Wirtschaftsrates bzw. an Entscheidungsvorlagen, die dessen Generalsekretariat zusammen mit seinen Hilfsorganen (dem Staatlichen Planungsamt, dem Höchsten Preisamt und dem Staatlichen Statistischen Institut) vorbereitete. An der Lenkung des privaten und Kleinproduzentensektors waren daneben verschiedene "Interessenorganisationen" wie landwirtschaftliche Verbände, der Bund der tschechoslowakischen Industrie und Organisationen von Geschäftsleuten und Handwerkern beteiligt.

1) "Stručný ...", a.a.O., S.3457.

Bald nach dem Kriegsende wurden Überlegungen laut, deren Gegenstand die Möglichkeiten und die Zweckmäßigkeit der zentralisierten Planung der Wirtschaft waren. Einen starken Impuls für diese Vorschläge gaben die Erfahrungen aus der sowjetischen Planung, auf der anderen Seite jedoch auch die Erfahrungen aus der Wirtschaftskrise vor dem Krieg und die Versuche mit einer interventionistischen Wirtschaftspolitik in den westlichen Staaten vor und im Krieg. Ihren konkreten Ausdruck fanden derartige Überlegungen im Programm der neuen Regierung vom 8.7.1946¹, in der die Kommunistische Partei die Mehrheit stellte. Der wichtigste Punkt des Programms war das Projekt eines zweijährigen Wirtschaftsplans.

1.2.3.1. Der Zweijahresplan 1947 - 1948

Durch die Verstaatlichung des großen Teils der Industrie und des Bankwesens war die Voraussetzung geschaffen, um die Produktionsentwicklung in den wichtigsten Bereichen mittels Planaufgaben zu regeln.

Das allgemeine Ziel des Plans, "die industrielle und landwirtschaftliche Produktion bei ungefährender Beibehaltung ihrer Vorkriegsstruktur annähernd auf den Vorkriegsstand zu bringen"², bedeutete im einzelnen:

- direkte Schäden aus dem Krieg zu beseitigen
- die während der Okkupationsjahre vernachlässigten laufenden Investitionen durchzuführen
- Investitionen zur Beseitigung von Engpässen zu verwirklichen
- die Exportstruktur zugunsten von Hütten- und Metallindustrieerzeugnissen zu ändern
- eine Angleichung des wirtschaftlichen Niveaus der einzelnen Teile der Republik herbeizuführen

Zur Verwirklichung dieser Ziele waren für die zwei Jahre Investitionen im Wert von 69,9 Mrd Kčs (20 % des Nationaleinkommens), davon für die Slowakei 22 Mrd Kčs (32 % der gesamten Investitionen) vorgesehen³.

Es handelte sich vorwiegend um Ersatzinvestitionen (siehe Tabelle 5), welche auf die einzelnen Wirtschaftszweige folgendermaßen verteilt werden sollten:

1) "Stručný ...", a.a.O., S.345.

2) Goldmann, J.: Probleme der tschechoslowakischen Wirtschaftsplanung, Prag 1949, S.143.

3) Kiesewetter, B.: "Die Wirtschaft ...", a.a.O., S.77.

Tabelle 4: Die geplanten Bruttoinvestitionen 1947/1948

	Mrd Kčs	Anteil in %
Insgesamt	69,9	100
Industrie	25,4	36,4
Landwirtschaft	5,2	7,4
Transport	15,1	21,6
Wohnungsbau	14,0	20,0
Öffentliche Bauten	10,2	14,6
		in % der Industrie
Bergbau	2,4	9,4
Energieerzeugung	5,1	20,1
Hüttenproduktion	1,9	7,5
Eisen-, Metallindustrie	3,0	11,8
Chemie	3,6	14,2
Glasindustrie	0,3	1,2
Stein- und Keramikindustrie	0,5	2,0
Papierindustrie	0,2	0,8
Holzverarbeitung	0,4	1,6
Textil, Bekleidung	1,5	5,9
Leder- und Gummiwaren	1,4	5,5
Übrige	5,1	20,1

Quelle: Kiesewetter, Bruno: Die Wirtschaft der Tschechoslowakei seit 1945, Berlin 1954, S.78 und Anlage 4, S.180

Die dringendsten Engpässe im Bergbau, der Metallurgie, Energieerzeugung und im Maschinenbau bestimmten die Präferenzen bei der Investitionsverteilung. Die Energieerzeugung erhielt mit 20 % der Industrieinvestitionen den größten Teil. Die Zweige der Konsumgüterindustrie mußten sich mit einem vergleichsweise geringen Anteil begnügen.

Der in den Abteilungen des Industrieministeriums, des Staatlichen Planungsamtes und der Zentralen Planungskommission ausgearbeitete Produktionsplan stützte sich auf die Pläne der einzelnen Branchen, die die Generaldirektorien der nationalisierten Firmen aufstellten¹. Die Produktionsaufgaben wurden dann in den Planungsorganen mit Hilfe von Materialbilanzen koordiniert.

Der Plan schloß nicht wie in den folgenden Fünfjahresplänen alle Wirtschaftsbereiche ein, nur ein Drittel des gesamten Produktionsumfangs wurde in Form von 25 Einzelaufgaben geplant. Außen- und Binnenhandel, ein Teil

1) Die Nationalunternehmen wurden den Generaldirektorien untergeordnet, die ein Organisationsglied des zuständigen Ressortministeriums waren.

der landwirtschaftlichen und ungefähr die Hälfte der industriellen Produktion wurden im Plan berücksichtigt. Die Planaufgaben beschränkten sich auf obere Limits für Investitionen, Arbeitskräfte und Rohstoffe. Der Investitionsplan als Teil des Gesamtplans legte die Finanzierungsquoten für die einzelnen Zweige und Unternehmen fest.

Tabelle 5: Die Einteilung der Investitionen im Jahre 1948
(in laufenden Preisen, Mrd Kčs)

	Brutto- investitionen	Ersatz- investitionen	Netto- investitionen
Industrie	13,1	12,0	1,1
Land- u. Forstwirtschaft	2,3	3,1	- 0,8
Verkehr	7,1	3,5	3,6
Bauwesen	0,1	0,3	- 0,2
Wohnungsbau	8,5	(0,8)	(6,7)
Verwaltung	6,7	3,0	3,7
Handel, Bankwesen	0,0	0,5	- 0,5

Quelle: Michal, J.: Central planning in Czechoslovakia, Stanford 1960, S.174

Die privaten Betriebe wurden nur insofern in die Planung einbezogen, als sie nur so viel an Arbeitskräften, Rohstoffen und Investitionsmöglichkeiten in Anspruch nehmen konnten, wie nach Befriedigung des Bedarfs der der Planung unterworfenen Hauptindustrien verfügbar blieb¹.

Die Wirtschaftsentwicklung dieser zwei Jahre kann, gemessen an der Erfüllung der Planziele, als relativ erfolgreich beurteilt werden. Als Vergleichsbasis gilt das Jahr 1937, an dem das Ziel der Erreichung der Vorkriegsproduktion gemessen wird.

Das Nationaleinkommen blieb im Jahre 1948 zwar um 3 % unter dem Niveau des Jahres 1937, auf die Einwohnerzahl umgerechnet wuchs es jedoch um 13 %. In der Industrie übertraf die Produktion den Stand des Jahres 1937 um 8,5 %. Unter dem Produktionsniveau dieses Jahres blieben die Lebensmittel-, Textil-, Glas- und Holzverarbeitungsindustrien, während die Energie-, Metall- und Chemieproduktion stark zunahm².

Diese Ergebnisse deuten auf eine Verschiebung der Gewichte innerhalb der Industrie zugunsten der Produktionsmittelerzeugung hin: Während diese 1948 um ein Drittel höher als 1937 lag, erreichte die Konsumgüterindustrie nur 88 % des Vorkriegsstandes³. Dieses Ergebnis entsprach zwar den Planpräfe-

1) Vgl. Kiesewetter, B., a.a.O., S.79.

2) "Stručný...", a.a.O., S.367f.

3) Kiesewetter, B., a.a.O., S. 83.

renzen, die Bevorzugung der Schwerindustrie konnte jedoch im Investitionsbereich nicht durchgehalten werden.

Der Investitionsplan wurde insgesamt nur zu etwa 60 % erfüllt, wofür es mehrere Gründe gab. Die Bautätigkeit lief nur langsam an, weil sie unter Arbeitskräfte- und Materialmangel litt. Wichtiger aber scheint der niedrige Nationalisierungsgrad im Bauwesen gewesen zu sein (10 - 15 %) ¹. Bis zum Frühjahr 1948 (2. Nationalisierungsetappe) lag es überwiegend an den privaten Baufirmen, die Bauaufgaben des Plans sicherzustellen. Diese zogen jedoch die ertragreicheren privaten Projekte vor, weil sie bei der großen Nachfrage die Baupreise beliebig erhöhen konnten. Als Folge der Preiserhöhungen entstand eine Lücke zwischen der finanziellen und sachlichen Planerfüllung:

Tabelle 6: Die Erfüllung des Investitionsplans 1947/1948 in %

	nach Zahl der geplanten Objekte	nach finanzi- ellen Ausgaben
Bauinvestitionen	66,1	92,3
davon Wohnbauten	62,4	112,8
Investitionen in Maschinen und Einrichtungen	61,4	64,1

Quelle: "Stručný...", a.a.O., S.373

Unterschiedlich war auch der Grad der Planerfüllung in der Leicht- und Schwerindustrie: in der Leichtindustrie, die generell eine niedrigere Kapitalintensität aufweist, waren die Privatunternehmen noch stark vertreten. Sie verfügten über genügend Finanzmittel, um die hohen Baupreise bezahlen zu können. In der Schwerindustrie gab es zusätzliche Schwierigkeiten in bezug auf Arbeitskräfte und Rohstoffbeschaffung. Das lag u.a. an der inkonsistenten Planung, weil nämlich die vorausgeplante Produktion von Baumaterialien den Bedarf der Industrie nicht zu decken vermochte. Die unzureichende Vorbereitung von Bauprojekten und ihre unkoordinierte Durchführung behinderten ihre rechtzeitige Fertigstellung, so daß eine Reihe von Schlüsselobjekten nicht wie geplant vor dem Jahresende 1948 in Betrieb genommen werden konnte.

1) Vgl. Tureček, O.: "Die Verwirklichung...", a.a.O., S.350.

Neben dem Bauwesen war es die Landwirtschaft, die eine erfolgreichere Bilanz des Zweijahresplans verhinderte. Der Plan der landwirtschaftlichen Produktion wurde nur zu 80 % erfüllt, was Folgen für die Nahrungsmittelproduktion und letztlich für das Lebensniveau der Bevölkerung hatte. Dieses Ergebnis wurde unter anderem durch die klimatischen Bedingungen im Jahre 1947 bestimmt, die eine Mißernte und dadurch einen Schaden von 15 Mrd Kčs verursachten¹. Negativ wirkte sich auch die Landflucht aus: im Laufe der Jahre 1947 - 1948 verließen ungefähr 342 000 Personen die Landwirtschaft. Auch die Bodenreform trug zu dem schlechten Ergebnis bei, weil durch die unrentablen Betriebsgrößen der Eigenverbrauch in der Landwirtschaft zu Lasten der Produktion für den Markt anstieg.

1.2.3.2. Die Investitionsfinanzierung

Die Art der Investitionsfinanzierung hängt mit dem Zentralisierungsgrad einer Volkswirtschaft eng zusammen. Je mehr Wirtschaftsentscheidungen von einem zentralen Lenkungsorgan getroffen werden, desto wichtiger wird eine Konzentration der Verfügbarkeit über die Finanzmittel.

In der Zeit bis Anfang 1948 war das Zusammenwirken von direkten und indirekten Lenkungsinstrumenten charakteristisch, das der Existenz von unterschiedlichen Eigentumsformen Rechnung trug. Die Zentralorgane sorgten damals lediglich für die Sicherstellung der Produktionen, deren Wichtigkeit durch die im Plan festgelegten Teilprioritäten bestimmt wurde, indem sie Ministerien, die Institutionen des Kreditsystems und die Organe der materiell-technischen Versorgung mit verbindlichen Einzelaufgaben beauftragten. Die Finanzierung von Investitionen in den nationalisierten Unternehmen erfolgte gemäß den Regierungsvorschriften für den Investitionsbereich. Diese unterschieden zwischen sog. Programm- und Betriebsinvestitionen. Die Programminvestitionen, durch welche die bisherigen Produktionen wesentlich erweitert und verbessert werden sollten, wurden über das 1946 bei dem Finanzministerium eingerichtete Ausgleichskonto finanziert.

Gemäß der Regelung der Finanzwirtschaft der staatlichen Betriebe wurde jedem Betrieb sog. Stammkapital in Höhe der notwendigen Grund- und Umlaufsfonds vom Staat zugeteilt. Das Stammkapital der investierenden Unternehmen wurde jährlich durch die zuständigen Zentral- und Gebietsorgane erhöht. Die im Laufe des Jahres nicht ausgenutzten Mittel mußten auf das

1) "Stručný...", a.a.O., S.373, 353.

Ausgleichskonto abgeführt werden. Diese Abführungen aus dem Stammkapital und die monatlichen Abführungen des Gewinns - 70 % des geplanten und 50 % des nicht geplanten Gewinns - bildeten zusammen mit den Subventionen vom Staat die Einnahmequellen des Ausgleichskontos¹.

Tabelle 7: Die Anteile einzelner Abführungen aus dem Betriebsgewinn in den Jahren 1946 - 1948 in %

	Plangewinn	außerordentlicher Gewinn
Abführungen an:		
- Ausgleichskonto	70	50
- betriebl. Reservefonds	20	20
- z.V. des Betriebsrats	10	30

Quelle: Autorenkoll.: "Patnáct let ...", a.a.O., S.74

Der Zweck der Konzentration des überwiegenden Teils des Unternehmensgewinns auf diesem Konto bestand vor allem darin, die unterschiedlichen Produktionsbedingungen und Möglichkeiten der einzelnen nationalisierten Betriebe auszugleichen, ihre Verluste zu decken und sie somit vor der Konkurrenz der privaten Betriebe zu schützen.

Neben den Programminvestitionen waren kleinere Betriebsinvestitionen zu unterscheiden, über deren Durchführung der Betrieb selbst entscheiden konnte. Als Finanzierungsmittel kamen ein Teil des Gewinns, die Abschreibungen und der Bankkredit in Frage. Der Teil des Gewinns, über den der Betriebsrat verfügte, diente zur Förderung von verschiedenen sozialen und kulturellen Zwecken sowie zur Deckung von kleinen betrieblichen Investitionen und Generalreparaturen.

Wegen des kleinen frei verfügbaren Gewinnanteils und der günstigen Bedingungen der Kreditaufnahme wurde der Bankkredit in diesen drei Jahren die Hauptfinanzierungsquelle für Betriebsinvestitionen und Umlaufmittel. Seine Bedeutung für die nationalisierte Wirtschaft bestand in erster Linie in seiner Umverteilungsfunktion: die bei der Bank konzentrierten unausgenutzten Finanzmittel, die zum großen Teil aus dem privaten Sektor kamen, wurden in Kreditform den nationalisierten Unternehmen verfügbar gemacht. Im Gegensatz zu den nationalisierten hatten die privaten Unternehmen einen Überfluß an Finanzmitteln², die sie jedoch nur im beschränkten Umfang für

1) "Patnáct let ...", a.a.O., S.74.

2) Vgl. "Stručný ...", a.a.O., S.395.

Produktionserweiterung verwenden konnten, weil sie bei der Zuteilung von Produktionsmitteln benachteiligt waren und weil ihnen bei einer Erhöhung der Arbeitnehmerzahl die Verstaatlichung drohte.

Trotz der Verstaatlichung verfügten die Banken über einen hohen Autonomiegrad und standen untereinander in Konkurrenz hinsichtlich der Kreditgewährung. Die Großzügigkeit der Kreditvergabe machte die angestrebte Kontrolle der Finanzwirtschaft der nationalisierten Unternehmen durch die Banken wenig wirksam. Das Überangebot führte dazu, daß die Betriebe diese leicht zu beschaffenden Mittel nach eigenem Ermessen einsetzen konnten. Die indirekte Beeinflussung der Investitionstätigkeit durch die zentralen Organe mittels der vorrangigen Kreditgewährung an Betriebe und Branchen, an deren Entfaltung der Staat besonders interessiert war, reichte deswegen nicht mehr aus.

Die innere politische Entwicklung und die sich verschärfende Außensituation führten zu verstärkten Eingriffen des Staates in das bisher relativ selbständige Wirtschaften der Unternehmen. Den Weg dazu ebnete die zweite Nationalisierungsetappe, die auch zu einer Neuregelung des Geldwesens führte. Am 11.3.1948 wurde das Gesetz über die Abschaffung jedweder kommerzieller Kreditgewährung und den Übergang zur direkten Bankkreditierung erlassen¹. Dadurch waren die Nationalunternehmen verpflichtet, ihre freien Geldmittel auf den laufenden und den Verrechnungskonten in den Banken zu deponieren und den bargeldlosen Zahlungsverkehr maximal auszunutzen. Durch die Fusion der vierzehn Geschäftsbanken in drei in den tschechischen Ländern und in zwei in der Slowakei, die für Betriebskredite zuständig waren, und die Gründung der für die Investitionsfinanzierung bestimmten Investitionsbank am 20.7.1948 war die Trennung der Finanzierung der laufenden Ausgaben von den Investitionen der Unternehmen sichergestellt².

Die Erweiterung des sozialistischen Sektors auf 95 % der ganzen Industrie ermöglichte eine höhere Konzentration der Finanzmittel der Unternehmen in den Händen des Staates und die Gründung eines zentralen Finanzorgans, des Fonds der nationalisierten Wirtschaft (FNW)³. Im Gegensatz zu dem von dem FNW abgelösten Ausgleichskonto waren seine Einnahmen an den Staatshaushalt angeschlossen. Eine weitere indirekte Verbindung des FNW mit dem Staats-

1) Boldyrjov, B.G.: Die Finanzen der europäischen Länder der Volkdemokratie, Berlin 1953, S.54.

2) "Patnáct let...", a.a.O., S.76.

3) Exist. von 1948 bis Ende 1951.

haushalt erfolgte über Kredite von der Investitionsbank, die ihre Gelder zum großen Teil von der Postsparkasse (später Staatsbank genannt) bezog, wohin die Staatshaushaltsüberschüsse flossen.

Der größere Teil der im nationalisierten Sektor erwirtschafteten Mittel wurde an den Staatshaushalt in Form einer Erlössteuer abgeführt, die 60 % des Betriebsgewinns betrug¹. Die Erhebung von indirekten Steuern - ab 1.1.1949 in Form einer Allgemeinsteuer, später Umsatzsteuer genannt - erhöhte die Staatshaushaltseinnahmen und somit auch die Möglichkeiten der zentralen Investitionsfinanzierung, die nun über den FNW erfolgte.

Der behandelte Zeitraum der drei Nachkriegsjahre war von entscheidender Bedeutung für die tiefen Änderungen in der Wirtschaftsstruktur in dem folgenden Zeitraum und für die Richtung der Investitionspolitik, die mit kleinen Abweichungen für die ganze zu untersuchende Periode bestimmend sein sollten.

2. Die Investitionspolitik der ČSR zwischen 1948 und 1955

2.1. Die ordnungspolitischen Prämissen

2.1.1. Das Planungssystem

In der Periode, die unmittelbar an die grundlegenden Nachkriegsänderungen anschloß, standen die Grundprobleme des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Vordergrund der Wirtschaftspolitik.

Entsprechend der Forderung nach dem Aufbau einer Planwirtschaft hatte in diesem Prozeß der schon im Oktober 1947 von der kommunistisch geführten Regierung und der Zentralen Planungskommission konzipierte erste Fünfjahresplan für die Jahre 1949 bis 1953 die Schlüsselbedeutung.

Nach dem Gesetz über den Fünfjahresplan, herausgegeben am 27.10.1948², sollte ein direktives System der volkswirtschaftlichen Gesamtplanung geschaffen werden, welches die Aktivitäten der Wirtschaftseinheiten integrierte.

1) Boldyrjov, B.G.: "Die Finanzen...", a.a.O., S.74.

2) Autorenkoll.: Vývoj a cíle národohospodářské politiky ČSSR, Prag 1968, S.16.

Durch die Planung von Preisen, Löhnen, Steuern etc. sollte ein Gleichgewicht sichergestellt werden zwischen der monetären Nachfrage und dem gütermäßigen Angebot. Ferner sollte durch die Aufstellung von Finanzplänen die Finanzkontrolle der Unternehmen ermöglicht werden.

Die geforderte Reorganisation des zentralen Planungsdienstes schloß die Vereinigung einzelner Planungsbehörden in einem Staatlichen Planungsamt im Februar 1949 und die Spaltung des Industrieministeriums in ein Ministerium für Schwerindustrie und eines für Leichtindustrie im Jahre 1950 ein. Sie gipfelte schließlich in der Übernahme des sowjetischen Planungssystems im September 1951¹.

Der Übergang zu einem administrativ-direktiven Lenkungsmodell und die Eliminierung des Markteinflusses auf die Produktion und Preise wurde 1952 vollendet. Parallel zu der Konzentration der Produktion in größeren Unternehmenseinheiten erfolgte eine weitere Unterteilung des Ministeriums für Schwerindustrie in fünf Ministerien mit gesamtstaatlicher Wirkung und die Bildung von sog. Hauptverwaltungen als Verbindungsglied zwischen den Ministerien und den einzelnen Unternehmen. Die Hauptverwaltungen, die die Generaldirektorien ablösten, übernahmen die Verantwortung für die operative Leitung der Betriebssphäre.

Die ab 1.1.1953 eingeführte neue Planungsmethodik² paralyisierte die selbständige Unternehmenstätigkeit vollständig: Der nun ausschließlich auf der zentralen Ebene zusammengestellte Wirtschaftsplan wurde mit seinen zahlreichen Kennziffern zu einer für die Betriebe verbindlichen Direktive. In den Planungsorganen setzte sich die Ansicht durch, daß ein vollkommener Plan die detaillierte Beschreibung der Planaufgaben voraussetzt. Die vom Planungszentrum ausgeschriebenen und auf jeder Planungsstufe (Ministerium, Hauptverwaltung, Betrieb) weiter konkretisierten Kennziffern bestimmten die Art und den Umfang der Produktion und der Investitionen, die Beschäftigtenzahl, die materielle Versorgung und den Verbrauch, in Geldform auch die Selbstkosten (bzw. ihre Senkung) und die Lohnfonds. Zwischen der Höhe der Löhne bzw. der Prämien und der Erfüllung des Produktionsplans existierte eine direkte Beziehung. Die Betriebe wurden danach beurteilt, wie ihre Produktionsergebnisse mit dem Plan übereinstimmten. Das Kriterium der Rentabilität - Vergleich der Kosten und Erträge -, vorherrschend noch am Anfang

1) Vgl. Kiesewetter, B.: "Die Wirtschaft ...", a.a.O., S.16f, und "Stručný...", a.a.O., S.437f.

2) "Stručný...", a.a.O.,

der Planperiode, wurde durch das Kriterium der Planerfüllung, meistens an der Kennziffer der Bruttoproduktion gemessen, ersetzt.

Die Preise verloren allmählich ihre ökonomische Funktion als Indikator des Knappheitsgrades der Wirtschaftsgüter. Die Preispolitik wurde jedoch zu einem wichtigen Instrument des Staates zur Beeinflussung der Rentabilität der Unternehmen - mittels der einheitlich festgesetzten, fünf Jahre geltenden Großhandelspreise - und zur Steuerung des Konsums über die meist mit hoher Umsatzsteuer belegten Einzelhandelspreise.

An Stelle der durch den Markt bestimmten Lieferanten-Abnehmer-Beziehung zwischen den Produktionseinheiten trat die zentrale Verteilung von Rohstoffen und Materialien, geregelt durch die verbindlichen Pläne der materiell-technischen Versorgung. Die Zentralisierung der Investitionstätigkeit drückte sich in der zunehmenden Bedeutung der zentralisierten Mittel bei der Investitionsfinanzierung aus (siehe folgenden Abschnitt).

Schon bei der Einführung des administrativ-direktiven Lenkungsmodells zeigten sich seine Mängel, die später wachsen sollten. Die Frage, ob die weitgehende Zentralisierung der Wirtschaftsentscheidungen Anfang der Fünfziger Jahre richtig war, müßte man bei der Betrachtung der inneren und der internationalen Lage grundsätzlich mit ja beantworten. Einschränkungen beziehen sich auf den Grad der Zentralisierung bzw. auf die mechanische Übernahme und Anwendung des sowjetischen Modells ohne Berücksichtigung der unterschiedlichen spezifischen Bedingungen des eigenen Landes. Das direktive Planungssystem entstand in der UdSSR in der Periode der Industrialisierung, als die Sowjetunion gezwungen war, in fast vollkommener Isolation und mit beschränkten Mitteln eine neue Produktionsgrundlage zu schaffen. Die maximale Zentralisierung der Entscheidungsmacht ermöglichte es, die knappen Mittel auf die Schlüsselbereiche zu konzentrieren, ein schnelles Wachstumstempo zu erreichen und die Arbeitskräfte-reserven sinnvoll zu nutzen. Die Überschätzung der administrativen Lenkungsform in der Tschechoslowakei, einem Industrieland mit diversifizierter Produktions- und Sozialstruktur und vielfältigen Auslandsbeziehungen, wirkte in der weiteren Entwicklung als Bremsfaktor und war eine der Ursachen für die sinkende Effektivität der Wirtschaft.

In der Periode des ersten Fünfjahresplans wurden die Zentralisierungstendenzen durch die Kriegsgefahr, das Wirtschaftsembargo, die Umorientierung des Außenhandels und der Produktion auf die östlichen Wirtschafts-

partner, durch die Ziele des strukturellen Umbaus, der Kollektivierung der Landwirtschaft und der Industrialisierung der vernachlässigten Gebiete hervorgerufen. Ebenso sprachen die eigenen Schwierigkeiten mit der Plan-durchführung in der Tschechoslowakei und die Aufbauerfolge in der Sowjetunion für die Übernahme des sowjetischen Lenkungssystems.

2.1.1.1. Investitionsplanung

Der Volkswirtschaftsplan setzt sich aus verschiedenen Einzelplänen zusammen, die eng miteinander verflochten sind. Ausgangspunkt ist der Produktionsplan, der die Grundlage abgibt für die Material-, Arbeitskräfte- und Investitionsplanung.

Der Investitionsplan ergibt sich also einerseits aus der zur Produktionssteigerung notwendigen Vermehrung der Grundfonds und beeinflußt andererseits die Produktionsprogramme des Maschinenbaus und den Plan der Bauleistungen. Die Höhe des gesamten Investitionsvolumens hängt wiederum von dem Entwicklungsstand und den Möglichkeiten dieser Zweige ab. Mit den übrigen gesamtwirtschaftlichen Teilplänen ist der Investitionsplan folgendermaßen verflochten: Der Zusammenhang des Investitions- mit dem Außenhandelsplan wird über den Produktionsplan hergestellt, in dem die sich aus den langfristigen Handelsabkommen ergebenden Verpflichtungen festgelegt sind, und der Hinweise für notwendige Importe liefert. In dem Zeitraum des ersten Fünfjahresplans hatte der Außenhandelsplan nur die Aufgabe, die sich bei der übrigen Planung herausstellenden Engpässe durch Importe zu beseitigen und deren Finanzierung durch Exporte zu sichern. Über die monetäre Investitionsplanung ergibt sich eine Beziehung zum Finanzplan, aus dem die Finanzierungsquellen der Investitionen entnommen werden können. Ein weiterer Zusammenhang besteht zwischen dem Investitionsplan und dem Plan der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten¹.

Bei der Festlegung des Gesamtvolumens der Investitionen bzw. der Entwicklung des Verhältnisses zwischen Akkumulation und Konsumtion wird zunächst formal vom Ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus ausgegangen. Daraus kann abgeleitet werden, daß zur Durchsetzung der formulierten Ziele ein hohes und wachsendes Volumen der Investitionen erforderlich sei. Diese Prämisse wird durch den Grundsatz der vorrangigen Entwicklung der Produktionsmittelerzeugung vor der Konsumgüterproduktion konkretisiert². Das impliziert ein schnelleres Wachstum der Investitionen als des Nationaleinkommens.

1) Vgl. Rudolph, J.: Grundrisse der Volkswirtschaftsplanung, Berlin 1957, S.316 f.

2) Siehe: Wörterbuch der Ökonomie Sozialismus, a.a.O., S.177.

Diesem Wachstum werden durch die Notwendigkeit einer gleichzeitigen Entwicklung der Konsumtion Grenzen gesetzt.

Während sich aus der Theorie keine eindeutige Bestimmung der Entwicklung des Verhältnisses zwischen Akkumulation und Konsumtion ableiten ließ, wurden aus der Praxis in der Sowjetunion einige Regeln entwickelt, die von den osteuropäischen Volksdemokratien ungeachtet der unterschiedlichen Wirtschaftsgegebenheiten übernommen wurden. Das galt z.B. für die Wachstumsrate des Nationaleinkommens, die in diesen Ländern gleich hoch angesetzt wurde, unabhängig von ihrem Entwicklungsstand¹. Unter der Prämisse des schnellen Wachstums wurde die Konsumtion lange als zweitrangige, leicht veränderbare Variable behandelt.

Die Grundsätze für die Allokation des einmal festgelegten Investitionsvolumens sind in der sowjetischen Planungstheorie schon klarer definiert. Während das Gesetz über die planmäßige und proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft allgemein als Forderung nach Wachstum ohne Verschwendungen und Stockungen interpretiert wird, bestimmt das Gesetz des vorrangigen Wachstums der Produktionsmittelerzeugung die Hauptrichtung der Investitionsallokation.

Dieses Gesetz hat seinen Ursprung in der Marxschen Aussage über die wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals² bzw. in seiner Beobachtung, daß Produktivitätserhöhungen immer mit vermehrter Anwendung von Maschinen verbunden waren. Der Übergang von der einfachen Reproduktion zur erweiterten Reproduktion erforderte eine schnellere Produktion von Produktionsmitteln als Konsumgütern.

Lenin entwickelte diese Überlegungen weiter, indem er die Wirkung des Gesetzes vor allem mit dem technischen Fortschritt verband: "Der ganze Sinn ... dieses Gesetzes ... besteht ja nur darin, daß die Ersetzung von manueller Arbeit durch maschinelle Arbeit - überhaupt der technischen Fortschritt ... eine verstärkte Entwicklung der Industriezweige erfordert, die Kohle und Eisen, diese ausgesprochenen Produktionsmittel für Produktionsmittel, gewinnen."³

1) Vgl. The planning and finance of investment in the Soviet Union and Eastern Europe, in: Economic Survey of Europe 1955, Chapter 7, S.198.

2) Darunter ist die wertmäßige Zusammensetzung des Kapitals bzw. das Verhältnis zwischen dem Wert der Produktionsmittel und dem Lohnfonds zu verstehen. Diese wird durch die technische bzw. stoffliche Zusammensetzung bestimmt (Produktionsmittel x Zahl der Arbeiter). Vgl. Wörterbuch ..., a.a.O., S.341.

3) Lenin, W.J.: Werke, Band 1, Berlin 1961, S.96.

Bei der konkreten Anwendung dieses Prinzips wurde die Produktionsmittel-
erzeugung der Produktion der Schwerindustrie gleichgesetzt (d.h. der Pro-
duktion von Roh- und Brennstoffen, Energie, Metall, Maschinen, Baustoffen
und chemischen Erzeugnissen). An der Spitze dieser führenden Zweige, die
Vorrang bei der Investitionsmittelverteilung hatten, stand das Leitglied,
d.h. der Finallieferant von Investitionsgütern - der Maschinenbau, dessen
Forderungen an die Zulieferindustrien den Grad ihrer Expansion bestimmten.
Entsprechend der Bedeutung der Eisen- und Stahlindustrie als Hauptliefe-
rant für den Maschinenbau, wurde diese in der Aufbauperiode der tschecho-
slowakischen Wirtschaft zu dem "Wachstumszweig", an dem die Wirtschafts-
expansion gemessen wurde (sog. Stahlkonzeption).

Die eigentliche Investitionsplanung erfolgt mit Hilfe von Bilanzen: die
sich aus der Prioritätenskala wichtigster Produktionen ergebenden Investi-
tionsziele werden bestimmt durch das Bilanzierungsverfahren. Das Kernstück
der Volkswirtschaftsbilanz, in der alle Einzelbilanzen zusammengefaßt wer-
den, bildet die Strukturanalyse des gesellschaftlichen Gesamtprodukts nach
Entstehung und Verwendung¹. Hier wird die entscheidende Festlegung des
Akkumulationsanteils am Gesamtprodukt nach Abzweigung des Anteils der Er-
satzinvestitionen jährlich vorgenommen. Die für Entwicklungsplanung zustän-
dige Behörde hat das Wachstumsverhältnis des Investitions- und Konsum-
gütersektors so anzusetzen, daß eine bestimmte gesamtwirtschaftliche Wachs-
tumsrate erreicht wird. Nach der Festlegung der Entwicklungstempi der
Wirtschaftszweige und der Berechnung des notwendigen Investitionseinsatzes
in jedem Zweig wird der gesamtwirtschaftliche Investitionsaufwand annähernd
bestimmt. Die in der Gesamtproduktbilanz grob geplanten Produktions- und
Investitionsziele werden in verschiedenen ergänzenden Bilanzen koordiniert.

Dieses Verfahren erfolgt durch die Koppelung der materiellen mit der Kapa-
zitätsbilanz. Das Produktionsprogramm wird den vorhandenen Kapazitäten ge-
genübergestellt; das sich ergebende Kapazitätsdefizit macht den Investi-
tionsbedarf sichtbar, der mit Hilfe von technischen Koeffizienten errechnet
wird². Die Deckung des so ermittelten Bedarfs an Produktionsmitteln wird von
den Produktionsmöglichkeiten jener Zweige abhängen, die Investitionsgüter
sowie Rohstoffe und Baumaterialien liefern.

1) Vgl. z.B. Zinn, K.G.: Sozialistische Planwirtschaftstheorie, Stuttgart
1971, S.177.

2) Hahn, G.: "Investitionslenkung...", a.a.O., S.63.

Die Bilanzierungsmethode, so wie sie in den fünfziger Jahren angewandt wurde, hat einige Nachteile, die die Aufstellung eines konsistenten Plans erschweren. Es handelt sich um keine komplexe Matrix, sondern um Einzelbilanzen von Gütergruppen.

Durch die Planbilanzierung können in der Praxis nur die quantitativen Größen des Produktions- und Kapazitätswachstums bestimmt sowie die Verwendungen der in einer Planperiode verfügbaren Güter gesteuert werden. Die Bilanzierungsmethode ermöglicht keine ökonomische Analyse der weiteren Entwicklung einer gegebenen Produktion oder Industriebranche, sie berücksichtigt nicht die in der Nutzungszeit der Investition entstehenden Aufwände. Deswegen erfordert die Bilanzierung eine Ergänzung durch die Aufstellung und Auswahl von alternativen Investitionsentscheidungen, die auf der Berechnung des ökonomischen Nutzeffekts basiert. Die Berechnung von Kosten und Erträgen während der Nutzungsdauer einer Investition erfolgt erst auf der Betriebsebene. Das heißt, daß vor der Durchführung eines Investitionsvorhabens innerhalb eines Zweiges Überlegungen angestellt werden, ob bei gleichem jährlichen Produktionsausstoß die Verwirklichung der kapitalintensiveren Variante vorteilhafter ist als die weniger aufwendige Variante. Für die Entscheidung ausschlaggebend ist die Einsparung von laufenden Betriebskosten, die durch die Verwirklichung der aufwendigeren Variante ermöglicht wird. Zur Beurteilung der alternativen Varianten wird der sog. relative Nutzeffektkoeffizient (oder die sog. Rückflußfrist der zusätzlichen Investitionen) herangezogen, der als Verhältnis der jährlichen Einsparungen an laufenden Kosten zu den "zusätzlichen" Investitionsausgaben der teureren Variante definiert wird¹. Die teuere Variante wird nur dann gewählt, wenn ihr Nutzeffektkoeffizient den nach Zweigen differenziert festgelegten normativen Koeffizient überschreitet, bzw. wenn die errechnete Rückflußfrist der zusätzlichen Investition kürzer ist als die normative (maximale) Rückflußfrist².

1) Vgl. Seton, F.: Investitionsvolumen und Investitionspolitik, in: Osteuropa-Handbuch, Band Sowjetunion: Das Wirtschaftssystem, Köln, Graz 1965, S.401.

2) Nutzeffektkoeffizient: $\frac{C_2 - C_1}{K_1 - K_2}$ (laufende Kosten)
(fixe Kosten)

1 ... die kapitalintensivere Variante

Die Mängel dieser Methode liegen vor allem darin, daß die mit ihrer Hilfe errechneten Einsparungen nur eine relative Geltung haben; sie hängen von der verwendeten Grundlage des Vergleichs ab, und insofern fehlt ihnen das volkswirtschaftliche Ausmaß und eine Beziehung zu den sich während der Nutzungszeit der Investition ändernden Produktionsbedingungen.

2.1.2. Investitionsfinanzierung

Der Zeitraum des ersten Fünfjahresplans war charakterisiert durch Maßnahmen zur Schaffung eines einheitlichen, alle Finanzfonds und Haushalte einschließenden Staatshaushalts, wodurch eine Zentralisierung der Entscheidungsmacht über alle verfügbaren Finanzmittel sichergestellt werden sollte. Die Voraussetzungen für die Schaffung des einheitlichen Zentralfonds waren durch die veränderten Bedingungen nach der fast vollständigen Nationalisierung des Industriesektors gegeben. Die Gewinnabführungen aus dem nationalisierten Sektor und die am 1.1.1949 eingeführte Einheitssteuer (später Umsatzsteuer genannt)¹ ermöglichten zusammen mit der Lohnsteuer eine Steigerung der Einnahmen des Staatshaushalts, so daß im Jahre 1949, zum erstenmal seit dem Kriegsende, der Haushalt mit einem Einnahmeüberschuß abgeschlossen wurde; 54 % der Einnahmen entfielen auf die Einheitssteuer². Die Haushaltsüberschüsse der folgenden zwei Jahre 1950 und 1951 wurden dem FNW überwiesen.

Die wichtige Funktion des Staatshaushalts bestand darin, als Instrument der volkswirtschaftlichen Planung die Planerfüllung durch Bereitstellung von Finanzmitteln zu sichern. Die Finanzorgane hatten die im Staatshaushalt zentralisierten Mittel entsprechend den Planpräferenzen zu verteilen und eine vollständige Übereinstimmung der einzelnen Posten des materiellen Plans mit denen des Haushalts zu gewährleisten. Der damalige Finanzminister J. Dolanský drückte in seiner Erklärung zum Staatshaushalt für das Jahr 1949 den Grundsatz der künftigen Finanzpolitik auf dem Gebiet der Investitionsfinanzierung in folgenden Worten aus³: "Wenn alle materiellen Investitionsquellen - d.h. die Arbeitskräfte, Rohstoffe, Materialien und ausreichende Kapazitäten für die Investitionsgütererzeugung - zur Verfügung stehen, sind die Investitionsvorhaben durchführbar und die Aufgabe der Finanzpolitik besteht lediglich darin, die Finanzmittel zu mobilisieren, um die materielle Durchführung der Investitionen auch finanziell zu sichern."

1) "Patnáct let hospodaření ...", a.a.O., S.71.

2) Boldyrjov: "Die Finanzen ...", a.a.O., S.67.

3) "Stručný ...", a.a.O., S.436.

Die finanzielle Sicherstellung der vom Zentrum ausgearbeiteten Planziele setzte voraus, die Finanzwirtschaft einzelner Unternehmen unter zentrale Kontrolle zu bekommen. Deswegen wurde im Jahre 1952 ein direkter Anschluß der Einnahmen und Ausgaben der Unternehmen an den Staatshaushalt hergestellt¹. Der bis dahin als Verbindungsglied funktionierende FNW wurde Ende 1951 aufgelöst und der Staatshaushalt wurde gleichsam zum Grundfinanzplan der Volkswirtschaft.

Die Finanzierung der Investitionen erfolgte dann fast ausschließlich durch Zuteilungen aus dem Staatshaushalt, die von den zuständigen Ministerien über die Hauptverwaltungen in Übereinstimmung mit dem Investitionsplan vergeben wurden. Während bis 1952 fast der ganze Betriebsgewinn in Form von Erlössteuer im Staatshaushalt und Abführungen an den FNW zentralisiert wurde, konnten im Jahre 1953, als Folge der neuen Planungsmethoden, die einzelnen Ministerien bis zu 40 % der abgeführten Gewinne behalten und den Hauptverwaltungen und den Betrieben zur Verfügung stellen.

Tabelle 8: Die Einteilung der Abführungen vom Betriebsgewinn in den Jahren 1953 - 1955 in %

	an den Staats- haushalt	an die Mini- sterien	davon bestimmt für		
			Investi- tionen	Ergänzung v.Umlauf- fonds	sonst. Anwen- dung
1953	66,1	33,9	24,9	4,8	4,2
1954	86,0	14,0	8,2	2,9	2,9
1955	86,0	14,0	8,4	4,0	1,6

Quelle: Autorenkoll.: "Příspěvky ...", a.a.O., S.56

Wie aus der Tabelle 8 ersichtlich, hatte diese teilweise Delegierung der Verfügbarkeit über Finanzmittel nur einen vorübergehenden Charakter.

Von den bis 1952 ebenfalls an den FNW abgeführten Abschreibungen sollten die Unternehmen ab 1953 einen Teil behalten und zur Finanzierung von geplanten Generalreparaturen² verwenden, den restlichen Teil auf ihre Investitionskonten bei der Investitionsbank oder an den Staatshaushalt abführen.

1) Autorenkoll.: Příspěvky k vývoji československého hospodářství v letech 1949 - 1955, Prag 1969, S.53

1) Mit "Generalreparaturen" sind werterhöhende Instandsetzungen gemeint.

Tabelle 9: Die Verwendung der Abschreibungen im Jahre 1953 in %

Neuinvestitionen	54,0
Generalreparaturen	42,2
Abführungen an den Staatshaushalt	3,8
Totalabschreibungen	100,0

Quelle: "Příspěvky...", a.a.O., S.57

Wie sich im Jahre 1953 ergab, reichten die für die Generalreparaturen geplanten Abschreibungen nicht aus und wurden deswegen aus den für Neuinvestitionen bestimmten Finanzmitteln ergänzt¹.

Die Finanzierungsmittel für Neuinvestitionen stammten aus folgenden Quellen:

Tabelle 10: Die Quellen der Investitionsfinanzierung im Jahre 1953 in %

Zuteilung aus dem Staatshaushalt (bzw. von Ministerien)	60,3
Abschreibungen	24,7
Unternehmensgewinn	14,5
Übriges	0,5
Investitionsmittel total	100,0

Quelle: "Příspěvky ...", a.a.O., S.57

Der Gewinnanteil, den die Unternehmen direkt zur Investitionsfinanzierung verwenden durften, war zu niedrig, um sie an einem gewinnsteigernden Wirtschaften zu interessieren. Von einem Gewinnzuwachs konnten sie nur so viel behalten, wie zur Durchführung des Investitionsplans notwendig war. Weder das Überschreiten noch die Nichterfüllung des Gewinnplans beeinflusste direkt ihre Investitionstätigkeit. Darüber hinaus war es für die Unternehmen bequemer, einen niedrigen leicht erfüllbaren Gewinnplan durchzusetzen und den zusätzlichen Finanzbedarf dann aus den zentralisierten Mitteln decken zu lassen. Die Verantwortung der Betriebe für die Erschließung von notwendigen Finanzierungsquellen war gering.

- 1) Somit wurde auch die bisher autonome Finanzierung der Erneuerungsinvestitionen Teil der staatlichen Investitionspolitik, denn diese erfolgte nun über die Investitionsbank.

Fehlende Finanzmittel zur Erfüllung des Produktionsplans wurden in Form von Subventionen ergänzt; einen Ertragsüberschuß hingegen konnten die Unternehmen nur bis Ende des laufenden Jahres behalten. Deswegen bemühten sie sich, diese Mittel noch vor Jahresende auszugeben, meistens für Rohstoff- und Materialreserven, um sich vor den Schwankungen in der Materialversorgung zu schützen.

Parallel zu der steigenden Bedeutung der zentralen Finanzierungsquellen verlor der Bankkredit an Bedeutung bei der Investitionsfinanzierung. Sein Anwendungsbereich wurde auf die kurzfristige Finanzierung von laufenden Betriebsausgaben eingeschränkt; langfristige Investitionskredite gewährte die Investitionsbank nur noch den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und ihre Aufgabe wurde allmählich auf die Kontrolle der planmäßigen Verwendung der zentral zugeteilten Investitionsmittel reduziert.

Den steigenden Einnahmen des Staatsbudget entsprechend wuchs der Anteil der zentralisierten Mittel bei den Banken (der Staats- und Investitionsbank bzw. ihren Filialen) und sank der Anteil der eigenen Mittel der Unternehmen. Die Entscheidung über Kreditgewährung lag nicht mehr bei den Banken allein, sondern sie waren verpflichtet, Kredite nur in solcher Höhe freizugeben, wie es der gebilligte Finanzplan jedes Unternehmens vorschrieb. Der Bankkredit sollte zum Kontrollinstrument der Planerfüllung werden.

Bis Ende des Fünfjahresplans kam es jedoch zu keiner grundlegenden Änderung der Kreditvergabe, was vor allem an der unvollkommenen Finanzplanung der Betriebe (die ersten Finanzpläne wurden im Jahre 1949 ausgearbeitet) und den ungenauen Anweisungen für die Banken lag. Unter den Bedingungen der undifferenzierten Kreditvergabe ohne Rücksicht auf die wirkliche finanzielle Lage einzelner Unternehmen trugen diese keine Verantwortung für die termingemäße Rückzahlung der Kredite, ebenso wenig für eine rationelle Verwendung ihrer Finanzmittel. Die zahlungsschwachen Betriebe konnten sich auf finanzielle Unterstützung seitens des Staates verlassen.

Eine Änderung dieses Zustandes war das Hauptziel der zum 1.1.1953 durchgeführten Kreditreform. Die neuen Grundsätze der Kreditgewährung verpflichteten die Banken, Kredite nur zu vorher bestimmten Zwecken einzuräumen und bei Verzögerungen der Kredittilgung den übergeordneten Organen Meldung zu erstatten. Diese sollten eine Nachprüfung der Zahlungsschwierigkeiten ein-

leiten. Es lag also nicht in der Kompetenz der Banken, die Bedingungen der Kreditvergabe entsprechend den konkreten Wirtschaftsergebnissen der Unternehmen zu ändern: die Rolle des Bankkredits als ein indirektes Lenkungs-instrument beschränkte sich dann nur auf die Signalisierung der Abweichungen vom Finanzplan des Betriebes. Diese Kontrollfunktion der Banken wurde jedoch dadurch geschwächt, daß die korrigierenden Eingriffe der übergeordneten Organe meistens ausblieben bzw. durch Subventionierung der verschuldeten Betriebe ersetzt wurden.

Andererseits hinderte eine Kreditverweigerung für nicht geplante Zwecke die Betriebe nicht, ihr Vorhaben durchführen. Somit kam es zu einer unkontrollierten Verbreitung des Handelskredits¹ und zum kettenweisen Anstieg der Zahl der zahlungsunfähigen Betriebe. Ihre Schulden wurden dann einmalig aus den zentralen Mitteln beglichen.

Wie aus den oben angedeuteten Funktionen der Finanzorgane hervorgeht, bestand in der Praxis ein Widerspruch zwischen dem Grundsatz der Anpassung der Finanzpolitik an die Bedürfnisse der Planerfüllung und der Forderung einer wirksamen Beeinflussung bzw. Kontrolle der Unternehmenstätigkeit durch die Finanzorgane. Unter den Bedingungen des zentralisierten Lenkungs-systems, in dem Wert darauf gelegt wird, über das Finanzsystem ein Gleichgewicht zwischen dem gesamten Finanzfonds und dem Gesamtfinanzbedarf sicherzustellen, sind die Ungleichgewichte zwischen dem Bedarf und Aufkommen der Finanzmittel in den einzelnen Betrieben von geringerer Bedeutung.

Als Vorteil der zentralen Verfügbarkeit über Finanzfonds wird die Möglichkeit bezeichnet, zur Durchführung von gesamtwirtschaftlich wichtigen Aufgaben die erforderlichen Finanzmittel auch kurzfristig bereitzustellen. Das bedeutet allerdings oft, daß diese Mittel auf Kosten ihrer ursprünglichen Bestimmung umverteilt werden. Das schnellere Anwachsen einiger Ausgaben als das der ihnen entsprechenden Finanzquellen führt notwendigerweise zur Einschränkung anderer Ausgaben und bedeutet auch einen Eingriff in den Prozeß der Schaffung der Finanzmittel. Im Endergebnis wird dann auch das globale Finanzgleichgewicht gestört.

Auf der anderen Seite stellt sich die Frage nach der materiellen Sicherung der Planerfüllung. Die Verwendung eines betrieblichen Überschusses zur Abdeckung des Verlustes eines anderen Betriebes führt zwar zu einem finan-

1) Unter Handelskrediten sind die unbezahlten Verpflichtungen eines Betriebs gegenüber den Lieferanten zu verstehen.

ziellen Gleichgewicht in der Unternehmenssphäre, ist jedoch mit der Verschleierung von Mängeln in der Produktion verbunden, die in der Disproportion zwischen dem Bedarf an bestimmten Gütern und den Möglichkeiten seiner Deckung zum Ausdruck kommen. Dieses Problem wird dann wieder durch zentrale Eingriffe gelöst, nämlich durch die vorrangige Versorgung derjenigen Betriebe und Zweige mit den knappen Gütern, deren Produktion "gesamtstaatlich wichtig" ist - auf Kosten der laut der Prioritätsskala zweitrangigen Produktionen.

Für die Herstellung des finanziellen Gleichgewichts auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene wurde mit Hilfe der Einheits- bzw. der Umsatzsteuer (ab 1953) gesorgt, die indirekt über den Preismechanismus einen Teil des Einkommens der Bevölkerung abschöpfte, das nicht durch ein entsprechendes Güterangebot gedeckt war. Die Erhöhung der Einheitssteuer verstärkte jedoch die inflationären Tendenzen, weil sie Preis- und Lohnsteigerungen nach sich zog. Bis 1951 war nämlich die Lohnentwicklung nicht gesamtstaatlich geplant; jede Produktivitätssteigerung hatte Lohnerhöhungen zur Folge¹. Die ungünstigste Entwicklung dieser beiden Kennziffern zeigt das Jahr 1950, in dem die Steigerung der Arbeitsproduktivität gegenüber 1949 um 7 % von einem Anstieg des Durchschnittslohnes in der Industrie um 17,5 % begleitet war².

2.2. Ziele der Investitionspolitik im ersten Fünfjahresplan 1949 - 1953

2.2.1. Die allgemeinen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen

Das Gesetz über den tschechoslowakischen Fünfjahr-Wirtschaftsplan vom 27.10.1948 legte die Aufgaben des Auf- und Umbaus der Wirtschaft als eine unerläßliche Voraussetzung für die Hebung des Lebensniveaus aller Schichten der arbeitenden Bevölkerung fest³. Die Leitlinie des Plans bildete das Programm der strukturellen Veränderungen in der Industrie und Landwirtschaft, das die Hauptgewichte weiter zugunsten der Schwerindustrie und der Viehwirtschaft verschob.

1) "Patnáct let ...", a.a.O., S.105.

2) Autorenkoll.: 20 let rozvoje československé socialistické republiky, Prag 1965, S.67. Die rasche Zunahme des Geldvolumens während des Fünfjahresplans führt O. Tureček darauf zurück, daß die Investitionen in diesen Jahren und die Wiederaufrüstung vorwiegend "über die Notenpresse finanziert wurden". Tureček, O.: "Die Verwirklichung des Sozialismus...", a.a.O., S.380.

3) Autorenkoll.: Der tschechoslowakische Fünfjahr-Wirtschaftsplan, Prag 1948, S.29.

Die Konzeption des Industrieumbaus reifte in der Zeit, als die Tschechoslowakei die Ausrichtung ihrer außenpolitischen und -wirtschaftlichen Beziehungen neu festlegte. So wirkte, neben den Bedürfnissen der Modernisierung der Binnenwirtschaft, der Industrialisierungsprozeß in den osteuropäischen Ländern über die Handelsverträge als Bestimmungsfaktor der Hauptrichtung der tschechoslowakischen Wirtschaftsentwicklung. Die meistens in fünfjährigen Verträgen formulierten Forderungen bildeten die Grundlage für die ersten tschechoslowakischen Fünfjahrespläne. Die Bestrebungen in den Volksdemokratien, eine eigene Schwerindustrie aufzubauen, riefen einen großen Bedarf an Maschinen und Industrieeinrichtungen hervor, den in der Anfangsphase nur die entwickelte tschechoslowakische Verarbeitungsindustrie zu decken vermochte. Die hohe Nachfrage der Partnerländer nach Investitionsgütern erforderte einen erheblichen Kapitaleinsatz zur Erweiterung der vorhandenen Kapazitäten und zum Aufbau von neuen Industriebranchen. Der Schwerpunkt der entstehenden Industriestruktur mußte folglich im Hüttenwesen und Maschinenbau liegen.

Die anspruchsvollen Aufgaben der Schwerindustrie machten eine gleichzeitige Entfaltung der Zweige der Leichtindustrie sowie die Mechanisierung der Landwirtschaft nur im beschränkten Maße möglich. Weil jedoch die Verbrauchsgüterindustrie schon auf breiter Basis vorhanden war, sah der Plan nur ihre Modernisierung vor. Für die sinkende Bedeutung dieses Bereichs in der künftigen Entwicklung sprachen auch die Schwierigkeiten der Rohstoffversorgung, hervorgerufen durch die Unterbindung des Ost-West-Handels, und die niedrige Konkurrenzfähigkeit der mit veralteten Produktionsanlagen hergestellten Konsumwaren¹. Die Ostblockländer waren gleichfalls weniger an Konsumgüterimporten interessiert, weil der Bedarf an Investitionsgütern zuerst gedeckt werden mußte. Während der fünf Jahre sollte auch die Umrüstung der Armee vollendet werden, und die neue technische Ausrüstung den Waffen- und Munitionstypen der anderen Ostblockländer angepaßt werden. Zu den wichtigsten Aufgaben der Regionalpolitik gehörte die Industrialisierung der Slowakei und der zurückgebliebenen tschechischen Gebiete, als Voraussetzung der allmählichen Überwindung der ökonomischen, sozialen und kulturellen Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen.

1) Schon im Jahre 1947 sank der Anteil der Textil- und Schuhindustrie am tschechoslowakischen Export gegenüber 1929 um zwei Drittel.
Goldmann, J.: "Probleme...", a.a.O., S.100.

2.2.1.1. Die Entwicklung der Produktionsstruktur

Die geplante schrittweise Steigerung des Nationaleinkommens vom Jahre 1948 bis zum Jahre 1953 um 48 %¹ setzte folgendes Produktionswachstum in den einzelnen Produktionsbereichen voraus:

Tabelle 11: Die geplante Produktionssteigerung 1948 - 1953

	Produktionswert 1953 in Mrd Kčs	in % von 1948
Industrie insgesamt	454	157
- Produktionsmittelerzeugung	-	166
- Konsumgütererzeugung	-	150
Landwirtschaft	105	137
- Pflanzenproduktion	55	111
- Viehwirtschaft	50	186
Bauwesen	46	230
Industriezweige:		
Grundstoffindustrie	17,3	135
Energierzeugung	14,1	152
Hüttenindustrie	46,4	149
Metallverarbeitung	92,3	193
- Schwermaschinenbau	22,4	-
- Fahrzeuge	15,4	-
- Elektrotechnik	18,3	-
- Präzisionsmaschinenbau	13,7	-
- Allgem. Maschinenbau	6,2	-
Chemieindustrie	35,1	162
Baustoffe und Keramik	12,1	159
Papierindustrie	9,9	141
Holzverarbeitung	12,5	126
Textil u. Bekleidung	77,4	168
Leder- u. Gummiwaren	21,8	143
Graphische Industrie	4,0	118
Nahrungsmittelerzeugung	61,8	179
Zuckerproduktion	10,2	117
Bier- u. Malzerzeugung	9,6	168
Handwerkserzeugung	59,0	120

Quelle: "Der tschechoslowakische Fünfjahr-Wirtschaftsplan", Prag 1948, S.30ff. und Kieseewetter, B.: "Die Wirtschaft...", a.a.O., S.182.

In dieser ursprünglichen Planfassung hat also die Produktionsmittelindustrie und darunter die Metallverarbeitung eindeutig Vorrang vor der Konsumgüterindustrie erhalten. Gleichwohl wurden jedoch der Textil- und Nahrungsmittelindustrie hohe Planziele auferlegt.

1) "Der tschechoslowakische Fünfjahr-Wirtschaftsplan...", a.a.O., S.18.

Für die Erreichung der Produktionsziele war die Steigerung der Arbeitsproduktivität unerlässlich. Diese sollte in der Industrie um 32 %, in der Landwirtschaft um 20 % und im Bauwesen um 53 % erhöht werden¹.

Zugleich erforderte das Produktionswachstum die Einbeziehung von neuen Arbeitskräften, vor allem durch eine Erhöhung der Zahl der berufstätigen Frauen, und die Ausnutzung der Arbeitskräfte in den wirtschaftlich schwachen Gebieten durch Schaffung von Arbeitsplätzen. Insgesamt sollte die Zahl der Werktätigen um 5,6 % gegenüber 1948, davon in der Industrie um 18,5 % und im Bauwesen um 50 % wachsen².

Unter der Voraussetzung, daß die geplante Produktivitätssteigerung erreicht werden konnte, war eine 35 %ige Zunahme des gesellschaftlichen und privaten Pro-Kopf-Konsums bis zum Jahre 1953 vorgesehen³.

2.2.1.2. Anforderungen hinsichtlich der Akkumulation und Investitionsallokation

Aus der geplanten Produktionssteigerung und der Entwicklung der nichtproduktiven Sphäre ergaben sich Forderungen bezüglich der Investitionen, die in einem entsprechenden Plan festgelegt wurden.

Für die Steigerung des Nationaleinkommens von 210 Mrd Kčs im Jahre 1948 auf 310 Mrd Kčs im Jahre 1953 sah der Plan Gesamtinvestitionen im Werte von 336,2 Mrd Kčs vor. Dieser Betrag stellte, auf fünf Jahre verteilt, einen jährlichen Anteil am Nationaleinkommen - die Investitionsquote - von etwa 20 % dar⁴. Der Anteil der Neu- bzw. Entwicklungsinvestitionen sollte zwischen 65 und 70 % liegen (d.h. zwischen 218 und 235 Mrd Kčs), die Investitionen für soziale, kulturelle und gesundheitliche Zwecke eingeschlossen⁵.

1) "Der tschechoslowakische Fünfjahr-Wirtschaftsplan", a.a.O., S.51.

2) a.a.O., S.53.

3) a.a.O., S.45.

4) Kiewewetter, B.: "Die Wirtschaft...", a.a.O., S.86. Die Investitionsquote fällt deswegen so hoch aus, weil das Nationaleinkommen nur die Wertschöpfung der produktiven Sphäre darstellt (d.h. ohne Dienstleistungen), die Gesamtinvestitionen jedoch auch die Investitionen in die nichtproduktive Sphäre einschließen.

5) Kiewewetter, B.: "Die Wirtschaft ...", a.a.O., S.87

Tabelle 12: Geplante Verteilung der Gesamtinvestitionen in den Jahren 1949 - 1953

Bereich	Investitionen in Mrd Kčs	in % der Gesamt- investitionen
Industrie	131,9	39,2
Landwirtschaft	26,8	8,0
Bauwesen	4,6	1,4
Verkehr	52,9	15,7
Handel und Reiseverkehr	5,0	1,5
Wohnungsbau	39,3	11,7
Sozialfürsorge	8,1	2,4
Gesundheitsfürsorge und Sozialversicherung	10,3	3,1
Kultur	10,2	3,0
Öffentliche Verwaltung (Investi- tionen in Straßen, Brücken, Wasserwirtschaft)	47,1	14,0
Insgesamt	336,2	100,0

Quelle: "Der tschechoslowakische Fünfjahr-Wirtschaftsplan", a.a.O., S.54-55

Die sog. Entwicklungsinvestitionen sollten nur dort vorgenommen werden, wo Planaufgaben auch bei voller Ausnutzung der vorhandenen Produktionseinrichtungen und Einführung der Schichtarbeit nicht erfüllt werden konnten, und wo diese Investitionen zur Verwirklichung des Wirtschaftsumbaus unerlässlich waren¹. Das veröffentlichte Gesetz über den 1. Fünfjahresplan enthielt keine Angaben über die Investitionsallokation innerhalb der Industrie. Die Haupttrichtungen sind jedoch aus der Struktur des Produktionsplans zu entnehmen.

2.3. Die Realisierung des Fünfjahresplans

2.3.1. Die Revision der Planaufgaben

Schon sechs Monate nach dem Anlaufen des Plans stand seine Revision zur Diskussion, die vor allem durch die Verschärfung der internationalen Situation hervorgerufen wurde. Erstens sah man sich wegen des Embargos von der westlichen Seite gezwungen, durch eine Erhöhung der Inlandsproduktion und Ausrichtung auf vorhandene heimische Roh- und Brennstoffreserven von den westlichen Märkten unabhängig zu werden. Zweitens rief das Informations-

1) "Der tschechoslowakische Fünfjahr-Wirtschaftsplan", a.a.O., S.55.

büro der Kommunistischen Parteien im Jahre 1949 zur Verstärkung der Verteidigungsfähigkeit der Ostblockländer auf, die im Zeichen einer "offenen Vorbereitung des Krieges durch die Imperialisten" stand¹.

Aufgrund dieser Umstände entschied der ZK der KPTsch, das Plansoll vor allem in der Schwerindustrie zu erhöhen. Eine wesentliche Änderung des Plans wurde auf der Sitzung des ZK im Januar 1951 gebilligt. Die Revision ging von den langfristigen Abkommen mit den Mitgliedsstaaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe aus², deren Anforderungen sich vorwiegend an die Produktion des Maschinenbaus richteten. Gemäß der Entscheidung des ZK sollte die Industrieproduktion jährlich um 20 - 25 %, während der fünf Jahre um 98 % wachsen (gegenüber den ursprünglich geplanten 57 %), die Produktion der Schwerindustrie um 133 % (ursprünglich 70 %), der Leichtindustrie um 73 % (anstatt um 50 %) und der Landwirtschaft um 53 % (ursprünglich 37 %). Das Plansoll der Metallindustrie allein wurde auf 167 % gegenüber 93 % erhöht³.

Die anspruchsvollen Ziele des Schwermaschinenbaus machten ihn zum Hauptglied der Industrieentwicklung, dem die ganze Volkswirtschaft angepaßt wurde. Zu dieser Zeit entstand die sog. Stahlkonzeption der Wirtschaft, die umfangreiche Investitionen in die Metallurgieproduktion und geologische Erkundung erforderte. Ab 1950 setzten sich nämlich Ansichten durch, die entgegen den dem ursprünglichen Plan zugrunde liegenden Überlegungen die heimische Rohstoffbasis für ausreichend, bisher jedoch nicht für voll ausgenutzt hielten⁴. Wenig berücksichtigt wurde dabei jedoch die Tatsache, daß die Erzvorkommen auf dem ganzen Gebiet der Republik in kleinen Mengen verstreut waren und daß die Eisenerze einen sehr niedrigen Gehalt an Eisen (etwa 30 - 35 %) ⁵ hatten. Die vorgesehene Erschließung der "ausreichenden" Rohstoffquellen setzte also neben den zusätzlichen Investitionen in die Kohlen- und Eisenerzförderung den Bau von Anlagen für Eisenerz-Veredelung voraus, was sich in Verteuerung der Produktion auswirken mußte.

Auf die Planrevision von 1951 folgten weitere Erhöhungen der Produktionsaufgaben, die im Zusammenhang mit der Zuspitzung des Kriegskonflikts in Korea standen. Für diese von der Rüstungsindustrie ausgehenden Forderungen wurde ein gesonderter Plan aufgestellt.

1) "Stručný...", a.a.O., S.369.

2) RGW - im Januar 1949 in Moskau gegründet. Siehe Abschnitt über die Außenbeziehungen, S.64.

3) "Stručný...", a.a.O., S.397.

4) "Stručný...", a.a.O., S.399.

5) Autorenkoll.: CSR - Wirtschaft und Handel, Prag 1955, S.17.

2.3.2. Die Planerfüllung

Die Ergebnisse des ersten Fünfjahresplans waren sehr widersprüchlich. Gemessen an der Wachstumsrate des Nationaleinkommens - im Jahresdurchschnitt 9,3 %¹ - wurde das Ziel, durch ein hohes Wirtschaftswachstum den Auf- und Umbau der Wirtschaft zu verwirklichen, erreicht. Das bestätigt vor allem der Produktionsanstieg in der Industrie, insbesondere in der Schwerindustrie, wie in der folgenden Tabelle über die Planerfüllung gezeigt wird. Die Ergebnisse werden mit den ursprünglichen und den im Jahre 1951 revidierten Planzielen verglichen².

Tabelle 13: Die Erfüllung der Ziele des 1. Fünfjahresplans

	Ziele 1953/1948 in %		Tatsächliche Entwicklung 1953/1948 ^b
	ursprüngl. ^a	revid. ^a	
Nationaleinkommen	148	168	156
Konsum pro Kopf	135	-	115
Bruttoproduktion:			
Industrie	157	198	193
Landwirtschaft	137	153	111
Bauwesen	230	-	252
Industrieproduktion:			
Produktionsmittelindustrie	166	233	219
Konsumgüterindustrie	150	173	166
Energieerzeugung	152	-	165
Brennstoffe	-	-	140
Metallurgie	-	-	200
- Hüttenindustrie	149	-	170
- Stahlerzeugung	133	-	210
Metallverarbeitung	193	267	294
Chemie	162	210	238
Baustoffe und Keramik	159	-	156
Textil und Bekleidung	168	-	149
Nahrungsmittelindustrie	179	-	181
Arbeitsproduktivität ^c			
Industrie	132	-	132
Landwirtschaft	120	-	154
Bauwesen	153	-	136
Arbeitskräfte insgesamt ^d			
Industrie	106	-	103
Landwirtschaft	119	-	113
Landwirtschaft	-	-	83
Bauwesen	150	-	160

Quellen: a) "Stručný...", a.a.O., S.397

b) Anhang, Tabelle 1 und 6

c) Statistická ročenka CSSR 1966, S.24

d) ebenda, S.22

- 1) Die Glaubwürdigkeit der offiziellen Daten über diese Nachkriegsjahre ist schwer nachprüfbar.
- 2) Das Bild der Planerfüllung würde wahrscheinlich anders ausfallen, ständen uns auch Angaben über die spätere Planerhöhung zur Verfügung.

Das hohe Wachstumstempo des Nationaleinkommens wurde begleitet durch anwachsende Disproportionen, die sich letztlich im stagnierenden Lebensstandard auswirkten. Das ungleichmäßige Ansteigen des Produktionsvolumens und des Verbrauchs der Bevölkerung läßt die Schlußfolgerung zu, daß das ursprüngliche Hauptziel des Plans, die Steigerung des Lebensniveaus der Bevölkerung, nicht erreicht bzw. mit dem Mittel zu seiner Erreichung, dem hohen Produktionswachstum, verwechselt wurde.

Der Anstieg der Industrieproduktion war möglich vor allem aufgrund einer langsameren Entfaltung anderer Bereiche, insbesondere der Landwirtschaft. Die landwirtschaftliche Produktion blieb nicht nur hinter dem Plansoll, sondern auch hinter dem Vorkriegsstand zurück. Dieser Rückstand ist durch den massiven Abgang der Arbeitskräfte (die Verminderung der Beschäftigtenzahl von 1948 bis 1953 betrug 17 %) ¹, den relativ niedrigen Investitionsanteil der Landwirtschaft (9 % der gesamten Investitionen) ² und die ungenügende Versorgung mit landwirtschaftlichen Maschinen und Chemikalien zu erklären. Gleichwohl ist auf die Folgen des Kollektivierungszwangs und der Preispolitik hinzuweisen, denn die Preise von vielen Produkten deckten nicht einmal die Produktionskosten.

Der steile Anstieg der Industrieproduktion rief auch weitere Disproportionen zwischen dem Bedarf der expandierenden metallverarbeitenden Industrie und der beschränkten Rohstoff- und energetischen Grundlage hervor. Um das Produktionssoll in den Schwerindustriebereichen zu erfüllen, wurden zusätzliche Investitionen in die Engpaßproduktionen (Roh- und Brennstoffförderung, Energieerzeugung, Hüttenwesen) und die knappen Güter in die präferierten Zweige geleitet. Die häufigen Planänderungen, verursacht u.a. durch Unstimmigkeiten zwischen den Forderungen der Hauptproduzenten und dem Angebot der Lieferanten, hatten die Entstehung von neuen Ungleichgewichten zur Folge, die sich letztlich im sinkenden Wirtschaftswachstum und einer Änderung des wirtschaftspolitischen Kurses im September 1953 äußerten ³.

Die Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung der Tschechoslowakei während des Fünfjahresplans läßt im Hinblick auf die ursprünglichen Zielsetzungen folgende Schlußfolgerung zu: wären die Planaufgaben nicht wiederholt herauf-

1) Vgl. Statistická ročenka ČSSR, Prag 1966, S.22.

2) Siehe Anhang, Tab.2.

3) Diese Änderung wurde auf der Plenarsitzung des ZK der KPTsch am 4.9.1953 in Prag beschlossen. "Příruční slovník k dějinám KSČ", Prag 1964, Teil 2, S.1007.

gesetzt worden, ohne daß eine sorgfältige Abstimmung mit den Produktionsmöglichkeiten erfolgte, hätten die Planziele in allen Wirtschaftsbereichen ohne den Verlust des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts erreicht werden können. Berücksichtigen wir die hohen Produktionskosten und die Vernachlässigung der nicht präferierten Zweige, so erscheinen die hohen Wachstumsraten in der Schwerindustrie nur als ein relativer Erfolg.

2.3.3. Die Investitionsallokation und ihre Auswirkungen auf die Produktionsstruktur

In der Periode des ersten Fünfjahresplans wurden die Grundlagen einer ökonomischen Entwicklung gelegt, die als extensiv zu bezeichnen ist und die den Charakter der Investitionspolitik des ganzen Untersuchungszeitraums prägte.

Im wesentlichen bedeutete der extensive Weg der Entwicklung einen solchen Einsatz von Mitteln, der auf eine Erweiterung und den Bau von neuen Produktionskapazitäten bei relativ niedrigen Ersatz- und Modernisierungsinvestitionen ausgerichtet war. Zugleich erforderte er eine volle Ausnutzung des Arbeitskräftepotentials. Die auf einen maximalen Output von industriellen Erzeugnissen ausgerichtete Wirtschaftspolitik ließ die Berücksichtigung von Effizienzkriterien nur in minimalem Umfang zu. Der extensive Mitteleinsatz kommt u.a. in der schnell steigenden Investitionsquote in den vier Jahren zum Ausdruck¹:

Tabelle 14: Der Anteil der Investitionen am Nationaleinkommen

	1949	1950	1951	1952	1953	Durchschnitt 1949 - 1953
gesamte Invest. % NE	16,9	18,6	20,5	22,0	21,4	19,9
produkt.Invest. % NE ^a	12,2	13,6	15,0	15,9	14,6	14,3

Quelle: Siehe Anhang, Tabelle 1 und 2

a) Investitionen in die produktive Sphäre

1) Der Anteil der Generalreparaturen am Durchschnittswert der Grundfonds betrug während der fünf Jahre nicht ganz 0,3 %. Bálek, A.: Některé problémy..., in: Politická ekonomie, 1955, S.392.

Der hohe Anteil der produktiven an den gesamten Investitionen (1949 - 1953 ... 71,5 %) entsprach der Tendenz der einseitigen Forcierung der investitionsintensiven Industrie, deren Ausbau alle anderen wirtschaftspolitischen Maßnahmen allmählich untergeordnet wurden. Die Betonung des Produktionswachstums in der Schwer- und Förderindustrie bestimmte die Richtung des Hauptstroms der Investitionen und wurde zur Grundlage für das Allokationsschema, das sich im Rahmen des zentralisierten Planungssystems bildete¹. Dieses ging von den Kapazitätsmöglichkeiten des Bauwesens und des Maschinenbaus aus, deren Wachstumstempo das Wachstum und den Investitionsbedarf der zugeordneten Zweige - Metallurgie, Brenn- und Rohstoffförderung und Energieerzeugung - entscheidend beeinflusste, sowie die Güterstruktur des Außenhandels bestimmte. Die Bedürfnisse der Entwicklung dieser Bereiche stellten eine Grenze dar für das Wachstum der übrigen Verarbeitungsindustrie und des nicht produktiven Verbrauchs.

Dieser Vorgang, bei dem das Wachstumstempo des Nationaleinkommens aus dem Entwicklungstempo einzelner Zweige abgeleitet wird, ist mit dem Risiko verbunden, daß sich die Produktionsstruktur unterschiedlich von der Struktur des Endverbrauchs entwickelt, daß auf einer Seite Engpässe und auf der anderen Überfluß entstehen. Einem solchen Zustand vorzubeugen würde voraussetzen, bei der Planung der Produktionsentwicklung von einer festgelegten Wachstumsrate des Nationaleinkommens auszugehen, die über die Struktur des Endverbrauchs die Zweigstruktur des nationalen Produkts determiniert².

Wie der Zeitraum 1949 bis 1952 zeigt, führte die Anwendung dieses Allokationsschemas zwar zu einer hohen Wachstumsrate des Nationaleinkommens und ermöglichte somit die Einleitung von umfangreichen strukturellen Änderungen. Auf der anderen Seite hatte die einseitige Förderung der Schwerindustrie die Entstehung der oben angeführten Disproportionen zur Folge, die am Ende der Planperiode zur Verlangsamung des Wachstumstempos führten. Mit der nachträglichen Anpassung des gesamten Investitionsvolumens an die notwendige Konsumsteigerung und des Investitionsumfangs in der Schwerindustrie an die Produktionsmöglichkeiten der Zulieferzweige sollten die Disproportionen gemildert werden.

Josef Goldmann³ spricht in diesem Zusammenhang von der Material- und Konsumbarriere, die dem Produktions- und Investitionswachstum Grenzen setzt.

1) Kouba, K. und Goldmann, J.: *Hospodářský růst v ČSSR*, Prag 1967, S.30.

2) Vgl. Kouba, K. und Goldmann, J.: *"Hospodářský..."*, a.a.O., S.31, und Kalecki, M.: *Náčrt teorie růstu socialistické ekonomiky*, Prag 1965, S.150.

3) Kouba, K. und Goldmann, J.: *"Hospodářský..."*, a.a.O., S.26.

Dazu kommt noch die Kapazitäts- und Arbeitskräftebarriere im Bauwesen und Maschinenbau, wenn in kürzerem Zeitraum mehrere umfangreiche Investitionen vorgenommen werden. Die Materialbarriere kann mittels Importen überwunden werden. Auch hier wird jedoch eine Grenze erreicht, wenn steigende Importe von Roh- und Brennstoffen zur Erhöhung der Exporte von solchen Produkten führen, deren Erzeugung von importiertem Material abhängig ist¹. In diesem Fall, und um auch die notwendige Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten sicherstellen zu können, muß dann um jeden Preis, d.h. auch bei einer Verschlechterung der terms of trade exportiert werden.

Die Erreichung all dieser angeführten Grenzen wurde am Ende der Planperiode deutlich sichtbar. Bevor jedoch eine Anpassung im Investitionsbereich in den Jahren 1953 und 1954 erfolgte, wurden zusätzliche Investitionen in die Engpaßzweige geleitet, um vor allem die Lücke in der Rohstoff- und Energieversorgung zu schließen. Mit dem Effekt dieser auf Kosten der nicht präferierten Zweige getätigten Investitionen konnte jedoch erst nach einem längeren, die fünfjährige Periode überschreitenden Zeitraum gerechnet werden.

Infolge der angedeuteten Wachstumspolitik wuchsen die Investitionen schneller als das Nationaleinkommen und nach einem Anstieg im Jahre 1950 stagnierte der Privatkonsum.

Tabelle 15: Das Wachstum des Nationaleinkommens, der Investitionen und des Privatkonsums in den Jahren 1949 bis 1953, in % von 1948

	1948	1949	1950	1951	1952	1953
Nationaleinkommen	100	110	121	133	147	156
Investitionen	100	133	160	194	229	238
davon produkt. Investitionen	100	137	167	203	238	232
Privatkonsum	100	104	120	121	124	119

Quelle: Siehe Anhang, Tab. 1 und 2

1) Die Exporterhöhung hat dann nur den Zweck der Devisenbeschaffung für die dringenden Importe.

Die verwirklichte Investitionsverteilung zeigt folgendes Bild:

Tabelle 16: Die Investitionsstruktur 1949 - 1953

	in Mrd Kčs Preise 1964	Anteile in %
a) Investitionen insgesamt	85,3	100
davon: Produktive Investitionen	61,0	71,5
davon: Industrie	38,0	44,5
Landwirtschaft	8,0	9,4
Bauwesen	1,8	2,1
Verkehr	11,7	13,7
Handel	1,5	1,8
Unproduktive Investitionen	24,3	28,5
davon: Wohnungsbau	13,3	15,6
Sozial-, Gesundheitswesen	1,9	2,2
Kultur-, Schulwesen	2,3	2,7
Verwaltung	6,6	7,8
Übriges	0,2	0,2
b) Investitionen in die Industrie ¹	37,9	100
davon: Energieerzeugung	4,6	12,1
Brennstoffindustrie	3,7	9,8
Metallurgie	6,9	18,2
Maschinenbau	7,5	19,8
Chemie	3,7	9,8
Baustoffindustrie	1,8	4,7
Holzverarbeitung	1,3	3,4
Textil u. Bekleidung	1,8	4,7
Leder- u. Gummiwaren	0,4	1,1
Nahrungsmittel	2,3	6,1
Papierindustrie	0,8	2,1
Übriges	3,1	8,2

Quellen: a) Errechnet nach Tab.2 im Anhang und nach Statistická ročenka, 1966, S.26f.

b) Errechnet nach Tab. 8 im Anhang

- 1) Die Investitionen in die Industrie beziehen sich hier nur auf die staatlichen Betriebe, wobei die Industrieinvestitionen in Tab.16a) auch die Produktionsgenossenschaften umfassen.

Entgegen den ursprünglichen Erwartungen wurden mehr Investitionen für produktive Zwecke ausgegeben¹. Die Industrie erhielt mit 45 % den größten Teil der produktiven Investitionen, die Landwirtschaft dagegen nur 9 %, ungefähr so viel wie der Maschinenbau. Innerhalb der Industrie stand der Maschinenbau mit 20 % der gesamten Industrieinvestitionen an erster Stelle, gefolgt von der Metallurgie mit 18 % und der Energieerzeugung mit 12 %. In der nicht produktiven Sphäre wuchs im Vergleich mit der geplanten Investitionsstruktur nur der Anteil des Wohnungsbaus an den gesamten Investitionen.

Ein aufschlußreicherer Bild gibt uns die Entwicklung der Struktur der Industrieinvestitionen in den einzelnen Planjahren (siehe Anhang, Tab.8). Es kam zu einer Verschiebung der Anteile der Brennstoff-, Energie- und Chemieindustrie zugunsten der Metallurgie. Dieser Trend und auch der niedrige Investitionszuwachs, zeitweise sogar Rückgang, in der Brennstoff- und Energieindustrie in den Jahren 1949 bis 1951 lassen darauf schließen, daß im Investitionsplan zwar ein schnelles Wachstum von Maschinenbau und Metallurgie, nicht aber der wichtigsten Zulieferzweige, nämlich der Brennstoff- und Energiewirtschaft, vorgesehen wurde. Ungenügende Kohlenförderung und Energieerzeugung erschwerten dann dauernd die Planerfüllung in den nachgeordneten Zweigen. Auch eine verstärkte Investitionstätigkeit in den Jahren 1952 und 1953 konnte diese Schwierigkeiten nicht kurzfristig beheben.

In den Zweigen der Leichtindustrie war sowohl ein relativer als auch absoluter Rückgang der Investitionsausgaben ab 1950 zu verzeichnen. Das erklärt auch die Nichterfüllung der Planziele in diesen Zweigen bzw. ihre sinkenden Anteile an der gesamten Industrieproduktion (Tab. 17).

Die sich verschärfende Situation bei der Versorgung der verarbeitenden Industrie mit Materialien und Rohstoffen und der Bevölkerung mit den notwendigen Lebensmitteln und Konsumgütern zwang die Regierung dazu, nach der Analyse der bisherigen Planergebnisse das Wachstumstempo der Schwerindustrie zugunsten einer beschleunigten Entfaltung der landwirtschaftlichen Produktion und der Konsumgüterindustrie zu senken. Deswegen wurden die Investitionen für die produktive Sphäre bzw. für die Industrie und das Bauwesen im Jahre 1953 gekürzt. Dafür stiegen die Investitionen in die Landwirtschaft, und innerhalb der nicht produktiven Sphäre wuchs der Anteil des Wohnungs-

1) Die ursprünglich geplante Investitionsverteilung (siehe Tab.12, allerdings in Preisen von 1948) sah für die produktive Sphäre nur den Anteil von ca.65 % der Gesamtinvestitionen vor.

baus und der Forschung an den gesamten Investitionen. Von den Industriezweigen erfuhr nur die Brennstoff- und Energieerzeugung keine Investitionsförderung.

Beurteilen wir nun die Auswirkungen der Investitionsallokation während des Fünfjahresplans auf die Produktionsstruktur am Ende der Planperiode. Diese wurden von Verschiebungen in der Beschäftigtenstruktur begleitet.

Tabelle 17: Die Struktur der Produktion, der Investitionen und der Beschäftigtenzahl nach einzelnen Bereichen und Zweigen in den Jahren 1948 und 1953 in %

	Produktion ^a				Investitionen ^b		Beschäftigung ^c	
	Brutto		Netto		Durchschnitt			
	1948	1953	1948	1953	1948	1949/53	1948	1953
Gesamtwirtschaft	100	100	100	100	100	100	100	100
davon: Industrie	46	56	67	64	49	45	34	37
Landwirtschaft	33	23	19	15	4	9	48	40
Bauwesen	6	10	7	10	1	2	5	8
Übriges	15	11	7	11	46	44	13	15
Industrie insgesamt ^d	100	100	100	100	100	100	100	100
davon: Energie	3	3	4	5	17	12	-	-
Brennstoffe	11	8	10	10	15	10	16	17
Metallurgie	11	11	8	10	11	18		
Maschinenbau	17	26	24	29	16	20	27	34
Chemie	3	3	5	5	10	10	4	4
Baustoffe, Keramik	5	4	7	6	3	5	8	7
Holzverarbeitung	5	5	6	6	3	3	-	-
Textil, Bekleid.	14	11	16	14	6	5	13	10
Lederverarbeitung	5	3	7	4	3	1	-	-
Nahrungsmittel	26	24	10	8	7	6	12	11
Papierherzeugung	4	3	4	4	2	2	-	-

Quelle: a) Anhang, Tab. 1 bzw. für Industriezweige Tab.6 und 7

b) Anhang, Tab.2 bzw.8

c) Statistická ročenka 1966, S.22 bzw. Nešvera, V.: Investitionen in Österreich und in der Tschechoslowakei, Wien 1970, Beilage IV, Tab. 12

d) Wegen der Abrundung der Prozentzahlen ergibt die Summe der Anteile nicht genau 100 %.

Anmerkung: Den Angaben in der Tabelle liegen Preise von 1964 zugrunde. In Preisen von 1948 war dieser Überblick nicht rekonstruierbar.

Die unterschiedliche Entwicklung der Anteile der Industrie am Nationaleinkommen und am gesellschaftlichen Gesamtprodukt ist auf den steilen Anstieg des Materialverbrauchs¹ in den fünf Jahren (um 63 %) zurückzuführen.

1) Der Materialverbrauch, zusammen mit den Abschreibungen, ergibt den Produktionsverbrauch, der als Differenz zwischen dem Nationaleinkommen und dem gesellschaftlichen Gesamtprodukt ermittelt wird.

Allerdings muß auch auf statistische Ungenauigkeiten hingewiesen werden (wegen der Schwierigkeit, die tatsächliche Nettoproduktion in den ersten Nachkriegsjahren zu errechnen), sowie auf Verzerrungen, die durch die Änderung der Berechnungsmethode der Bruttoproduktion verursacht waren¹.

Die wesentliche Erhöhung des Anteils des Bauwesens am Nationaleinkommen ist darauf zurückzuführen, daß sich ein bedeutender Teil der mit dem Wirtschaftsaufbau verbundenen Planaufgaben auf diesen Sektor konzentrierte. Beim 60 %igen Anstieg der Beschäftigtenzahl von 1948 bis 1953 und einer Zunahme der staatlichen Investitionen um 418 % wuchs die Produktion des Bauwesens gegenüber 1948 um 152 %.²

Ein anderes Bild zeigt die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion, die bei einem Anstieg von 23 % ihren Anteil am Nationaleinkommen um 4 % verringerte. Neben dem erwähnten Rückgang der Beschäftigtenzahl und den mit der Kollektivierung verbundenen Problemen bremste die unzureichende Mechanisierung und Düngemittelversorgung den Produktionsaufschwung.

Innerhalb der Industrie kam es, gemessen an den veränderten Anteilen der einzelnen Zweige an der Netto- bzw. Bruttoproduktion, zu der geplanten Verschiebung der Gewichte von der Leicht- zu der Schwerindustrie. Diese war das Ergebnis höherer Anteile des Maschinenbaus und der Metallurgie an den Industrieinvestitionen, bei gleichzeitigem Anstieg des Anteils an der Beschäftigtenzahl, auf Kosten der Textil-, Leder- und Nahrungsmittelindustrie. In der aggregierten Gruppe Baustoff-, Keramik- und Glasindustrie, deren Nettoproduktionsanteil im Jahre 1953 gegenüber 1948 um 1 % sank, kam der gestiegene Anteil an Industrieinvestitionen nur der Baustoffindustrie zugute, während in der Glas- und Keramikindustrie ab 1950 von Jahr zu Jahr weniger Mittel für Investitionen ausgegeben wurden.

Die Auswertung der strukturellen Änderungen dieser Periode wollen wir aus langfristiger Sicht erst aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung der nachfolgenden Jahre vornehmen. Jetzt wollen wir nur feststellen, worin der Unterschied zwischen dem strukturellen Umbau in der Tschechoslowakei und den Entwicklungstendenzen anderer europäischer Länder vergleichbaren

1) Das hing mit den mehrfachen Änderungen in der Organisation der Produktionseinheiten zusammen. Die offiziellen statistischen Daten über die Zeit des 1. Fünfjahresplans sind also (auch wegen der inflationierten Preise) nicht sehr verlässlich.

2) vgl. Anhang, Tab.2.

Entwicklungsstandes bestand. Ein Vergleich mit den industrialisierten westlichen Ländern in der Nachkriegszeit¹ bestätigt, daß die Richtung der strukturellen Verschiebungen durchaus der allgemeinen Tendenz entsprach. Ein Unterschied ergab sich allerdings hinsichtlich der Entwicklungstempi einzelner Industriezweige und der primären und der tertiären Sphäre, die sich in der unterschiedlichen Zunahme bzw. Senkung der Anteile dieser Bereiche an der gesamten Produktion äußern. Die Spanne zwischen den höchsten Zunahmen und Abnahmen der Anteile ist in der Tschechoslowakei sehr breit und erklärt damit u.a. die Entstehung von Disproportionen und Verlangsamung des Wirtschaftswachstums. Die Bevorzugung von einigen Zweigen fand in den westlichen Ländern in kleinerem Ausmaß und somit nicht auf Kosten z.B. der Konsumgüterindustrie statt. Ähnliche Unterschiede setzen sich in der Branchenstruktur fort, z.B. im Maschinenbau, wo die Konzentration auf den Schwermaschinenbau (mit einem hohen Rohstoff- bzw. Metallverbrauch) die Entfaltung von sog. m o d e r n e n Branchen, wie der Elektrotechnik, hemmte.

Im Unterschied zu den westlichen Ländern mit ähnlich beschränkter Rohstoffgrundlage hatte die Tschechoslowakei erhebliche Schwierigkeiten bei dem Tausch ihrer industriellen Fertigerzeugnisse gegen Rohstoffe über den Außenhandel. Diese Schwierigkeiten beim Handel mit dem Westen, zuerst überwiegend politischen Charakters, wuchsen mit der sinkenden Konkurrenzfähigkeit tschechoslowakischer Ware. Die vergleichsweise niedrige Arbeitsproduktivität in der Exportproduktion war nicht zuletzt durch die auf Expansion gerichtete Investitionspolitik verursacht, weil bei den minimalen Modernisierungsinvestitionen mit veralteten Maschinen und Einrichtungen produziert wurde.

Bevor wir uns mit der Effektivität der wirtschaftlichen Maßnahmen in der Aufbauphase beschäftigen, wollen wir der Frage nachgehen, ob unter den Bedingungen der zunehmenden politischen und wirtschaftlichen Verflechtung mit den Ländern des Ostblocks ein anderer Entwicklungsweg für die Tschechoslowakei überhaupt möglich war. Darunter verstehen wir eine Entwicklungskonzeption, die, eher als die nach 1948 angewandte, den spezifischen Bedingungen des Landes (beschränktes Rohstoff- und Arbeitskräftepotential, vorhandene Industrie, breite Handelsbeziehungen) entsprochen hätte.

1) Näheres siehe in: Fantl., J.: Dlouhodobý vývoj struktury průmyslu v hlavních kapitalistických zemích, Prag 1960, S.17.

2.3.4. Die Auswirkungen der Eingliederung der Tschechoslowakei in die Gemeinschaft der Ostblockländer in den Jahren 1949 bis 1953

Eine entscheidende Rolle bei der Eingliederung in den Ostblock ist dem Bemühen der tschechoslowakischen Regierung zuzuschreiben, die ökonomischen Beziehungen den politischen Bündnissen anzupassen. Die neue Handelsorientierung wurde damit begründet, daß die osteuropäischen Länder ebenfalls eine Planwirtschaft hatten und durch die Zusammenarbeit mit ihnen die Bedrohung durch die Krisenerscheinungen der westlichen Welt vermieden würde. Durch diese Zusammenarbeit sollte auch der Widerspruch in der Orientierung der tschechoslowakischen Außenbeziehungen vor dem zweiten Weltkrieg beseitigt werden, der darin bestand, daß die außenpolitischen Bündnisse nicht durch Außenhandelsbündnisse gefestigt wurden. Damals hatte die Tschechoslowakei über das Vertragssystem im Rahmen der "Kleinen Entente" feste politische Beziehungen zu Jugoslawien, Rumänien und Frankreich, der größte Wirtschaftspartner war jedoch Deutschland¹.

Die Anlehnung an den Osten war auch eine Reaktion auf den Kalten Krieg. Als sich am Anfang der fünfziger Jahre das Embargo der westlichen Länder auszuwirken begann, gab es keinen anderen Ausweg: Die Diskriminierungsmaßnahmen führten zum Erliegen der bisherigen tschechoslowakischen Einfuhr, weil die meisten Importe - Rohstoffe, Lebensmittel und Maschineneinrichtungen - bis dahin überwiegend aus dem Westen stammten². Zum Hauptlieferanten wurden die sozialistischen Länder, und die Tschechoslowakei mußte sich den Bedürfnissen dieser Staaten anpassen, die im Rahmen einer Stärkung ihrer Verteidigungsfähigkeit das Programm einer intensiven Industrialisierung verwirklichten,

Die Gründung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) in Moskau im Januar 1949 bedeutete für die Mitgliedsländer³ eine Einschränkung ihrer Unabhängigkeit in der Wahl ihrer Handelspartner. Die vorwiegend politischen Gründe, die zur Entstehung dieses Bündnisses führten, nämlich einen Block gegen die Einflüsse der kapitalistischen Wirtschaft zu errichten, fanden ihren Ausdruck in den Beschlüssen der zweiten Ratstagung in Sofia am 25. - 27.8.1949: Der Handel mit den kapitalistischen Staaten sollte eingeschränkt und es sollten gegenseitige langfristige Handelsabkommen abgeschlossen werden.

1) Goldmann: "Probleme...", a.a.O., S.103.

2) "Vývoj a cíle...", a.a.O., S.13.

3) Klinkmüller, E. und Ruban, M.: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Ostblockstaaten, Berlin 1960, S.145.

Für die Tschechoslowakei war dieser Beschluß insofern ungünstig, als sie die stärksten Handelsbeziehungen zum Westen hatte¹ und diese Einschränkung zugunsten des Handels mit dem Ostblock ein Problem der unausgeglichenen Zahlungsbilanz und der Kreditvergaben nach sich zog.

In den auseinandergehenden Vorstellungen der RGW-Länder über die Handelskontakte mit dem Westen kam das unterschiedliche Entwicklungsniveau der Partnerländer zum Ausdruck. Die Tschechoslowakei war an breiten Handelskontakten interessiert, vor allem daran, ihre notwendigen Einfuhren und Ausfuhren aus und nach dem Westen realisieren zu können und nicht, wie von den anderen Mitgliedsländern verlangt, nur die auf dem Ostblockmarkt nicht gefragten Güter dem Westen anzubieten.

Die tschechoslowakische Außenhandelskonzeption wurde im Sekretariat des RGW im Dezember 1950 scharf kritisiert² und auch der Vorschlag, die Zusammenarbeit durch die Koordinierung der Produktionspläne der Partner auszuweiten, fand keine Zustimmung. Sie hatte sich den Bedürfnissen des ganzen sozialistischen Lagers unterzuordnen, besonders in der Zeit, als sich der Kalte Krieg zuspitzte und in den Korea-Konflikt ausmündete. Obwohl die Entscheidungen der Zentralorgane des Rates die Form von Empfehlungen hatten, wurden sie aus politischen und ideologischen Gründen als verbindlich behandelt.

Die Zusammenarbeit der RGW-Länder beschränkte sich also anfangs der fünfziger Jahre auf die Außenhandelskontakte, denen die langfristigen Verträge zugrunde lagen. In den Jahren 1950 und 1951 schloß die Tschechoslowakei fünfjährige Abkommen mit den Partnerländern (außer Ungarn) ab. Besonders das schwierige Abkommen mit der Sowjetunion (die Verhandlungen zogen sich zehn Monate lang hin) bedeutete einen tiefen Eingriff in die Struktur der tschechoslowakischen Wirtschaft. Auf die ursprünglich geplanten Ausfuhren von Einrichtungen für die Verbrauchsgüterindustrie in die Sowjetunion mußte verzichtet werden, wegen der Forderung des Vertragspartners, vorrangig Ausrüstungen und Maschinen für die Schwerindustrie zu liefern. Die dadurch bedingte Ausweitung der Maschinenbauproduktion war mit der Förderung von einigen Branchen, die wegen des Rohstoffmangels wenig rentabel waren, und mit der Einführung von neuen Branchen verbunden, wie z.B. der Produktion von schweren Schmiedemaschinen, Walzwerkseinrichtungen, Krackpumpen und

1) Der Anteil der westlichen Länder an der tschechoslowakischen Einfuhr betrug im Jahre 1947 80,2 %, der Anteil an der Ausfuhr 80,5 %. Maršík, D.: Die Tschechoslowakei im Welthandel, in: Außenhandel der Tschechoslowakei, Jahrg. 1966, Nr.4, S.5.

2) "Príspevky...", a.a.O., S.15.

Kugellagern. Den Bedarf an Investitionsgütern, die die Tschechoslowakei selbst nicht erzeugte, konnte die Sowjetunion nicht decken.

Dieses langfristige Abkommen über Lieferungen von Maschinen und Anlagen von 1951 bis 1955 sicherte den Absatz eines wesentlichen Teils der tschechoslowakischen Produktion. Allmählich wurde die Sowjetunion zum Hauptabnehmer von Maschinenbauerzeugnissen. Das Anwachsen des Warenaustausches zwischen der Tschechoslowakei und der UdSSR zeigt folgende Tabelle:

Tabelle 18: Der tschechoslowakische Außenhandelsumsatz mit der UdSSR in Mill US \$

	1948	1950	1952	1955
Export	120,1	197,9	290,5	402,8
Import	111,7	192,2	319,1	365,4
Insgesamt	231,8	390,1	609,6	768,2

Quelle: Poláček, K.: Die tschechoslowakisch-sowjetische Zusammenarbeit, in: Außenhandel der Tschechoslowakei, 1965/11, S.8.

Tabelle 19: Die Struktur des Warenaustausches mit der Sowjetunion 1951-1955

- a) Der Anteil der UdSSR am Gesamtexport folgender tschechoslowakischer Produkte
- b) Der Anteil der UdSSR am Gesamtimport folgender Produkte in die Tschechoslowakei

a)	1951-1955	b)	1951-1955
Schiffe	99,8 %	Raupenschlepper	100,0 %
Rohre	69,5 %	Synth. Kautschuk	80,2 %
Dieselmotoren	66,7 %	Roheisen	80,0 %
Lederschuhe	47,9 %	Erdöl	79,6 %
Zucker	34,5 %	Getreide	79,0 %
Werkzeugmaschinen	30,8 %	Eisenerz	72,9 %
Walzmaterial	15,8 %	Kupfer	66,9 %

Quelle: Mareš, F.: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Tschechoslowakei und der Sowjetunion, in: Außenhandel der Tschechoslowakei, 1964/3, S.5, 7

Welchen Einfluß die Handelsverpflichtungen gegenüber dem RGW auf die Entwicklung der tschechoslowakischen Produktionsstruktur hatten, soll folgende Aufstellung verdeutlichen. Dabei beschränken wir uns auf die Industrieproduktion, für welche die in der ČSSR-Statistik übliche Gliederung in drei Gruppen übernommen wird:

- 1) Grundstoffzweige: Energie-, Brennstoff-, Chemie-, Baustoff- und Papierindustrie und Metallurgie
- 2) Maschinenbau
- 3) Übrige Verarbeitungsindustrie: Textil-, Bekleidungs-, Lederverarbeitungs-, Glas-, Keramik- und Nahrungsmittelindustrie

Dabei wird die zeitliche Entwicklung der Anteile der industriellen Investitionen in diesen Gruppen und deren Anteile an der industriellen Produktion sowie am Außenhandel dargestellt.

Tabelle 20: a) Anteile von drei Industriegruppen an den industriellen Investitionen und der Produktion in den Jahren 1950, 1953 und 1955

b) Anteile dieser Gruppen am Gesamtexport und -import

a)	in % der gesamten Industrieinvestitionen			in % der gesamten Industrieproduktion		
	1950	1953	1955	1950	1953	1955
1. Gruppe	48,8	65,0	70,3	29,8	29,9	29,8
2. Gruppe	20,8	18,1	12,6	18,9	26,3	26,3
3. Gruppe	17,3	7,5	7,6	48,0	39,3	38,3
b)	in % des Exports			in % des Imports		
	1950	1953	1955	1950	1953	1955
1. Gruppe ₁	36,0	36,8	39,3	61,0	54,2	53,6
2. Gruppe ₂	26,0	42,4	43,5	11,2	14,1	13,3
3. Gruppe ₂	38,0	20,8	17,2	27,8	31,6	33,1

Quellen: a) Umgerechnet nach Tab.8 und 6 im Anhang und
Statistická ročenka 1966, S.26f.

b) Außenhandel der Tschechoslowakei, Jahrg. 1965, Nr.1, S.7ff.

- 1) Im Unterschied zur Tab.20a beinhaltet die 2. Gruppe in Tab. 20b nicht diejenigen Maschinenbauprodukte, die als Konsumgüter zu bezeichnen sind; diese finden wir in der 3. Gruppe.
- 2) Die 3. Gruppe in der Tab.20b schließt auch die nicht industriell verarbeiteten landwirtschaftlichen Produkte ein.

Beim Vergleich der strukturellen Veränderungen in der Produktion und im Export können wir sehen, daß die Verschiebungen in der Exportstruktur größer waren, d.h. daß sie der Anteilsveränderung einzelner Produktionsgruppen vorausgingen und diese beeinflussten: Während im Jahre 1950 die 3. Gruppe noch den höchsten Anteil am Gesamtexport hatte (bei dem weitaus größten Anteil an der Industrieproduktion), verringerte sich dieser bis zum Jahre

1955 auf weniger als die Hälfte. Der Anteil der 3. Gruppe an der Industrieproduktion nahm ebenfalls ab, jedoch langsamer als der Exportanteil. Dafür wuchs der Anteil der 2. Gruppe am Export und - allerdings mit einer geringeren Rate - an der Produktion. Trotz der Erhöhung des Investitionsanteils stagnierte der Anteil der 1. Gruppe an der Produktion und ihr Anteil am Export wuchs nur geringfügig.

In demselben Zeitraum nahm der Importanteil der Gruppe Grundstoffe ab, zugunsten der steigenden Anteile der Gruppen Maschinenbau und Konsumgüter.

Ziehen wir in Betracht, daß sich die RGW-Länder zu dieser Zeit ungefähr mit drei Vierteln an dem gesamten tschechoslowakischen Außenhandelsumsatz beteiligten, so sind die strukturellen Verschiebungen in der tschechoslowakischen Industrie auch als ein Ergebnis der sich aus der Zusammenarbeit mit den Ostblockländern ergebenden Änderungen der Außenhandelsstruktur zu bewerten.

Von einer ungünstigen Beeinflussung der tschechoslowakischen Produktionsstruktur durch die Außenhandelsverflechtung kann im folgenden Sinne gesprochen werden:

Die ein breites Sortiment umfassende Außennachfrage, vorwiegend im Bereich des Schwermaschinenbaus, rief umfangreiche Investitionen in die Grundstoffzweige, vor allem in die Hüttenindustrie, Rohstoffförderung und Energieerzeugung hervor. Diese Gruppe, die fast zwei Drittel der Industrieinvestitionen während des ersten Fünfjahresplans verschlang, war besonders kapitalintensiv, der Produktionseffekt war jedoch in dieser Periode noch nicht spürbar. Die mit dem Ausbau der Grundstoffzweige verbundene erhöhte Nachfrage nach Investitionsgütern steigerte wiederum zusätzlich den Bedarf nach Hüttenerzeugnissen, Rohstoffen und Energie. Zum Grundsatz der Investitionspolitik der fünfziger Jahre wurde dann die vorrangige Versorgung der Engpaßzweige mit Investitionsmitteln; weil diese Grundstoffindustrien andauernd hinter den an sie gestellten Forderungen nachhinkten, wurde in sie über Jahre hinaus ein erheblicher Teil der vorhandenen Mittel investiert, wodurch eine entsprechende Entfaltung der übrigen Wirtschaftszweige unterbunden wurde. Die Mechanisierung der Landwirtschaft, der Ausbau der tertiären Sphäre und die Modernisierung der Produktionsanlagen in der Leichtindustrie konnten nur am Rande verwirklicht werden, so daß die Disproportion zwischen der stets bevorzugten Schwerindustrie und der mit

veralteten Produktionsanlagen ausgestatteten und an Arbeitskräftemangel leidenden übrigen Produktion ständig wuchs. Diese Disproportion wurde dadurch vertieft, daß die notwendigen Einfuhren von landwirtschaftlichen Produkten mittels zusätzlicher Exporte von Investitionsgütern finanziert werden mußten, was erneut Nachfrage nach Investitionen in die Schwerindustrie schaffte.

Ein Nachteil der einseitigen Außenhandelsausrichtung lag in der Unterbrechung der Kontakte mit dem westlichen Weltmarkt, wodurch der Anschluß an die Entwicklung von neuen Technologien verloren ging. In der Tschechoslowakei wurden vielmehr solche Branchen gefördert, deren Bedeutung in den hochentwickelten Industrieländern zurückging. Der fehlende Wettbewerb auf den Märkten des RGW, insbesondere aber in der Sowjetunion, bot keinerlei Anreize, technischen Fortschritt im Produktionsprozeß durchzusetzen.

Für die neuen Kapazitäten war es charakteristisch, daß sie bereits bei der Inbetriebnahme technisch veraltet waren¹. Auf einer solchen Grundlage war es kaum möglich, Produkte herzustellen, die auf den westlichen Märkten konkurrenzfähig waren. Das wirkte sich bis ungefähr Mitte der fünfziger Jahre nicht stark aus, weil sich die Exportzweige nach den östlichen Abnehmern orientierten. Die den planmäßigen Produktionsablauf störenden Absatzprobleme hatten zu dieser Zeit andere Ursachen: Die RGW-Länder konnten ihre Abnahmeverpflichtungen oft nicht einhalten, weil sie ihre realen Produktionsmöglichkeiten überschätzt hatten.

Im Zusammenhang mit der Auswertung der Folgen der Eingliederung der Tschechoslowakei in den Ostblock ist es notwendig, auf die mangelnde Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten des RGW hinzuweisen, die eine der Ursachen für die Entstehung der strukturellen Disproportionen war. Die unzureichende Kooperation ist auf die unterschiedliche Interessenlage der Partner zurückzuführen, die sich aus ihrem unterschiedlichen Entwicklungsstand und dem unterschiedlichen Grad ihrer Außenhandelsabhängigkeit ergab. Die Tatsache, daß jedes sich im Industrialisierungsprozeß befindliche Land nach dem Vorbild der Sowjetunion bemüht war, einen vollständigen Wirtschaftskomplex aufzubauen, ohne die abweichenden Entwicklungsbedingungen zu berücksichtigen, bedeutete eine große Belastung für diese Länder einerseits und eine Überforderung der tschechoslowakischen Wirtschaft durch umfangreiche Aufträge andererseits.

1) "Stručný...", a.a.O., S.435.

Dadurch kam es zu Parallel- und Überinvestitionen innerhalb des RGW, zur unnötigen Ausweitung des Produktionssortiments und zur unrentablen Ausnutzung der beschränkten Rohstoffgrundlage, was durch eine bessere Arbeitsteilung und Spezialisierung hätte verhindert werden können. In dieser ersten Phase kann also von keinem Wirtschaftskomplex im Rahmen des RGW gesprochen werden, vielmehr von Einzelwirtschaften, die über den Außenhandel lose verbunden waren. Die Ähnlichkeit der Entwicklungskonzeptionen führte bei dem isolierten Bestreben der einzelnen Länder, möglichst alle wichtigen Produktionszweige im eigenen Land aufzubauen, zu ähnlichen Schwierigkeiten und Mängeln, und kein Land war imstande, sie allein zu überwinden. Das erhöhte ihre Abhängigkeit von der vergleichsweise autarken Sowjetunion und zwang sie zu einer verstärkten Zusammenarbeit.

2.4. Die Periode der "neuen" Wirtschaftspolitik 1953 bis 1955

Nach dem Auftreten der wirtschaftlichen Schwierigkeiten am Ende des ersten Fünfjahresplans, die sowohl in dem Produktions- als auch im Konsumtionsbereich lagen, wurde vorübergehend auf die vorrangige Entfaltung der Schwerindustrie verzichtet.

In den nächsten zwei Jahren 1954 und 1955, die als Übergangsjahre zum zweiten Fünfjahresplan (1956 - 1960) galten, sollte durch Einschränkung von Industrieinvestitionen zugunsten von Landwirtschaft und Wohnungsbau und innerhalb der Industrie durch Konzentration der Investitionen auf die Basisproduktionen die Eliminierung oder zumindest Abschwächung der entstandenen Disproportionen erreicht werden¹. Es handelte sich vor allem darum, die Kapazitäten der Finalproduktion auf die beschränkte Basis für Rohstoffherzeugung anzupassen. Das setzte unter anderem voraus, die Erweiterungsinvestitionen zugunsten von Rationalisierungsinvestitionen einzuschränken. Der auslösende Faktor der kurzfristigen Änderung der Wirtschaftspolitik war jedoch der sinkende Privatverbrauch (1948 = 100, 1952 = 124, 1953 = 119) und der Umstand, daß zu gleicher Zeit alle anderen Ostblockländer ihr Wirtschaftswachstum durch dieselben Schwierigkeiten bedroht sahen.

Im Jahre 1952 bahnte sich eine Veränderung in der Einstellung der östlichen Staaten zu dem Handel mit westlichen Ländern an. Anlaß dafür war ihr unzureichendes produktives Potential, mit dem es kaum möglich war, die anspruchsvollen Ziele der Industrialisierung zu verwirklichen. Eine Erhöhung

1) Beschluß der Plenarsitzung des ZK der KPTsch vom Sept. 1953, vgl. "Stručný.", a.a.O., S. 402.

der Leistungsfähigkeit der Produktionsgrundlage konnte nur mit Hilfe von Maschinen und Ausrüstungen mit hohem technischen Niveau erreicht werden. Deswegen wurde auf der Moskauer Weltwirtschafts-Konferenz im April 1952 beschlossen, die Einfuhr von Investitionsgütern aus dem Westen zu erhöhen. Diesem Beschluß folgte im August 1953 eine Entscheidung über die Erweiterung der Importe von Konsumgütern und Nahrungsmitteln, die sich aus den Zielen des neuen, durch den sowjetischen Ministerpräsidenten Malenkov im August 1953 verkündeten Wirtschaftspolitik ergab. Die allgemeinen Versorgungsschwierigkeiten mit den Produkten der Landwirtschaft und den Konsumgütern bestimmten den Inhalt dieser Politik, die darin bestand, alle Kräfte auf die Erhöhung der Landwirtschaftsproduktion und auf die schnelle Entfaltung der bisher vernachlässigten Leichtindustrie zu konzentrieren, um den Lebensstandard zu heben.

Diese Aufgabe wurde durch das Ende des Korea-Krieges erleichtert, das eine Einschränkung des Rüstungsprogramms ermöglichte. Die Investitionen in die Schwerindustrie wurden überall gesenkt. In der Tschechoslowakei traf die Kürzung insbesondere die Metallurgie und den Maschinenbau, also jene Zweige, die wegen der Umorientierung der Partner auf Konsumgüterindustrie und Landwirtschaft zeitweilig verschlechterte Absatzmöglichkeiten hatten. Mit der sinkenden Nachfrage der RGW-Ländern nach Investitionsgütern und Maschinenbauprodukten verringerte sich, aufgrund des gestiegenen Eigenbedarfs, auch ihr Export von Rohstoffen und Lebensmitteln. So riefen die Folgen der neuen Wirtschaftspolitik für die Tschechoslowakei Probleme sowohl hinsichtlich der Ausfuhr als auch der Einfuhr hervor. Die Exporte wurden immer mehr von der Gewährung langfristiger Kredite abhängig.

Das Bild der Investitionsentwicklung nach 1952 zeigt, daß von der Senkung der produktiven Investitionen vor allem Wohnungsbau, Forschung und Schulwesen profitierten und innerhalb der produktiven Sphäre nur die Landwirtschaft laufende Investitionszuwächse auswies. Innerhalb der Industrie stiegen die Investitionen nur in den Energie- und Rohstoffzweigen, wobei nicht nur die übrige Schwerindustrie, sondern auch die Leichtindustrie einen starken Investitionsrückgang bis 1955 verzeichneten.

Tabelle 21: Veränderungen im Investitionsvolumen und -allokation während der Jahre 1953 bis 1955 in %

	1952	1953	1954	1955
Investitionen insgesamt	100	104	102	109
produktive Investitionen	100	97	94	100
nicht produktive Investitionen	100	119	122	134
Investitionen in Industrie	100	88	87	87
Landwirtschaft	100	129	127	173
Bauwesen	100	85	72	90
Verkehr	100	111	90	85
Wohnungsbau	100	115	145	158
Gesundheit, Sozialwesen	100	96	80	86
Schul-, Kulturwesen	100	82	138	177
Forschung	100	137	157	179
Industrieinvestitionen				
Energie	100	105	116	138
Brennstoffe	100	120	147	143
Metallurgie	100	90	80	76
Maschinenbau	100	77	62	53
Chemie	100	92	77	74
Baustoffe	100	85	111	106
Glas, Keramik	100	49	42	52
Textil, Bekleidung	199	58	64	63
Lebensmittel	100	73	71	71
Holzverarbeitung	100	31	28	19
Papier	100	65	104	117

Quelle: Errechnet nach Tab.2 und 8 im Anhang

Daß es zu keiner wesentlichen Bevorzugung der Konsumgüterindustrie bei der Investitionsverteilung in diesen drei Jahren kam, ist durch zwei Umstände zu erklären. Erstens ist anzunehmen, daß bei der Konzentration der Neuinvestitionen auf die wichtigsten Engpaßzweige der Grundstoffindustrie die Investitionen in der Leichtindustrie überwiegend Ersatzcharakter hatten. Zweitens war es schwierig, die Investitionsstruktur in einer entgegengesetzten Richtung zu der bisherigen Tendenz kurzfristig zu ändern, ohne daß es zu Störungen vor allem bei der Auslastung der umfangreichen neuen Produktionskapazitäten in der Schwerindustrie gekommen wäre. Die Bedingungen für eine Ausweitung der Anlagen in der Konsumgüterindustrie waren auf dem Gebiet der Rohstoffversorgung nicht gegeben. Die Hauptquelle der Auslandsbezüge von Rohstoffen für diese Industrie war der westliche Markt, der Bedarf konnte jedoch wegen der fehlenden Devisen nur unzureichend gedeckt werden.

Die neue Wirtschaftspolitik ermöglichte auf der einen Seite durch Verlangsamung des Wachstumstempos der bis dahin in jeder Hinsicht forcierten Bereiche eine ausgeglichene Entwicklung der Gesamtwirtschaft, brachte aber auch neue Probleme mit sich. Die Änderung in der Strukturpolitik der RGW-Länder verursachte Störungen in dem ganzen System der langfristigen Abkommen: Zahlreiche Stornierungen von Bestellungen führten z.B. in der Tschechoslowakei zur plötzlichen Senkung der Maschinenbauproduktion, was sich störend auf die vor- und nachgeordneten Zweige auswirkte. Gerade in dieser kurzen Periode zeigte sich deutlich, wie schädlich die Autarkiebestrebungen und mangelnde Kooperation zwischen den RGW-Partnern für die Entwicklung der Einzelwirtschaften waren. Eine Nichtauslastung der neuen Kapazitäten, Absatzschwierigkeiten und eine unzureichende Produktion der Grundstoffindustrie waren Begleiterscheinungen im ganzen Ostblock.

Gegen Ende des Jahres 1954 wurden erste Anzeichen für eine Rückkehr zur Bevorzugung der Schwerindustrie bemerkbar. Der weitere Anstieg der Schwerindustrieproduktion (in der Tschechoslowakei um 27 % mehr als 1953) stand nicht im Widerspruch zu der Forderung, sich auf die Befriedigung der Nachfrage nach Konsum- und Nahrungsmitteln zu konzentrieren; weil die Produktion der Konsumgüterindustrie nicht ausreichte, um den Bedarf zu decken, mußte die für 1954/55 geplante Steigerung durch erhöhte Importe gesichert werden. Diese konnten nur mit entsprechend höheren Exporterlösen, d.h. durch eine Zunahme des Maschinenbauexports bezahlt werden.

Die von Malenkov angekündigte Präferenz der Landwirtschaft und der Leichtindustrie war also nur von kurzer Dauer. Eine solche Strukturwandlung war unter den bestehenden Bedingungen, bei dem Übergewicht der Schwerindustrie, mangelnder Rohstoffversorgung, Schwierigkeiten bei der Ausweitung des Ost-West-Handels und den beschränkten Investitionsmitteln nur langfristig durchsetzbar. Sie erforderte eine allmähliche Annäherung der Produktionsniveaus der einzelnen Wirtschaftssektoren innerhalb eines Staates, bei gleichzeitiger Verstärkung der Kooperation zwischen den RGW-Mitgliedern. Darauf wurde zuerst auf den Ratstagungen im März und Juni 1954 in Moskau hingewiesen mit dem Ziel, künftig die einzelnen Wirtschaftsprogramme auf eine gemeinsame Linie zu bringen. Der erste Schritt sollte in der Koordinierung der Fünfjahrespläne der Mitgliedsstaaten liegen, die eine weitgehende Arbeitsteilung voraussetzte.

Im Juni 1955 wurde auf der Warschauer Konferenz des RGW beschlossen, auf die einseitige Forcierung der Schwerindustrie bei ungünstigen standortmäßigen Voraussetzungen zu verzichten und die Zweige zu fördern, deren Entfaltung durch die natürlichen Bedingungen am meisten begünstigt war¹.

Zur Verwirklichung der geforderten Spezialisierung wurde jedoch sehr langsam übergegangen, weil die Vorstellungen der einzelnen Länder über die für sie günstigen Produktionen von den RGW-Beschlüssen abwichen. So wehrte sich zum Beispiel Polen dagegen, wegen seiner günstigen Standortbedingungen für Kohlenbergbau zum Kohlenexportland bestimmt zu werden und somit ein Entwicklungsland (als Rohstofflieferant) innerhalb des Ostblocks zu bleiben. Für die Tschechoslowakei war es andererseits unmöglich, eine weitgehende Spezialisierung auf die ertragreichen Exportindustrien mit langer Tradition, wie z.B. Glas-, Porzellan-, Keramik- und Zuckerindustrie, einzuleiten, weil die geschaffene Wirtschaftsstruktur jede Gewichtsverschiebung stark hemmte. Eine derartige Änderung der Exportstruktur ließ die Verflechtung mit den östlichen Wirtschaften nicht zu. Bei der beabsichtigten Vertiefung der Arbeitsteilung blieb deswegen der Tschechoslowakei die Rolle des Zulieferers von Schwerindustrielerzeugnissen.

Die VI. Ratstagung im November 1955 in Budapest² behandelte die Abstimmung der Produktionen der Teilnehmerstaaten unter dem Gesichtspunkt der Spezialisierung: In jedem Land sollten diejenigen Produktionsgebiete Vorrang haben, für die es die besten Produktionsmöglichkeiten und Rohstoffvorkommen gab. In der Tschechoslowakei waren das Metallurgie, Maschinenbau und die Produktion von Fabrikausrüstungen und Chemieerzeugnissen. Eine tiefgreifende Spezialisierung war bei den einzelnen Produkten der Schwerindustrie vorgesehen. Im Falle der Tschechoslowakei betraf es die Erzeugung von Roh-eisen, Stahl, Walzwerksprodukten und Maschinen wie Traktoren, Fahrzeuge, Landmaschinen, Lokomotiven.

Mit der Abstimmung der Produktionsprogramme wurde bei der Koordinierung der Fünfjahrespläne der RGW-Staaten Anfang 1956 begonnen, als es darum ging, die langfristigen Pläne der osteuropäischen Länder mit dem sechsten Fünfjahresplan der Sowjetunion zu synchronisieren.

1) Vgl. Thalheim, K.C.: Die Entwicklung der Wirtschaftsintegration im Ostblock, in: Osteuropa-Wirtschaft, Jahrg. 1956, Nr.1, S.6.

2) Zehn Jahre Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, Berlin 1960, S.102.

2.5. Die Effektivität der Investitionstätigkeit während der Jahre 1949 bis 1955

Beim Versuch, die Effektivität der Anwendung der verfügbaren Investitionsmittel in dem ersten Abschnitt unserer Betrachtungsperiode zu beurteilen, wollen wir zuerst auf die in den Tabellen 3 und 9 (siehe Anhang) errechneten Investitionskoeffizienten zurückgreifen. Als Investitionskoeffizient (IK) gilt hier das Verhältnis der Investitionssumme von drei oder fünf Jahren (die Zeitabschnitte wurden so gewählt, daß sie ungefähr der Dauer einer in bestimmter Richtung orientierten Investitionspolitik entsprechen) zu dem (Netto-) Produktionszuwachs in der gleich langen, ein Jahr später beginnenden Periode¹. Er besagt, wieviel Investitionen notwendig sind, um das Nationaleinkommen bzw. die Nettoproduktion in einem gegebenen Zeitraum um eine Einheit (Kčs) zu erhöhen.

Der absolute Wert des Koeffizienten hat für unsere Untersuchung wenig Aussagekraft, denn dieser ist in erster Linie durch die unterschiedlichen technologischen Bedingungen in den einzelnen Wirtschaftssektoren und Zweigen sowie durch die Preispolitik bedingt. Wir wollen den Investitionskoeffizienten in seiner Entwicklung betrachten, wobei uns eine Zunahme (bzw. Abnahme) gegenüber der vorhergehenden Periode Hinweise über die Verschlechterung (bzw. Verbesserung) der Effektivität des Investitionsmiteleinsatzes in bezug auf den Produktionsertrag gibt². Die Investitionen können nur indirekt auf den Produktionszuwachs bezogen werden, weil sie an sich nur die Kapazität schaffen, die Zunahme der Produktion hängt dann von dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme dieser Kapazitäten und von dem Grad ihrer Auslastung ab. Zur Ergänzung unserer Betrachtung haben wir deswegen den Kapazitätseffekt der Investitionen errechnet³, der über die Fertigungsdauer der neuen Kapazitäten bzw. über die eingefrorenen und verlorengegangenen Investitionsmittel

- 1) Da die sozialistische Methodologie der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung die Wertschöpfung nur aus der sog. produktiven Sphäre erklärt, muß sich der IK auf die dort allozierten (produktiven) Investitionen beschränken. Der time-lag zwischen Investition und Produktion beträgt kalkulatorisch ein Jahr, weil somit ermöglicht wird, die ganze Periode des 1. Fünfjahresplans statistisch zu erfassen. Bei einem mehrjährigen time-lag wäre dies wegen der fehlenden Daten vor 1948 nicht möglich gewesen.
- 2) Es folgt somit, daß die IKs einzelner Sektoren und Zweige nicht miteinander verglichen werden dürfen. Eine Abweichung ergibt sich allerdings in bezug auf den gesamtwirtschaftlichen IK sowie für den IK für die Industrie als Ganzes: Hierbei handelt es sich um aggregierte Größen, die nicht nur durch die Entwicklung der IKs der einzelnen Sektoren und Zweige bestimmt werden, sondern auch durch die Veränderung der Investitions- und Produktionsstruktur selbst.
- 3) Der Kapazitätseffekt ist das Verhältnis zwischen Investitionen und der Grundfondszunahme in einer Periode (siehe Erklärungen zum Anhang, S.204).

Aufschluß gibt. Eine Verzerrung des Bildes, die sich aus den unterschiedlichen "Gestation periods" in verschiedenen Bereichen ergibt, dürfte durch die langfristige Betrachtungsweise aufgehoben sein.

Der Einfluß des Grads der Kapazitätsauslastung auf den IK in den einzelnen Zweigen ist nur tendenziell bestimmbar. Eine Erhöhung des IK können wir auf eine abnehmende Kapazitätsauslastung zurückführen, wenn Mangel an Arbeitskräften oder eine unzureichende Versorgung mit Rohstoffen und Vorprodukten in dem jeweiligen Zweig nachweisbar ist.

Weiter ist das Substitutionsverhältnis von Arbeit und Kapital zu berücksichtigen. In einer Wirtschaft, in der ein Mangel an Arbeitskräften herrscht, ist es sinnvoll, die Effektivität der Investitionen auch nach dem Gesichtspunkt zu beurteilen, inwieweit sie zur Einsparung der knappen Arbeitskräfte beitragen. Diese Wirkung bezeichnen wir als Substitutions- bzw. Rationalisierungseffekt - d.h. Ersatz von Arbeit durch Kapital - und solche (Rationalisierungs-) Investitionen als intensiv orientiert. Bei Messung der Substitutionswirkung hilft uns der Vergleich der Zunahmen der Kapitalintensität (Grundfonds pro Arbeitskraft) und der Arbeitsproduktivität (Produktion pro Arbeitskraft) in bestimmten Zeitabständen. Wächst die Kapitalintensität bei unveränderter Arbeitsproduktivität, ist der Rationalisierungseffekt nicht wirksam, weil offensichtlich keine Arbeitskräfte eingespart wurden. Es handelte sich dann um eine extensive, d.h. nur auf Kapazitätserweiterung orientierte Investition. Die Trennungslinie zwischen den intensiv und extensiv orientierten Investitionen ist zwar nicht klar zu ziehen, weil die extensiven Investitionen in der Regel doch Substitutionseffekte zur Folge haben. In Bezug auf die gesamtwirtschaftliche Effizienz interessiert uns dennoch, welcher Investitionstyp langfristig überwog.

1. Bei der Betrachtung des IK in dem Zeitraum 1949 bis 1955 können wir einen Anstieg in den Jahren 1953 - 1955 feststellen¹.

Während zwischen 1948 und 1952 zur Hebung des Nationaleinkommens um 1 Kčs Investitionen im Werte von 1,27 Kčs nötig waren, mußten zwischen 1953 und 1955 2,19 Kčs ausgegeben werden. Für den Anstieg des IK, der auf eine Senkung der Investitionseffektivität in der zweiten Hälfte des beobachteten Zeitraums schließen läßt, bietet sich folgende Erklärungsmöglichkeit an: In der Anfangsphase konnten bestehende Kapazitäten durch Investitionen mit vorwiegend Ersatzcharakter wieder nutzbar gemacht werden, und als später

1) Siehe Tabelle 3 im Anhang.

diese Reserven aufgebraucht waren, mußten zunehmend mehr neue Kapazitäten aufgebaut werden. Diese Erklärung wird durch die Entwicklung des Kapazitätseffekts unterstützt, der von 0,91 in den Jahren 1948 - 1952 auf 0,85 in den Jahren 1953 - 1955 sank¹. Das heißt, daß im Vergleich zu den Anfangsjahren weniger Investitionen vollendet bzw. die Investitionsvorhaben längerfristig wurden.

Die Steigerung des gesamtwirtschaftlichen IK war offensichtlich auch durch die sinkende Kapazitätsauslastung in den Jahren 1953 - 1955 verursacht, als Folge der Investitionskürzung in der Industrie und im Bauwesen in den Jahren 1952 und 1953, und der zahlreichen Stornierungen der Auslandsbestellungen.

Dieselbe Tendenz wie bei dem IK für die gesamte Wirtschaft ist in der Industrie, Landwirtschaft und dem Bauwesen zu beobachten, wobei die Landwirtschaft den größten Anstieg des IK von 2,08 (1948 - 1952) auf 7,27 in den Jahren 1953 - 1955 aufweist. Dies dürfte zum Teil auf die Allokation der Investitionen in die landwirtschaftliche Infrastruktur zurückzuführen sein, z.B. darauf, daß in der zweiten Hälfte des Zeitraums Investitionen in die Viehwirtschaft bzw. in den Bau von Ställen überwogen. Als weiteres Hindernis für eine Zunahme der Produktion erwies sich die Abwanderung von hauptsächlich jungen Arbeitskräften aus der Landwirtschaft².

Zur Ergänzung des Bildes über die Investitionseffektivität ziehen wir noch Betrachtungen über den Rationalisierungseffekt heran. Wie aus der Tabelle 5 im Anhang hervorgeht, wuchs die Arbeitsproduktivität in der ganzen Wirtschaft in den Jahren 1949 bis 1955 wesentlich schneller (Index = 168) als die Kapitalintensität (Index = 128). In den Jahren 1953 bis 1955 war die Wachstumsdifferenz allerdings kleiner als 1949 - 1952 (vgl. dazu den Rationalisierungseffekt, ausgedrückt als Verhältnis dieser beiden Indizes: $1952/48 = 1,246$ und $1955/52 = 1,055$). Die beste Relation weist das Bauwesen auf: $155/48 = 1,885$, in der Landwirtschaft ist dagegen kein Rationalisierungs- bzw. Substitutionseffekt nachzuweisen: $1955/48 = 0,959$. Das heißt, daß die getätigten Investitionen nicht ausreichten, den Rückgang der Beschäftigtenzahl auszugleichen.

2. Nun wollen wir uns näher mit der Industrie beschäftigen, einem Bereich, der durchgehend den größten Teil der gesamten Investitionen beanspruchte.

1) Siehe Tabelle 4 im Anhang.

2) Auf die niedrige Produktionsleistung der Landwirtschaft wirkte sich auch die zwangsweise Kollektivierung gegen Mitte der fünfziger Jahre aus.

Bei der Berechnung der Investitionskoeffizienten für einzelne Industriezweige ergaben sich einige Unstimmigkeiten, die wegen der fehlenden statistischen Daten nicht zu vermeiden waren. Zu den Nettowerten der Industrieproduktion gelangten wir mit Hilfe der Stallerschen Indizes der Nettoindustrieproduktion¹, die auf einer geringfügig anderen Zweigeinteilung beruhen, als in der tschechoslowakischen Statistik üblich. Bei den Zweigen Chemieindustrie und Leder- und Gummiindustrie war keine genaue Übereinstimmung dieser beiden Gliederungen der Industriezweige herbeizuführen. Wir können deswegen über die IKs der beiden Zweige nur bedingte Aussagen machen.

Auch die Werte der IKs für die gesamte Industrie in der Tabelle 9 im Anhang weichen etwas von den bereits behandelten IKs der Industrie (Tab.3) ab, die auf einer anderen Grundlage (d.h. der den tschechoslowakischen Statistiken entnommenen Nettoproduktion, die jedoch für einzelne Zweige nicht vorhanden war) berechnet wurden. Weil uns jedoch nicht die absoluten Werte, sondern die Entwicklungstendenzen der IKs, die in beiden Fällen gleich sind, interessieren, ist dieser Unterschied wenig von Belang.

Die Steigerung des IK der Industrie in den Jahren 1953 - 1955 gegenüber den Jahren 1948 - 1952 (Tab.9) war bestimmt auch eine Folge der veränderten Investitionsstruktur in diesem Zeitraum, in dem der Anteil der investitionsintensiven Zweige an den Industrieinvestitionen stark zunahm. Es handelte sich um die Energie-, Brennstoffindustrie und Metallurgie, also Zweige, deren Wachstum mit aufwendigen Investitionen mit langer Reifezeit verbunden und deren IK in diesen Jahren überdurchschnittlich stark angestiegen war. Mit Ausnahme der Chemie- und Baustoffindustrie² wuchs der IK in allen anderen Zweigen ebenfalls, was also anzeigt, daß die Investitionseffektivität in der ganzen Industrie zwischen 1953 und 1955 gesunken war. Was ist die Erklärung? Die Investitionspolitik in den Jahren 1951, 1952 und noch am Anfang 1953 hatte zur Folge, daß in einer kurzen Zeitspanne viele und umfangreiche Investitionsprojekte angefangen wurden, deren rechtzeitige Fertigstellung wegen der Knappheit der Baukapazitäten und der nachhinkenden Baumaterialversorgung in Frage gestellt wurde. Damit hing auch der Grad der

1) Staller, G.J.: Czechoslovak Industrial Growth 1948 - 1959, in: The American Economic Review, June 1962, No.3, S.389; vgl. Erklärungen zum Anhang, S. 205f.

2) Zu der Baustoffindustrie gehört hier auch Keramik- und Glasindustrie, um dem Stallerschen Begriff "ceramics" gerecht zu werden. Auch diese Anpassung verbirgt Verzerrungen, die die Aussage des IK für die Baustoffindustrie beeinträchtigen.

Auslastung der vorhandenen und der neuen Kapazitäten zusammen¹, der infolge der wachsenden Diskrepanz zwischen dem Bedarf und der Produktion von Rohstoffen, Vorprodukten und Energie, die auch durch die unkoordinierte Planung verursacht war, sank.

Tabelle 22: Kapazitätseffekt der Investitionen, gemessen am Verhältnis des Grundfondszuwachses (Preise 1955) und der getätigten (time lag 1 Jahr) Investitionen (Preise 1964) zwischen 1949 und 1955

Industrie insgesamt	0,86
davon Energieerzeugung	1,15 ^a
Metallurgie	1,00
Brennstoffe	0,90
Maschinenbau	0,89
Chemie, Lederindustrie	0,95
Baustoffe, Keramik	0,94
Holzverarbeitung	0,71
Textil, Bekleidung	0,48
Nahrungsmittel	0,68
Papierindustrie	0,84

Quelle: Errechnet nach Tab.8 im Anhang und Statistická ročenka 1966, S.179

- a) An sich sollte sich ein Kapazitätseffekt von max. 1,0 ergeben. In der Energiewirtschaft ist die Gestationszeit außerordentlich lang; mithin ist es möglich, daß Investitionsprojekte von vor 1949, als die Energieerzeugung Priorität genoß, erst Mitte der fünfziger Jahre vollendet wurden, so daß die Grundfondszunahme das Investitionsaufkommen in der Betrachtungsperiode übertraf. Dazukann allerdings kein eindeutiger numerischer Hinweis erbracht werden. Der Umstand, daß wir auf Mutmaßungen angewiesen sind, zeugt für die Problematik des quantitativen Vorgehens.

Wenn wir den Kapazitätseffekt der Investitionen in den einzelnen Zweigen betrachten, überrascht uns der besonders niedrige Kapazitätseffekt in der Leichtindustrie. Dabei müssen wir auf die beschränkte Aussagefähigkeit der Berechnung hinweisen, denn es standen uns nur Angaben in unterschiedlichen Preisen zur Verfügung. Davon abgesehen bietet sich die Erklärung an, daß in den nicht präferierten Zweigen der Leichtindustrie die Verwirklichung der Investitionen verschleppt wurde² wegen der oben erwähnten knappen Baukapazitäten und -materialien, die vorrangig auf die Beendigung der Bauten in der Schwerindustrie konzentriert waren. Ebenso war die Versorgung der Konsumgüterindustrie mit Maschinen und Ausrüstungen unzureichend, weil die Erzeugung von Produktionsanlagen für die Schwerindustrie, besonders unter den Bedingungen des Rohstoffmangels in der Investitionsgüterindustrie, den Vorrang hatte.

1) Vgl. Ausführungen zu dem gesamtwirtschaftlichen IK.

2) Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß die Investitionen offensichtlich zum großen Teil Ersatzcharakter hatten.

Aus der Tabelle 10 im Anhang können wir entnehmen, daß in den Jahren 1950 bis 1955 in der Metallurgie, der Chemie-, Leder-, Gummi-, Nahrungsmittel und Papierindustrie die Arbeitsproduktivität langsamer wuchs als die Kapitalintensität. Das läßt darauf schließen, daß der Rückgang (in der Nahrungsmittelindustrie) bzw. der langsame Anstieg der Beschäftigtenzahl in diesen Zweigen nicht durch ein entsprechendes Wachstum der Grundfonds begleitet war bzw., daß die Produktionskapazitäten nicht voll ausgelastet waren.

Die Effektivität von Investitionen wurde allerdings auch von den institutionellen Faktoren beeinflusst, über deren Wirkung im Zusammenhang mit der Auswertung des zentralistischen Leitungssystems später gesprochen wird.

2.6. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen hinsichtlich der Anforderungen an die Investitionspolitik der nächsten Periode

Die Investitionspolitik der Tschechoslowakei in den Jahren 1948 bis 1955 wurde entscheidend durch die Eingliederung in die Gemeinschaft der Ostblockstaaten und somit durch die dort vorherrschenden, weitgehend politisch motivierten Vorstellungen über die Wirtschaftsstrategie beim Aufbau des Sozialismus geprägt.

Die Notwendigkeit einer Industrialisierung der sich in der Übergangsphase vom Kapitalismus zum Sozialismus befindenden Länder bestimmte die Hauptziele ihrer Wirtschaftsprogramme. Die Tschechoslowakei, die schon vor dem zweiten Weltkrieg als ein Industrieland galt, erlebte auf diese Weise eine "zweite" Industrialisierung. Über die Außenhandelsverflechtung mit den Ostblockstaaten wirkten die Bedürfnisse des Ausbaus der Industrie in diesen Staaten auf die tschechoslowakische Produktionsstruktur zurück und stärkten dabei die Tendenz der einseitigen Forcierung der Produktionsmittelindustrie.

Die Forderungen des Ausbaus der tschechoslowakischen Schwerindustrie fanden ihren Ausdruck in dem Umfang der Investitionen und der Richtung der Investitionsallokation. Weil im Rahmen der Industrialisierung der Erzeugung von Produktionsmitteln die größte Bedeutung zukam, setzten die notwendigen Verschiebungen in der Produktionsstruktur eine verstärkte Investitionstätigkeit in der Metallverarbeitenden Industrie und ihren Zulieferzweigen voraus. Das erforderliche Investitionsvolumen wurde durch die geplanten Wachstumstempi dieser Zweige bestimmt.

Wie die Entwicklung am Ende des ersten Fünfjahresplans zeigte, trug die Festlegung des Produktionswachstums bzw. die Erhöhung der ursprünglichen Planaufgaben in den Jahren 1951, 1952 und 1953 zur allgemeinen Verlangsamung des Wirtschaftswachstums im Jahre 1953 bei, weil die Landwirtschaft und die Konsumgüterindustrie relativ zurückfielen und weil die Versorgung der Schwerindustrie mit Rohstoffen, Energie und Arbeitskräften zunehmend schwieriger wurde. Weil die Produktionsmöglichkeiten in den einzelnen Zweigen nicht richtig von den Planern eingeschätzt wurden und die Koordination der Abnehmer- mit den Lieferzweigen im Plan ungenügend gesichert war, wurden der Schwerindustrie solche Produktionsaufgaben auferlegt, die nur auf Kosten einer langsameren Entfaltung der übrigen Produktionsbereiche und des Konsums erreicht werden konnten: Die Präferenz der in bezug auf Investitionen und Material besonders aufwendigen Zweige erzwang eine Einschränkung in anderen Bereichen.

Zu einer rechtzeitigen Korrektur der Planziele kam es nicht; man versuchte, die Disproportionen signalisierenden Engpässe durch eine neue Investitionswelle zu überbrücken, womit diese nur vertieft wurden. Ein wesentlicher Faktor, der zu der wachsenden Diskrepanz zwischen dem Bedarf an Material und Investitionsmitteln und den Möglichkeiten seiner Deckung beitrug, war das Verhalten der investierenden Unternehmen. Diese waren über die zu erfüllende Plankennziffer der Bruttoproduktion nur an der Erreichung einer möglichst großen Investitionssumme interessiert, nicht jedoch an der effizienten Ausnutzung der Investitionsmittel und einer kostengünstigeren Produktion. Ein Ergebnis der Politik der Planer und des Verhaltens der Unternehmen war das schnellere Anwachsen des Materialverbrauchs als der Produktion und das Sinken der Investitionseffektivität gegen Ende der beobachteten Periode. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hat sich gezeigt, daß wegen der begrenzten Rohstoff- und Energiebasis und der allmählichen Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials eine Fortsetzung der extensiven Entwicklung zur Vergrößerung von Engpässen und einer weiteren Senkung der Effizienz und der eingesetzten Mittel führen müßte.

Auf der anderen Seite wurde deutlich, daß die Präferenz der Investitionsgüterindustrie nicht so weit gehen konnte, daß die Entfaltung der mit der Versorgung der Bevölkerung eng verknüpften Bereiche unterbunden wurde, denn ihre Rückständigkeit wirkte bremsend auf die gesamte Wirtschaftsentwicklung. Das primäre Ziel der Wirtschaftspolitik, die Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung, wurde somit in Frage gestellt.

Der Versuch der Jahre 1954 - 1955, kurzfristig diesem Mangel abzuhelpfen, zeigte dann, auf welchem niedrigen Niveau sich die Wirtschaftsplanung in dieser Zeit noch befand. Als Vorteil der zentralen Planung wurde immer die Möglichkeit hervorgehoben, je nach Bedarf in einem kurzen oder längeren Zeitraum einschneidende Änderungen der Wirtschaftsbedingungen durchführen zu können. Wie die Politik der Jahre 1954 - 1955 zeigt, wurden weder die Nebenfolgen solcher schnellen "einschneidenden" Veränderungen in Betracht gezogen, noch war die Änderung der Investitionspolitik von den Planern langfristig vorgesehen. Die Lehre, die die Planer aus den Folgen der drastischen Investitionssenkung in einigen Wirtschaftszweigen und den Komplikationen im Außenhandel zogen, war die anerkannte Notwendigkeit einer sorgfältigen Aufstellung von langfristigen Plänen (ca. für 8 - 15 Jahre), die Aufschluß über die Haupttendenzen der künftigen Wirtschaftsentwicklung auch in bezug auf die Entwicklung der Absatzmöglichkeiten geben sollten. Aus den Erfahrungen der Wirtschaftsentwicklung bis 1955 waren weiter folgende Schlüsse bezüglich der Wirtschaftspolitik der nächsten Jahre zu ziehen: Um die Diskrepanz zwischen der Industrieproduktion und der Produktion der Landwirtschaft einerseits und der Entwicklung der Schwer- und Leichtindustrie andererseits nicht weiter zu vertiefen, mußten im Vergleich zu dem ersten Fünfjahresplan relativ mehr Investitionsmittel in die bis dahin am Rand stehenden Bereiche fließen. Der extensive Charakter der Investitionen sollte abgeschwächt werden durch die vorrangige Ausstattung der vorhandenen Kapazitäten mit leistungsfähigeren Einrichtungen, um somit sowohl die Einsparung von Arbeitskräften als auch die Liquidierung von veralteten Grundfonds zu ermöglichen. Das erforderte aber nicht nur die mit dem technischen Fortschritt verbundene Investitionserhöhung für die Forschung, sondern auch Maßnahmen organisatorischer Art, die die Anwendung der Forschungsergebnisse in der Praxis betrafen. Damit hingen Änderungen auf der Unternehmensebene zusammen, die das Interesse und die Verantwortung der Unternehmensleitung und der Belegschaft für die wirtschaftliche Anwendung von Investitionsmitteln steigern sollten.

Die Frage der Wirtschaftlichkeit war besonders hervorzuheben bei dem künftigen Rohstoff- und Energieverbrauch, denn der andauernde Rückstand der Rohstoff- und Energieproduktion hinter dem Bedarf der Verarbeitungsindustrie konnte nicht nur durch steigende Investitionen in die anspruchsvollen Grundstoffzweige behoben werden. Auf diesem Gebiet ging es darum, den

Materialverbrauch durch Sparsamkeit und Änderungen des Produktionssortiments (d.h. z.B. Maschinen mit niedrigerem Gewicht) zu senken, sowie auf andere Rohstoffe und Energiequellen auszuweichen. Dabei mußte der Chemieindustrie eine entscheidende Rolle zufallen; ihr schneller Aufbau, der umfangreiche Investitionen erforderte, konnte eine Erweiterung der Rohstoffgrundlage für die Verarbeitungsindustrie und eine allmähliche Angleichung der landwirtschaftlichen und der industriellen Produktion ermöglichen. Bei der Lösung des Rohstoffproblems mußte erwogen werden, ob günstige Möglichkeiten bestanden, die eigene kostspielige Rohstoffförderung durch Importe zu ersetzen oder zumindest zu entlasten. Das war in erster Linie von der Entwicklung der Zusammenarbeit der RGW-Länder und den Möglichkeiten einer Ausweitung des Ost-West-Handels abhängig. Letztere konnte wiederum über die Ansprüche an die Qualität und die Kosten der Exporterzeugnisse auf die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und des technischen Niveaus der Produktion drängen.

Im nächsten Abschnitt wollen wir untersuchen, wie die Ziele des zweiten Fünfjahresplans und die tatsächliche Entwicklung den sich aus der bisherigen Entwicklung ergebenden Schlußfolgerungen gerecht wurden.

II. TEIL: DIE INVESTITIONSPOLITIK DER ČSSR ZWISCHEN 1956 UND 1965

Die Wirtschaftspolitik der folgenden Periode war durch keine wesentlichen Änderungen gegenüber der vorangegangenen Periode gekennzeichnet. Nur aufgrund der Erfahrungen aus den letzten Jahren wurde bei der Zielsetzung mehr Wert auf die Produktionsbereiche gelegt, deren Entfaltung eine Voraussetzung für die Hebung des Konsumniveaus ist.

Im Vergleich zu dem Zeitraum bis 1953 änderten sich jedoch sowohl die äußeren als auch die inneren Bedingungen (d.h. die Ost-West-Beziehungen, die Wirtschaftslage der osteuropäischen Partner und der Tschechoslowakei selbst), denen die ordnungs- und ablaufpolitischen Maßnahmen gerecht werden sollten. Die Dringlichkeit der Anpassung an die veränderten Bedingungen zeigte sich am deutlichsten auf dem Gebiet der Wirtschaftslenkung und -planung, die einer Reform bedurfte. Der zunächst wenig erfolgreiche Versuch (1959 bis 1962), durch Dezentralisierung der Investitionsentscheidungen und -Ausführung und mittels materieller Anreize die Effektivität der gesamten Wirtschaft langfristig zu heben, mußte im Zusammenhang mit der krisenhaften Entwicklung der Jahre 1962 - 1963 unterbrochen werden; die Reformbestrebungen, die sich in dem ganzen Ostblock durchsetzten, gingen jedoch weiter und fanden in der ČSSR am Ende der untersuchten Periode ihren Ausdruck in der Ausarbeitung von einem "Neuen System der Leitung und Planung der Wirtschaft".

Wir wollen die konkreten Fragen der Investitionspolitik in zwei, den fünfjährigen Planperioden entsprechenden Abschnitten behandeln.

1. Die Investitionspolitik der ČSSR zwischen 1956 und 1960

1.1. Die Ziele der Investitionspolitik im zweiten Fünfjahresplan 1956-60

1.1.1. Die allgemeinen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen

Die Richtlinien für den zweiten Fünfjahresplan wurden auf der gesamtstaatlichen Konferenz der KPTsch am 15.6.1956 gebilligt¹. Sie legten als Hauptziel des Wirtschaftsprogramms die Beendigung des Aufbaus der materiell-technischen Grundlage des Sozialismus fest. Die Erweiterung und Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und die Produktions-

1) "Od X. do XI. sjezdu", in Usnesení a dokumenty ÚV KSČ, Prag 1958, S.304.

entwicklung auf der Basis des Wachstums der Arbeitsproduktivität sollten eine Erhöhung des materiellen und kulturellen Niveaus der Bevölkerung ermöglichen.

Bei der Bestimmung der Wege zur Erreichung des Hauptziels wurden Erfahrungen aus der vorangegangenen Periode sowie die neue internationale Lage berücksichtigt. Bereits in den Jahren 1953 - 1955 hat sich gezeigt, daß eine weitere Produktionserhöhung nicht mehr allein durch Einbeziehung von zusätzlichen Arbeitskräften möglich war, sondern daß das Produktivitätswachstum auf der Basis der modernsten Technik zur wichtigsten Wachstumsquelle wurde. Auch das Nachlassen des Kalten Krieges, das eine Erweiterung des Ost-West-Handels möglich machte, wirkte in dieser Richtung: Die für den Export bestimmten Güter mußten qualitativ und preismäßig den Konkurrenzgütern auf den westlichen Märkten standhalten können.

Die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Forcierung des technischen Fortschritts machte es auch notwendig, mit dem anhaltenden Problem der Rohstoffversorgung fertig zu werden. Das galt sowohl für das Angebot an Rohstoffen - durch die Ersetzung von natürlichen durch synthetische Materialien - als auch für den Verbrauch, z.B. durch die Einschränkung der Produktion von schweren Maschinen und Anlagen.

Die Ausgangslage im Jahre 1955 gab Anhaltspunkte für die Bestimmung der dringendsten Aufgaben des zweiten Fünfjahresplans. Das Zurückbleiben der Landwirtschaft hinter der Industrie schlug sich in der Forderung nieder, in den folgenden Jahren eine Annäherung der Wachstumsraten dieser Wirtschaftssektoren zu erreichen. Eine Voraussetzung dafür war das Vorherrschen von sozialistischen Produktionsverhältnissen auf dem Lande, denn die Bildung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und staatlichen Gütern ermöglichte erst eine Großproduktion und damit die Mechanisierung der Arbeiten. Das Nachhinken der Roh- und Brennstoffzweige hinter dem Bedarf der verarbeitenden Industrie verlangte eine weitere intensive Förderung der Grundstoffindustrie und eine gemeinsame Lösung des Rohstoffproblems innerhalb des RGW.

Mechanisierung der Landwirtschaft, schnelle Entfaltung der Chemieindustrie, Versorgung der Grundstoffzweige mit Investitionsgütern und Exportaufträge stellten hohe Ansprüche an den Maschinenbau, der auch im zweiten

Fünffjahresplan das Leitglied in der Industrie bleiben sollte. In Übereinstimmung mit der Forderung, das Konsumniveau zu heben, war das Wachstum der Produktion von industriellen Konsumgütern zu beschleunigen.

Der Fünffjahresplan setzte voraus, daß im Gegensatz zu dem ersten Fünffjahresplan das Nationaleinkommen schneller als das Gesellschaftsprodukt wachsen werde. Dies war vor allem durch Einsparungen im Materialverbrauch zu erreichen, dessen Senkung um 1 % laut J. Kolář¹ eine Steigerung des Privatkonsums um 2 - 3 % ermöglichte. Das Wachstum des privaten und des gesellschaftlichen Verbrauchs war in den nächsten fünf Jahren anzugleichen, was vor allem durch eine verstärkte Förderung des Wohnungsbaus geschehen sollte.

In den Richtlinien wurde die Notwendigkeit eines weiteren Abbaus der ökonomischen Unterschiede zwischen dem tschechischen und slowakischen Gebiet, wo wegen der reicheren Rohstoffvorräte und Energiequellen das Hauptgewicht der Produktion in der Entwicklung der Rohstoff- und Energiegrundlage liegen sollte.

1.1.2. Die Aufgaben im Produktionsbereich

Die Richtlinien legten das geplante Wachstum der einzelnen Produktionssphären für die fünf Jahre in Prozent fest. Mit Hilfe dieser Angaben und unseren Produktionswerten vom Jahr 1955² sollen ergänzend die geplanten absoluten Produktionszuwächse bis zum Jahre 1960 errechnet werden.

1) Kolář, J.: Charakter druhé československé pětiletky, in: *Pláňované hospodářství* 1956, Nr.9, S.652.

2) Tab. 1 und 6 im Anhang.

Tabelle 23: Geplante Produktionserhöhungen in den Jahren
1956 bis 1960 (in Preisen von 1964)

	Produktionswert 1960 in Mrd Kčs	in % von 1955
Nationaleinkommen	167	148
Gesellschaftliches Gesamtprodukt	344	145
Produktionsmittelerzeugung	-	154
Konsumgütererzeugung	-	137
Industrieproduktion (brutto)	198	150
davon Maschinenbau	64	183
Energieproduktion	6	169
Landwirtschaft	66	127
Bauwesen	40	173
Verkehr	-	144
Industrieprodukte:		
Braunkohle	-	149
Steinkohle	-	126
Eisenerz	-	146
Stahl	-	146
Roheisen	-	160
landwirtschaftliche Maschinen	-	178
Traktoren	-	230
Einrichtungen für Chemieindustrie	-	258
Walzwerke	-	265
Zementwerke	-	297
Textilindustrie	-	480
Lebensmittelindustrie	-	290
Lokomotiven	-	400
Personenkraftwagen	-	440
Kühlschränke	-	430

Quelle: Směrnice OV KSČ pro sestavení druhé pětiletky,
in: Plánované hospodářství, 1956, Nr.6, und
Tab. 1 im Anhang

Vergleichen wir die geplanten Entwicklungstempi im zweiten mit den tatsächlichen im ersten Fünfjahresplan, dann stellen wir für den zweiten Fünfjahresplan eine Verlangsamung fest. Das gilt für das Wachstum des gesellschaftlichen Gesamtprodukts (Planindex 1953/48 = 158 %) und des Nationaleinkommens (156 %), sowie der Industrieproduktion (193 %) und des Bauwesens (252 %); die landwirtschaftliche Produktion sollte dagegen schneller als in den Jahren 1949 - 53 (111 %) wachsen. Die geplante Annäherung des Produktionswachstums des Maschinenbaus und der Energieerzeugung wird durch

folgende Angaben deutlich: Index 1953/48 = 294 % bzw. 165 % und Index 1960/55 = 183 % bzw. 169 %. Aus der Tabelle geht weiter hervor, daß im zweiten Fünfjahresplan der Produktion von Konsumgütern große Bedeutung beigemessen wurde; das zeigt das geplante schnelle Wachstum der Produktion von Investitionsgütern für die Leichtindustrie.

Im Gegensatz zu dem ersten Fünfjahresplan war die Produktionssteigerung nicht durch weitere Zunahme der Beschäftigtenzahl zu erreichen, sondern mußte in erster Linie durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität (Index: 1960/55 = 142 %) ¹ gesichert werden. Bei einer geplanten Zunahme der Beschäftigung in der Industrie um 6,5 % sollte laut. J. Kolář ² der Produktionszuwachs 1956 - 160 zu 90 % durch das Wachstum der Arbeitsproduktivität gedeckt werden (im Bauwesen zu 80 %). Gleichzeitig sollte der Produktionsverbrauch in den Jahren 1956 - 60 langsamer ansteigen (um 40 %) als in den Jahren 1949 -53 (um 60 %) ³.

Trotz der Betonung der Produktion von Konsumgütern sollte sich das Verhältnis Produktionsmittel- und Konsumgüterproduktion bis zum Jahre 1960 weiter zugunsten der Produktionsmittelerzeugung ändern:

Tabelle 24: Anteile der Gruppe I und II am gesellschaftlichen Gesamtprodukt in %

	1949-53	1954-55	1956-60 (Plan)
I Produktionsmittelerzeugung	51,3	52,3	54,5
II Konsumgütererzeugung	48,7	47,7	45,5
	100,0	100,0	100,0

Quelle: Kolář, J.: Charakter druhé pětiletky, a.a.O., S.658

1) "Směrnice ÚV KSČ pro sestavení druhé pětiletky", in: Plánované hospodářství 1956, Nr.6, S.448.

2) Kolář, J. "Charakter...", a.a.O., S.659.

3) "Směrnice...", a.a.O., S.451, und Tab.1 im Anhang.

1.1.2. Anforderungen hinsichtlich der Akkumulation und der Investitionsallokation

Ausgehend von der Forderung, die Erfüllung der Planaufgaben durch eine breite Anwendung der modernen Produktionstechnik zu sichern, wurde ein Wachstum der Akkumulation um 90 % gegenüber der vorangegangenen Periode in den Richtlinien festgelegt. Dafür sollten in den fünf Planjahren Investitionen im Werte von 152,6 Mrd Kčs¹ getätigt werden (d.h. um 62 % mehr als in den Jahren 1951 - 55).

Bei Einhaltung des geplanten Wachstums der Akkumulation und des Produktionsverbrauchs mußte sich folgende Verwendungsstruktur des gesellschaftlichen Gesamtprodukts im Jahre 1960 ergeben:

Tabelle 25: Anteile der Akkumulation und des Verbrauchs am Gesellschaftlichen Gesamtprodukt in %

	1955	1960 (Plan)
Gesellschaftsprodukt	100	100
davon Produktionsverbrauch	47	45,5
Akkumulation	10	13,5
Privatverbrauch	34	33
Gesellschaftsverbrauch ^a	9	8

a) = alle nichtproduktiven öffentlichen Ausgaben

Quelle: Kolář, J.: "Charakter...", a.a.O., S.656

Die geplante Steigerung des Privatkonsums um wenigstens 33 % sollte durch umfangreiche Investitionen in den Wohnungsbau unterstützt werden; die Zahl der während der fünf Jahre fertigzustellenden Wohnungen lag bei 300.000².

Die Richtlinien für den zweiten Fünfjahresplan beinhalteten keine Daten über die Verteilung der Investitionen auf die einzelnen Wirtschaftssektoren und Zweige. Aus den allgemeinen Zielsetzungen ist jedoch zu entnehmen, daß die Landwirtschaft und Zweige der Leichtindustrie einen größeren Investitionsanteil bekommen sollten als in den Jahren 1949 - 53, und daß innerhalb der Industrie die Roh- und Brennstoffzweige die erste Stelle auf der Präferenzskala einnahmen. Dafür sprach die Forderung, in die Brennstoffindustrie um 115 % mehr Investitionen als in den Jahren 1951 - 55 zu leiten³.

1) "Směrnice...", a.a.O., S.470.

2) Kolář, J.: "Charakter...", a.a.O., S.663.

3) ebenda

Um uns trotz der wenigen Angaben ein Bild über den Investitionsplan¹ machen zu können, wollen wir mit Hilfe unserer Investitionskoeffizienten für die Jahre bis 1955 und der vorhandenen Planaufgaben für die Produktion im zweiten Fünfjahresplan versuchen, das notwendige Investitionsvolumen für die Sicherung der Planziele tendenziell herzuleiten². Die gewonnenen Werte haben nur eine indikative Funktion, weil nicht anzunehmen ist, daß die für unsere Berechnung verwendeten Investitionskoeffizienten konstant blieben. Dasselbe gilt für die Annahme, daß sich die Relation zwischen Produktionsverbrauch und Nationaleinkommen im zweiten Fünfjahresplan nicht veränderte. Unsere Ergebnisse müssen zu optimistisch ausfallen, weil am Anfang der ersten Periode zum großen Teil Erneuerungs- bzw. Ersatzinvestitionen getätigt wurden, die den Wert der Investitionskoeffizienten günstig beeinflussten bzw. niedrig hielten.

Tabelle 26: Schätzung der notwendigen Investitionsaufwände in der produktiven Sphäre in den Jahren 1956-60 (in Preisen von 1964)

	durchschnitt. IK 1949-55	geplanter Prod. zuwachs 1956-60 Mrd Kčs	geschätzte Investi. 1956-60 Mrd Kčs
Produktive Sphäre	1,64	54,3	89,0
Industrie	1,70	36,4	61,9
Landwirtschaft	4,12	4,0	16,5
Bauwesen	0,32	8,6	2,8
Maschinenbau	0,85	17,6	15,0
Energie	3,77	2,4	9,0
Brennstoffe ^a	-	-	11,1

Quelle: Berechnet mit Hilfe von Tab. 1, 3, 7, 8, 9 im Anhang und Tabelle 23 im Text.

a) Das Investitionsvolumen für Brennstoffindustrie geschätzt nach dem Plan (Investitionszuwachs gegenüber 1951-55 um 115 %)

1) Sowohl die Richtlinien als auch der am 2.10.1957 beschlossene revidierte Planvorschlag beinhalten keine genauen Investitionsdaten.

2) $IK = \frac{\text{Investitionen}}{\text{Produktionszuwachs}}$, d.h. z.B. aus der Tab.26, erste Zeile:

$$1,64 = \frac{x}{54,3}, \quad x = 89,0.$$

Die geschätzten Werte wollen wir später im Zusammenhang mit der Auswertung der Planperiode 1956-60 mit den tatsächlichen Investitionen vergleichen; mehr als die absoluten Werte interessieren aber die Proportionen der Investitionsverteilung:

Tabelle 26a: Geschätzte Anteile der Produktionsbereiche an den produktiven und den Industrieinvestitionen in den Jahren 1956/60 in % (errechnet nach Tab.26)

	1956-60		1956-60
Produktive Investitionen insgesamt	100	Industrieinvestitionen insgesamt	100
davon Industrie	69,6	davon Maschinenbau	24,2
Landwirtschaft	18,5	Energie	14,5
Bauwesen	3,1	Brennstoffe	17,9
Übrige	8,8	Übrige	43,4

Die Erfüllung des Investitionsplans setzte voraus, die Fertigungszeiten der Projekte zu verkürzen und den Anteil der Maschinen und Einrichtungen an den gesamten Investitionen zu erhöhen. Das bedeutete, daß die Produktionserweiterung vorrangig im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten, also durch Rationalisierungsinvestitionen gesichert werden sollte.

1.2. Der Verlauf und die Erfüllung des zweiten Fünfjahresplans

1.2.1. Die verspätete Billigung des endgültigen Planinhalts und die sich daraus ergebenden Änderungen

Anderthalb Jahre nach dem Beginn der Planperiode war die endgültige Fassung des Plans immer noch nicht bekannt. Zwar wurden in Übereinstimmung mit den Richtlinien jährliche Pläne aufgestellt, die jedoch unvollständige Kennziffern enthielten. Die Ursache lag vor allem darin, daß die angestrebte Abstimmung der Fünfjahrespläne der RGW-Länder, die eine vertiefte Arbeitsteilung ermöglichen sollte, bis dahin noch nicht gelungen war. Störend wirkten dabei die Ereignisse in Ungarn und Polen im Jahre 1956¹, die die Einhaltung der Lieferverpflichtungen bedrohten. Letztlich hat auch der Prozeß der Umgestaltung der Planungsmethodik, der entsprechend der auf der Konferenz der KPČ im Juni 1956 vorgetragenen Forderung nach Dezentralisierung

1) Näheres siehe in Kapitel 1.2.4.: Der Einfluß der Außenbeziehungen

der Wirtschaftslenkung eingeleitet wurde¹, verzögernd auf die Festlegung von Plannormen gewirkt.

Zwei Jahre nach dem Beginn des Fünfjahresplans zeigte die Entwicklung verschiedener Produktionen bereits, daß die ursprünglichen, in den Richtlinien festgelegten Planziele korrigiert werden mußten. Entgegen den Richtlinien wuchs die Produktion in der Industrie und im Bauwesen schneller (1956 um 3 Mrd bzw. 1,7 Mrd Kcs mehr)² als geplant, die Arbeitsproduktivität hingegen langsamer (um 12,3 % statt 13,8 %). Auch die geplante Selbstkostensenkung wurde nicht erreicht, weil der Materialverbrauch, besonders von Walzmaterial und Zement steil anstieg. Die Versorgung mit Brennstoffen war wegen der niedrigen Importe nicht gesichert.

Die Grundfondserweiterung wurde nicht im geplanten Umfang realisiert, weil noch Investitionsprojekte aus den Jahren 1954 - 55 ausstanden, die beendet werden mußten. Diese Entwicklung führte nicht nur zu einer wesentlichen Senkung des geplanten Investitionsvolumens, die Situation erzwang auch eine neue Verteilung der Investitionsmittel. Grundstoffzweige (Brennstoffe, Metallurgie, Baustoffe) sowie der Maschinenbau und die Landwirtschaft sollten einen höheren Anteil als geplant bekommen, was zu Lasten der Energieerzeugung, Chemie- und Nahrungsmittelindustrie und des Verkehrs ging³. Auch der staatliche Wohnungsbau erfuhr eine Kürzung von den geplanten 300 000 auf 200 000 Wohnungen, die bis 1960 gebaut werden sollten.

Eine verstärkte Zufuhr von Investitionsmitteln in die metallverarbeitende Industrie war aus mehreren Gründen erforderlich: In der Landwirtschaft ging der Sozialisierungsprozeß schneller voran als ursprünglich erwartet. Die Bildung von landwirtschaftlichen Genossenschaften stellte hohe Ansprüche an Investitionstätigkeit, sowohl an die Bauorganisationen als auch an die Versorgung mit Maschinen und Ausrüstungen. Der erhöhte Investitionsplan für die Rohstoffzweige, der sich in höheren Produktionsaufgaben im Maschinenbau niederschlug, war auch darauf zurückzuführen, daß der Materialverbrauch in der metallverarbeitenden Industrie zu hoch war. Darüber hinaus hatte der Maschinenbau, dessen Produktion zur Hälfte für den Export bestimmt war, den erhöhten Bedarf an Konsumgütern, d.h. auch an Einrichtungen für die Konsumgüterindustrie, zu decken.

1) Parteikonferenz 1956, in : Nová mysl, Sondernummer Juni 1956.

2) Šimůnek, O.: K otázkám rozvoje národního hospodářství ČSR, in: Plánované hospodářství 1957, Nr.3, S.643.

3) Šimůnek, O.: "K otázkám ...", a.a.O., S.650.

Auf der Plenarsitzung des ZK der KPTsch am 2.10.1957 wurde der Fünfjahresplan mit folgenden Änderungen gebilligt¹: Entgegen den Richtlinien wurde das Wachstum der Industrieproduktion um 6 Prozentpunkte erhöht (Index 1960/55 = 156 % statt 150), der Landwirtschaft um 3 Prozentpunkte (auf 130 %). Die Aufgabenerhöhung betraf in der Industrie die Brennstoff-, Stahl-, Walzmaterial-, Chemie-, Nahrungsmittel- und Konsumgüterproduktion sowie den Präzisionsmaschinenbau.

Die Summe der Investitionsmittel für die staatliche Investitionstätigkeit wurde von 152,6 auf 137 Mrd Kčs gekürzt. Dementsprechend sank das geplante Volumen der Bauarbeiten der staatlichen Organisationen von 68,4 auf 62,3 Mrd Kčs. Die Raten der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Senkung der Selbstkosten mußten niedriger angesetzt werden (von 142 auf 139 % bzw. von 114,8 auf 112,6 %). Sowohl der Beschäftigungsgrad als auch die durchschnittlichen Monatslöhne sollten angehoben werden - die Löhne um 2 Prozentpunkte gegenüber der ursprünglichen Forderung².

1.2.2. Das Erreichen der Planziele gemessen an Ergebnissen im Jahre 1960

Die Produktionsziele des zweiten Fünfjahresplans wurden im wesentlichen erfüllt und damit, im offiziellen Sprachgebrauch, der Aufbau der materiell-technischen Grundlage des Sozialismus beendet. Auch die ordnungspolitischen Voraussetzungen, nämlich das Übergewicht des sozialistischen Produktionssektors auch in der Landwirtschaft³, wurden bis 1960 geschaffen, so daß in diesem Jahr die erste Etappe des Aufbaus des Sozialismus als abgeschlossen betrachtet werden konnte. Diese Auffassung fand ihren Ausdruck in einer neuen Verfassung und der Umbenennung der Republik in Tschechoslowakische Sozialistische Republik⁴.

Den statistischen Angaben zufolge wurde sowohl das geplante Wachstum des Privatkonsums (von 33 %) als auch der Arbeitsproduktivität (42 %) überschritten. Die Zunahme betrug 36 %, bzw. 45 %⁵. Diese Entwicklung der

1) "Od X. do XI. sjezdu", a.a.O., S.599.

2) "Od X. do XI. sjezdu", a.a.O., S.600ff.

3) Im Jahre 1956 bewirtschaftete der sozialistische Sektor auf dem Lande 41,9 % des landwirt.Bodens und nahm mit 36,3 % an der Bruttoproduktion der Landwirtschaft teil. Im Jahre 1960 waren es 88 % des Bodens und 69,9 % der Produktion. Autorenkoll.: 20 let rozvoje ČSSR, Prag 1965, S.12.

4) Die neue Verfassung der ČSSR wurde durch die Nationalversammlung am 11.4.1960 beschlossen. Handbuch der Tschechoslowakei, München 1966, S.67.

5) Statistická ročenka 1966, a.a.O., S.24 und 1298.

Arbeitsproduktivität war zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß es innerhalb der produktiven Sphäre zur Arbeitskräfteverschiebung in Richtung auf die Industrie kam, also den Bereich, wo die Arbeitsproduktivität höher war als in der Landwirtschaft, aus der die Arbeitskräfte kamen. Der Beschäftigtenzuwachs in der Industrie betrug in fünf Jahren 16 %¹, d.h. um 10 Prozentpunkte mehr als geplant.

Vergleichen wir die tatsächliche mit der geplanten Entwicklung der Produktion, so sehen wir, daß die gewünschte schnellere Zunahme des Nationaleinkommens als des gesellschaftlichen Gesamtprodukts und die Annäherung der industriellen und der landwirtschaftlichen Produktion nicht erreicht werden konnten.

Tabelle 27: Planziele und -erfüllung im Jahre 1960

Index 1960/56	ursprünglicher Plan		geänderter Plan		Ergebnisse	
	%	Mrd Kčs	%	Mrd Kčs	%	Mrd Kčs ^a
Gesell. Gesamtprodukt	145	344	-	-	146	346
Nationaleinkommen	148	167	-	-	141	160
Produktionsmittelerz.	154	-	-	-	174 ^b	-
Konsumgütererzeugung	137	-	-	-	156	-
Industrieproduktion	150	198	156	206	166	220
davon Maschinenbau	183	64	-	-	194	68
Energieprod.	169	6	-	-	175	7
Landwirtschaft	127	66	130	67	110	57
Bauwesen	173	40	-	-	173	40

Quelle: Tab. 22 im Text und Tab. 1 und 6 im Anhang

a) Preise 1964

b) Statistická ročenka 1966, a.a.O., S.194

Die Nichterfüllung des Plans in der Landwirtschaft und die Übererfüllung in der Industrie ist an erster Stelle durch die unterschiedliche Entwicklung der Beschäftigung in beiden Bereichen zu erklären. Dem Zuwachs von 16 % in der Industrie stand eine Senkung der Beschäftigtenzahl in der Landwirtschaft um 24 % gegenüber². Obwohl der Anteil der Landwirtschaft an den gesamten Investitionen (16 %) viel höher lag als in dem ersten Fünfjahresplan (9 %), vermochte der Grundfondszuwachs zwar den Arbeitskräfterrückgang zu kompensieren, reichte jedoch nicht aus, um einen Nettoproduktionszuwachs in den Jahren 1956-60 herbeizuführen.

1) Statistická ročenka 1966, a.a.O., S.24..

2) ebenda, S.22.

Ein schnelleres Wachstum des Nationaleinkommens als des gesellschaftlichen Gesamtprodukts konnte deswegen nicht erreicht werden, weil der Produktionsverbrauch schneller wuchs (Index 1960/55 = 150 %, Industrie = 181 %) ¹ als im Plan vorgesehen (140 %).

Im folgenden wollen wir untersuchen, welche Bereiche der Industrie zu der Übererfüllung des Produktionsplans beigetragen hatten und maßgebend an dem Produktionswachstum beteiligt waren.

Tabelle 28a: Planerfüllung bei einzelnen Industrieprodukten

	Plan 1960/55 in %	Wirkliches Wachstum 1960 in % v.1955
Steinkohle	126	127
Braunkohle	149	143
Eisenerz	146	125
Roheisen	160	157
Stahl	146	151
Walzmaterial		150
Kunstdünger (Natrium)		232
(Phosphor)		150
Einrichtungen für Walzwerke	265	219
Chemieindustrie	258	242
Zementwerke	297	128
Textilindustrie	480	920
Nahrungsmittelindustrie	290	402
Landwirtschaftliche Maschinen	178	152
davon: Traktoren	230	258
Metallbearbeitende Maschinen	174	164
Personenkraftwagen	440	449
Kühlschränke	430	433

Quelle: "Směrnice" , a.a.O., S.275 und Statistická ročenka 1966, S.232ff.

Diese Planangaben berücksichtigen nicht die Planerhöhung im Jahre 1957; die Erfüllung bei den Produkten der Schwerindustrie würde sonst schlechter ausfallen. Eindeutig gute Ergebnisse zeigt die Produktion von Konsumgütern und von Einrichtungen für Konsumgüterindustrie, nicht jedoch von landwirtschaftlichen Maschinen.

1) Tab. 1 im Anhang.

Tabelle 28b: Das Wachstum der Industrieproduktion und des Produktionsverbrauchs^a nach einzelnen Zweigen

	1960 in % von 1955		
	Produktionswachstum		Produktionsverbrauch
	Netto	Brutto	
Industrie insgesamt	153	166	182
davon:			
Energie	162	175	330
Brennstoffe	152	156	164
Metallurgie	145	165	186
Maschinenbau	184	194	211
Chemie	-	208	-
Baustoffe, Keramik	189	204	363
Holzverarbeitung	114	145	216
Textil, Bekleidung	150	144	132
Leder, Gummi	154	168	185
Nahrungsmittel	129	134	135
Papier	134	140	153

Quelle: Tabellen 6 und 7 im Anhang

a) Brutto- minus Nettoproduktion

Am schnellsten wuchs die Chemieproduktion; in der Energie-, Baustoff-, lederverarbeitenden Industrie, Metallurgie und im Maschinenbau wurde ein überdurchschnittliches Wachstum erreicht. Die Leicht- und Brennstoff-industrieproduktion nahm langsamer zu als die der gesamten Industrie. Mit Ausnahme der Textil- und Bekleidungsindustrie stieg in allen Zweigen der Produktionsverbrauch schneller an als die Nettoproduktion und auch als die Arbeitsproduktivität, die in der gesamten Industrie um 40 % wuchs¹. Das läßt auf niedrige Produktionseffizienz schließen, mit der wir uns näher im Zusammenhang mit der Effektivität der Investitionen befassen werden.

Die kleinere Produktionssteigerung in der Leicht- als in der Schwerindustrie war im Plan vorgesehen, auch die Wachstumsproportionen dieser Bereiche entsprachen den geplanten. Dafür aber blieb die Erzeugung innerhalb der Produktionsmittelindustrie, wie zum Beispiel im Schwermaschinenbau, hinter dem Plansoll zurück². Dies hing mit der Breite des Produktionssortiments zusammen: Der Maschinenbau deckte zu 85 % den heimischen Bedarf an Investitionsgütern und lieferte ca. 50 % aller Exportprodukte. Neue Produktionen wurden eingeführt, ohne daß alte eingeschränkt wurden.

1) Statistická ročenka 1966, a.a.O., S.214.

2) "15 budovatelských let ...", a.a.O., S.29.

Unter solchen Bedingungen bestand ein ständiger Druck für die Erweiterung der Metallurgieproduktion, die kaum die Nachfrage zu decken vermochte¹. Auch die Brennstoff- und Energielieferungen entsprachen nicht den Anforderungen. Zwar wuchs die Produktion der Chemieindustrie während des Fünfjahresplans um 108 %, der Anteil an der gesamten Industrieproduktion blieb jedoch relativ niedrig (er stieg von 3,4 auf 4,2 %). Somit wurde die Möglichkeit eingeschränkt, Stahl in bedeutendem Maße durch Chemieprodukte zu ersetzen, und der Druck des Maschinenbaus richtete sich voll auf die Metallurgie.

Die Schwierigkeiten bei der Plandurchführung in der Schwerindustrie hingen auch mit den Änderungen der Investitionsplanung und -durchführung zusammen, die Verzögerungen bei der Fertigstellung der zentralen Investitionsbauten zur Folge hatten; darauf wird in dem Abschnitt über das neue Lenkungssystem näher eingegangen.

1.2.3. Die Investitionsallokation und ihre Auswirkungen auf die Produktionsstruktur

Bei Einhaltung des geplanten Wachstums der Akkumulation um 90 % änderten sich die Proportionen der Verwendung des Nationaleinkommens im Vergleich mit dem Jahr 1955 am Ende der Planperiode folgendermaßen:

Tabelle 29: Die Verwendung und das Wachstum des Nationaleinkommens in den Jahren 1955 und 1960^a

	Anteile in %		Wachstum 1960/55 in % v. 1955
	1955	1960	
Verwendetes Nationaleinkommen	100,0	100,0	140
davon unproduktiver Verbrauch	85,6	80,5	132
davon Privatverbrauch	64,9	63,3	136
Gesellschaftsverbrauch	20,7	17,2	117
Akkumulation	14,4	19,5	190

Quelle: Statistická ročenka 1966, a.a.O., S.128

a) errechnet nach Angaben in Preisen von 1955

Bei einer durchschnittlichen Akkumulationsrate von 17,6 % (im 1. Fünfjahresplan = 12,5 %)² vergrößerte sich der Anteil der Akkumulation am verwendeten Nationaleinkommen um 5 Prozentpunkte auf Kosten des Konsums.

1) Die Metallurgieproduktion stieg in den Jahren 1953 bis 1960 um 180 %, der Materialverbrauch der Metallurgie um 200 %. Malý, B.: Mezinárodní specialisace komplexu ekonomiky ČSSR, Prag 1966, S.134.

2) Statistická ročenka 1966, a.a.O., S. 128.

Diese Steigerung wurde durch ein Investitionsvolumen erreicht, das die geplante Summe weit überschritt. In der folgenden Übersicht wollen wir das geplante Investitionsvolumen und seine Verteilung (geschätzt mit Hilfe von Investitionskoeffizienten und der geplanten Produktionszunahme) mit dem tatsächlichen vergleichen.

Tabelle 30: Die (hypothetisch) geplante und die tatsächliche Investitionsverteilung 1955 - 1960^a

	ursprüngl. Plan			Revision		tatsächl. Verteilung		
	%	Anteil	Mrd Kčs	%	Mrd Kčs	%	Anteil	Mrd Kčs
Investitionen insgesamt	100	-	152,6	100	137,0	100	-	165,0
davon								
in produkt. Sphäre	58	100	89,0	-	-	73	100	120,2
davon Industrie	41	70	61,9	51	69,2	40	55	66,5
Landwirtschaft	11	19	16,5	13	18,2	16	23	27,0
Bauwesen	2	3	2,8	-	-	3	4	4,9
Übrige	4	8	7,8	-	-	14	18	21,8
Industrieinvestitionen	100		61,9			100		66,5
davon Maschinenbau	24		15,0			16		10,6
Energie	15		9,0			15		10,2
Brennstoffe	18		11,1			19		12,3

Quelle: Tabelle 26 im Text, Anhang Tab.2 und 8

a) Preise von 1964

Bei der Planänderung im Jahre 1957 wurde das gesamte Investitionsvolumen für die fünf Jahre gesenkt, der Industrie und der Landwirtschaft wurden jedoch höhere Produktionsaufgaben auferlegt. Das setzte, bei einer unveränderten Investitionsverteilung, eine wesentliche Steigerung der Arbeitsproduktivität in diesen Bereichen voraus. Wie die tatsächliche Investitionsverteilung zeigt, wurden jedoch mehr Mittel als geplant für Investitionen ausgegeben, vornehmlich im Bereich der produktiven Investitionen. Trotzdem gelang es nicht, die geplante Steigerung des Nationaleinkommens zu erreichen. Das spiegelte sich in dem wachsenden Investitionskoeffizienten für die produktive Sphäre (siehe Kapitel 1.3). Entgegen unserer Annahme bei der Schätzung der geplanten Investitionen änderte sich auch der Anteil des Produktionsverbrauchs am gesellschaftlichen Gesamtprodukt von 52 % in 1949 - 55 auf 53,2 % in 1956 - 61.

In der Industrie gelang es mit einem kleineren Investitionsanteil als vorgesehen das Plansoll zu übererfüllen. Der IK der Industrie sank dementsprechend. Der geplante Produktionszuwachs im Bauwesen wurde erreicht bei

gleichzeitiger Erhöhung des absoluten Investitionsvolumens und des Anteils an produktiven Investitionen. Der IK stieg an. Trotz der absolut und relativ höheren Investitionszufuhr in die Landwirtschaft sank sogar ihr Beitrag zum Nationaleinkommen im Jahre 1960 im Vergleich mit 1955 um 9,5 Prozentpunkte.

Innerhalb der Industrie waren bei der Energie- und der Brennstoffindustrie die tatsächlichen Investitionsausgaben höher als von uns angenommen (IK stieg an) und niedriger im Maschinenbau (IK sank)¹.

Der hohe Anteil der produktiven an den gesamten Investitionen (73 %) bedeutete, daß für die nicht produktive Sphäre nur ungefähr ein Viertel übrig blieb. So verhielten sich die Proportionen fast gleich wie in dem ersten Fünfjahresplan (produktive Investitionen 72 %, nicht produktive 28 %). Nur innerhalb der nicht produktiven Sphäre kam es zu Verschiebungen zugunsten der Forschung, des Wohnungsbaus, der Dienstleistungen und des Schul- und Kulturwesens: Das lesen wir an dem Grundfondszuwachs einzelner Bereiche ab, weil die Investitionsangaben unvollständig sind.

Tabelle 31: Anteile der Bereiche der nicht produktiven Sphäre an dem Grundfondszuwachs im 1. und 2. Fünfjahresplan in %

	1949 - 53	1956 - 60
Nicht produktiver Grundfonds	100,0	100,0
davon Forschung	1,3	2,9
Dienstleistungen	3,0	6,0
Wohnungsbau	44,4	50,6
Personentransport & Kommunikationen	16,1	16,1
Gesundheitswesen	6,6	3,6
Schul- und Kulturwesen	9,3	12,2
Verwaltung	19,3	8,6

Quelle: Errechnet nach Statistická ročenka ČSSR 1966, S.173
(Preise von 1955)

Die Tendenz, den überwiegenden Teil des Investitionsvolumens im produktiven Bereich zu allozieren, stand im Widerspruch zu der Tendenz in den entwickelten westlichen Ländern (wenn wir auch hier die Dienstleistungen als unproduktiv bezeichnen), in denen der Anteil der produktiven Investitionen abnahm.

1) Angaben über den IK im Anhang, Tab.3 und 9.

Im weiteren wollen wir aufgrund der folgenden Übersicht feststellen, wie sich die Investitionsstruktur im untersuchten Zeitraum auf die Entwicklung der Produktionsstruktur auswirkte. Dabei berücksichtigen wir auch Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur.

Obwohl der Investitionsanteil der Landwirtschaft wesentlich größer und der Anteil der Industrie kleiner als in der vergleichbaren Periode des ersten Fünfjahresplans war, änderten sich die Produktionsanteile dieser wichtigsten Wirtschaftsbereiche am Ende des zweiten Fünfjahresplans nicht entsprechend; im Gegenteil, der Beitrag der Landwirtschaft zum gesellschaftlichen Gesamtprodukt bzw. Nationaleinkommen sank weiter, während derjenige der Industrie wuchs. Dieser Trend entsprach der Veränderung der Beschäftigtenzahl; der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten an der Gesamtzahl sank sogar um 9 Prozentpunkte. Im Bauwesen entsprach der höhere Produktionsanteil im Jahre 1960 dem höheren Investitions- und Beschäftigtenanteil.

Tabelle 32: Veränderung der Produktions- und Beschäftigungsstruktur 1960 gegenüber 1955 und der Investitionsstruktur im 2. gegenüber dem 1. Fünfjahresplan, in %

	Produktion ^a				Investitionen ^b		Beschäftigte ^c	
	Brutto		Netto		1949	1956	1955	1969
	1955	1960	1955	1960	- 53	- 60	1955	1969
Wirtschaft insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
Industrie	56	63	64	70	45	40	33	37
Landwirtschaft	22	16	13	8	9	16	33	24
Bauwesen	10	12	10	12	2	3	7	8
Übrige	12	9	13	10	44	41	27	31
Industriezweige(100 %)								
Energie	2,9	3,0	4,8	5,1	12	15,5	-	-
Brennstoffe	7,7	7,2	9,3	9,2	10	18,7		
Metallurgie	10,5	10,4	9,7	9,2	18	15,5	17	17
Maschinenbau	26,3	30,8	29,1	35,0	20	16,1	34	36
Chemie	3,4	4,2	6,5	(8,3)	10	6,8	4	4
Baustoffe	4,1	5,1	6,9	8,5	5	7,7	7	8
Holzverarbeitung	5,0	4,4	6,4	4,7	3	1,7	6	6
Textil, Bekleidung	10,8	9,4	12,7	12,4	5	3,3	16	15
Lederverarbeitung	3,6	3,6	3,6	3,6	1	1,2	3	4
Nahrungsmittel	22,5	18,3	7,3	6,2	6	4,5	10	9
Papier	2,6	2,2	3,3	2,8	2	2,0	2	2
Übrige	0,6	1,4	0,4	-	8	7,0	-	-

Quellen: a) Anhang, Tab.1 bzw. für Industriezweige Tab.6 und 7.

b) ebenda, Tab. 2 bzw. 8

c) Statistická ročenka 1966, S.22, bzw. V. Nešvera: "Investitionen in Österreich und in der Tschechoslowakei", a.a.O., S.70a, Tab.13

Betrachten wir die Entwicklung innerhalb der Industrie, so können wir feststellen, daß im Vergleich zu dem ersten Fünfjahresplan der Investitionsanteil der Verarbeitungsindustrie sank und derjenige der Rohstoffzweige wuchs. Obwohl die Brennstoffindustrie den höchsten Investitionsanteil erhielt, erhöhte sich ihr Beitrag zur Industrieproduktion nicht. Das wirkte als Bremse für die verarbeitenden Zweige, deren Bedarf zunehmend mehr durch Importe gedeckt werden mußte. Die niedrige Effizienz der Brennstoffförderung war unter anderem auf die veraltete Grundfondsbasis zurückzuführen; der dadurch erhöhte Arbeitskräftebedarf konnte nur unzureichend gesichert werden.

Überraschend wirkt der relativ niedrige Anteil der Chemieindustrie an den gesamten Investitionen (im Vergleich zu den Jahren 1949 - 53), denn sie sollte ja der Träger der strukturellen Änderungen im zweiten Fünfjahresplan sein. Die Steigerung ihres Anteils an der gesamten Industrieproduktion wurde jedoch erreicht, auch wenn es eine kleinere Steigerung war als im Maschinenbau und der Baustoffindustrie, wo der Arbeitskräftezuwachs eine große Rolle spielte. Wie schon in den Jahren bis 1953 wurde die Leichtindustrie weiterhin vernachlässigt, was sich in den niedrigeren Investitions- und Beschäftigtenanteilen und somit auch in den sinkenden Produktionsanteilen äußerte.

Aus der obigen Übersicht sind nicht nur die an der Produktionsstruktur ablesbaren Präferenzen erkennbar (nicht wesentlich abweichend von der vorhergehenden Periode), sondern auch die Disproportionen, die während des zweiten Fünfjahresplans hätten beseitigt werden sollen. Entgegen den Zielsetzungen des Plans erhöhte sich trotz entsprechender Investitionsallokation weder der Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtproduktion noch wurde das Nachhinken der Rohstoff- und Energiebasis hinter den Anforderungen der Verarbeitungsindustrie behoben.

Der anhaltende Vorrang der rohstoff- und energieintensiven Industriezweige bei der Verteilung von Investitionen sowie deren extensiver Charakter bewirkten erstens, daß der Material- und Energieverbrauch stark anstieg und schwer zu decken war, und zweitens, daß wenig Mittel für Modernisierungs- und Rationalisierungs-Investitionen übrig blieben, die eine Einsparung von Arbeitskräften ermöglicht hätten. Wegen des niedrigen technischen Niveaus der neuen Investitionen und der Veralterung der vorhandenen Grundfonds waren

zu viele Arbeitskräfte im Produktionsprozeß, vor allem in der Leichtindustrie gebunden, und ihr Mangel zeigte sich besonders deutlich in der ungenügenden Auslastung der neu entstandenen Produktionskapazitäten.

In der Handhabung von Investitionsentscheidungen wiederholten sich die Fehler, die schon am Ende des ersten Fünfjahresplans zur Investitionseinschränkung und Verlangsamung des Wirtschaftswachstums führten. Sie waren einmal in der Vorbereitungsphase begründet; die langfristigen Entwicklungskonzeptionen einzelner Zweige waren unklar und die Planung von Investitionsobjekten erfolgte ohne ausreichende Berücksichtigung der induzierten Investitionen. Dann ergaben sich auch Engpässe bei der Durchführung, weil viele umfangreiche Objekte zu gleicher Zeit angefangen wurden. Die Bauzeit verlängerte sich sowohl wegen der Aufsplitterung der Baukapazitäten als auch wegen der verspäteten Lieferungen von Maschinen und Einrichtungen. In dem Zeitraum 1956 - 60 betrug die durchschnittliche Gestationszeit bei den zentralen Bauten neun bis zehn Jahre¹. Die steigende Zahl der unvollendeten Investitionsobjekte, deren geplanter Produktionseffekt ausgeblieben war, wirkte sich nicht voll auf die gesamten Ergebnisse des Fünfjahresplans aus. Der so verursachte Produktionsausfall wurde zum Teil durch die ebenfalls verspätete Inbetriebnahme der vor 1955 geplanten Produktionskapazitäten gedeckt.

Die Mängel der Investitionsplanung, die auf kurzfristigen und nicht ökonomisch begründeten Überlegungen beruhten, kommen am deutlichsten am Beispiel der Metallurgie zum Ausdruck. Während sich die Planer bis 1953 noch an der sog. Stahlkonzeption (der Stalins Forderung nach einem vorrangigen Aufbau von Produktionskapazitäten in der Metallurgie zugrunde lag) orientierten, wurde diese Konzeption 1953/54 abgelehnt. Die Rückständigkeit anderer Wirtschaftszweige - Landwirtschaft, Brennstoffindustrie, Konsumgüterproduktion - und die indirekt damit verbundene ungenügende Auslastung der Produktionsanlagen der Metallurgie erzwang neue Präferenzen bei der Investitionsverteilung. Erst im Jahre 1958, aufgrund der Direktive des XI. Parteitags, wurden erneut hohe Ziele für die Investitionstätigkeit in der Metallurgie gesteckt², darunter die Beendigung der während des ersten Fünfjahresplans angefangenen und wieder unterbrochenen Hüttenwerke in Košice.

- 1) Unter zentralen Bauten sind die von den zentralen Organen gebilligten und finanzierten Bauten von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung zu verstehen.
- 2) Mit Hilfe von neuen Kapazitäten sollte die Stahlproduktion auf 9,7 Mill. Tonnen im Jahre 1960 ansteigen. Plánované hospodářství 1962, Nr. 7, S. 14.

Aus der unterschiedlichen Investitionsentwicklung in der Metallurgie und im Maschinenbau ist zu entnehmen, daß nicht nur eine langfristige Konzeption für die Entfaltung des Hüttenwesens fehlte, sondern daß auch die Koppelung der Metallurgie und des Maschinenbaus (als Hauptabnehmer der Metallurgieerzeugnisse) bei der Investitionsverteilung wenig berücksichtigt wurde.

Tabelle 33: Investitionsentwicklung in Maschinenbau und Metallurgie in den Jahren 1950 - 60 in %

	1950	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1960
Maschinenbau	100	139	107	86	73	91	112	152	218
% ges. Invest.	20,8	20,6	18,1	14,6	12,6	13,5	15,0	16,5	17,4
Metallurgie	100	193	173	155	146	148	127	174	307
% ges. Invest.	15,1	20,7	21,2	19,0	18,3	15,7	12,1	13,6	17,7

Quelle: Berechnet nach Tab.8, Anhang

Während der Investitionsanteil des Maschinenbaus von 1953 bis 1965 sank, wuchs der Anteil der Metallurgie zunächst, um dann langsam (bis 1958) abzusinken, obwohl seit 1956 der Anteil des Maschinenbaus an den gesamten Investitionen wieder ständig zunahm. Diese Entwicklung erlaubt uns die Schlußfolgerung, daß das richtige (d.h. das im wesentlichen durch die Ausweitung oder Einschränkung der Maschinenbauproduktion bedingte) Investitionsvolumen in der Metallurgie erst festgelegt wurde, wenn Knappheit an Metallurgieerzeugnissen auftrat, oder wenn die Kapazitäten der Metallurgie nicht ausgelastet werden konnten.

Weitere Beispiele - Investitionsallokation in der Landwirtschaft, Brennstoffindustrie etc. - bestätigen, daß entgegen der Planungstheorie die Proportionen zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen in der Praxis nicht durch den Plan, sondern erst durch eine nachträgliche Korrektur, nachdem Engpässe entstanden waren, sichergestellt wurden. Diese nachträgliche Anpassung des Plans an die tatsächliche Entwicklung stellte jedoch die Sicherung der "richtigen" Proportionen insofern in Frage, als dadurch die ursprünglichen Planvoraussetzungen geändert wurden. Das Entstehen von neuen Disproportionen konnte nur bei einer konsequenten Abstimmung der Programme

aller Produktionsbereiche an die Planänderung verhindert werden. Darin lag jedoch das Problem der zentralen Planung: so eine "vollkommene" Plankorrektur war sehr zeitraubend, so daß letztlich der veränderte angepaßte Plan nicht mehr der aktuellen Lage entsprach. An Stelle der alten traten neue Engpässe auf.

1.2.4. Der Einfluß der Außenbeziehungen auf die tschechoslowakische Investitionspolitik in den Jahren 1956 - 1960

Im ersten Teil der Arbeit haben wir beschrieben, was für eine Bedeutung die internationale Lage und die Entwicklung der Beziehungen zu den Ostblockländern für das Entstehen der neuen Produktionsstruktur in der Tschechoslowakei hatten. Im weiteren wollen wir untersuchen, was für eine Rolle die Zugehörigkeit der Tschechoslowakei zum RGW sowie die Entwicklung der Außenhandelsbeziehungen mit den westlichen Ländern bei der Festlegung der Investitionsprogramme spielte.

1.2.4.1. Die Entwicklung des Außenhandels

Der Zeitraum des zweiten Fünfjahresplans war sowohl durch eine Ausweitung des Ost-West-Handels, ermöglicht durch die im Jahre 1953 beginnende internationale Entspannung, als auch durch die Intensivierung der Integrationsbestrebungen der RGW-Länder gekennzeichnet.

Das schnellere Wachstum des Außenhandelsumsatzes mit den kapitalistischen als mit den sozialistischen Ländern in der ersten Hälfte des Fünfjahresplans verlangsamte sich am Ende der Planperiode und der zunächst steigende Anteil der kapitalistischen Länder nahm zugunsten der Gruppe der sozialistischen Staaten ab. Dies war sowohl auf die Vertiefung der Arbeitsteilung zwischen den RGW-Ländern als auch auf die Absatzschwierigkeiten der Tschechoslowakei auf den westlichen Märkten zurückzuführen. Diese Entwicklung soll durch folgende Übersicht illustriert werden.

Tabelle 34: Die Entwicklung des Umsatzes und der territorialen Struktur des tschechoslowakischen Außenhandels in %

	1955	1957	1960
Umsatz insgesamt	100 100	123 100	168 100
Sozialistische Länder Anteil in % des ges. Umsatz	100 70,2	119 67,7	172 71,8
Kapitalistische Länder Anteil in % des ges. Umsatz	100 29,8	133 32,3	159 28,2
Einfuhr insgesamt	100 100	132 100	172 100
Sozialistische Länder Anteil in % der ges. Einfuhr	100 71,7	129 70,1	171 71,3
Kapitalistische Länder Anteil in % der ges. Einfuhr	100 28,3	139 29,9	175 28,3
Ausfuhr insgesamt	100 100	115 100	164 100
Sozialistische Länder Anteil in % der ges. Ausfuhr	100 68,9	109 65,3	172 72,2
Kapitalistische Länder Anteil in % der ges. Ausfuhr	100 31,1	129 34,7	146 27,8

Quelle: Errechnet nach Statistická ročenka 1966, a.a.O., S.40

Warum hatte die ČSSR Absatzschwierigkeiten? Infolge des Abbruchs der Handelsbeziehungen mit dem westlichen Ausland während der Aufbaujahre konnte die ČSSR an der raschen technischen Entwicklung in diesem Gebiet nicht teilhaben, die eine Voraussetzung für niedrige Produktionskosten und hohe technische Qualität ist. Die schlechteren technischen Parameter der tschechoslowakischen Industrieprodukte waren eine der Ursachen für deren geringere Konkurrenzfähigkeit auf den westlichen Märkten. Hinzu kamen die wiederholte Nichteinhaltung von Lieferfristen und unzureichende Servicebedingungen seitens des Exporteurs. Die technische Rückständigkeit der Produktionstechnologien und -anlagen sowie die ständigen Verstöße gegen das Wirtschaftlichkeitsprinzip und die Mängel in der Produktionsorganisation führten zu vergleichsweise hohen Produktionskosten. Diese wirkten sich jedoch nicht in den Exportpreisen aus, weil die staatlichen Organisationen

des Außenhandels, als Bindeglied zwischen den ausländischen Abnehmern und den inländischen Produzenten, die Exportpreise nach den Weltmarktpreisen richten mußten. Über Ausgleichskonten bei diesen Organisationen wurde die Differenz zwischen dem Exportpreis¹ und dem einheimischen Preis gedeckt. Wichtiger als die Relation zwischen den Produktionskosten und den Exporterlösen war die Relation zwischen dem gesamten Exporterlös und dem Devisenbedarf für den Import. Weil es in erster Linie darum ging, "die richtige Veränderung der stofflichen Zusammensetzung des volkswirtschaftlichen Gesamtprodukts zu sichern"², war die Rentabilität der einzelnen Außenhandelsoperationen von geringerer Bedeutung. Die nach solchen Grundsätzen aufgebaute Exportpolitik führte in der Tschechoslowakei dazu, daß zunehmend mehr Güter ausgeführt werden mußten, um eine bestimmte Importmenge sichern zu können. Somit verringerte sich der Umfang von Gütern und finanziellen Mitteln, die für die Entfaltung der nicht am Export orientierten Produktionen zur Verfügung standen. Diese Produktionsbremse verursachte wiederum einen erhöhten Bedarf an importierten Waren zur Deckung der inländischen Nachfrage.

Im breiteren Zusammenhang gesehen sind die Ursachen einer solchen Entwicklung in der Produktionsstruktur selbst zu suchen. Erstens lag das Schwergewicht der Produktion bei den Zweigen, deren Entfaltung mit einem sehr hohen Verbrauch an Rohstoffen und Materialien verbunden war, über die die ČSSR nicht in genügendem Maße verfügte. Zweitens waren diese Zweige zugleich die Exportträger (Maschinenbau, Metallurgie) oder deren Zulieferer (Roh- und Brennstoffgewinnung). Zur Erhöhung des Exportäquivalents für dringende Importe war eine Ausweitung der Produktion der genannten Zweige erforderlich. Damit begann der Circulus vitiosus: Eine Erhöhung der Ausfuhr von Metallurgieerzeugnissen war mit einem wachsenden Import von Erzen und einer steigenden Kohlenförderung verbunden. Das rief eine verstärkte Investitionstätigkeit in der Metallurgie und der Brennstoffindustrie hervor. Die zusätzlichen Anforderungen an die Investitionsgüterproduktion steigerten den Bedarf an importierten Rohstoffen sowie, indirekt beeinflusst, auch an landwirtschaftlichen Produkten. So wurde eine Wirtschaftsstruktur reproduziert, die die Importabhängigkeit der Tschechoslowakei erhöhte.

Nicht zuletzt wegen der Schwierigkeiten mit der Ausweitung des Ost-West-Handels war die ČSSR daran interessiert, die Zusammenarbeit mit den anderen RGW-Partnern auf der Basis einer verstärkten Arbeitsteilung zu ver-

1) Exportpreise wurden zu den gültigen Valutakoeffizienten auf die einheimische Währung umgerechnet.

2) Nykryn, J. und Koll.: Der sozialistische Außenhandel und der Nutzeffekt der Außenhandelsgeschäfte, Berlin 1962, S.39.

tiefen. Auch auf dem östlichen Markt hatte die ČSSR in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre eine schwierigere Position. Sie verlor ihre führende Stellung als Lieferant von Maschinenbauprodukten, weil die meisten Partnerländer, aufgrund der umfangreichen Industrialisierung, die Versorgung mit den Industrieerzeugnissen zum großen Teil selbst übernehmen konnten, und weil diese auch zunehmend mehr westliche Güter importierten. Die Ausweitung der eigenen Industrieproduktion hatte eine Einschränkung der Roh- und Brennstoffausfuhr und eine veränderte Nachfragestruktur zur Folge. Die bisherigen Abnehmer von Produkten der Schwerindustrie und die Rohstofflieferanten forderten nun einen "gleichartigen" Austausch, nämlich Maschinen gegen Maschinen, Rohstoffe gegen Rohstoffe usw. Die Voraussetzungen dafür waren jedoch am Anfang der Planperiode noch nicht gegeben - auf dem Gebiet der Arbeitsteilung, der eine weitgehende Spezialisierung der Industrieproduktion zugrunde liegen sollte, waren erst die ersten Schritte getan. Der Nachteil des geforderten Austausches lag für die Tschechoslowakei u.a. darin, daß sie gezwungen war, industrielle Waren von noch niedrigerer technischer Qualität als der der eigenen Produkte einzuführen, um ihre Güter absetzen zu können. Folgende Übersicht demonstriert die Folgen der veränderten Nachfragestruktur der sozialistischen Länder, die sich mit 70 % am tschechoslowakischen Außenhandelsumsatz beteiligten.

Tabelle 35: Die Warenstruktur der tschechoslowakischen Ein- und Ausfuhr während des 2. Fünfjahresplans, in %

	Einfuhr			Ausfuhr		
	1955	1957	1960	1955	1957	1960
1. Maschinen, Einrichtungen	13,3	18,7	21,7	43,5	40,8	45,1
2. Brenn- u. Rohstoffe	53,6	54,0	53,0	39,3	34,8	29,2
davon Brennstoffe, Metalle	(24,2)	(26,3)	(27,7)	(28,6)	(24,1)	(19,7)
Chemieprodukte	(8,5)	(7,9)	(9,2)	(2,9)	(2,6)	(2,8)
Baustoffe	(0,9)	(0,9)	(0,9)	(2,1)	(1,9)	(1,5)
Rohstoffe pflanzl. u. tier. Ursprungs	(20,0)	(18,9)	(15,2)	(5,7)	(6,2)	(5,2)
3. Lebende Tiere	0,0	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1
4. Lebensmittel u. Rohstoffe f. Lebensmittelindustrie	29,0	23,3	21,9	6,1	6,9	5,2
5. Andere Konsumgüter	4,1	3,9	3,3	11,1	17,4	20,4
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Statistická ročenka 1966, S.428f.
Statistická ročenka 1962, S.350f.

Der Anstieg des Anteils der Produkte der metallverarbeitenden Industrie und die Senkung des Anteils der Lebensmittelprodukte und Rohstoffe an der gesamten tschechoslowakischen Einfuhr waren die wichtigsten Änderungen, die der Verschiebung der Gewichte in der Produktionsstruktur der meisten RGW-Länder Rechnung trugen. Zugleich kann man aus dem sinkenden Anteil der landwirtschaftlichen Produkte an der Gesamteinfuhr entnehmen, daß diese Produkte, im Zusammenhang mit der Notwendigkeit, den Konsumbedürfnissen der Bevölkerung größere Beachtung zu schenken, von den Staaten des Ostblocks zunehmend für den eigenen Gebrauch bestimmt waren. Der steigende Anteil der Brennstoff- und Metalleinfuhr war vor allem auf die Erhöhung der Einfuhren aus der Sowjetunion zurückzuführen (Rohöl und Eisenerz).

•
Während auf der Ausfuhrseite der Anteil der Maschinen und Einrichtungen geringfügig zunahm, sank der Anteil der Brenn- und Rohstoffe um knapp 10 Prozentpunkte. Diese Senkung wurde kompensiert durch einen Anstieg der Gruppe Konsumgüter. Die zunehmende Bedeutung der traditionellen Exportgüter, herbeigeführt durch die Bestrebungen der sozialistischen Partnerländer, das Konsumniveau der Bevölkerung anzuheben, wäre gutzuheißen, hätte auch die Konsumgüterproduktion in der ČSSR einen höheren Anteil an der gesamten Industrieproduktion eingenommen. Weil dies nicht der Fall war (vgl. Tab.32), müssen wir folgern, daß bei stagnierendem Anteil der Gruppe 1 und sinkendem Anteil der Gruppe 2 zum Zwecke der Bezahlung von steigenden Importen diejenigen Erzeugnisse in größeren Mengen ausgeführt werden mußten, die auch zur Deckung des inländischen Bedarfs dringend nötig waren.

Berücksichtigen wir dabei den niedrigen Anstieg der Produktion der Landwirtschaft (weit unter dem Plansoll) und der Lebensmittel- und Konsumgütereinfuhr, so stellen wir fest, daß während des zweiten Fünfjahresplans keine wesentliche Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und anderen Konsumgütern erreicht wurde.

Der Vergleich der Entwicklung der Produktions- und Außenhandelsstruktur läßt die Schlußfolgerung zu, daß das Beharren auf der durch fortschreitende Industrialisierung und die angespannte internationale Lage geprägten Struktur der tschechoslowakischen Produktion nicht den Entwicklungstendenzen sowohl auf dem westlichen als auch dem RGW-Markt entsprach: Der Nachteil der starken Konzentration auf die Schwerindustrie zeigte sich in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre deutlich darin, daß die meisten RGW-

Länder, ausgenommen die Sowjetunion, infolge der bisherigen Autarkiebestrebungen¹ ebenfalls unter einem Mangel an Rohstoffen und Agrarprodukten litten. Weil unter den Bedingungen der erst beginnenden Spezialisierung dem Außenhandel weiterhin die Aufgabe zufiel, in erster Linie die eigenen Produktionslücken zu füllen, waren diese aus dem oben angeführten Grund über den RGW-Markt zunehmend schwieriger zu schließen. Nur die Sowjetunion als einziges Ostblockland war in der Lage und auch daran interessiert, Rohstoffe im Austausch für industrielle Fertigprodukte zu liefern. Die so bedingte steigende Importabhängigkeit von der UdSSR hatte für die Abnehmerländer zwei Nachteile - nämlich die damit verbundene steigende politische Abhängigkeit und hohe Transportkosten. Darüber hinaus waren auch die Möglichkeiten, die sowjetischen Rohstoffexporte zu steigern, begrenzt, so daß ein weiterer Ausbau der eigenen Rohstoffindustrien unumgänglich erschien. Dieser war jedoch, besonders in Tschechoslowakei (ungünstige Lage und schlechte Qualität z.B. von Eisenerzvorkommen) mit einem hohen Aufwand an Investitionsmitteln verbunden.

Betrachten wir nun näher die Zusammenhänge zwischen der Außenhandelsstruktur und der Investitionspolitik. In einem Land, in dem der Außenhandel die Funktion hat, die strukturellen Unterschiede zwischen Inlandsproduktion und Verbrauch zu beheben, ist die Investitionspolitik zum großen Teil zugleich auch Außenhandelspolitik². Die Investitionspolitik bestimmt langfristig die Produktionsstruktur und somit indirekt auch die Außenhandelsstruktur. Umgekehrt wirken die Export- und Importmöglichkeiten auf das Volumen und die Struktur der Investitionen: Wenn es vorteilhafter ist Güter zu importieren, deren Produktion im Inland mit umfangreichen Investitionen verbunden wäre, können diese Investitionsmittel für andere Zwecke verwendet werden. Andererseits entstehen durch Ausnutzung von komparativen Kostenvorteilen beim Export Erlöse, die das potentielle Investitionsvolumen erhöhen.

Die Erzielung von wirtschaftlichen Vorteilen über den Außenhandel wird in hohem Maße von der Anpassungsfähigkeit der eigenen Produktionsstruktur an die Nachfrage- und Angebotsstruktur auf dem Außenmarkt abhängen. Im Falle der Tschechoslowakei wurde diese Voraussetzung nicht erfüllt: Die Investitionspolitik beruhte auf der Förderung solcher Produktionen, deren

- 1) Jedes RGW-Land war bestrebt, eine eigene Schwerindustrie aufzubauen.
- 2) Vgl. dazu Kohlmei, G.: Nationale Produktivität, dynamische Produktionen ..., in: Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Heft 4, Berlin 1965, S.57ff.

hohe Investitionssummen und lange Zeit erforderte. Die daraus sich ergebenden Konsequenzen äußerten sich in ständig wachsenden Ansprüchen an den tschechoslowakischen Import: Einerseits wuchs der Bedarf an ausländischen Roh- und Brennstoffen für diese Industrien, andererseits wurde durch deren Ausweitung die Mechanisierung insbesondere der Landwirtschaft gebremst, was eine erhöhte Einfuhr von Agrarprodukten notwendig machte. Die Bezahlung der Importe mit Produkten der Schwerindustrie war deswegen ungünstig, weil deren Erzeugung neben hohem Investitionsmitteleinsatz zusätzliche Rohstoffeinfuhren erforderte. Somit kam der Import von Agrarprodukten wahrscheinlich teurer, als wenn diese Mittel direkt in die Landwirtschaft geführt worden wären.

Die Exporte dienten also in erster Linie als Zahlungsmittel für diese Importe und nicht der Ausnutzung der komparativen Kostenvorteile, wobei die Exportmenge eine größere Rolle als die Exportrentabilität spielte.

Aus den vorangegangenen Ausführungen geht hervor, daß die Investitionspolitik bis Ende der fünfziger Jahre vornehmlich importorientiert war und bewirkte, daß die Zunahme des Nationaleinkommens im starken Maß von Einfuhren abhängig war. Bei einer Exportstruktur, die die Importabhängigkeit nur erhöhte, übte somit die Außenhandelsstruktur einen ungünstigen Einfluß auf die Investitionseffizienz aus. Für eine positive Rückwirkung des Außenhandels auf die Investitionsstruktur waren die Voraussetzungen insofern gegeben, als in den Jahren 1956 - 60 aufgrund der veränderten Nachfrage- und Angebotsstruktur auf dem RGW-Markt Produkte der Konsumgüterindustrie zunehmend mehr Bedeutung im tschechoslowakischen Export bekamen. Eine Anpassung der Investitionspolitik an diesen Trend hätte bedeutet, daß diejenigen Produktionen gefördert wurden, die weniger aufwendig in bezug auf Investitionen und Rohstoffe als die bisher präferierten Zweige der Schwerindustrie waren. Eine solche Anpassung der Produktionsstruktur fand aber nicht statt. Infolgedessen wuchs der passive Saldo in der Gruppe Roh- und Brennstoffe schneller als der aktive Saldo der Verarbeitungsindustrie, was letztlich zum Absinken der volkswirtschaftlichen Effizienz führte.

Diese Entwicklung wird in der folgenden Übersicht verdeutlicht.

Tabelle 36: Handelsbilanzsaldo der ČSSR nach Hauptwarengruppen

	Mill Kčs fob 1955	1960	1960 in % v. 1955
Handelsbilanzsaldo insgesamt	888	820	92
davon			
1. Maschinen, Einrichtungen	2676	3435	128
2. Brenn- und Rohstoffe	- 739	-2872	389
3. Nahrungsmittel	-1677	-2139	128
4. Konsumgüter	628	2393	381
d.h. 1 + 4	3303	5828	176
2 + 3	-2416	-5011	207

Quelle: 20 let rozvoje, Prag 1965, S.148

1.2.4.2. Die Intensivierung der Integrationsbestrebungen der RGW-Länder in der Periode 1956 bis 1960

Die wichtigste Voraussetzung für die Beseitigung der Nachteile im Zusammenhang mit der überwiegend autarkistischen Entwicklung der Ostblockländer war, auch auf dem Produktionsgebiet Absprachen zu treffen, die über den Weg der Spezialisierung eine sinnvollere Ausnutzung des vorhandenen Wirtschaftspotentials in jedem RGW-Staat herbeiführen sollten. Vor allem die Tschechoslowakei und die DDR, zusammen mit der Sowjetunion (die allerdings an der Arbeitsteilung nicht teilnahm, sondern die Funktion des koordinierenden Organs übernahm) unterstützten das Ziel der vertieften Arbeitsteilung, weil sie darin einen Weg zur Produktionskostensenkung und Steigerung der Arbeitsproduktivität und damit zur Verbesserung der Bedingungen des gegenseitigen Warenaustausches sahen. Zu der ersten Abstimmung der Produktions- und Investitionspläne kam es auf der sechsten Ratstagung im Dezember 1955 in Budapest¹.

Über die Anwendung der zur Verfügung stehenden Investitionsmittel wurde dann in den einzelnen RGW-Ländern im Einklang mit den Zielsetzungen der Fünfjahrespläne der anderen Mitgliedsstaaten entschieden. Die ausschlaggebende Richtung gab der sechste Fünfjahresplan der Sowjetunion an, wie es auch die deutlichen Parallelen im zweiten Fünfjahresplan der Tschechoslowakei beweisen. Das Ziel, einen rapiden Aufschwung der Landwirtschaft

1) Bräker, H.: Die Tagungen des RGW und ihre Ergebnisse, in: Osteuropa Wirtschaft, Jahrg. 1962, Nr.1, S.52.

herbeizuführen, kam in den veränderten Anteilen der Investitionen in die Landwirtschaft und die Industrie zum Ausdruck (Tab.32). In der Sowjetunion sollte die Landwirtschaft fast das Doppelte an Investitionen des vorherigen fünften Fünfjahresplans erhalten, und der geplante Zuwachs der industriellen Investitionen von 67 % im 6. Fünfjahresplan war niedriger als der Zuwachs während der Jahre 1951 - 55¹. Die Forderung, beim Vorrang der Investitionsgüterproduktion auch die Konsumgüterindustrie zu fördern, schlug sich in der ČSSR in der Erhöhung des Anteils der Konsumgüterindustrie an den gesamten industriellen Investitionen nieder.

Die Verwirklichung der Koordinierungspläne stieß jedoch auf Schwierigkeiten, die sich unter anderem daraus ergaben, daß bei der Abstimmung der vorrangig auf den Maschinenbau konzentrierten Produktionsaufgaben die Sicherstellung der Rohstoffversorgung wenig berücksichtigt wurde. Aufgrund der Ratsbeschlüsse, die eine Steigerung der Investitionsgüterproduktion forderten, konnten die rohstoffliefernden Länder nicht die notwendigen langfristigen Investitionsmittel für die Erschließung neuer Rohstoffvorkommen aufbringen, um die Rohstofflücke im ganzen Ostblock zu schließen. Auch die UdSSR war nicht in der Lage, ihre Rohstoffexporte kurzfristig zu steigern. Deswegen wurden die europäischen Ostblockstaaten auf der siebenten Ratstagung im Mai 1956² in Berlin aufgefordert, ihre "verborgenen Reserven" auf dem Rohstoffgebiet zu entwickeln, was sie jedoch aus eigenen Kräften nicht zu schaffen vermochten.

Diese Überbelastung der Volkswirtschaft durch die Anforderungen der Partnerländer war eine der Ursachen der Unruhen in Polen und Ungarn im Jahre 1956, die zur Störung der Koordinierungspläne innerhalb des RGW führten. Wegen des Ausbleibens der Kohlen- und Stahllieferungen aus Polen mußten z.B. die Investitionsziele in der ČSSR herabgesetzt und eine neue Rangordnung der Investitionsverteilung bestimmt werden. Diese äußerte sich in dem steigenden Anteil der Grundstoffzweige am gesamten Investitionsvolumen.

Mit dem Kohlenproblem befaßte sich dann die achte Ratstagung im Juni 1957 in Warschau³, die beschloß, daß die größten Importeure polnischer Kohle, also die ČSSR und die DDR, mit langfristigen Anleihen die Produktion in

1) "Der VI. Fünfjahresplan der Sowjetunion", in: Osteuropa Wirtschaft, Jahrg.1956, Nr.1, S.23f.

2) Bräker, H.: "Die Tagungen ...", a.a.O., S.52.

3) ebenda, S.53.

Polen zu entfalten helfen sollten. Die Gewährung von langfristigen Krediten durch die ČSSR erstreckte sich in den kommenden Jahren auch auf andere Rohstofflieferungen. So wurden in den Jahren 1957 bis 1967 projektgebundene Kredite in Höhe von 5 Mrd Kčs an die RGW-Länder vergeben¹. Der vereinbarte Zinsfuß von 2 % war zwar niedrig, das Schuldnerland war jedoch nach der vollständigen Kredittilgung zu weiteren Lieferungen verpflichtet. Auch auf der Ausfuhrseite ergab sich die Notwendigkeit der Kreditgewährung aufgrund der verschlechterten Absatzmöglichkeiten bei den bisherigen Hauptausfuhrposten. Die anhaltende starke Handelskonzentration auf die RGW-Staaten war bei dem niedrigen Spezialisierungsgrad deswegen ungünstig, weil sie zu einer großen Abhängigkeit von dem Investitionszyklus dieser Handelspartner führte. Die häufigen Änderungen der Nachfrage hatten spürbare Folgen für den Produktionsablauf im Land des Lieferanten. Eine Minderung dieses störenden Einflusses durch die Erweiterung des Handels mit den westlichen Ländern war nur im kleinen Ausmaß möglich. Die schlechten Absatzchancen der tschechoslowakischen Produkte waren unter anderem auf das immer noch sehr breite Sortiment des Maschinenbaus zurückzuführen, der die Nachfrage aller Industriezweige zu 80 % deckte². Aber nur wenige Produkte konnten auf den westlichen Märkten angeboten werden. 75 - 80 % des Maschinenbauexports wurden Ende der fünfziger Jahre im Ostblock abgewickelt³.

Das Fehlen einer langfristigen Absatzstabilität, unter dem der tschechoslowakische Maschinenbau ab Mitte der fünfziger Jahre litt, war auch durch das Übergewicht der Erzeugung von Investitionsgütern bedingt. Die lange Rückflußdauer der in diesem Bereich vorgenommenen Investitionen ermöglichte keine schnelle Umstellung auf die veränderte Nachfrage. Mit dem hohen Anteil der Investitionsausrüstungen am Maschinenbauexport hingen dann die hohen Ansprüche der RGW-Länder an die Kreditgewährung zusammen⁴.

Zur Beibehaltung einer derartigen Produktionsstruktur trugen die aus der beginnenden Arbeitsteilung sich ergebenden Aufgaben für die Tschechoslowakei bei. Die Zusammenarbeit erstreckte sich in der ČSSR zunächst auf die Produktion von Schwermaschinen. Zwar waren für diese Produktion - gemessen an Größe und Tradition dieses Zweiges - die Voraussetzungen günstig, ihre Erweiterung war jedoch mit den früher angeführten Schwierigkeiten verbunden,

1) Zeitschrift: Der Außenhandel der Tschechoslowakei, Jahrg.1968, Nr.10, S.5.

2) Hospodářské noviny, Jahrg.1964, Nr.4, Beilage, S.10.

3) Der Außenhandel der Tschechoslowakei, 1965, Nr.10, S.5.

4) Hospodářské noviny 1968, Nr.33, Beilage, S.10.

die zu der Zeit nicht im Rahmen des RGW gelöst werden konnten. Die Aufgabenverteilung wurde gemeinsam vorgenommen, nicht jedoch die Beseitigung der Probleme (Rohstoff-und Arbeitskräfteproblem) bei ihrer Durchführung. Dieses geschah meistens erst nachträglich, wenn durch die Schwierigkeiten auch andere Länder betroffen wurden. Wegen dieser mangelhaften Mitwirkung der Partnerländer bei scheinbar sekundären Fragen konnte die extensive, Reserven erschöpfende Entwicklung nicht verhindert werden.

Eine solche Wirtschaftspolitik führte in der Tschechoslowakei zu einer Produktionsstruktur, die für Länder mit großem Wirtschaftspotential charakteristisch ist - mit hohen Ansprüchen an Investitionen in die Schwerindustrie, an Arbeitskräfte und langfristige Kredite. Diese Produktionsstruktur wurde allmählich zur Bremse einer schnelleren Entwicklung, weil sie die Übertragung der Impulse aus der Änderung der Außennachfrage auf die innere Wirtschaftsentwicklung nicht ermöglichte; das Übergewicht der Schwerindustrie machte auch kleine Produktionsumstellungen zur umständlichen und langwierigen Angelegenheit. Hemmend wirkte auch die Organisation des Außenhandels, weil durch das administrative Monopol des Außenhandelsministeriums der notwendige Kontakt zwischen Exporteuren und Importeuren nicht hergestellt werden konnte.

Die sich während des zweiten Fünfjahresplans durchsetzende Tendenz zu horizontalen Handelsbeziehungen¹ war nicht unbedingt mit Vorteilen für die ČSSR verbunden. Diese setzte voraus, daß sich die Handelspartner auf ungefähr gleichem Entwicklungsniveau befanden, weil sie dann bessere Bedingungen zur Kooperation und Spezialisierung ihrer Produktionen hatten. Innerhalb des RGW gab es jedoch Länder mit unterschiedlichem Entwicklungsstand der Produktivkräfte und mit unterschiedlichen Naturbedingungen. Dabei nahm die UdSSR eine besondere Stellung ein. Sie beteiligte sich nicht an der Arbeitsteilung, war aber der wichtigste Handelspartner für die ČSSR, weil sie wegen ihrer breiten Rohstoffbasis und hohem Bedarf an Industrieerzeugnissen sowohl auf der Export- als auch Importseite am besten der tschechoslowakischen Außenhandelsstruktur entsprach. Der annähernd gleiche Entwicklungsstand der DDR und der ČSSR bot günstige Bedingungen für eine Produktionsspezialisierung. Zwischen der ČSSR und den restlichen, vor

1) Damit ist der Austausch von gleichen Erzeugnisarten (z.B. Rohstoffe gegen Rohstoffe...) gemeint, im Gegensatz zu den vertikalen Handelsbeziehungen, die bedeuten, daß vornehmlich Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte gegen industrielle Fertigerzeugnisse getauscht werden.

allen den südosteuropäischen Staaten gab es allerdings noch beträchtliche Unterschiede in der Intensität und dem Charakter der zunehmenden Arbeitsteilung. Während die unterschiedlichen Dauerfaktoren - die Größe des Landes und die Naturbedingungen - den vertikalen Handel mit der Sowjetunion für beide Seiten vorteilhaft machten, stand bei den südosteuropäischen Staaten das unterschiedliche Entwicklungsniveau einer Erweiterung des Handels durch horizontale Arbeitsteilung entgegen. Weil die Zusammenarbeit mit den erst "heranwachsenden" Ländern auch Ende der fünfziger Jahre nur auf einer engen Basis, d.h. über Investitionsbeteiligung bei der Rohstoffgewinnung, stattgefunden hatte, blieben die Unterschiede in dem Entwicklungsstand der RGW-Länder bestehen.

Unter solchen Bedingungen konnte es nur zu einer Teilspezialisierung auf dem Gebiet des Maschinenbaus kommen, weil Länder wie Rumänien, Bulgarien, aber auch Ungarn und Polen, über eine kleine Industrieproduktion verfügten und an dem Ausbau einer möglichst breiten Industriebasis interessiert waren. Das stetig sich verändernde Produktionssortiment machte eine langfristige Zusammenarbeit schwierig. Die Wirtschaftspolitik in diesen Ländern schloß nicht die Forderung ein, solche Produkte herzustellen, die den technischen Anforderungen in der internationalen Produktionsspezialisierung entsprachen. Das unterschiedliche technische Niveau der Produkte und die unterschiedlichen Interessen der beteiligten Länder begrenzten somit die Möglichkeit einer Entfaltung der gegenseitigen Zusammenarbeit.

Zusätzlich wurde die Arbeitsteilung innerhalb des RGW durch eine Reihe von Disproportionen, die - in jedem Land im unterschiedlichen Maß - in der Periode des Aufbaus des Sozialismus entstanden waren, beeinträchtigt. Der relative, durch ähnliche Produktionsstrukturen bedingte Mangel an bestimmten Erzeugnissen, überwiegend Brenn- und Rohstoffen, prägte in zunehmendem Maß den ganzen RGW-Markt. Auf der anderen Seite hatte die durch den Angleichungsprozeß verbreiterte Exportstruktur der bisher weniger entwickelten Länder einen relativen Überschuß an Erzeugnissen der Verarbeitungsindustrie auf dem RGW-Markt zur Folge. Das Entstehen von solchen Disproportionen auf der internationalen Ebene war deswegen möglich, weil die Produktionsstruktur der industriellen Länder nicht rechtzeitig der schnellen Entwicklung der Produktions- und Außenhandelsstruktur der früheren Agrarländer angepaßt wurde. Die Beseitigung der über die nationalen Grenzen gehenden Disproportionen setzte Strukturänderungen innerhalb der "deformierten" Wirtschafts-

komplexe voraus¹. Das bedeutete, bei der Gestaltung der Produktionsstruktur das Entwicklungsniveau und die Naturbedingungen des jeweiligen Landes stärker zu beachten. In diesem Sinne sollte das vorrangige Ziel der Zusammenarbeit aller RGW-Länder die Steuerung der Produktivkräfte zur Hebung der wirtschaftlichen Leistung sein. Primär mußten deshalb die Disproportionen innerhalb dieser Länder beseitigt werden, um den engen Entwicklungsraum der Arbeitsteilung zu erweitern.

Sowohl die Moskauer Erklärung vom November 1960 als auch die auf der 15. Tagung des Rates am 12. - 15.12.1962 ausgearbeiteten Grundprinzipien der sozialistischen Arbeitsteilung betonten das Ziel, "die Koordinierung der Pläne zwischen den sozialistischen Ländern auf die allmähliche Überwindung der historisch entstandenen Unterschiede im Niveau der ökonomischen Entwicklung der einzelnen Länder vor allem durch Industrialisierung der Länder mit relativ niedrigem Niveau ... zu richten"².

1.2.5. Der Einfluß der Reformbestrebungen auf dem Gebiet der Wirtschaftslenkung und -planung auf die Investitionsplanung und -durchführung während des zweiten Fünfjahresplans

Die Beurteilung der Investitionspolitik dieser Periode verlangt auf die Gründe und Grundsätze der Wirtschaftsreform einzugehen, die am Ende der fünfziger Jahre eingeleitet wurde. Sie stellte einen Versuch dar, mit den oben beschriebenen anhaltenden Disproportionen und der mangelnden Wirtschaftlichkeit der Produktion fertig zu werden. Auf der 2. gesamtstaatlichen Konferenz des ZK der KPTsch im Jahre 1956³ wurde zum erstenmal öffentlich auf die Wirtschaftsmängel im Zusammenhang mit dem stark zentralisierten Lenkungssystem hingewiesen und gefordert, im Rahmen einer Dezentralisierung der Wirtschaftslenkung den Unternehmen mehr Freiraum für die operativen Entscheidungen auf der Unternehmensebene zu gewähren. Auf den weiteren Plenarsitzungen des ZK im September 1957 und Februar 1958 wurde dann beschlossen, nicht durch Teilmaßnahmen wie bisher, sondern durch grundsätzliche Änderungen der Leitung und Organisation der Wirtschaft die nachteiligen Folgen der Zentralisierung zu eliminieren und den Weg zum effizienteren Wirtschaften zu ebnen.

- 1) Von den deformierten Wirtschaftskomplexen kann man in der ČSSR und der DDR sprechen, wo es im Zuge der Industrialisierung des ganzen sozialistischen Lagers zu einer disproportionalen Entfaltung einzelner Wirtschaftszweige kam.
- 2) Kunz, W.: Die Angleichung des ökonomischen Entwicklungsniveaus..., in: Wirtschaftswissenschaft, Jahrg.1962, Nr.2, S.176ff.
- 3) 2. celostátní konference ÚV KSČ 1956, in: Nová mysl, Sondernummer Juni 1956.

Die Reformvorschläge wurden am 28.2.1958 durch das ZK der KP gebilligt und veröffentlicht als "Grundsätze zur Erhöhung wirtschaftlicher Effizienz in der Industrie und im Bauwesen"¹. Das Ziel der angestrebten Reform bestand in der Abschwächung der systemimmanenten Mechanismen, die zu einer einseitigen Forcierung der quantitativen Komponente des Wirtschaftswachstums führten. Diese sollten ersetzt werden durch neue indirekte Lenkungsinstrumente, um das Interesse der Betriebe an einem effizienten Wirtschaften zu fördern. Mittels materieller Anreize sollten die Betriebe und ihre Belegschaften vor allem zur Erfüllung der qualitativen Plankennziffern, wie der Steigerung der Arbeitsproduktivität und Senkung der Selbstkosten angehalten werden. Die vorgesehene Beteiligung der Unternehmen am erwirtschafteten Gewinn erforderte auch eine Erweiterung ihrer Entscheidungsbefugnisse bei der Planaufstellung und -durchführung. Deswegen erfolgte eine Dezentralisierung der Entscheidungsmacht auf die niedrigeren Planungsebenen, deren Träger die neu gebildeten "produktionswirtschaftlichen Einheiten"² wurden. In den Rahmen ihrer operativen Lenkungsfunktion sollten die Ausarbeitung von Produktionsplänen sowie Entscheidungen über den "technischen Fortschritt" und Expansion und die Bildung von dezentralisierten Finanzfonds fallen. Diese Produktionseinheiten waren direkt den zuständigen Ministerien untergeordnet.

Die Delegierung der Entscheidungsbefugnisse bedeutete keine Einschränkung der Funktion der zentralen Lenkungsorgane, sondern ihre Entlastung von der Ausarbeitung der detaillierten Pläne und von den operativen Eingriffen in die tägliche Betriebsaktivität. Die zentralen Organe sollten sich vorwiegend auf die Ausarbeitung von langfristigen Plänen und die Festlegung der Grundproportionen und Richtungen der weiteren Entwicklung der Volkswirtschaft konzentrieren. Der eigentliche Inhalt der Funktion der Ministerien bestand demnach in der Organisation der Aufstellung von Jahresplänen, in der Ausarbeitung von Normen und der langfristigen Festlegung der zur Abführung bestimmten Anteile am Betriebsgewinn und an den Abschreibungen. Ferner gehörte zu dem Kompetenzbereich der zentralen Organe die Redistribution von Finanzressourcen, die Preisfestlegung sowie die Kontrolle der Lohnpolitik.

- 1) "Zásady ke zvýšení hospodářské efektivity v průmyslu a stavebnictví, in: Usnesení a dokumenty ÚV KSČ, Prag 1962.
- 2) Produktionswirtschaftliche Einheiten: Führende Unternehmen im Rahmen einer Erzeugnisgruppe oder Branche, die die bis dahin als Bindeglied zwischen den Ressortministerien und Unternehmen fungierenden Hauptverwaltungen ablösten.

Das für fünf Jahre festgelegte Investitionsprogramm sollte den Unternehmen als Grundlage für die Ausarbeitung von Jahresplänen dienen, die von den zentralen Organen nicht bestätigt werden mußten. Jedes Unternehmen¹ hatte sein Ministerium nur über das Gesamtausmaß der Investitionen zu informieren. Es handelte sich um sog. dezentralisierte Investitionen im Gegensatz zu den zentralisierten, deren Ausmaß, finanzielle und materielle Sicherung sowie Termine der Fertigstellung der Projekte genau im Zentralplan bestimmt wurden. Der Bedarf an dezentralisierten Investitionen wurde in Übereinstimmung mit der langfristigen Konzeption je nach den erreichten Ergebnissen in den einzelnen Unternehmen global festgelegt. Die Unternehmen planten ihren Investitionsumfang auf der Grundlage der 1959 eingeführten langfristigen "Normative der materiellen Interessiertheit", die den Anteil am erzielten Gewinn bzw. am Gewinnzuwachs und die Abschreibungen bestimmten. Die Abhängigkeit der Investitionsausgaben der Unternehmen vom erwirtschafteten Gewinn sollte sie zu einer höheren Wirtschaftlichkeit bei der Anwendung von Investitionsmitteln anhalten.

Die Durchführung der im Plan vorgeschriebenen zentralisierten Investitionen hatte Vorrang vor den gesamtwirtschaftlich weniger bedeutenden dezentralisierten Vorhaben, insbesondere beim Auftreten von Engpässen in der Materialversorgung. Die Ministerien konnten den Umfang der dezentralisierten Investitionen einschränken und durch Senkung des Anteils an den dem Betrieb zur Verfügung stehenden Abschreibungen oder auch durch die Änderung der zur Abführung bestimmten Gewinnanteile auf die Aufstellung von Gewinnplänen einwirken².

Die Einführung der Normative der materiellen Interessiertheit am Anfang 1959 sollte ein erhöhtes Interesse der Unternehmen und ihrer Beschäftigten an rationellem Wirtschaften wecken: Während das stark zentralisierte Lenkungssystem mit der Unzahl von verbindlichen Kennziffern nur einen administrativen Druck auf die Unternehmen ausübte, schloß das neue System auch einen materiellen Anreiz, nämlich das von dem Betrieb und der Belegschaft ausgehende Interesse an einer Steigerung des Gewinns und der Arbeitsproduktivität ein. Es waren zwei Arten von Normativen zu unterscheiden: In Form von sog. "persönlichen Normativen" wurde die Beteiligung einzelner Werktätiger an dem erzielten Gewinn bzw. Gewinnzuwachs festgelegt.

1) Bzw. die produktionswirtschaftliche Einheit.

2) Dadurch sollte die Tendenz zur Aufstellung von niedrigen Plansolls geschwächt werden.

Bei einer Übererfüllung des Gewinnplans erhöhte sich der Prämienfonds, und auch bei einer Steigerung der Arbeitsproduktivität hatten die Beschäftigten Anspruch auf Prämien bis zu max. 10 % des Grundlohns¹. In Form von "Normativen der betrieblichen materiellen Interessiertheit" wurde jedem Betrieb die Möglichkeit gegeben, einen bestimmten Anteil an Gewinn und Abschreibungen zu behalten und nach eigenem Ermessen für die dezentralisierten Investitionen und zur Ergänzung der Umlauffonds zu verwenden. Die Normative waren differenziert festzulegen, je nach den unterschiedlichen Produktionsbedingungen in Branchen und Unternehmen. 75 % des gesamten dezentralisierten Fonds², d.h. der verfügbaren Anteile an Gewinn und Abschreibungen und der übrigen eigenen Quellen, sollten der Investitionsfinanzierung dienen.

Einen großen Wert legte man auf die Langfristigkeit der Normative, um das kurzfristige Denken der Unternehmensleiter zu beseitigen. Zur Veranschaulichung der Einschränkung der Zahl der verbindlichen Kennziffern und der zentral geplanten Grundfonds fügen wir folgende Tabelle bei:

Tabelle 37: Zentral geplanter Produktionsausstoß 1953 - 1959

	Zahl der verbindlichen Produktionsquoten	Zahl der zentral fest- gelegten Grundfonds
1953	2 251	974
1957	858	380
1958	765	312
1959	228	228

Quelle: G.R. Feiwel: New Economic Patterns in Czechoslovakia, New York, London 1968, S.114

Dieser Rückgang in der Zahl der direktiv festgelegten Produktions- und Absatzaufgaben³ ist zum Teil auf den Aggregationsprozeß der einzelnen Planposten im Laufe der vergangenen Jahre zurückzuführen. Die in dem Reformvorhaben verabschiedete Reduktion der verbindlichen Plankennziffern des Fünfjahresplans betrug in der Industrieproduktion 20 % und im Bauwesen 50 %⁴.

- 1) Kodet, Z.: Hmotná zainteresovanost v průmyslu ČSSR, Prag 1963, S.63f.
- 2) Siehe Kapitel 1.2.6. über Investitionsfinanzierung.
- 3) An Stelle der künftig nur als ergänzende Kennziffer geltenden Bruttoproduktion wurde der Absatzwert als Hauptindikator des Produktionsausstoßes eingeführt.
- 4) Feiwel, G.R.: New Economic Patterns in Czechoslovakia, New York, London 1968, S. 109.

Eine weitere Spezifizierung der quantitativen Indizes im Jahresplan sollte nur die Lieferungen für die Hauptabnehmer betreffen, sonstige Orientierungskennziffern konnten aus den im Fünfjahresplan festgelegten jährlichen Limits für die Grundfonds entnommen werden. Diese Limits kamen zustande bei Verhandlungen der Liefer- und Abnehmerministerien, nachdem die vorläufigen Ergebnisse der Verhandlungen in Konsultationen der Unternehmen mit ihren Zulieferern konkretisiert worden waren.

Bei der Durchführung der Reform wurden neben einigen positiven Wirkungen deutliche Mängel des Vorhabens sichtbar, die eine unterschiedliche Auslegung der Dezentralisierungsmaßnahmen seitens der Unternehmen und der zentralen Organe erlaubten.

Die Reform brachte wichtige Ansätze zur Beseitigung der wachsenden Bürokratisierung der Beziehungen zwischen dem Zentrum und den untergeordneten Wirtschaftseinheiten sowie der Beziehungen zwischen den Lieferanten und Abnehmern. Die guten Wirtschaftsergebnisse während der ersten zwei Jahre nach der Einführung der Reform (1959-60) waren zweifellos auch auf die wachsende Initiative der Führungsorgane auf der unteren Ebene und das erhöhte Interesse der Produktionseinheiten an Rentabilitätskriterien zurückzuführen¹. Die positive Wirkung zeigte sich unter anderem in der Aufstellung von höheren, der Betriebskapazität entsprechenden Produktions- und Gewinnplänen. Die ersten realen Bemühungen der Unternehmen um Verbesserung des bisherigen Wirtschaftens stießen jedoch bald auf Hindernisse, die Ausdruck des inkonsequenten Charakters der Reform waren - der Widersprüche zwischen der proklamierten Entscheidungskompetenz der unteren Führungsglieder und den in der Praxis nicht eliminierten verbindlichen Zentralkommandos. Die unausgereiften Reformvorschläge führten dazu, daß sich die neuen Maßnahmen im Netz von weiter existierenden Direktiven verfangen: Die übergeordneten Organe betrachteten die informativen Kennziffern weiter als verbindlich und machten die Verteilung von Prämien und Ausgaben aus dem dezentralisierten Fonds von ihrer Erfüllung abhängig. Trotz der offiziellen Abschaffung der Verbindlichkeit der Kennziffer für die Bruttoproduktion im Jahre 1958 diente sie weiter als Grundlage zur Berechnung des Lohnfonds und der Arbeitsproduktivität und somit für die Beurteilung der Unternehmenstätigkeit. Deshalb orientierten sich die Unternehmen weiter vorwiegend an quantitativen Kennziffern. Das Ziel der Reform, Wirtschaftlichkeitskriterien in den Vordergrund zu stellen, wurde somit nicht

1) Zum Teil auch auf den Beitrag der in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre vorgenommenen Investitionen in der Grundstoffindustrie.

erreicht, denn der Grad der Investitionseffektivität hatte einen unbedeutenden Einfluß auf die Einnahmen der Beschäftigten.

Auch wenn es zu einer Verbesserung bei der Aufstellung von jährlichen Plänen kam, indem sich die Betriebe höhere Aufgaben auferlegten, geschah dies nicht aufgrund einer besseren Ausnutzung von Reserven in der Betriebskapazität, sondern durch den Einsatz von zusätzlichen Investitions-, Material- und Arbeitskräfteinputs. In Wirklichkeit führte also das revidierte Lenkungssystem die Unternehmensleiter nicht zur Enthüllung ihrer wirklichen Produktionskapazität, weil die Ministerien denjenigen Unternehmen, die von sich aus ihren Plan erhöhten, in der Regel sofort höhere Aufgaben auferlegten. Das läßt darauf schließen, daß gerade auf der zentralen Lenkungsebene keine klare Konzeption über die Lenkung und Kontrolle der Unternehmenstätigkeit unter den neuen Bedingungen vorhanden war. Die Methoden veränderten sich nicht, sondern die Kontrolltätigkeit ließ nach. Den Unternehmen fehlten klare Richtlinien, nach denen sie ihre laufenden Aufgaben hätten orientieren können. Dazu gehörten auch die langfristigen Normative als verlässliche Grundlage für langfristige Projekte der Unternehmen; diese wurden jedoch jährlich revidiert mit dem Hinweis auf den veralteten langfristigen Plan, der den veränderten Wirtschaftsgegebenheiten angepaßt werden mußte. Die Führungstätigkeit der zentralen Organe war vielmehr auf die nachträglichen korrigierenden Eingriffe in der Unternehmenssphäre gerichtet als auf die Ausarbeitung von langfristigen Entwicklungskonzeptionen.

Zunehmend mehr Produzenten klagten über die Unklarheit ihrer Produktionsziele, die ungenaue Spezifizierung der Absatzmengen und über lange Intervalle in der Versorgung mit Material. Wegen der Unsicherheit der Lieferungen horteten sie Güter, und die inflationierte Nachfrage führte wieder zur Verknappung in der materiellen Versorgung. Immer mehr Stimmen riefen nach Rückkehr zu einer zentralen Verteilung von mehr Gütern¹.

Bei dieser Konzeptionslosigkeit in der Investitionspolitik, dem Chaos in der Verteilung der nicht zentral kontrollierten Produkte und den unflexiblen Preisen² suchten sich die Unternehmen eigene Wege zur Erfüllung der

- 1) Der zentralen Verteilung unterlagen die Produktionsmittel, die wichtig für die Realisierung der zentral bestimmten und kontrollierten Investitionen waren.
- 2) Am 1.1.1958 wurde lediglich eine Revision der Großhandelspreise eingeleitet mit dem Ziel, die Preise an die Produktionskosten anzunähern und die Subventionen einzuschränken. Feiwel, G.R.: "New Economic Patterns...", a.a.O., S.114.

geplanten Kennziffern, von denen der Umfang ihrer dezentralisierten Fonds und der Prämien abhing. Das Interesse an schnellen materiellen Erfolgen der Produktion¹ hatte nicht die gewünschte Kostensenkung und die bessere Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten zur Folge, sondern u.a. die Manipulation des Produktionssortiments zum Nachteil der Verbraucher. Viele Unternehmen zogen z.B. der Einführung von neuen Produkten, die zunächst hohe Kosten bedeuteten, jenes Sortiment vor, das ihnen bei relativ niedrigen Kosten eine Gewinnerhöhung sicherte.

Die Situation im Investitionsbereich war unbefriedigend. Die alten Disproportionen zwischen dem Bedarf und Angebot an Investitionsgütern hatten sich vertieft. Eine der Ursachen lag in dem angespannten Investitionsplan, der keine Reserven vorsah. Der geplante Umfang der zentralisierten und dezentralisierten Investitionen bzw. der Investitionsmittel ließ keinen Raum für die Finanzierung durch den Investitionskredit². Infolgedessen konnte die Staatsbank das Wirtschaften der Betriebe über die Kreditpolitik kaum beeinflussen und den vorrangigen Einsatz der betrieblichen Mittel für Erweiterungsinvestitionen nicht einschränken.

Die Investitionsfreudigkeit der Unternehmen war durch die umfangreichen Mittel bedingt, die ihnen zur Verfügung blieben. Es ist anzunehmen, daß die Höhe der dezentralisierten Fonds der Unternehmen im Jahre 1960 offensichtlich falsch eingeschätzt und dementsprechende Normative der materiellen Interessiertheit festgelegt wurden. Die Gewinnpläne waren leicht überzuerfüllen, was zur Anhäufung von Finanzmitteln in den Händen der Unternehmen und zur erhöhten Nachfrage nach Investitionsgütern führte. Auch der hoch angesetzte Anteil der im Betrieb verbleibenden Abschreibungen trug zu der im Verhältnis zu dem Angebot der Investitionsgüterindustrie übermäßigen Akkumulation bei. Die niedrigen Normen für Umlaufmittelfinanzierung aus betriebseigenen Mitteln ermöglichten es den Betrieben, den überwiegenden Teil der dezentralisierten Fonds für Finanzierung von Investitionen auszugeben und den zusätzlichen Bedarf an Umlaufmitteln über kurzfristige Kredite zu decken,

1) Die Betriebe waren "noch fixiert auf eine ausschließlich kurzfristige Planung ... im Bestreben, ihre globalen Produktionsaufgaben zu erfüllen, bemühten sie sich vor allem um umfangreiche dezentralisierte Investitionen." Kropáč, L.: Opatření při provádění decentralisované výstavby ..., in Finance a úvěr, Jahrg. 1962, Nr. 12, S. 69.

2) Siehe Kapitel 1.2.6. über Investitionsfinanzierung.

Viele Unternehmen benutzten ihre dezentralisierten Fonds ziemlich wahllos für den Erwerb von Investitionsgütern, um das verfügbare Geld in Maschinen und Einrichtungen umzuwandeln, denn sie fürchteten sonst eine Abführung der freien unausgenutzten Mittel an die zentralen Organe. Diese Befürchtung war berechtigt: Zur Blockierung der freien Mittel kam es, wenn das betreffende Unternehmen nach der Ansicht der Planer nicht zu den präferierten Bereichen gehörte. Die abgeführten Finanzmittel konnten dann auf zurückgebliebene Betriebe verteilt werden, denen es an dezentralisierten Fonds zu Modernisierungszwecken fehlte.

Wegen der großen Nachfrage konnten es sich die Bauunternehmen leisten, unter den Projekten die leicht erfüllbaren zu wählen¹. Um einen höheren Arbeitsproduktivitätsindex zu erreichen², begannen sie gleichzeitig mehrere Investitionsvorhaben durchzuführen. Diese und vor allem die zentralen Projekte konnten wegen der so zersplitterten Baukapazitäten und der nachhinkenden Investitionsgüterproduktion nicht zu vorgesehenen Terminen beendet werden. Von Jahr zu Jahr wuchs die Zahl der im Bau befindlichen Objekte und der Umfang der darin stillgelegten Mittel. Während 1959 der Umfang der stillgelegten Mittel 27,5 Mrd Kčs betrug, stieg dieser im Jahre 1960 auf 30,8 bzw. im Jahre 1961 auf 35,2 Mrd Kčs³. Den Prioritäten der Baubetriebe entsprechend blieb die Erfüllung des Plans der zentralisierten Investitionen hinter dem Plansoll zurück, obwohl ihre vorrangige Fertigstellung von den Planern gefordert wurde. Dagegen überschritt der Umfang der dezentralisierten Investitionen die erwartete Höhe. Ihr Anteil an den gesamten Investitionen betrug im Jahre 1959 61,2 % und sank nicht wie geplant im Jahre 1960 auf 58 %⁴, sondern stieg auf 62 % an.

1) d.h. die kleineren "dezentralisierten" Investitionsprojekte.

2) Arbeitsproduktivitätsindex: $\frac{\text{Nettoproduktion}}{\text{Zahl der Beschäftigten}}$ im bestimmten Zeitraum.

3) In den Jahren 1959 - 61 wurden die betrieblichen Pläne der dezentralisierten Investitionen oft "revidiert": an Stelle der ursprünglich geplanten, aber nicht vollendeten Bauten wurden neue Vorhaben in den Plan aufgenommen. Vgl. Rohlíček, R.: Finance a vědecko-technický pokrok, Prag 1966, S.150f.

4) "20 let rozvoje...", a.a.O., S.25.

Tabelle 38: Planerfüllung bei de- und zentralisierten Investitionen in %

	dezentralisierte Investitionen	zentralisierte Investitionen
1960	109	94
1961	106	92

Quelle: Feiwel, G.R.: New Economic Patterns..., a.a.O., S.121

Die Nichterfüllung des zentralen Investitionsplans war verursacht durch die langsame Investitionsrealisierung in den Zweigen, in denen die zentralisierten Investitionen überwogen, wie in der Metallurgie; die nur 87 %ige Planerfüllung¹ kann nicht zuletzt auf das Fehlen einer langfristigen Konzeption zurückgeführt werden.

Die negativen Begleiterscheinungen der Wirtschaftsreform erreichten Anfang der sechziger Jahre ein Ausmaß, das zusammen mit anderen Schwierigkeiten dazu führte, daß das zentralistische Planungssystem wieder durchgesetzt wurde. Damit beschäftigt sich der Abschnitt über den dritten Fünfjahresplan.

1.2.6. Die Investitionsfinanzierung

Im folgenden wollen wir näher auf die Erwartungen eingehen, die mit den Veränderungen im Finanzierungsprinzip der Investitionen verbunden waren, und auf die Probleme bei ihrer Realisierung. Am Anfang des zweiten Fünfjahresplans war die Bedeutung der betriebseigenen Mittel als Finanzierungsquelle der betrieblichen Tätigkeit minimal. 1957 wurde zeitweilig auf den Gewinn als eigene Quelle der Investitionsfinanzierung ganz verzichtet. Dies war die Folge des Versagens des im Jahre 1953 eingeführten Finanzierungs- und Kontrollsystems der Investitionen, das keine ökonomischen Anreize vermittelte und eine Beeinflussung der Betriebstätigkeit durch zentrale Organe und die Bank nur über administrative Methoden ermöglichte. Die von den Ministerien im Jahre 1956 veranlaßte Vereinfachung der Administration² bedeutete auch die Beschränkung der Investitionsfinanzierung auf eine einzige Quelle - den Staatshaushalt. Das Planungssystem von 1958-59 sollte dann Voraussetzung für die Beseitigung der Mängel des Systems aus dem Jahre 1953 schaffen.

1) Gajdošek, P.: Investiční výstavba v metalurgii, in: Plánované hospodářství, 1962, Nr.7, S.14.

2) Autorenkoll.: Československé finance, Prag 1958, S.51.

1.2.6.1. Die Reformziele

Die Dezentralisierung der Investitionsentscheidungen erforderte auch eine dezentralisierte Finanzierung; die untere Entscheidungsebene sollte über einen eigenen Fonds verfügen, dessen Quellen die Anteile am Betriebsgewinn, an den Abschreibungen und die Erlöse aus dem Verkauf von Grundfonds etc. bildeten. Gewinn und Rentabilität sollten die Hauptkennziffern betrieblicher Leistungsbewertung werden, wobei nicht die Planerfüllung, sondern das absolute Wachstum des Produktionsvolumens und des Gewinns ausschlaggebend war. Der Anteil am Gewinn wurde von dem zuständigen übergeordneten Organ für jeden Betrieb mittels des Normativs des Gewinnzuwachses als einprozentualer Anteil am jährlichen Gewinnzuwachs festgelegt¹. Die im voraus bestimmten Gewinnquoten sollten während der Dauer eines Fünfjahresplans gelten.

Folgendes Beispiel illustriert die Festlegung der Betriebsanteile am Gewinnzuwachs:

	1960	1961	1962	1963	1964	1965
Gewinn (Mill Kčs)	150	190	238	290	344	400
Gewinnzuwachs (Mill Kčs)	-	40	48	52	54	56
Anteil des Betriebs am Gewinnzuwachs:						
in %		80	72	65	58	51
in Mill Kčs		32	35	34	31	29

Quelle: Autorenkollektiv: *Ekonomika československého průmyslu*,
Prag 1961, S.444

Während der fünf Jahre behielt der Betrieb also insgesamt 161 Mill Kčs von dem geplanten Gewinn in Höhe von 1 612 Mill Kčs. Die Langfristigkeit der Normative sollte es den Betrieben ermöglichen, ihre Entwicklung über einen längeren Zeitraum hinaus mitzubestimmen. Mittels der degressiven Sätze sollten sie dazu angehalten werden, von Jahr zu Jahr die Leistung zu steigern, Kosten zu senken und alle möglichen Produktionsreserven auszunutzen. Diese hohe "Mobilisierungskraft" des Normativs barg allerdings einige Nachteile in sich, die sich daraus ergaben, daß der Betrieb nur einmalig aus einem hohen Gewinnzuwachs eines Jahres profitierte; durch die Gewinnzunahme erhöhte sich nämlich die Berechnungsgrundlage für den Gewinnzuwachs

1) Von den zwei Formen der materiellen Interessiertheit am Gewinn - dem Anteil am gesamten Gewinn und dem Anteil am Gewinnzuwachs eines Jahres - wurde für die meisten Betriebe die zweite gewählt, nämlich die Form des Normativs des Gewinnzuwachses.

im nächsten Jahr und somit auch der notwendige Aufwand zur Erreichung dieses Zuwachses bzw. des Betriebsanteils. Somit wirkte das Normativ gegen umfangreiche technische Änderungen, die einen sprunghaften Anstieg der Arbeitsproduktivität und des Gewinns zur Folge hatten¹.

Ein weiteres "Normativ der betrieblichen materiellen Interessiertheit", das den Anteil der im Betrieb verbleibenden Abschreibungen bestimmte, sollte über die Möglichkeit, die Finanzmittel für dezentralisierte Investitionen und Generalreparaturen zu erhöhen, auf eine beschleunigte Inbetriebnahme von neuen Grundfonds einwirken. Weil die Abschreibungen einen Teil der Selbstkosten bilden und somit die Höhe des Gewinnzuwachses beeinflussen, konnte es allerdings dazu kommen, daß diese beiden Normative in entgegengesetzter Richtung wirkten²: Lag der Satz des Normativs des Gewinnzuwachses höher als der für Abschreibungen, wirkte diese Relation gegen die Einrichtung von neuen Grundfonds, deren hohe Abschreibungen den Gewinnzuwachs verminderten. Auf der anderen Seite wuchs das Interesse an einer Veräußerung der nicht gebrauchten Grundfonds. Im umgekehrten Fall, wenn ein höheres Normativ der Abschreibungen als des Gewinnzuwachses dem Betrieb absolut eine höhere Zunahme der eigenen Finanzmittel sicherte, begünstigte diese Relation der Normative die Erweiterung des Grundfondsbestandes. Zugleich jedoch wurde das Interesse an einer Beibehaltung von veralteten Grundfonds unterstützt, denn durch ihre fortgesetzte Abschreibung gewann das Unternehmen mehr als durch eine Kostensenkung bei Veräußerung oder Liquidierung der Grundfonds.

Es lag also an den übergeordneten Organen, die Normative in verschiedenen Branchen und Unternehmen danach festzulegen, welche Wirkung erwünscht war. Das war allerdings wegen der engen Verflechtung mehrerer Arten von Normativen³ nicht einfach. An den Gewinnzuwachs war z.B. das "Normativ für Bildung von Prämienfonds"⁴ gebunden, das die Höhe der Prämien der Beschäftigten bestimmte. Nur in wenigen Fällen hing die Zunahme des Prämienfonds von der Kennziffer der Selbstkosten ab (Selbstkosten pro 1 KČs Warenproduktion), wie z.B. in den Betrieben des Schwermaschinenbaus oder, wie in der Metallurgie, von der kombinierten Kennziffer des Absatzwerts und des

1) Die Abschreibungssätze waren vergleichsweise sehr niedrig.

2) Vgl. Kodet, Z.: Hmotná..., a.a.O., S.10.

3) Normative der "betrieblichen" und der "persönlichen" materiellen Interessiertheit.

4) Kodet, Z.: Hmotná ..., a.a.O., S.8.

Produktionssortiments. Eine andere Art der "persönlichen materiellen Interessiertheit" stellte das Normativ dar, das die Steigerung der durchschnittlichen Löhne vom Wachstum der Arbeitsproduktivität abhängig machte.

Man stellte sich die positive Wirkung der sich gegenseitig beeinflussen- den Normative ungefähr so vor: Ein höherer Gewinn bedeutet mehr Mittel für die Erweiterung und Verbesserung der Grundfonds, was zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und somit auch der Löhne und letztlich zum weiteren Gewinnzuwachs führt.

Das Erreichen des erwünschten Effekts dieser materiellen Anreize setzte die Berücksichtigung der unterschiedlichen Produktionsbedingungen in den einzelnen Unternehmen voraus: Die Höhe der Normative sollte von der vorhandenen Ausstattung mit und Auslastung von Produktionskapazitäten sowie von den verschiedenen Möglichkeiten der Kostensenkung in den einzelnen Betrieben abhängen.

Eine ausgewogene Festlegung des Gewinnanteils, der dem Betrieb zur Verfügung stand, sollte Schwierigkeiten vermeiden, die sich bei Überfluß oder Mangel an eigenen Finanzmitteln ergeben konnten. Verfügte ein Unternehmen über zu viele freie Mittel, entstand das Risiko ihrer unerwünschten Anwendung, z.B. für unbegründete Lohnerhöhungen oder Anschaffung von Maschinen, die nicht voll ausgenutzt werden konnten¹. Zugleich verminderte sich der Anteil der im Staatshaushalt zentralisierten Mittel, die sonst zum Ausgleich der Defizite anderer Unternehmen hätten benutzt werden können. Wenn andererseits der betriebliche Gewinnanteil zu niedrig angesetzt wurde, fehlte es dem Betrieb nach den Abführungen in den Staatshaushalt an Finanzmitteln. Er war dann auf Subventionen von den übergeordneten Organen und Bankkredite angewiesen, wodurch seine materielle Interessiertheit am Gewinnzuwachs gedämpft wurde.

Es mußte also sowohl die Festlegung der Normative als auch die Bestimmung der Abführungsverpflichtungen gegenüber dem Staatshaushalt so erfolgen, daß einerseits der Staat seine gesamtgesellschaftlichen Verpflichtungen erfüllen konnte und andererseits die Selbstfinanzierung der erweiterten Reproduktion gesichert war².

1) Probleme der materiellen Deckung der dezentralisierten Investitionen führten zur Anhäufung von Vorräten, die aus den ursprünglich für Investitionen bestimmten Mitteln finanziert wurden.

2) Kodet, Z., a.a.O., S.15.

1.2.6.2. Die Probleme bei der Realisierung des Reformvorhabens

In der Praxis gelang es jedoch nicht, solche Bedingungen zu schaffen, die die erwünschte Wirkung der Normative ermöglichten. Die Differenzierung der Normative wurde nicht konsequent durchgeführt, weil bei ihrer Festlegung meistens nur der von den Betrieben angegebene Bedarf an Mitteln für dezentralisierte Investitionen berücksichtigt wurde. Das stellte sich als Fehler heraus, weil die auf dieser Grundlage bestimmten Normative von dem augenblicklichen Zustand und nicht von einer Analyse der langfristigen Entwicklung ausgingen. Oft schrieben die Ministerien, in dem Bemühen, in ihrem Ressort als Ganzem gute Ergebnisse zu erzielen, denjenigen Produktionseinheiten vorteilhafte Normative vor, die die günstigsten Produktionsbedingungen hatten. Andere Unternehmen wiederum hatten trotz großer Anstrengungen Mühe, ihre Pläne zu erfüllen.

Auch zwischen den einzelnen Branchen gab es große Unterschiede in bezug auf die Bedingungen der Erwirtschaftung von zusätzlichen Finanzmitteln. Das hing mit dem langfristigen Charakter der Normative zusammen, der stabile Pläne voraussetzte. Die günstigsten Bedingungen waren in dieser Hinsicht in der Produktionsmittelerzeugung zu finden, die nicht so stark wie z.B. die Konsumgüterindustrie von äußeren Einflüssen - schnelle Nachfrageänderungen - abhängig war und deren Produktionsprogramm relativ stabil blieb. Darüber hinaus wurden diese Industriezweige aus den zentralen Fonds hoch subventioniert. Es gab allerdings keine einheitlichen Kriterien dafür, wann Unterstützung gewährt werden sollte. Sehr oft wurden denjenigen Betrieben Mittel für Investitionen zugeteilt, die inzwischen genügend eigene Mittel erwirtschaftet hatten, und andere, die ihren Gewinnplan nicht erfüllten, bekamen weder Subventionen noch hatten sie Anspruch auf Kredit. Während also ein übergeordnetes Organ die untergebenen Betriebe nach strengen Maßstäben behandelte, gaben andere Organe den Forderungen der Betriebe nach, ohne ihre wirkliche Mittelschöpfung zu prüfen. Die benachteiligten Betriebe hatten Schwierigkeiten bei der Erfüllung ihrer Lieferverpflichtungen, was kettenweise Produktionsstockungen in anderen Unternehmen auslöste.

Die ursprüngliche Tendenz der Unternehmen, von sich aus die Produktions- und Gewinnpläne zu erhöhen, wurde dadurch unterbrochen, daß die zentralen Organe bei Übererfüllung der Pläne sofort viel höhere Plansolls für das nächste Jahr festlegten. Das hatte letztlich zur Folge, daß der Gewinnplan und die geplante Schöpfung von eigenen Finanzzellen nicht erreicht werden

konnten. Folgende Übersicht zeigt, wie dadurch die geplante Verwendung des Gewinns in den Industriebetrieben beeinträchtigt wurde.

Tabelle 39: Die Erfüllung des Plans der Gewinnverwendung
(in % des Plans)

	1959	1960
Gewinnverwendung insgesamt	105,4	99,5
davon: eigene Verwendung in Unternehmen	105,5	84,0
Abführungen an die übergeordn. Organe ^a	124,2	106,3
Abführungen in den Staatshaushalt	100,6	101,1

Quelle: Kodet, Z.: Hmotná zájmost v průmyslu ČSSR, S.58,
Prag 1963

a) die Ministerien

Die geplanten Anteile, die die Betriebe zur eigenen Verwendung behalten konnten, wurden im Jahre 1959 überschritten, im Jahre 1960 aber nicht erreicht, wobei der Gewinnanteil, der den übergeordneten Organen zufließt, weit überschritten, und die Abführungen in den Staatshaushalt in den beiden Jahren gerade erfüllt wurden. Eine Reihe von Betrieben blieb unter dem Plansoll und konnte nach den Abführungen in den Staatshaushalt¹ die eigenen Finanzmittel nicht wie geplant erweitern; ein großer Teil der Betriebe überschreitet den Gewinnplan, was den übergeordneten Organen ermöglichte, den Großteil des Gewinns zu zentralisieren, um ihn nach eigenem Ermessen neu zu verteilen. Die Folge war dann, daß der Anteil des Betriebes am Gewinn von durchschnittlich 15,6 % im Jahre 1959 auf 12,5 % im Jahre 1960 sank². Dafür wuchs der Anteil der Subventionen an den gesamten dem Betrieb zur Verfügung stehenden Mitteln. Ihre Struktur veranschaulicht folgende Tabelle.

Tabelle 40: Die Struktur der betrieblichen Finanzmittel in der
Industrie in %

	1959	1960	1961
Finanzmittel insgesamt	100	100	100
davon: Anteil am Gewinnzuwachs	20	18	21
Anteil an Abschreibungen	49	44	35
Subventionen	24	32	38
Erlöse aus Verkauf von Grundfonds	3	3	3
Übriges	4	3	3

Quelle: Kodet, Z.: Hmotná..., a.a.O., S.61

1) Diese waren einmal festgelegt und änderten sich nicht mit der Höhe des erreichten Gewinns.

2) Rohlíček, R.: Finance a vědecko-technický pokrok, Prag 1966, S.162.

Aus der Tabelle ist zu entnehmen, daß der größte Teil der betrieblichen Finanzmittel, zusammen etwa drei Viertel, aus Quellen stammte, die nicht oder im begrenzten Maß als materieller Anreiz wirken konnten - nämlich aus Subventionen und Abschreibungen. Den Umfang der letzteren vermochte der Betrieb nicht wesentlich zu beeinflussen. Der Gewinnanteil des Betriebs war zu niedrig, um die ihm zugeschriebene Rolle als Hauptinstrument der materiellen Interessiertheit zu erfüllen, zumal die undifferenzierte Subventionierung durch die überbetrieblichen Organe seine Rolle schwächte.

Die Verwendungsart der betrieblichen Finanzmittel war durch Finanzvorschriften bestimmt: Während die Abschreibungen und Erlöse aus der Veräußerung der Grundfonds ausschließlich für die Finanzierung der dezentralisierten Investitionen zu verwenden waren, sollte aus dem betrieblichen Gewinnanteil und den Subventionen die notwendige Ergänzung der eigenen Umlaufmittel und dann erst die Finanzierung der dezentralisierten Investitionen vorgenommen werden.

Tabelle 41: Die Verwendungsstruktur des betrieblichen Gewinnanteils und der Subventionen 1959 - 1961 in %

	1959	1960	1961
Anteil am Gewinnzuwachs	100	100	100
davon für:			
Ergänzung von Umlaufmitteln	38	35	39
Dezentralisierte Investitionen	60	63	60
Übriges	2	2	1
Subventionen von übergeordn. Organen	100	100	100
davon für:			
Ergänzung von Umlaufmitteln	29	21	25
dezentralisierte Investitionen	71	79	75

Quelle: Kodet, Z.: Hmotná..., a.a.O., S.66ff.

In den Unternehmen überwog die Tendenz, die eigenen Mittel vorrangig für Investitionszwecke zu verwenden, was dazu führte, daß sie ihre Umlaufmittel in einer ungenügenden Höhe ergänzten. Trotzdem kam es weiter zu einer übermäßigen Anhäufung von Vorräten, die über den Bankkredit gedeckt werden mußten. Der Hang zum Investieren zeigte sich bei der Aufstellung von Jahresplänen für dezentralisierte Investitionen, die höher waren als der Staatsplan vorgab, und auch bei ihrer Erfüllung überschritten wurden.

Nur die Betriebe, die den Gewinnplan nicht erfüllten, hielten die gewünschten Proportionen in der Finanzierung der Umlauf- und Grundfonds ein.

Tabelle 42: Die Struktur der Finanzmittel für dezentralisierte Investitionen 1959-61 in %

	1959	1960	1961
Finanzmittel insgesamt	100	100	100
davon: Anteil an Gewinnzuwachs	14	13	15
Anteil an Abschreibungen	58	50	42
Subventionen	20	30	35
Erlöse aus verkauften Grundfonds	4	4	4
Übriges	4	3	4

Quelle: Kodet, Z.: Hmotná..., a.a.O., S.73

Die entscheidende Finanzierungsquelle waren die Abschreibungen und Subventionen, deren Anteil schnell zunahm. Der Anteil des Hauptinstruments der materiellen Interessiertheit, des Gewinns, blieb relativ gering. Weil die Möglichkeit bestand, die Finanzierung aus den zugeteilten Mitteln zu bestreiten, nutzten die Betriebe diese alte, bequemere Weise, Finanzmittel zu beschaffen, aus und das geschwächte Interesse an der Deckung eigener Bedürfnisse aus eigenen Quellen äußerte sich in zunehmender Nichterfüllung der Gewinnpläne. Dabei wuchs das Interesse am Investieren, denn dadurch konnte die Kennziffer der Arbeitsproduktivität verbessert werden, von deren Erfüllung die Höhe der Löhne und Prämien abhing. Dementsprechend wuchs die Bedeutung der Subventionen, was vor allem durch die sich vergrößernden Unterschiede zwischen einzelnen Unternehmen bedingt war.

Der gesamte Umfang der Finanzmittel, die den Betrieben zur Verfügung standen, war viel höher als das Angebot an Investitionsgütern und Baukapazitäten. Diese Disproportion vertiefte sich dadurch, daß dezentralisierte Investitionen ohne genügend Projektvorbereitung, ohne Rücksicht auf den wirklichen Bedarf an neuen Kapazitäten und auf die Kapazitäten im Bau vorgenommen wurden. Die Zahl der unvollendeten Bauten stieg und die Investitionseffizienz sank.

Diese negativen Begleiterscheinungen der Investitionsdezentralisierung gaben jenen Stimmen Recht, die die Dezentralisierungsversuche von vornherein ablehnten. Sie bezeichneten die langfristigen Normative als Hauptursache der Stilllegung von Mitteln in unvollendeten Bauten und somit der Disproportionen,

die aufgrund der ausgefallenen geplanten Produktion entstanden waren. Hauptsächlich die Vertreter der ökonomischen Praxis sahen einen Fehler darin, daß man die Fähigkeit der einzelnen Unternehmen, eigene Finanzquellen zu erwirtschaften, und damit auch die Rolle der Normative überschätzt hatte. Das stimmte nur zum Teil, denn der wirkliche Fehler lag nicht in der Einführung der Normative oder in der Unfähigkeit der Betriebe, sondern in erster Linie in der falschen Einstellung der übergeordneten Organe hinsichtlich der Funktion der Normative. Sie hielten diese neuen Anreize der materiellen Interessiertheit eher für einen "ökonomischen Automatismus", der ohne irgendwelche Steuerung ihrerseits, auf die Betriebsinitiative und -interessen in Richtung der gesellschaftlichen Interessen einwirkte. Die zentralen Organe schafften jedoch nicht die notwendigen Voraussetzungen in Form von realistischen Fünfjahresplänen und langfristigen Plänen, die durch ihre Qualität eine gewisse Stabilität der Lieferanten-Abnehmer-Beziehungen sicherten, um den Unternehmen eine bis zum gewissen Grad selbständige Tätigkeit zu ermöglichen. Sie verringerten darüber hinaus ihre Kontrolle und Verantwortlichkeit für die Planerfüllung.

Das führte dazu, daß die Betriebe nach mehr oder weniger kurzfristigen Überlegungen investierten und vorrangig ihre eigenen Interessen verfolgten. Weil die Kontrolle schwächer war, hielten sie sich nicht genau an den volkswirtschaftlichen Plan, sondern wichen oft von dem geplanten Produktionssortiment ab.

1.2.6.3. Die Kontrollfunktion der Banken

Im Zusammenhang mit der Kontrolle der betrieblichen Tätigkeit sollte noch auf die Funktion der Banken (bzw. der Staatsbank und ihrer Filialen) und ihres Instruments, des Kredits, in dieser Periode hingewiesen werden.

Bis 1958 erfolgte die Finanzierung von Investitionen und der laufenden Betriebstätigkeit getrennt über die Investitions- und die Staatsbank. Im Rahmen der Wirtschaftsreform 1958/59 wurde gefordert, die Kontrolle über den ganzen Verlauf des Reproduktionsprozesses in einem Betrieb bei einer finanzierenden und kreditgewährenden Stelle zu konzentrieren. Während die Investitionsbank weiterhin nur die Betriebssphäre der Bauunternehmen, der Organisationen für geologische Forschung und Projektierungsarbeiten

und die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften finanzieren sollte, wurde die Funktion der Staatsbank ab 1.1.1959 um die Gewährung von Investitionskrediten an staatliche Unternehmen erweitert¹. Die Wiedereinführung des Investitionskredits für industrielle Betriebe hing mit der Dezentralisierung der Investitionsentscheidungen zusammen. Der Kredit sollte helfen, ihre Investitionstätigkeit den Entwicklungsbedürfnissen anzupassen, wenn die betriebseigenen Mittel nicht ausreichten, um die dezentralisierten Investitionen zu finanzieren. Auf der anderen Seite ermöglichte die Anwendung von Investitionskrediten, eine überplanmäßige Produktion der Investitionsgüterlieferanten auszunutzen. Die Tilgungsfrist lag bei dem langfristigen Kredit bei sechs, bei dem kurzfristigen bei einem Jahre.

Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Investitionskredits bestand in der Möglichkeit, die Investitionsstruktur nach langfristigen Überlegungen beeinflussen zu können, z.B. in seiner vorrangigen Gewährung für solche Investitionsvorhaben, die entscheidend die volkswirtschaftlichen Proportionen beeinflussten. Über die Verteilung der Kredite sollte bei der Aufstellung des Kreditplans der Staatsbank entschieden werden unter Berücksichtigung von Vorschlägen der zuständigen Ministerien, von den Daten des Staatsplans und der Analyse der Planerfüllung durch die Bankfilialen².

Der gesamte Umfang der Investitionskredite hing von den materiellen Quellen, d.h. vom Umfang der Baukapazitäten und der hergestellten Investitionsgüter ab. Weil die zentralisierten Investitionen vorrangig mit diesen Gütern versorgt werden sollten, war es notwendig, finanzielle und materielle Reserven im Staatsplan festzulegen, die zur Deckung der dezentralisierten Investitionen dienen sollten. Der Umfang solcher Kredite sollte dann in einer Höhe geplant werden, die der Differenz zwischen dem geplanten Umfang der gesamten Investitionen in die Wirtschaft und der geplanten Produktionskapazität der Investitionsgüterindustrie entsprach³. Allerdings mußten solche Kredite materiell abgesichert sein; die entsprechenden Belege waren von den Unternehmen vorzuweisen, andernfalls wurden die Investitionsvorhaben storniert.

1) Pohl, O.: Úloha Státní banky čs. v národním hospodářství, Prag 1960, S.108.

2) ebenda, S.104.

3) Pohl, O.: Úloha..., a.a.O., S.110.

Die Entscheidung, welchen Unternehmen Kredit gewährt werden sollte, traf die zuständige Bank nach der Überprüfung der Forderungen einzelner Unternehmen im Hinblick auf die Notwendigkeit der Grundfondsreproduktion und auf die vorhandenen eigenen Finanzmittel. Als ergänzende Finanzquelle sollte der Kredit vor allem der Einführung von neuer Technik und beschleunigter Beendigung der unvollendeten Bauten dienen und die produktive Anwendung der zeitweilig freien Finanzmittel der Unternehmen auf ihren Investitionskonten bei der Bank ermöglichen¹.

Neben dieser Distributionsfunktion war es die Kontrollfunktion des Bankkredits, die ihn zu einem Instrument der indirekten Beeinflussung der Unternehmenstätigkeit machte. Die Staatsbank hatte die Zweckmäßigkeit der Kredite, ihre materielle Deckung und aufgrund der Wirtschaftsergebnisse die Zahlungsfähigkeit der Unternehmen nachzuprüfen. Sie sollte die planmäßige Anwendung der gewährten Mittel kontrollieren und im Falle einer ineffizienten Verwendung die beschleunigte Rückzahlung fordern oder durch andere Maßnahmen, wie z.B. durch erhöhte Zinssätze, eingreifen. Andererseits sollten durch günstigere Kreditbedingungen Investitionen unterstützt werden, die zur Modernisierung der Maschinenanlagen bei Ausnutzung der vorhandenen Produktionskapazitäten führten.

Die Anwendung von differenzierten Zinssätzen, je nach Art der Kredite und nach Branchen und Unternehmen, war für die volle Wirksamkeit der Kreditinstrumente genauso wichtig, wie eine differenzierte Subventionspolitik der übergeordneten Organe. Die differenzierten Zinssätze für Betriebs- und Investitionskredite wurden Anfang 1959 eingeführt, um dem Grundsatz gerecht zu werden, der eine bevorzugte Kreditierung der Maßnahmen zu unmittelbarer Produktionserhöhung forderte. Dementsprechend lag die Zinsspanne bei den Betriebskrediten zwischen 1,8 und 5,4 %, bei den Investitionskrediten zwischen 3,6 und 7 %². Die Spanne wurde dann überschritten, wenn die Kredite nicht rechtzeitig getilgt wurden. Die höhere Zinssatzspanne bei Investitionskrediten sollte der Bank ermöglichen, die richtige Anwendung von betriebseigenen Mitteln zu beeinflussen - bei bestimmten Vorhaben (z.B. bei einer dezentralisierten Investition, von deren Durchführung die Realisierung einer zentralen Investition abhängig war) waren die Sätze niedriger.

1) Vgl. auch Rohlíček, R.: Finance..., a.a.O., S.166f.

2) Pohl, O.: Úloha..., a.a.O., S.115.

Neben den differenzierten Zinssätzen standen der Bank weitere Sanktionen zur Beeinflussung der schlecht wirtschaftenden Betriebe zur Verfügung, wie z.B. die Ablehnung der Finanzierung von zusätzlichen dezentralisierten Vorhaben, die Unterbrechung der Finanzierung oder vorzeitige Rückzahlung der Kredite. Andererseits war Kredithilfe zu gewähren, wenn gut wirtschaftende Betriebe ohne eigenes Verschulden in Zahlungsschwierigkeiten gerieten. Das Kriterium des Verschuldens erlaubte eine ziemlich willkürliche Auslegung und schloß deswegen die Gefahr ein, daß gerade die Betriebe keine Mittel zur Verfügung bekamen, die sie zur Überwindung ihrer Schwierigkeiten brauchten, und die prosperierenden Unternehmen weiter unterstützt wurden.

Der langfristige Investitionskredit kam für diejenigen Unternehmen in Frage, bei denen die Normative der materiellen Interessiertheit eingeführt wurden. Er sollte auch zum Zweck des Einkaufs von älteren, wiederverwendbaren Anlagen und zur Realisierung von Rationalisierungsmaßnahmen eingeführt werden. Den Unternehmen, die an das neue Finanzierungssystem nicht angeschlossen waren, wurde die Unterstützung nur in Form eines Rationalisierungskredits gewährt¹. Seine Vergabe war mit der Bedingung verbunden, daß die kreditierten Maßnahmen innerhalb eines Jahres durchgeführt und die Kredite innerhalb von zwei, in der Schwerindustrie von drei Jahren getilgt werden.

Neben diesen Rationalisierungskrediten waren gerade in der Industrie die kurzfristigen Kredite von großer Bedeutung. Die Tilgungsfrist lag bei zwölf Monaten. Auf diese Weise konnten die Schwankungen im Finanzmittelbedarf während des Jahres gemildert werden. Folgende Tabelle zeigt das Ausmaß der Verwendung einzelner Kreditarten in verschiedenen Zweigen.

Tabelle 43: Die Verwendungsstruktur von Rationalisierungs- und Investitionskrediten nach Wirtschaftszweigen in %

Rationalisierungskredite					Investitionskredite 1959	
1956	1957	1958	1959		kurzfristig	langfristig
66,9	71,4	73,7	65,3	Industrie	55,6	9,5
6,9	4,8	7,5	4,0	Bauwesen	0,8	2,1
13,1	8,6	6,0	9,1	Landwirtschaft	30,9	82,9
2,3	1,8	1,2	0,2	Verkehr	9,2	0,2
6,2	8,3	7,4	17,9	Handel	2,3	0,4
4,6	5,1	4,2	3,5	Übriges	1,2	4,9
100,0	100,0	100,0	100,0		100,0	100,0

Quelle: Pohl, O.: *Öloha...*, a.a.O., S.232

1) Pohl, O.: *Öloha...*, a.a.O., S.111f.

Aus der Tabelle 42 ist ersichtlich, daß die Ausnutzung des langfristigen Investitionskredits in der Industrie verhältnismäßig gering war, woraus man schließen kann, daß die erwartete positive Wirkung seiner breiteren Anwendung zur Finanzierung von dezentralisierten Investitionen nicht erreicht wurde. Der Anteil des Kredits an der Finanzierung von dezentralisierten Investitionen betrug im Jahre 1959 nur 3 %¹.

Die Ursache der ungenügenden Ausnutzung des langfristigen Kredits ist in dem Zusammenhang mit dem Umfang der betrieblichen Finanzmittel zu suchen. In den Branchen mit relativ stabilen Produktionsbedingungen - Brennstoff-, Energie-, Transportmittelindustrie - war die Erwirtschaftung von eigenen Finanzmitteln über längere Zeit hinaus gewährleistet. Der Bankkredit hatte deshalb eine geringe Bedeutung, weil zur Finanzierung der nicht sehr umfangreichen dezentralisierten Investitionen genügend eigene Mittel vorhanden waren. Ähnlich war im Maschinenbau, dem bevorzugten Zweig der Schwerindustrie, der Bedarf an Krediten wegen der zahlreichen Subventionen niedriger als in der Bau-, Chemie-, Lebensmittel- und Verbrauchsgüterindustrie. Insgesamt wurden in dem Zeitraum 1959 bis 1962 nicht ganz 10 % der dezentralisierten Investitionen in der Industrie über Bankkredite finanziert².

Unter diesen Bedingungen konnte die Beeinflussung des Ausmaßes und der Ausrichtung der Investitionen durch den Investitionskredit nicht erfolgen; die Unternehmen mit genügend Finanzmitteln brauchten keine Kredithilfe und diejenigen, denen es aufgrund von schlechten Wirtschaftsergebnissen an Mitteln fehlte, hatten erschwerte Bedingungen, Kredit zu bekommen. Letztlich halfen in solchen Fällen die zentralen Organe mittels Krediten "mit Staatsgarantie", die nicht nur der Bank die fristgemäße Rückzahlung garantieren sollten, sondern auch einen entsprechenden Eingriff (wie z.B. die Festlegung von verbindlichen Investitionsaufgaben) der zentralen Organe in die Investitionstätigkeit der finanziell schwachen Unternehmen nach sich ziehen sollten.

Wie schon oben erwähnt, versagten meistens die zentralen Lenkungsorgane bei dieser Aufgabe, weil sie, statt Verbesserungsmaßnahmen zu ergreifen, die Schulden der Unternehmen aus den zentralisierten Mitteln beglichen. Ähnlich verhielten sich zunehmend auch die Banken bei der Gewährung von Krediten ohne eine genaue Nachprüfung der Zahlungsfähigkeit und der Möglichkeiten der materiellen Deckung der zu finanzierenden Investitionen.

1) Rohlíček, R.: O využití funkcí a úloh úvěru za socialismu, in: Ekonomický časopis, 1963, Nr.5, S.512.

2) Vít, J.: Financování výstavby hospodářských organizací, in: Ekonomický časopis 1962, Nr.4, S.367.

Die fehlenden Mittel zur Kredittilgung und zur Beendigung der angefangenen Bauprojekte mußten aus den zentralen Quellen gedeckt werden.

Infolge einer solchen Subventionspolitik half der Kredit, Mängel in der Unternehmenstätigkeit zu verdecken, und verlangsamte nur das Anwachsen von Finanzschwierigkeiten, ohne sie zu beseitigen.

Tabelle 44: Die geplanten und die tatsächlichen Subventionen 1959-62 in %

	1959	1960	1961	1962
Geplante Subventionen in % des Vorjahrs	125,2	133,5	123,0	100,2
Index ihrer tatsächlichen Entwicklung	100	147	179	201

Quelle: Rohlíček, R.: O využití..., in: Ekonomický časopis 1963/5, S.512

Die ungenügende Zusammenarbeit der zentralen Organe und der Banken hatte entsprechende Folgen auf der Betriebsebene. Hielt die Bank die Grundsätze der differenzierten Kreditvergabe und Verzinsung ein, so zogen die Betriebe selten Konsequenzen daraus, weil sie sich auf finanzielle Hilfe seitens der übergeordneten Organe verließen¹. Wenn z.B. die Bank den schon gewährten Kredit kürzte, um den Betrieb zu einer sorgfältigeren Anwendung seiner eigenen Mittel zu zwingen und somit weitere Investitionen und Anhäufung von übermäßigen Vorräten zu verhindern, und der betreffende Betrieb seine Ausgaben trotzdem nicht kürzte, beeinträchtigte er durch seine Zahlungsschwierigkeiten die Zahlungsfähigkeit der Lieferanten. Die Zahl der verschuldeten Betriebe und der Umfang der unerwünschten Handelskredite stieg an².

Solche Erscheinungen häuften sich am Anfang der sechziger Jahre an und verlangten verstärkte Eingriffe der zentralen Organe in die Tätigkeit der Unternehmen. Auf diese Entwicklung wird im späteren Abschnitt im Zusammenhang mit dem dritten Fünfjahresplan näher eingegangen (siehe Seite 169).

-
- 1) Die überbetrieblichen Organe hatten offensichtlich genauso wie die Betriebe Interesse an möglichst umfangreichen Investitionen. Siehe dazu: Wolf von Wedel Parlow: Kreditpolitik als Instrument der Plandurchsetzung, Berlin 1975, unveröff. Studie, S.27f. und Rohlíček, R.: Finance..., a.a.O., S.164.
 - 2) Die Zahlungsunfähigkeit, gemessen als Summe aller ausstehenden Verbindlichkeiten, nahm vom Ende 1958 bis Ende 1961 um 116 % zu. Ausführlicher zu diesem Thema: Wedel Parlow, W.v.: Kreditpolitik..., a.a.O., S.25.

1.3. Die Investitionseffektivität in den Jahren 1956 bis 1961

Als Grundlage zur Messung der Veränderung der Effektivität der produktiven Investitionen dient der Zeitraum 1949 bis 1955. Beim Vergleich des globalen Investitionskoeffizienten stellen wir eine Steigerung in den Jahren 1956 bis 1961 fest¹. Während in dem Zeitraum 1948 - 1955 zur Hebung des Nationaleinkommens um eine Krone Investitionen im Wert von durchschnittlich 1,64 Kës nötig waren, mußten zwischen den Jahren 1956 und 1961 2,36 Kës ausgegeben werden. Diese Verschlechterung war in erster Linie verursacht durch die sinkende Investitionseffektivität in der Landwirtschaft, deren Nettoproduktion, trotz der steigenden Investitionsaufwände, unter das Niveau des Jahres 1955 gesunken war. Auch der Investitionskoeffizient des Bauwesens stieg an. Nur in der Industrie, die einen kleineren Investitionsanteil als in der vorherigen Periode bekam, weist die Senkung des IK auf steigende Investitionseffektivität in den Jahren 1956 - 61 hin.

Der höhere Kapazitätseffekt² in dieser Periode in allen Bereichen (Tab.4, Anhang), der den IK positiv beeinflusste, war auf die Fertigstellung von Investitionsvorhaben, die in der vorherigen Periode angefangen wurden, zurückzuführen. Auch das günstigere Verhältnis zwischen Maschinen und Bauten bzw. maschinellen und baulichen Investitionen spielte eine Rolle. Diese positive Wirkung wurde allerdings in der Landwirtschaft und im Bauwesen durch eine weniger günstige Entwicklung der Arbeitsproduktivität kompensiert.

Aus dem Vergleich der Entwicklung der Grundfondsausstattung und der Arbeitsproduktivität (Tab.45), läßt sich die Schlußfolgerung ableiten, daß der Anstieg des IK in der Landwirtschaft und im Bauwesen u.a. durch das langsamere Wachstum der Arbeitsproduktivität, also den niedrigen Rationalisierungs- bzw. Substitutionseffekt der Investitionen in diesen Zweigen verursacht wurde.

Tabelle 45: Die Entwicklung des Rationalisierungseffekts der Investitionen, 1956-61

	1961 in % von 1955	
	Ausstattung mit Grundfonds	Arbeitsproduktivität
Gesamte Wirtschaft	146	148
Industrie	122	139
Landwirtschaft	217	119
Bauwesen	146	125

Quelle: Anhang, Tab.5

1) Siehe Anhang, Tab.3

2) Das heißt: Verhältnis von Grundfondszuwachs und den Investitionsausgaben einer Periode.

Während die Entwicklung in der Landwirtschaft vor allem eine Folge des niedrigen technischen Niveaus der neuen Grundfonds und der Produktionsmethoden sowie des Mangels an qualifizierten Arbeitskräften war, hing der langsamere Anstieg der Arbeitsproduktivität im Bauwesen mit der Aufsplitterung der Baukapazitäten auf die zahlreichen Bauprojekte zusammen. Letztlich wirkte sich auf die Steigerung des globalen IK der steigende Anteil des Produktionsverbrauchs am gesellschaftlichen Gesamtprodukt (GP) in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre aus¹:

	1955	1961
Anteil des Produktionsverbrauchs am GP	52	54
Anteil des Produktionsverbrauchs am GP der Industrie	45	49
Anteil des Produktionsverbrauchs am GP der Landwirtschaft	72	77
Anteil des Produktionsverbrauchs am GP des Bauwesens	50	53

Was waren die Ursachen der Senkung des IK der Industrie? Im Gegensatz zu der früheren Periode hatten strukturelle Einflüsse keine Bedeutung, denn von den vier Zweigen, deren Anteil an Industrieinvestitionen wuchs, wiesen nur zwei, nämlich die Energie- und Brennstoffindustrie, einen höheren IK auf als in den Jahren 1949-55. Die steigenden IK in der Grundstoffindustrie (siehe Anhang, Tabelle 9) wurden mehr als ausgeglichen durch sinkende IK in der ganzen Verarbeitungsindustrie. Einiges deutet darauf hin, daß der sinkende IK der Industrie weitgehend auf den Beitrag der Produktionskapazitäten zurückzuführen ist, die aus den Investitionsmitteln der vorherigen Periode finanziert wurden. Diese Behauptung stützt sich auf die Ergebnisse der Berechnung des Kapazitätseffektes.

Tabelle 46: Der Kapazitätseffekt der Investitionen in die Industrie 1950-60 (Grundfondszuwachs/Investitionen, time lag 1 Jahr)

	1950-55 ^a	1955-60
Energie	1,15	0,79
Brennstoffe	0,90	0,95
Metallurgie	1,00	1,19
Maschinenbau	0,89	1,23
Chemie	1,01	1,20
Baustoffe	0,94	1,20
Textil	0,48	0,27
Nahrungsmittel	0,68	0,94

Quelle: Errechnet nach Statistická ročenka, 1966, S.172, und Anhang, Tab.8

a) Die Angaben über Grundfondsumfang stehen erst ab 1950 zur Verfügung.

Nur in der Energieerzeugung, deren IK anstieg, und der Textilindustrie war der Kapazitätseffekt in den Jahren 1955-60 niedriger als in der vorherigen Periode. In den wichtigsten Zweigen der Schwerindustrie war er höher als eins, d.h. daß der Grundfondszuwachs höher war als der Investitionsumfang in derselben, um ein Jahr verschobenen Periode.

Weiter erlaubt der Vergleich des Wachstums der Grundfondsausstattung und der Arbeitsproduktivität¹ die Schlußfolgerung, daß der günstige IK der Industrie auch auf den Rationalisierungseffekt der in dieser Periode getätigten Investitionen zurückzuführen ist. Das gilt insbesondere für den Maschinenbau, die Chemie-, Baustoff-, Textil- und Nahrungsmittelindustrie, wo die Arbeitsproduktivität in den Jahren 1955-60 viel schneller wuchs als die Ausstattung mit Grundfonds. Dieser Sachverhalt wird in der folgenden Tabelle durch das Symbol * hervorgehoben:

Tabelle 47: Die Entwicklung des Rationalisierungseffekts der Investitionen in der Industrie 1956 - 1960

	1960 in % v.1955	
	Grundfonds- ausstattung	Arbeitspro- duktivität
Industrie	119	129 *
davon: Energie	135	149 *
Brennstoffe	138	133
Metallurgie	129	119
Maschinenbau	115	148 *
Chemie	116	137 *
Baustoffe	129	155 *
Holzverarbeitung	115	106
Textil	93	134 *
Nahrungsmittel	108	122 *
Papier	129	120

Quelle: Errechnet nach Angaben im Anhang (Tab.10)

1) Anhang, Tabelle 10.

1.4. Zusammenfassung und Auswertung

Die Periode des zweiten Fünfjahresplans war insgesamt gesehen erfolgreich. Die Planaufgaben wurden im wesentlichen erfüllt, das jährliche Wachstum des Nationaleinkommens betrug 9,3 %. Der Aufbau der materiellen Basis des Sozialismus galt als abgeschlossen.

Beurteilen wir jedoch die Entwicklung während des Fünfjahresplans nach den einzelnen ursprünglichen Zielsetzungen und vergleichen diese Periode unter Berücksichtigung der Faktoraufwände mit den vorangegangenen fünf Jahren 1951 bis 1955, kommen wir zu weniger günstigen Ergebnissen.

Tabelle 48: Die Entwicklung der Faktoreinsätze und -erträge in den Jahren 1951 - 55 und 1956 - 60 in %

Produktive Sphäre	Zuwachs in %		Industrie	Zuwachs in %	
	1951-55	56-60		1951-55	56-60
- prod. Investitionen ^a	100	170	- Investitionen ^a	100	158
- Arbeitskräfte	4,1	- 0,3	- Arbeitskräfte	16	16,5
- Arbeitsproduktivität	43	42	- Arbeitsproduktivität	32	32
- Nationaleinkommen	47	41	- Beitrag z. Nationaleink.	53	53,6
Landwirtschaft			Bauwesen		
- Investitionen ^a	100	235	- Investitionen ^a	100	223
- Arbeitskräfte	- 6,1	-24,1	- Arbeitskräfte	14,8	24
- Arbeitsproduktivität	0	20	- Arbeitsproduktivität	91	33
- Beitrag z. Nationaleink.	- 6,4	- 9,5	- Beitrag z. Nationaleink.	119	65

Quelle: Anhang, Tab. 1 und 2, Statistická ročenka 1966, S.22f.

a) Investitionen 1956-60 in % der Jahre 1951-55 (= 100)

Obwohl im zweiten Fünfjahresplan mehr Investitionsmittel ausgegeben wurden als in den Jahren 1951-55 und die Beschäftigtenanzahl (außer der Landwirtschaft) schneller anstieg, wurde in dieser Periode ein langsames Wachstum des Nationaleinkommens erreicht. Sowohl die gesamten Investitionen als auch die Zahl der Arbeitskräfte in der Industrie und im Bauwesen waren höher als ursprünglich geplant. Somit wurde die wichtigste Planvoraussetzung nicht erfüllt, nämlich das Produktionswachstum vorrangig durch Steigerung der Arbeitsproduktivität zu erreichen, bei abnehmender Bedeutung der extensiven Wachstumsquellen - der Arbeitskräfte und Investitionen.

Wie aus der Tabelle hervorgeht, stieg nur in der Landwirtschaft die Arbeitsproduktivität in den Jahren 1956-60 schneller an als in den Jahren 1951-55.

Berücksichtigen wir jedoch, daß die Nettoproduktion der Landwirtschaft am Ende des Fünfjahresplans niedriger war als im Jahre 1955, so scheint die Arbeitsproduktivitätssteigerung nur darauf zurückzuführen zu sein, daß die Beschäftigtenzahl in der Landwirtschaft schneller abnahm als die Nettoproduktion¹. Das Arbeitskräfteproblem war auch die Hauptursache für das anhaltende Zurückbleiben der Landwirtschaft hinter der Industrie. Die wesentliche Erhöhung des Investitionsanteils der Landwirtschaft während des zweiten Fünfjahresplans konnte kurzfristig die langjährige Vernachlässigung dieses Bereichs und den Arbeitskräfterückgang nicht wettmachen.

Die Entwicklung in der Industrie war in einigen Bereichen der Schwerindustrie von Schwierigkeiten begleitet, die darauf deuten, daß entgegen der Planannahme das Problem der Rohstoffversorgung nicht gelöst werden konnte. Zwar erhielten die Brennstoff- und Energieindustrie überdurchschnittlich hohe Investitionsanteile, der steigende Bedarf an Energie konnte wegen der langen Gestationszeit der Investitionen und dem schnell wachsenden Energie- und Materialverbrauch jedoch nicht voll gedeckt werden. Bei der starken Senkung des Investitionsanteils der Metallurgie an den Industrieinvestitionen (von 19,9 % in 1951-55 auf 15,2 % in 1956-60) mußte der weiter steigende Materialverbrauch zu Disproportionen zwischen dem Bedarf an Metallurgieprodukten und seiner Deckung führen. Diese Lücke konnten die Chemieprodukte kaum füllen, denn die Chemieindustrie, der im zweiten Fünfjahresplan die bedeutende Rolle als Lieferant von Substituten für die Metallurgieprodukte zufallen sollte, erhielt in diesem Zeitraum einen wesentlich niedrigeren Investitionsanteil als in den fünf Jahren vorher. Auch der Maschinenbau sollte mit einem kleineren Investitionsanteil an den Industrieinvestitionen die steigende Nachfrage nach Investitionsgütern decken. Diese Aufgabe war vor allem deswegen schwierig, weil infolge der wachsenden Importabhängigkeit (Roh- und Brennstoffe, landwirtschaftliche Produkte) zunehmend mehr Maschinenbauprodukte exportiert werden mußten. Das inländische Angebot an Produkten des Maschinenbaus verringerte sich.

Die veränderte Nachfragestruktur der RGW-Handelspartner hatte den Vorteil, daß die Bedeutung der Gruppe Konsumgüter als Exportäquivalent zunahm und somit ein zusätzlicher Grund für eine Annäherung der Anteile der Konsumgüterindustrie und der Produktionsmittelindustrie in der tschechoslowakischen Industriestruktur vorhanden war. Zwar deutete die bessere Planerfüllung

1) Arbeitsproduktivität: $\frac{\text{Nettoproduktion}}{\text{Zahl der Beschäftigten}}$

bei der Produktion von Investitionseinrichtungen für die Konsumgüterindustrie und der Produktion von industriellen Konsumgütern als bei den Produkten für die Schwerindustrie auf einen solchen Trend hin, die weiter sinkenden Anteile der Textilindustrie, der Lederverarbeitung etc. an der Industrieproduktion sprachen jedoch dagegen. Wenn die lange vernachlässigte Konsumgüterindustrie der inländischen und ausländischen Nachfrage nachkommen sollte, hätte ihr leicht steigender Anteil an den Industrieinvestitionen in den folgenden Jahren weiter wachsen müssen.

Immerhin waren es in erster Linie die Konsumgüterindustriestämme, die die Senkung des Investitionskoeffizienten der Industrie in den Jahren 1956-61 bewirkten. Das weniger günstige Bild für die gesamte Wirtschaft - sinkende Investitionseffektivität im Vergleich mit den Jahren 1949 - 55 - war durch den höheren Investitionskoeffizienten im Bauwesen und der Landwirtschaft bedingt.

Nicht zuletzt diese Tatsache, daß für die Steigerung des Nationaleinkommens zunehmend mehr Investitionsmittel ausgegeben werden mußten, machte Veränderungen im Lenkungssystem unabdinglich, die sich vor allem in der Dezentralisierung der Investitionsentscheidungen niederschlugen.

Diese Reform des Lenkungssystems, die sich zuerst nur auf die Industrie und das Bauwesen beschränken sollte, brachte wichtige Ansätze zur Beseitigung von einigen Mißständen auf der Unternehmensebene. Durch materielle Anreize und erhöhte Eigenverantwortung sollten die Unternehmen an einer besseren Ausnutzung der Grundfonds, der Senkung des Materialsverbrauchs, realistischen Investitionsplänen etc. interessiert werden. Wie in dem nächsten Abschnitt gezeigt wird, konnte die eingeleitete Reform, unter anderem wegen der Mängel auf der zentralen Leitungsebene, die erwarteten Verbesserungen nicht bringen.

2. Die Investitionspolitik zwischen 1961 und 1965

2.1. Die Ziele des dritten Fünfjahresplans 1961 bis 1965

Die Richtlinien für den dritten Fünfjahresplan, die im Jahre 1958 ausgearbeitet wurden, gingen von der Situation am Ende des zweiten Fünfjahresplans aus: Die hohe Wachstumsrate des Nationaleinkommens ($1958/1957 = 7\%$), vor allem jedoch der Industrie (9%), führte zu einer optimistischen Einschätzung der künftigen Wachstumsmöglichkeiten, und der Plan der Produktionssteigerung wurde entsprechend hoch festgelegt. Eine neue Investitionswelle, eingeleitet 1959, war auf die Industrie konzentriert. Der Großteil der Investitionsvorhaben, die für die Jahre 1961 bis 1965 vorgesehen waren, sollte in den Anfangsjahren realisiert werden. Dabei wurde die Tatsache wenig berücksichtigt, daß der Anstieg der Industrieproduktion am Ende des zweiten Fünfjahresplans eine Folge der ersten Investitionswelle aus den Jahren 1950 bis 1951 war, und daß die tatsächlichen Produktionsbedingungen am Anfang des dritten Fünfjahresplans die optimistischen Planaufgaben nicht rechtfertigten.

Die Nichterfüllung des Plans (1956-60) in den Zweigen der Schwerindustrie deutete auf eine Verschärfung von alten Disproportionen in der Materialversorgung, die man ähnlich wie 1952-53 durch die neue Investitionswelle zu beseitigen versuchte. Aufgrund der Produktionssteigerung in den Jahren 1959 und 1960 wurden die in den Richtlinien vorgeschlagenen Planziele in dem endgültigen Planentwurf vom Jahre 1960 erhöht. Mit Rücksicht auf die beschränkten Möglichkeiten der Steigerung der Beschäftigtenzahl sollten die anspruchsvollen Aufgaben vorwiegend durch Steigerung der Arbeitsproduktivität sichergestellt werden. Die Voraussetzung dafür war die Modernisierung der Produktionsanlagen, die komplexe Ausnutzung und breitere Anwendung von Werkstoffen. Deswegen sollte im dritten Fünfjahresplan eine schnelle Entfaltung jener Branchen gesichert werden, die die Anhebung des technischen Niveaus entscheidend beeinflussen. Die wichtigste Rolle fiel dabei dem Maschinenbau zu, was eine entsprechende Steigerung der Metallurgie- und Energieproduktion erforderlich machte. Das rascheste Wachstum sollte in der Chemieindustrie erreicht werden. Wie im zweiten Fünfjahresplan stand also die Schwerindustrie im Vordergrund der wirtschaftlichen Anstrengungen. In ihrem Rahmen erhöhte sich im dritten Fünfjahresplan die Bedeutung der Metallurgie und der Chemieindustrie.

2.1.1. Produktionsziele

Tabelle 49: Die Produktionsziele im 3. Fünfjahresplan 1961-1965

1965/1960	Richtlin. Wachstum auf ...%	Plangesetz Wachstum auf ... %	Planziele ^a in Mrd Kčs 1961-65 (1956-60) ^b
Nationaleinkommen	-	142	226,6 (167)
Industrie (Bruttoproduktion)	151	156	342,4 (198)
Landwirtschaft	-	122,5	69,7 (60)
Bauwesen	-	192	77,6 (40)
Energieproduktion	158	161	10,7 (6)
Brennstoffe	129	132	20,8
Metallurgie	155	158	36,1
Maschinenbau	172	176	123,6 (64)
Chemie	186	197	18,2
Baustoffe	186	-	20,9
Nahrungsmittel	126	129	51,8
Verbrauchsgüterindustrie	123	126	-
davon: Textilindustrie	-	113	-

Quelle: "Směrnice třetí pětiletky" in: Plánované hospodářství 1959/11, S.806,
und "Zákon a 3. pětiletém plánu rozvoje" in: Plánované hospodářství
1960/12, S.882

a) errechnet mit Hilfe von Angaben im Anhang (Preise 1964), Tab. 1 und 6,
und des im Plangesetz festgelegten Wachstums

b) Tab. 23 im Text, S.87

Der Anteil der Industrie am gesellschaftlichen Gesamtprodukt sollte sich bis 1965 auf 70,5 % erhöhen, darunter der Anteil der Produktionsmittelerzeugung an der gesamten Industrieproduktion von 58,5 % (1959) auf 69 % (1965)¹. Das Wachstum des Nationaleinkommens sollte zu 86 % durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität erreicht werden² und u.a. auch durch die jährliche Senkung der Selbstkosten um 2,6 %³.

Sowohl für die Landwirtschaft als auch für die Konsumgüterindustrie war ein langsames Wachstum vorgesehen als im zweiten Fünfjahresplan. Die Aufgaben für den Maschinenbau wurden unter Berücksichtigung der Spezialisierungsab-sprachen mit den RGW-Partnern festgelegt: Die Tschechoslowakei sollte sich demnach vor allem auf die Produktion von elektrischen Lokomotiven, Wasser-turbinen und Maschinen für die Gummi- und Schuhindustrie spezialisieren.

1) Wessely, K.: Die Wirtschaft der ČSSR im Übergang zum 3. Fünfjahresplan, in: Osteuropa Wirtschaft, 1961/Nr.2, S.129.

2) Směrnice ÚV KSČ pro 3. pětiletku, in : Plánované hospodářství, 1959/ Nr.11, S.806ff.

3) ebenda

Tabelle 50: Das geplante Produktionswachstum von
Maschinenbauerzeugnissen 1960-65

	1965 in % von 1960
Energetische Einrichtungen	186
Einrichtungen für Chemie- und Gummiind.	340
Einrichtungen für Baustoffindustrie	304
Walzwerkseinrichtungen	174
Lokomotiven	275
Bearbeitungsmaschinen	186
Transporteinrichtungen	221

Quelle: "Směrnice...", a.a.O., S.807

2.1.2. Investitionsziele

In dem dritten Fünfjahresplan war ein um 59 % höheres Investitionsvolumen als im zweiten Fünfjahresplan vorgesehen. Den größten Teil davon sollte die Industrie erhalten. Die verfügbaren Angaben geben nur Hinweise auf den Investitionszuwachs gegenüber dem zweiten Fünfjahresplan in %, den Investitionsumfang in Mrd Kčs haben wir mit Hilfe der Tabelle 2 im Anhang errechnet. Der folgenden Übersicht wird ein Vergleich der geplanten Investitionsstruktur für die Jahre 1961 - 65 und der Struktur in den Jahren 1956 - 60 angeschlossen:

Tabelle 51: Die geplanten Investitionen für 1961-65 im Vergleich zu 1956-60

	Investitionen ^a 1961-65 in % 1956-60	Investitionen ^b 1961-65 Mrd Kčs	Investitionsstruktur ^c	
			1956-60 %	1961-65 %
Gesamte Wirtschaft	159	262,4	100	100
davon Industrie	188	124,9	40,3	47,6
Landwirtschaft	160	43,2	16,4	16,5
Bauwesen	138	6,7	3,0	2,6
Verkehr	175	29,2	10,1	11,1
Schul-, Kulturwesen	168	11,3	4,1	4,3
Gesundheitswesen	199	4,7	1,4	1,8
Übriges	-	42,4	24,7	16,1

Quelle: a) "Zákon o 3. pětiletce ...", a.a.O., S.883.

b) Errechnet nach Anhang, Tab.2 und Quelle a), Preise 1964

c) Errechnet nach Anhang, Tab.2 und Quelle b)

Innerhalb der Industrie sollte die Metallurgie im dritten Fünfjahresplan so viel an Investitionen bekommen, wie in den letzten zehn Jahren zusammen¹, d.h. nach unserer Berechnung 18,7 Mrd Kčs. Für dieses hohe Volumen sprachen sowohl das Zurückbleiben der Metallurgieproduktion hinter der des Maschinenbaus während des zweiten Fünfjahresplans als auch die steigenden Exportaufträge. Ähnlich wuchsen die Investitionsanforderungen an den Maschinenbau, dessen Produktion von Investitionsgütern gegenüber dem 2. Fünfjahresplan um 75 % und von Exportgütern in dem Zeitraum 1958-65 um 136 % steigen sollte. In der Chemieindustrie war das geplante Investitionsvolumen um 70 % höher als in den letzten fünf Jahren² (d.h. 7,7 Mrd Kčs).

2.2. Das Scheitern des dritten Fünfjahresplans

2.2.1. Schwierigkeiten bei der Planerfüllung

Schon im Jahre 1961 deutete die Nichterfüllung des Plans in der Brennstoff-, Chemie- und Energieindustrie sowie des geplanten Sortiments im Maschinenbau und der Eisenhüttenindustrie auf zu hoch gesetzte Planziele. Die landwirtschaftliche Produktion stieg nur um 1 % statt um die geplanten 7,1 %³. Das gesamte Bild der Planerfüllung fiel allerdings durch die Übererfüllung in der Verbrauchsgüterindustrie günstiger aus. Wie erwähnt, waren die Investitionsaufgaben auf die ersten zwei Jahre konzentriert, um die Engpässe aus der Vorperiode schnell zu beseitigen. Die zeitliche Nichtabstimmung der Bauarbeiten und Maschinenlieferungen verzögerte jedoch die Fertigstellung und Inbetriebnahme von Investitionsprojekten. Das betraf vor allem die zentralisierten Bauten, also Projekte in der Schwerindustrie. Der Investitionsplan wurde 1962 nur zu 90 % erfüllt; der Wert von nichtbeendeten Bauten betrug 6 Mrd Kčs⁴.

Wieder waren es die Rohstoffindustrien, deren Lieferungen hinter dem Bedarf nachhinkten. Die dadurch beeinträchtigte Maschinenbauproduktion reichte dann nicht aus, um die geplanten Lieferungen von Investitionsgütern zu gewährleisten. Die Lage wurde dadurch verschärft, daß die landwirtschaftliche Produktion sank und die Steigerung der Importe von landwirtschaftlichen Produkten auf Kosten von Rohstoffimporten ging. Statt der geplanten Zunahme der Industrieproduktion um 9 % im Jahre 1962 wurde nur ein 6 %iger Anstieg erreicht⁵.

1) Autorenkoll.: Ekonomika Československého průmyslu, Prag 1961, S.253.

2) ebenda.

3) Hinter dem eisernen Vorhang, 1962/III, S.34.

4) Hinter dem eisernen Vorhang, 1963/I, S.30.

5) ebenda.

Diese inneren Störungen führten zusammen mit einigen äußeren Einflüssen (Einstellung des Exports für China) Ende des Jahres 1962 zur Aufgabe des dritten Fünfjahresplans. In dem Dokument des ZK der KPTsch "Aussichten der weiteren Entwicklung unserer sozialistischen Gesellschaft"¹ wurde eine Empfehlung der Plenarsitzung vom 10. Juli 1962 angekündigt, statt des Fünfjahresplans einen besonderen Einjahresplan für 1963 auszuarbeiten, dem in den Jahren 1964 bis 1970 ein Siebenjahresplan folgen sollte.

In dem Referat auf dem XII. Parteitag am 4.12.1962 beschäftigte sich der Präsident Antonín Novotný näher mit der Situation der letzten Jahre, wobei er besonders auf die ungenügende Anerkennung der Bedeutung der Landwirtschaft und auf die Schwächen der Organisation im Investitionsbereich hinwies². Diese äußerten sich in der Aufnahme von Investitionsvorhaben in den Plan ohne eine entsprechende Vorbereitung der Projektierungs- und Konstruktionsarbeiten. Die verspätete Inbetriebnahme von neuen Kapazitäten verursachte ein Einfrieren von Milliardenwerten.

Die Regierung beschloß eine radikale Senkung des Investitionsumfanges. Die geplanten Investitionen für das Jahr 1963 lagen um 6 % niedriger als im Jahre 1962. Die tatsächliche Investitionsenkung betraf die Landwirtschaft und das Bauwesen stärker als die Industrie:

Tabelle 52: Investitionsentwicklung in den Jahren 1961 bis 1964
in % des Jahres 1961

	1961	1962	1963	1964
Produktive Investitionen	100	98	87	87
Industrie	100	105	95	93
Landwirtschaft	100	87	75	75
Bauwesen	100	81	54	62

Quelle: Anhang, Tab.2

1) Veröffentlicht in "Rudé Právo" am 16.10.1962.

2) Hinter dem eisernen Vorhang, 1963/I, S.28.

Die Investitionen in die einzelnen Industriezweige wurden folgendermaßen gekürzt:

Tabelle 53: Investitionskürzung^a in der Industrie im Jahre 1963

	1963 in % v. 1962
Energie	94
Metallurgie	84
Maschinenbau	97
Chemie	85
Baustoffe	76
Holzverarbeitung	86
Textil und Bekleidung	92
Nahrungsmittel	73
Papier	72

Quelle: Anhang, Tab.8

a) Die Investitionen in der Brennstoffindustrie wurden nach einer Kürzung von 18 % (im Jahre 1962) im Jahre 1963 wieder erhöht.

Die Kürzung von Investitionsmitteln war nur einer der Eingriffe in die Investitionstätigkeit, die mit der Notwendigkeit der Stärkung der zentralen Investitionslenkung begründet wurde, weil "die autonome Festlegung des Umfangs und Inhalts des dezentralisierten Investitionsaufbaus zur Nichteinhaltung der Planproportionen ... zum Nachlassen der Kontrolle und Disziplin ... und einem niedrigen Effekt der ausgegebenen Investitionsmittel führte"¹. Zur dringlichsten Aufgabe wurde die Beendigung der im Bau befindlichen Vorhaben und die Einschränkung der Zahl der neu angefangenen Projekte auf 30 - 40 % des bisherigen Standes². Alle "größeren Bauten" sollten künftig zentral gebilligt und für die übrigen mehr verbindliche Kennziffern eingeführt werden.

Im Jahre 1963, in dem eine feste Ausgangsbasis für den kommenden Siebenjahresplan geschaffen werden sollte, kam es jedoch statt der gewünschten Verlangsamung des Wachstumstempos zu einem Stillstand; das Nationaleinkommen erreichte nicht einmal das Niveau des Vorjahrs³.

Noch innerhalb des Jahres 1963 erfolgte eine weitere Reduktion der Planziele, deren Nichterfüllung dann auch die Realisierung des reduzierten Investitionsplans unmöglich machte. Verspätete Lieferungen von Maschinen und Einrichtungen, Zersplitterung der knappen Baukapazitäten und fehlende

1) Johanovský, K.: Zabezpečit hlavní úkoly v investiční výstavbě, in: Plánované hospodářství 1963/4, S.5.

2) Bělohávek, I.: Jak dál v investiční výstavbě, in: Nová mysl. 1964/4, S.477.

3) Siehe Anhang, Tab.1.

Arbeitskräfte verursachten eine immense Steigerung der Zahl der unvollendeten Bauten, was auch eine Verteuerung des Endpreises der Investitionen mit sich brachte.

Beispiel:

	Investitionsaufgabe Vorbereitungsdokumentation	Ergebnisse
Investitionskosten in %	100	114
Bruttoproduktion in %	100	78
Produktion/1 Kčs Investition	1,38	0,92
Selbstkosten/1 Kčs Produkt.	0,82	0,94

Quelle: Porvazník, J.: Rychlejší uvádění kapacit do prevádzky, S.9,
in: Plánované hospodárství 1963/10

Im Jahre 1963 wurden Investitionen im Wert von 4 Mrd Kčs nicht realisiert. Während im Jahre 1961 auf 29,6 Mrd Kčs realisierter Investitionen unvollendete Bauten im Werte von 35,2 Mrd Kčs entfielen, war das Verhältnis im Jahre 1963 26,9 zu 40,8 Mrd Kčs¹. Man sprach in dem Zusammenhang von Investitionsüberhängen aus vergangenen Perioden und von Investitionsruinen, d.h. Investitionsvorhaben, die wegen der gekürzten Mittel nicht abgeschlossen werden konnten. Die Grundlagen dieses übermäßigen Rückstandes in der Fertigstellung von Investitionsprojekten wurden Anfang der fünfziger Jahre mit der ersten Investitionswelle gelegt: Nach dem Baubeginn von umfangreichen Projekten stagnierten, entgegen den ursprünglichen Zielsetzungen, die Lieferungen von Maschinen und Bauarbeiten. Die durchschnittliche Baudauer verlängerte sich von 5 auf 9 - 10 Jahre. Nach Einholen des Rückstands Ende der fünfziger Jahre wiederholten sich dieselben Folgen bei der zweiten Investitionswelle. Die Investitionsmittel blieben sowohl in den unvollendeten Bauten als auch in den zahlreichen neuen Kapazitäten gebunden, die nicht voll ausgelastet waren. Für diese nach dem Motto "Investieren um jeden Preis" entstandenen Kapazitäten fehlten Arbeitskräfte, und die Absatzmöglichkeiten verschlechterten sich mit den sinkenden Investitionen in den Abnehmerzweigen. Das galt vor allem für verschiedene Branchen des Maschinenbaus, wo bei wichtigen Erzeugnissen der Produktionsumfang um ca. 30 % unter das Niveau des Vorjahrs sank².

1) Bělohávek, a.a.O.

2) Vachel, J., in: Analýsa vývoje československého hospodárství, Prag 1965, S.84.

Die Maßnahmen des Jahres 1963 vermochten die Folgen der Investitionspolitik der ersten Jahre des 3. Fünfjahresplans nicht zu entschärfen. Die großen Schwankungen der Investitionen innerhalb eines kurzen Zeitraums (der Investitionszuwachs 1960/1959 betrug 12 %, der Investitionsrückgang 1963/1962 betrug 11 %) mußten unter den Bedingungen des schwer anpassungsfähigen Wirtschaftssystems zu einer Störung des gesamten Produktionsprozesses führen, die nicht kurzfristig zu beheben war. Statt in dem "Konsolidierungsjahr" 1963 Voraussetzungen für den Auftakt zum Siebenjahresplan zu schaffen, wurde dieser aufgegeben. In den nächsten zwei Jahren 1964 und 1965 (analog wie 1954 und 1955), die als Übergangszeit bis zum vierten Fünfjahresplan 1966-1970 galten, wurden nur Jahrespläne aufgestellt.

Am 22.1.1964 verabschiedete das ZK der KPTsch eine Resolution über "Maßnahmen zur Entwicklung der Wirtschaft und zur Sicherung des Lebensstandards"¹. Der direkte Anlaß dafür war das rasche Wachstum des monetären Konsumfonds und ein daraus resultierender Kaufkraftüberhang der Bevölkerung. Die Resolution betonte die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und jener Zweige der Schwerindustrie, deren Lieferungen für die nachfolgenden Zweige bisher ungenügend waren. Die geplanten Maßnahmen fanden in folgenden Aufgaben für das Jahr 1964 ihren Ausdruck:

Tabelle 54: Planaufgaben 1964 und geplante Investitionen

	1964/63 Wachstum auf ... %	Investitionen 1964 Mill Kčs
Nationaleinkommen	101,4	
Gesellschaftl. Gesamtprodukt	103,6	
Privatverbrauch	102,3	
Investitionen	114,6	-
Grundfonds-Zuwachs (einschl. unfertige Bauten)	124,6	-
Industrieproduktion	103,6	-
Landwirtschaft	106,5	10 109
Chemieproduktion	109,2	2 833
Hüttenwesen	105,7	4 674
Maschinenbau	103,3	-
Energie und Brennstoffe	-	7 469

Quelle: Hinter dem eisernen Vorhang, 1964, Nr.1, S.31f.

1) Hinter dem eisernen Vorhang, 1964/1, S.11.

Es gelang dann, den Plan in der Industrie zu erfüllen, die Landwirtschaft blieb jedoch mit 6 % hinter dem Plansoll zurück. Der Investitionsplan wurde zu 98 % erfüllt. Das gesellschaftliche Gesamtprodukt stieg um 2 %, das Nationaleinkommen blieb auf dem Niveau des Jahres 1963. Diesen Ergebnissen entsprechend wurden bescheidene Ziele für das Jahr 1965 festgelegt: Die Industrieproduktion sollte um 5,9 %, die der Landwirtschaft um 1,3 % und das Nationaleinkommen um 4 % wachsen. Die geplante Steigerung der Investitionen betrug 6,7 %, des Konsums 4,3 %. Innerhalb der Industrie sollte die Maschinenbauproduktion am schnellsten wachsen (8,8 %), gefolgt von der Chemie (7,3 %) und der Metallurgie (6,8 %) ¹.

Außer in der Landwirtschaft wurden die Planziele des Jahres 1965 erreicht.

2.2.2. Auswertung der Ursachen für das Scheitern des 3. Fünfjahresplans

Wie einleitend bemerkt, wurden schon in der Phase der Planaufstellung Fehler gemacht, die auf einer falschen Einschätzung der Wachstumsmöglichkeiten der Wirtschaft Anfang der sechziger Jahre beruhten. Die hohen Wachstumsraten am Ende des 2. Fünfjahresplans waren hauptsächlich auf den Beitrag neuer Kapazitäten und die einmalig wirkende Mobilisierung von Produktionsreserven, hervorgerufen durch das gestiegene materielle Interesse der Unternehmen, zurückzuführen. Eine Veränderung dieser Bedingungen in den folgenden fünf Jahren wurde in den Planzielen kaum berücksichtigt. Die umfangreichen Investitionsvorhaben sollten in den ersten zwei Jahren des Fünfjahresplans in Angriff genommen werden, wurden jedoch mangelhaft vorbereitet. Vor allem waren die Investitionspläne ungenügend mit den Produktionsmöglichkeiten der Lieferanten von Investitionsgütern und ihrer Zulieferer sowie mit den verfügbaren Arbeitskräften abgestimmt.

Diese durch den Plan bedingten Schwierigkeiten wurden bei der Plandurchführung durch das investitionsfreudige Verhalten der Unternehmen verschärft. Das über die materiellen Anreize stimulierte Investieren "um jeden Preis" trug dazu bei, daß zahlreiche Investitionsvorhaben zwar angefangen aber nicht vollendet werden konnten, und somit ein großer Teil der Investitionsmittel und auch Arbeitskräfte in diesen Bauten gebunden blieb.

1) Außenhandel der Tschechoslowakei, 1965/3, S.6f. und Hinter dem eisernen Vorhang 1964/VII, VIII, S.135.

Obwohl die Plandurchführung von Anfang an von Schwierigkeiten begleitet wurde, erfolgte eine Plankorrektur erst im Jahre 1963, also zu spät, um den Fünfjahresplan als ganzes noch aufrechterhalten zu können.

All diese Faktoren machten eine Verlangsamung des Wachstumstempos unumgänglich. Somit wiederholte sich eine ähnliche Situation wie um das Jahr 1953, nur mit dem Unterschied, daß in den Konsolidierungsjahren 1964/65 im Gegensatz zu 1954/55 die Produktion von Produktionsmitteln betont wurde.

Sind diese Zyklen eine Gesetzmäßigkeit in einer sozialistischen Wirtschaft? Wenn wir die Wachstumsraten in der Tschechoslowakei mit denen der UdSSR, Bulgariens, Rumäniens, Jugoslawiens vergleichen¹, sehen wir, daß in diesen Ländern die Schwankungen schwächer waren. Daraus ist zu entnehmen, daß in einem Industrieland, abhängig vom Außenhandel, eine falsche Einschätzung der Wachstumsmöglichkeiten tiefgreifendere Folgen hat.

Zwischen den Wachstumszielen und dem geltenden System der Leitung und Planung bzw. der diesem System eigenen Orientierung auf bestimmte Wachstumsfaktoren besteht ein enger Zusammenhang. Im Rahmen des zentralisierten Leitungssystems, in dem das wichtigste Entwicklungskriterium die Produktionssteigerung in der Schwerindustrie ist, galten die Erweiterungsinvestitionen als der Hauptwachstumsfaktor. Der subjektive² Charakter der Entscheidungen über ihr Ausmaß und ihre Allokation war bedingt durch das Fehlen von ökonomischen Mechanismen, deren Wirkung sowohl in der Phase der Planvorbereitung als auch während seiner Durchführung die Entscheidungen der Planer beeinflusst hätte. Der Subjektivismus lag in der Kurzfristigkeit der Überlegungen und ihrem Wunschcharakter: Wie der dritte Fünfjahresplan bewies, wurde bei seiner Vorbereitung von der Situation der unmittelbar vorhergehenden Jahre ausgegangen, die Ziele wurden jedoch nicht an die künftigen Möglichkeiten der Arbeitskräfteversorgung und die Entwicklung von Bau- und Maschinenbaukapazitäten angepaßt. Die Aufgaben in den Lieferanten- und Abnehmerzweigen wurden ungenügend koordiniert.

Die Abstimmung zwischen Produktionsaufgaben und Investitionsvolumen erfolgte erst, wenn die Diskrepanz zwischen den Zielen und tatsächlichen Möglichkeiten spürbare Ausmaße erreichte. Dieser notwendige Eingriff verursachte jedoch

1) Goldmann, J.: Tempo růstu a opaakující se výkyvy v některých socialistických zemích, in: *Plánované hospodářství*, 1964/09, S.12.

2) D.h., daß man sich über objektiv gegebene Tatsachen, wie die Baukapazitäten, Möglichkeiten der Rohstoffversorgung usw., hinweggesetzt hat.

zu diesem Zeitpunkt Verluste (Abbrechen von Investitionsprojekten, Verlangsamung der Bauzeiten und somit das Einfrieren von ausgegebenen Mitteln), die die "weniger wichtigen" Bereiche (z.B. die modernisierungsbedürftigen Zweige der Leichtindustrie) zu tragen hatten. Die notwendige Beibehaltung und Nutzung von veralteten Produktionsanlagen, die viele Arbeitskräfte banden, wirkte bremsend auf die angestrebte Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Spätestens Anfang der sechziger Jahre hat es sich also gezeigt, daß die Beibehaltung des extensiven Entwicklungsweges - d.h. das Erreichen von hohen Zuwachsraten des Nationaleinkommens durch umfangreiche Neuinvestitionen, die einen hohen Material- und Arbeitskräfteeinsatz erfordern - mangels Reserven zu großen Wirtschaftsverlusten führen mußte. Die Nichtberücksichtigung der Wachstumsgrenzen¹ war die Hauptursache des Verlustes des wirtschaftlichen Gleichgewichts im Jahre 1963.

2.3. Die Beurteilung der Jahre 1961 - 1965 insbesondere im Hinblick auf die Investitionseffektivität

Vergleichen wir zunächst:

Tabelle 55: Einsatz von Produktionsfaktoren und ihr Effekt in der Periode 1961-65 und 1956-60

	Veränderung 1956-60	Veränderung 1961-65
Arbeitskräfte in der produktiven Sphäre in %	- 0,4	2,5
Produktive Investitionen in Mrd Kčs ^a	120,2	160,5
Grundfondszuwachs in %	37,0	37,0
Nationaleinkommenszuwachs in %	41,0	10,0
Steigerung der Arbeitsproduktivität in %	42,0	8,0
Steigerung des Privatkonsums in %	36,5	16,0

Quelle: Anhang, Tab. 2, 1, Statistická ročenka, 1966, S.23f. und 172.

a) Gesamtausgaben während der fünf Jahre

1) vgl. Kapitel 2.3.3., Teil I, S.57f.

Aus der Tabelle geht eindeutig hervor, daß in der Periode 1961 - 65, trotz des höheren Einsatzes von Arbeitskräften und Investitionen, die Arbeitsproduktivitätssteigerung niedriger und die Zunahme des Nationaleinkommens und des Privatverbrauchs kleiner waren als in den Jahren 1956-60. Das gesellschaftliche Gesamtprodukt wuchs schneller als das Nationaleinkommen (um 10 Prozentpunkte), der Produktionsverbrauch (mit 27 %) schneller als die Produktion (mit 20 %). Diese Verschlechterung der Input-Output-Relationen, die wir im weiteren Text an der Entwicklung der Investitionskoeffizienten demonstrieren, zeugt von Verschwendungen im produktiven Bereich in den Jahren 1961-65.

Der Privatkonsum, der entsprechend der niedrigen Zuwachsrate des Nationaleinkommens langsamer als in der Vorperiode anstieg, wuchs jedoch schneller als das Nationaleinkommen selbst. Dies wurde ermöglicht durch die Investitionsenkung in den Jahren 1962 und 1963, welche durch den sinkenden Anteil der Akkumulation am Nationaleinkommen bis zum Ende des beobachteten Zeitraums begleitet wurde:

Tabelle 56: Der Anteil des Konsums und der Akkumulation am Nationaleinkommen 1961-65

	1961	1962	1963	1964	1965
Akkumulation	21,8	20,1	15,2	14,1	13,5
Konsum	78,2	79,9	84,8	85,9	86,5
Nationaleinkommen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Statistická ročenka 1966, S.25 (Preise 1960)

Diese Tendenz, und vor allem das schnellere Wachstum des Konsums als des Nationaleinkommens, warf die Frage auf, ob "wir über unsere Verhältnisse leben"¹. Höhere Konsumansprüche waren nur auf Kosten der Akkumulation zu befriedigen.

Im Kapitel 1.3.3. (I. Teil) wurde über die obere Grenze der Akkumulationsquote bzw. des Investitionsvolumens gesprochen, die einerseits durch ein bestimmtes Niveau des nicht produktiven Verbrauchs und andererseits durch das vorhandene Arbeitskräftepotential, die Rohstoffgrundlage (und die Möglichkeiten der Rohstoffbeschaffung über Importe) und die Kapazitäten im

1) Goldmann, J.: Leben wir über unsere Verhältnisse?, in: Neue Richtungen in der tschechoslowakischen Ökonomik, 1966/3, S.81f.

Bauwesen und Maschinenbau gegeben ist. Eine Überschreitung dieser Grenze führt zwangsläufig zur Senkung der Akkumulationsrate, die nur bis zu einer bestimmten unteren Grenze gehen darf, soll das Nationaleinkommen nicht absolut sinken. Diese Grenzen bzw. das mögliche Investitionsvolumen hängen aber zum großen Teil auch von der Investitionsstruktur und von dem Grad der Ausnutzung und dem technischen Niveau der Grundfonds ab. Diese Abhängigkeit wollen wir im Zusammenhang mit der Auswertung der Investitionseffizienz in der Periode 1961-65 untersuchen. (Je höher die Investitionseffektivität, desto höher liegt die obere und desto tiefer die untere Grenze.)

Nehmen wir wieder die Investitionskoeffizienten zur Hilfe, die wir für die Jahre 1962 - 65 (d.h. als Verhältnis der produktiven Investitionen in den Jahren 1961 bis 1964 zu dem Zuwachs des Nationaleinkommens in den Jahren 1962 bis 1965) berechnet haben.

Die Ergebnisse zeigen die höchsten IK in dem untersuchten Zeitraum von achtzehn Jahren: Gesamte Wirtschaft: 22,08, Industrie: 6,07, Landwirtschaft: - 8,91, Bauwesen: 6,44¹. Der übermäßig hohe gesamte IK ist vor allem der Landwirtschaft zuzuschreiben². Im Vergleich mit den Jahren 1956-61 vervierfachte sich jedoch auch der IK der Industrie, der IK des Bauwesens wuchs sogar zehnfach. Letztere Angabe spiegelt die ungleichmäßige Investitionsentwicklung im Bauwesen wider: Während im Jahre 1961 das Investitionsvolumen das höchste Niveau erreichte (1 523 Mill Kčs), sank es im Jahre 1963 unter das Niveau des Jahres 1957 (819 Mill Kčs) und wuchs 1964 nur geringfügig (938 Mill Kčs)³.

Die Beschäftigtenzahl im Bauwesen sank in den Jahren 1963 und 1964 und stabilisierte sich im Jahre 1965 auf dem Niveau des Jahres 1961. In der Industrie wuchs sie zwischen 1961 und 1965 um 6 %, in der Landwirtschaft sank sie um 9 %.

Der Anstieg des Kapazitätseffekts in der Periode 1962 - 1965 (Tab.4 im Anhang) konnte die Steigerung des IK nicht verhindern⁴. Das Verhältnis des

1) Anhang, Tab.3.

2) Die Nettoproduktion der Landwirtschaft sank von 1962 bis 1965 um etwa 2 Mrd Kčs, wodurch sich der negative Koeffizient ergab. Für die Gesamtwirtschaft fiel der IK deswegen so hoch aus, weil den Investitionsausgaben der Jahre 1961-64 ein um die Abnahme der landwirtschaftlichen Nettoproduktion verringerter Zuwachs des Nationaleinkommens (1962-65) gegenüberstand.

3) Anhang, Tab.2.

4) In den offiziellen Angaben über den Grundfondszuwachs 1961-65 war zum Teil auch der Wert der unvollendeten Bauten eingeschlossen, die natürlich eine produktive Nutzung nicht erlaubten.

Grundfondszuwachses (1962-65) und des Investitionsvolumens (1961-64) fällt wahrscheinlich deswegen günstig aus, weil die Investitionen aufgrund der Kürzung in den Jahren 1962 und 1963 niedrig waren und der Grundfondszuwachs auf die Investitionen vor 1961 zurückzuführen ist.

Aus dem Vergleich des Wachstums der Arbeitsproduktivität und der Grundfondsausstattung pro Beschäftigten, den wir als Indikator des Rationalisierungseffekts benutzen, geht hervor, daß der sinkende Rationalisierungseffekt zur Steigerung des IK beitrug (siehe Anhang, Tab.5).

In der Landwirtschaft wuchs die Arbeitsproduktivität nicht nur langsamer als die Grundfondsausstattung, sondern auch ihr Niveau war im Jahre 1965 niedriger als im Jahre 1961. Das ist, wie auch in den vergangenen Jahren, damit zu erklären, daß die Investitionen in die Landwirtschaft den anhaltenden Abgang der Arbeitskräfte¹ nicht auszugleichen vermochten, so daß die Nettoproduktion von Jahr zu Jahr (mit Ausnahme 1964) sank. Weiter läßt der sinkende Rationalisierungseffekt in allen Sektoren auf ein niedriges technisches Niveau der Grundfonds und eine niedrige Auslastung der neuen Kapazitäten schließen.

Eine zusätzliche Erklärung für den erhöhten globalen IK bietet der schnellere Anstieg des Produktionsverbrauchs als des gesellschaftlichen Gesamtprodukts; dessen Anteil am Gesamtprodukt wuchs von 54 % im Jahre 1961 auf 58 % im Jahre 1965². Schauen wir uns nun die Entwicklung des IK in einzelnen Industriezweigen an.

Tabelle 57: Investitionskoeffizienten der Industriezweige und deren Anteile an den gesamten Industrieinvestitionen und der Industrieproduktion 1956-65

	IK		Investitionen		Nettoproduktion	
	1956-61	1962-65	56-61	62-65	56-61	62-65
Industrie	1,49	6,03	100	100	100	100
Energie	4,41	7,02	15,3	12,0	4,9	5,3
Brennstoffe	3,24	5,72	18,2	14,2	9,4	9,3
Metallurgie	3,18	13,70	15,6	17,9	9,3	8,5
Maschinenbau	0,53	1,69	16,3	18,2	32,3	36,3
Chemie	0,86	1,52	7,2	10,2	7,5	-
Baustoffe	1,08	40,95	7,6	7,1	8,0	7,7
Holzverarbeitung	1,61	- 1,99	1,7	1,6	5,2	3,8
Textil	0,65	10,30	3,2	3,2	11,3	9,9
Lederverarbeitung	0,49	1,86	1,3	1,4	3,6	3,6
Nahrungsmittel	1,73	8,11	4,6	4,9	6,7	5,8
Papier	1,65	5,10	1,7	2,0	2,9	2,7

Quelle: Anhang, Tab. 7, 8, 9

1) Die Altersstruktur der Beschäftigten wurde zunehmend ungünstiger.

2) Anhang, Tab.1.

Der IK stieg in den Jahren 1962-65 in allen Zweigen, am stärksten in der Baustoffindustrie¹, der Metallurgie, der Nahrungsmittel- und Textilindustrie. Der minimale Zuwachs der Nettoproduktion der Baustoffindustrie (im Vergleich zu dem hohen Investitionsumfang in den Jahren 1961 und 62) hing wohl mit der drastischen Investitionssenkung in der gesamten Industrie im Jahre 1963 zusammen, die die Nachfrage nach Baustoffen senkte.

Suchen wir die Steigerung des gesamten IK der Industrie durch Änderungen in der Investitionsstruktur zu erklären, dann können wir einen direkten Einfluß nur bei der Metallurgie und der Nahrungsmittel- und Papierindustrie feststellen, deren Anteil an Industrieinvestitionen wuchs, jedoch an der Industrieproduktion sank, so daß ihr IK mehr als vierfach anstieg.

Der wachsende IK kann auch als Folge der anhaltend niedrigen Investitionsanteile einiger Zweige interpretiert werden die sich letztlich in den abnehmenden Produktionserträgen auswirkten. Im Vergleich mit den Jahren 1956-60 sank auch der Kapazitätseffekt² in den meisten Zweigen mit Ausnahme der Energie-, Brennstoff- und Textilindustrie. Während dieser 1956-60 in der Chemie- und Baustoffindustrie 1,2 betrug, sank er in den Jahren 1961-65 auf 0,71. In der Nahrungsmittelindustrie sank der Kapazitätseffekt von 0,94 auf 0,52, in der Textilindustrie "stieg" er auf 0,55. Für den anhaltend niedrigen Kapazitätseffekt in der Leichtindustrie bieten sich drei Erklärungen an:

- a) Den Investitionen liegen Preise von 1964, den Grundfonds Preise von 1955 zugrunde. Angenommen, die Preise für Investitionsgüter der Leichtindustrie waren 1964 höher als 1955, dann wäre der niedrige Kapazitätseffekt auf diesen Preisunterschied zurückzuführen.
- b) Während die Investitionen in der Schwerindustrie überwiegend Erweiterungscharakter hatten, handelte es sich in der Leichtindustrie eher um Rationalisierungsinvestitionen im Rahmen der bestehenden Kapazitäten. Folglich war der Grundfondszuwachs in der Schwerindustrie, wo der Wert der neuen Bauten einen großen Anteil hatte, größer.
- c) Die Durchführung von Investitionen wurde vorwiegend in der Leichtindustrie verschleppt, die Investitionsmittel wurden in den unvollendeten Projekten "eingefroren".

- 1) Der IK der Baustoffindustrie dürfte durch die früher erwähnten Schwierigkeiten bei der Berechnung der Nettoproduktion beeinflusst sein.
- 2) Der Berechnung liegen andere Preise (von 1955) zugrunde als bei dem Kapazitätseffekt der gesamten Industrie (Preise von 1960, Tab.4, Anhang); eigene Berechnung.

Der Autor neigt dazu, dem unterschiedlichen Investitionscharakter in der Schwer- und der Leichtindustrie (Punkt b) den größeren Erklärungswert zuzuschreiben. Wahrscheinlich handelte es sich in der Leichtindustrie zum großen Teil um Investitionen mit Ersatzcharakter. Die Generalreparaturen (kein Bestandteil der Neuinvestitionen) sollten zwar aus den Abschreibungen finanziert werden, wurden jedoch zum Teil aus den Mitteln für Neuinvestitionen finanziert, weil die Abschreibungen der veralteten Grundfonds zu niedrig waren. Andererseits handelte es sich bei den aus dem Abschreibungsfonds finanzierten neuen Maschinen oft um keine echten Ersatzinvestitionen, weil die veralteten, längst abgeschriebenen Maschinen weiter im Produktionsprozeß blieben.

Weiter stellt sich die Frage, wie sich der als Relation des Wachstums der Arbeitsproduktivität und der Grundfondsausstattung pro Arbeitskraft errechnete Rationalisierungseffekt der Investitionen auf den IK der Industrie ausgewirkt hatte. In der gesamten Industrie wuchs in den Jahren 1961 - 65 die Arbeitsproduktivität langsamer als die Ausstattung mit Grundfonds. Dasselbe galt für die Metallurgie¹, für die Brennstoff-, Chemie-, Holzverarbeitungsindustrie und Papierindustrie. In allen Industriezweigen war der Rationalisierungseffekt niedriger als in den Jahren 1956-60. Das heißt, daß die wachsende Ausstattung der Beschäftigten mit Grundfonds (wachsende Kapitalintensität) eine geringere Steigerung der Arbeitsproduktivität zur Folge hatte als in der vorherigen Periode. Das wirft neben der Frage des technischen Niveaus der Grundfonds die Frage auf, wie stark die neuen Kapazitäten ausgelastet waren. Es ist anzunehmen, daß die Investitionskürzung in den Jahren 1962 und 1963 (besonders in der Metallurgie, der Chemie- und Baustoffindustrie) und die niedrigen Investitionen in den darauffolgenden Jahren eine ungenügende Auslastung der Produktionskapazitäten zur Folge hatten.

Ergänzend ist zu sagen, daß sich die Investitionseffektivität in der Industrie auch unter dem Einfluß der steigenden Anteile des Produktionsverbrauchs an der Bruttoproduktion verschlechterte: Dieser Anteil stieg in der ganzen Industrie von 48,6 % auf 52,3 % (1961, 1965), in der Metallurgie von 56,2 auf 60,3 %.

Die Jahre 1961 - 65 gehörten wegen der niedrigsten Investitionseffektivität in allen Bereichen zu den schlechtesten während der gesamten achtzehnjährigen Periode.

1) Siehe Anhang, Tab.10.

2.4. Die verschlechterte Wirtschaftslage der Tschechoslowakei im Spiegel der Außenhandelsentwicklung in den Jahren 1961 bis 1965

Wenn wir davon ausgehen, daß in einem vom Außenhandel abhängigen Land die Ausweitung der Handelsbeziehungen bzw. das Wachstum des Außenhandelsumsatzes ein wichtiges Kriterium der Wirtschaftsprosperität ist, so lassen sich diesbezüglich für die Periode des dritten Fünfjahresplans keine erfreulichen Schlußfolgerungen ziehen. Bei dieser Behauptung stützen wir uns erstens auf die Angaben über die Entwicklung des Außenhandelsumsatzes, der langsamer als in der vorangegangenen Periode der Jahre 1956 bis 1960 gewachsen war, weiter auf die spärlichen Ergebnisse der Integrationsbestrebungen innerhalb des RGW und letztlich auf die Verschlechterung der terms of trade mit den westlichen Handelspartnern.

Tabelle 58: Das Wachstum des Außenhandelsumsatzes in den Jahren 1955- 60 und 1960 - 65 in %

	1960 in % von 1955	1965 in % von 1960
Umsatz insgesamt	168	143
mit sozialistischen Staaten	172	146
mit kapitalistischen Staaten	159	136

Quelle: Errechnet nach Statistická ročenka, 1966, S.40f.

Die ersten Erfahrungen auf dem Gebiet der Arbeitsteilung innerhalb des RGW wurden in den dem dritten Fünfjahresplan vorangegangenen Jahren gemacht, als die Forderungen nach vertiefter Spezialisierung in die Versuche um die Koordinierung der Wirtschaftspläne der Mitgliedsländer mündeten. Mehr als nur einzelne Vereinbarungen über gemeinsame Projekte wurde jedoch nicht erreicht. Bei der Koordinierung der Wirtschaftspläne für die Jahre 1961 bis 1965 wurde nur darin ein Fortschritt erzielt, daß langfristige Abkommen über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rohstoffversorgung, Energieerzeugung und des Verkehrswesens abgeschlossen wurden. Sonst handelte es sich lediglich um die Koordinierung der Entwicklungspläne der gesamten Volkswirtschaft oder ganzer Wirtschaftszweige. Besonders kraß im Vergleich mit den Ansprüchen des Koordinierungsprogramms wirkt die Tatsache, daß die "Planabstimmung" der Mitgliedsländer erst nach der Festlegung und Billigung der volkswirtschaftlichen Pläne in den einzelnen Ländern erfolgte, bzw. daß erst über fertige Entwicklungspläne diskutiert wurde.

Bei den Beratungen der Repräsentanten der Kommunistischen Parteien der Mitgliedsstaaten in den Jahren 1962 und 1963 wurde an dem bisherigen praktischen Vorgehen Kritik geübt und auf dieser Grundlage wurden neue Forderungen bezüglich der Plankoordinierung für die Jahre 1966 bis 1970 gestellt¹. Diese sollte sich statt mit Teilfragen vor allem mit den volkswirtschaftlichen Proportionen befassen; d.h. in der Phase der Aufstellung der nationalen Pläne sollte entsprechend der beabsichtigten Aufteilung der Produktivkräfte im Rahmen des RGW die Produktionsstruktur der Länder beeinflusst werden. Für diese Periode bis 1970 "wurde die Notwendigkeit betont, auch die Koordinierung der Investitionen, die Beurteilung der realen Tragbarkeit der Höhe der Akkumulationsfonds in den einzelnen Staaten vorzunehmen"². Auch die Errichtung gemeinsamer Unternehmen, Forschungs- und Projektionsstellen wurde erwogen.

Die Verwirklichung dieser anspruchsvollen, in den Publikationen wenig konkret behandelten Ziele ist nicht mehr unser Untersuchungsgegenstand. Für die Zeit bis 1965 konnten wir keine wesentlichen Änderungen auf dem Gebiet der osteuropäischen Wirtschaftsintegration feststellen. Der Grad der Arbeitsteilung bzw. der Produktionsspezialisierung war weiterhin sehr niedrig, vor allem im Vergleich mit der westlichen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft: Am Beispiel von G. Apetauer³ sehen wir, daß im Jahre 1965 der Export der Mitgliedsländer des RGW 10 % des Nationaleinkommens, der Länder der EWG jedoch 25 - 30 % betrug. Für die Tschechoslowakei lag die Exportquote bei 11 % bzw. für Export in die sozialistischen Länder bei 8 %⁴. In beiden Ländergruppen war der wechselseitige Austausch von Produkten des Maschinenbaus am intensivsten, wuchs jedoch schneller innerhalb der EWG.

Tabelle 59: Vergleich des Wachstums der Produktion von und des Handels mit Maschinenbauprodukten in dem RGW und der EWG, 1958 - 1963

	1963 in % von 1958	
	RGW	EWG
Maschinenbauproduktion	194	145
Gesamthandel mit Maschinenbauprodukten	203	206
Wechselseitiger Handel mit Maschinenbauprod.	234	288

Quelle: G. Apetauer: Einige Vergleiche, a.a.O., S.11

- 1) Platzer, R.: Die Koordinierung der Volkswirtschaftspläne der Mitgliedsstaaten des RGW, in: Neue Richtungen in der tschechoslowakischen Ökonomik, Jahrg.III, 1968/Februar, S.41.
- 2) ebenda, S.12.
- 3) Apetauer, G.: Einige Vergleiche der Integrationsprozesse im RGW und in der EWG, in: Außenhandel der Tschechoslowakei, 1965/8, S.10.
- 4) Eigene Berechnungen nach Statistiká ročenka 1966, S.426.

Die unterschiedliche Entwicklung der Produktion von und des Handels mit Maschinen und Einrichtungen in den beiden Wirtschaftsgemeinschaften ist wahrscheinlich auch eine Folge der unterschiedlichen Preise, die beim Export von diesen Produkten in den beiden Ländergruppen erreicht wurden.

Daß im Handel mit den westlichen Ländern zunehmend schlechtere Tauschrelationen beim Export von Maschinen und Einrichtungen erreicht wurden, läßt sich für die Tschechoslowakei für die Jahre 1959 - 1964 belegen¹. Aber auch seitens der sozialistischen Länder bestand ein Druck auf die tschechoslowakischen Exportpreise durch die Konkurrenz von westlichen Produkten, die zunehmend mehr Platz im Maschinenimport der RGW-Länder einnahmen.

Bevor wir uns mit der sinkenden Effizienz des tschechoslowakischen Handels mit dem Westen beschäftigen, wollen wir abschließend zu der Frage der Arbeitsteilung innerhalb des RGW folgende Behauptung aufstellen:

In der untersuchten Periode muß der Grad der Produktionsspezialisierung noch sehr niedrig gewesen sein, denn sonst würden die Daten über die Entwicklung des Exports bei den wichtigsten tschechoslowakischen Exportwaren höher liegen (Wachstum des Exports von Maschinen und Einrichtungen 1961-65 um 50 %, Wachstum des Anteils der Gruppe Maschinen und Einrichtungen am gesamten Export der Tschechoslowakei um 3,4 Prozentpunkte).

Wie aus den Beschlüssen des XIX. Tagung des RGW im Jahre 1965 hervorgeht², sollte der Anteil der tschechoslowakischen spezialisierten Erzeugnisse 5 % der Maschinenbauproduktion ausmachen. Insgesamt 1 500 Maschinen und Einrichtungen und an die 300 chemische Erzeugnisse sollten in die Spezialisierung einbezogen werden.

Wenn laut J. Kubík³ die Spezialisierungsquote der tschechoslowakischen Maschinenindustrie im Jahre 1970 bei etwa 4 % lag, betrug sie im Jahre 1965 bestimmt weniger als die geplanten 5 %⁴.

Die Diskrepanz zwischen den verbalen Forderungen und den tatsächlichen Ergebnissen auf dem Gebiet der osteuropäischen Wirtschaftsintegration ist groß. Die Gründe sind in der Entwicklung der nationalen Wirtschaften bis Mitte der

1) Siehe S.168, Tab.63.

2) Zur XIX. Tagung des RGW, in: Außenhandel der Tschechoslowakei 1965/4, S.21.

3) Kubík, J.; Výrobní kooperace..., in: Plánované hospodářství 1974/4, S.38.

4) Näheres siehe z.B. im Beitrag von T. Leszek in: Handel zagraniczny 1973/9, S.284.

sechziger Jahre zu suchen. Die Bemühungen, in jedem Land eine eigene Industriegrundlage aufzubauen und die einzelnen Wirtschaftskomplexe abzurunden, führten zur Entstehung von ähnlichen Wirtschaftsstrukturen und ähnlichen Bedarfs- und Angebotsstrukturen des Außenhandels, die sich in der Politik des strukturellen Bilateralismus äußerte. Der Ausgleich der Zahlungsbilanzungleichgewichte erfolgte durch Reduzierung der Ungleichgewichte in bilateralem Handel nach Gütergruppen (Austausch von Rohstoffen gegen Rohstoffe usw.).

Es stellt sich die Frage, welche Auswirkungen diese Außenhandelspolitik innerhalb des RGW auf Länder mit starkem Industripotential und begrenzter Rohstoffbasis, wie z.B. die Tschechoslowakei, langfristig haben konnte. Zweifellos wirkten beim anhaltenden Vorrang der Schwerindustrie die erschwerten Absatzmöglichkeiten für Produkte der Schwerindustrie und die sinkenden Importmöglichkeiten für Rohstoffe und Materialien bremsend auf das Wirtschaftswachstum. Sehen wir uns die Warenstruktur des tschechoslowakischen Außenhandels in diesen Jahren an:

Tabelle 60: Die Warenstruktur der tschechoslowakischen Ein- und Ausfuhr in den Jahren 1960-65

	1960	1962	1963	1965	Wachstum auf ... % 1965/60 1960/55	
Gesamtexport	100	100	100	100	139	164
davon:						
1. Maschinen u. Einrichtungen	45,1	47,6	47,8	48,5	150	170
2. Roh- und Brennstoffe davon Brenn- u. Mineralrohstoffe u. Metalle	29,2 (19,7)	28,2 (19,4)	27,2 (18,5)	30,4 (20,3)	145 144	122 113
3. Zuchtvieh	0,1	0,1	0,1	0,2	309	367
4. Nahrungsmittel u. -rohstoffe	5,2	4,8	6,6	4,4	118	139
5. Andere Konsumgüter	20,4	19,3	18,3	16,5	113	301
Gesamtimport	100	100	100	100	147	172
davon:						
1. Maschinen u. Einrichtungen	21,7	26,2	25,6	29,9	203	282
2. Rohstoffe u. Brennstoffe davon Brenn- u. Mineralrohst. Rohst. pflanzl. u. tierischen Ursprungs	53,0 (27,7)	50,9 (30,3)	49,9 (28,5)	48,8 (27,5)	135 146	171 198
	(15,2)	(12,4)	(12,9)	(12,5)	121	131
3. Zuchtvieh	0,1	0,0	0,0	0,2	300	400
4. Nahrungsmittel u. Rohstoffe	21,9	18,6	20,7	15,9	107	130
5. Konsumgüter	3,3	4,3	3,8	5,2	230	140

Quelle: Statistická ročenka 1966, a.a.O., S.428f.

Diese Warenstruktur bezieht sich auf den gesamten Außenhandel, die Aufteilung nach einzelnen Ländergruppen stand dem Autor nicht zur Verfügung. Weil jedoch der Anteil der RGW-Staaten am tschechoslowakischen Handelsumsatz beinahe 70 % betrug (siehe Tabelle 61), dürften die Änderungen in den Anteilen der einzelnen Warengruppen vor allem auf die Veränderungen der Warenstruktur im Handel mit den RGW-Staaten bezogen werden¹. Zur Ergänzung des Bildes haben wir noch den Vergleich des absoluten Wachstums einzelner Warengruppen in den Jahren 1965/60 und in den Jahren 1960/55 herangezogen.

Auf der Exportseite sind der Anstieg des Anteils der Gruppe Maschinen und Einrichtungen (um 3,4 Prozentpunkte) und die Senkung des Anteils der Konsumgüter (3,9) erwähnenswert. Diese Anteilssteigerung ist auf das Wachstum der Exportgruppe Maschinen zurückzuführen, die schneller als der Gesamtexport, jedoch langsamer als in den Jahren 1960/55 wuchs. Die Gruppe Konsumgüter weist in den Jahren 1965/60 den langsamsten Anstieg auf, in Gegensatz zu den Jahren 1955-1960, als die Zunahme 200 % betrug. Im Jahre 1965 stieg auch der Anteil der Gruppe Roh- und Brennstoffe am Gesamtexport, die auch schneller wuchs als in den Jahren 1960/55.

Auf der Importseite stieg der Anteil der Gruppe Maschinen (um 8,2 Prozentpunkte), entsprechend ihrem schnellen absoluten Wachstum (allerdings langsamer als in den Jahren 1960/55), und der Anteil der Gruppen Roh- und Brennstoffe sank (um 4,2 Prozentpunkte), ebenfalls der der Gruppe Nahrungsmittel (um 6 Prozentpunkte). Im Vergleich mit den Jahren 1955 -60 wuchs der Import beider Gruppen langsamer. Die Abnahme des Importanteils der Gruppen Rohstoffe und Nahrungsmittel (zugunsten des Anteils der Maschinen und Einrichtungen) und die Zunahme der Exportanteile bei Maschinen und Rohstoffe drückt die Tendenz aus, auf dem RGW-Markt Güter von gleichen Gütergruppen untereinander auszutauschen. Während diese Tendenz in den Jahren 1955 bis 1960 durch eine Steigerung des Exportanteils der Gruppe Konsumgüter begleitet war, sank dieser in den Jahren 1961 - 1965 um 3,9 Prozentpunkte. Nur im Handel mit der Sowjetunion wuchs das Gewicht der Konsumgüter im Export, wie auch das Gewicht der Gruppe Rohstoffe und Brennstoffe im Import².

- 1) Diese Annahme wird gerechtfertigt durch den Vergleich der Entwicklung der Warengruppenanteile und des Anteils des RGW am tschechoslowakischen Export und Import in den Jahren 1960 bis 1965.
- 2) Der Anteil der Konsumgüter am Export in die UdSSR stieg 1961-65 von 18,1 auf 20,5 %, der Anteil der Roh- und Brennstoffe am Import von 50,3 auf 54,9 %. Stříbrský, M.: K problematice obchodních vztahů ČSSR a SSSR, in: Plánované hospodářství 1967/12, S.2.

Aber die Sowjetunion wird wohl nicht in der Lage sein, auf die Dauer die übrigen RGW-Länder mit Roh- und Brennstoffen im gleichen Umfang zu beliefern¹. Für eine Lösung der Frage der Rohstoffversorgung, die sich bei dem weiteren Ausbau der Schwerindustrie in allen RGW-Ländern aufdrängt, müssen neue Wege gesucht werden. Was die Tschechoslowakei betrifft, ergeben sich folgende Möglichkeiten:

- a) Einschränkung der Roh- und Brennstoffimporte durch Veränderung der Produktionsstruktur in Richtung auf weniger material- und energieaufwendige Branchen und Ausbau der Chemieindustrie als Lieferant von Materialsubstituten.
- b) Förderung von Exportproduktionen, die sich weitgehend auf eigene Rohstoffbasis stützen (z.B. Keramik- und Baustoffindustrie).
- c) Punkt a) und b) setzen die Einschränkung des Produktionssortiments der Schwerindustrie, speziell des Maschinenbaus voraus. Den Weg dazu ebnet die Vertiefung der Produktionsspezialisierung im Rahmen des RGW.
- d) Gemeinsames Vorgehen bei Sicherung der Rohstoffversorgung mit den übrigen RGW-Staaten auf dem Wege der Kredit- bzw. Investitionsbeteiligung an der Rohstoffförderung und geologischen Arbeiten.
- e) Erschließung von neuen Märkten - Erweiterung des Handels mit den westlichen und den Entwicklungsländern.

Die Voraussetzung für die Erfüllung der Punkte c) und d) ist eine Wirtschaftspolitik der RGW-Ländern, die auf das isolierte Vorgehen der einzelnen Staaten bei Festlegung der langfristigen Wirtschaftspläne verzichtet (vor allem auf den Anspruch der "Souveränität", der in der Notwendigkeit Ausdruck findet, in jedem Land die die Industrialisierung tragenden Wirtschaftszweige aufzubauen), und die Möglichkeiten und die Notwendigkeit der Arbeitsteilung in der Investitionspolitik berücksichtigt. Es kann dabei nicht nur bei der Lösung der Rohstofffrage bleiben. In der Tschechoslowakei waren z.B. in den Jahren 1961-65, das wichtigste Exportäquivalent für Importe die Hüttenerzeugnisse. Die Investitionen in die Metallurgie stiegen in dieser Periode auf 17,5 % der gesamten Industrieinvestitionen. Dabei

1) Erstens wird ihr Eigenverbrauch weiter rasch wachsen und zweitens besteht die Tendenz, die devisenbringenden Exporte in den Westen zu steigern.

herrschte auf dem Binnenmarkt Mangel an Hüttenerzeugnissen, der die Nichtauslastung der Produktionskapazitäten des Maschinenbaus zur Folge hatte. Durch Investitionsbeteiligung der wichtigsten Abnehmerländer an der kostspieligen Metallurgieproduktion könnte ihr Bedarf an Metallurgieerzeugnissen langfristig gesichert werden und die Tschechoslowakei könnte aufgrund dieser Entlastung einen Teil ihrer Investitionen in die modernisierungsbedürftigen Zweige der Konsumgüterindustrie lenken, deren Chancen als Exportträger steigen würden.

Zum Punkt c) zunächst einmal eine Übersicht über die territoriale Struktur des tschechoslowakischen Außenhandels:

Tabelle 61: Die territoriale Außenhandelsstruktur der ČSSR
in den Jahren 1960 - 65, in %

	Import				Export			
	1960	1962	1963	1965	1960	1962	1963	1965
Sozialistische Länder	71	74	74	73	72	74	76	73
davon RGW	(64)	(70)	(69)	(68)	(64)	(71)	(70)	(68)
davon UdSSR	(35)	(38)	(39)	(36)	(34)	(38)	(39)	(38)
Kapitalistische Länder	19	18	17	19	17	15	15	17
Entwicklungsländer	10	8	9	8	11	10	9	10
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: Errechnet nach Statistická ročenka, 1966, a.a.O., S.426.

Die Ausweitung des Handels mit den Entwicklungsländern war mit Gewährung von umfangreichen langfristigen Krediten verbunden. Die Ausweitung des Westhandels stieß dagegen auf Probleme, die in der vergleichsweise niedrigen Arbeitsproduktivität und folglich der niedrigen Effizienz der tschechoslowakischen Wirtschaft lagen. Die zunehmenden Absatzschwierigkeiten auf den westlichen Märkten waren auf die schlechtere Qualität der tschechoslowakischen Exporterzeugnisse, besonders der Maschinenbauprodukte, und deren niedrigeren technischen Standard (zu schwere Maschinen) zurückzuführen. Innerhalb der fünfjährigen Periode 1961 - 65 kam es sogar zu einer weiteren Verschlechterung der Austauschbedingungen mit den westlichen Ländern, und die sinkende Effizienz der Außenhandelstransaktionen mußte sich zwangsläufig auf die Effizienz der gesamten Wirtschaft auswirken. Die Differenz

zwischen den einheimischen Großhandelspreisen und den Export- und Importpreisen (umgerechnet mit Hilfe des gültigen Valutakoeffizienten¹⁾) wurde über den Staatshaushalt ausgeglichen: je ungünstiger also die Relation der Devisenerlöse und -ausgaben war, desto mehr wurde der Staatshaushalt belastet. Den verlustreichen Handel mit dem Westen können wir anhand folgender Angaben demonstrieren. Die Autoren Klacek und Pleva versuchten in ihrem Artikel "Die Effizienz der Außenhandelsoperationen auf dem Markt der EWG"²⁾ die tschechoslowakischen Einkaufs- und Verkaufspreise für bestimmte Güter mit den durchschnittlichen Preisen der EFTA (Länder mit ähnlichen Naturbedingungen und Größe wie die ČSSR) auf dem Markt der EWG zu vergleichen. Sie benutzten sog. Kilogrammpreise (Ausfuhrwert in 1 000 US \$ im Verhältnis zur Ausfuhrmenge in Tonnen).

Tabelle 62: Tschechoslowakische Einkaufs- und Verkaufspreise in % der Preise der EFTA im Jahr 1964 (in Klammern Jahr 1960)

	Tschech.Verkaufspreis in % d. EFTA-Preise	Tschech.Einkaufspreis in % d. EFTA-Preise
Nähmaschinen	44,4	193,6
Förderungsmaschinen	40,4	259,3
Elektromotoren, Generatoren	38,2	182,6
Personenwagen	49,0 (51,2)	84,8 (94,0)
Metallverarbeitende Maschinen	43,7 (45,4)	118,4(142,0)
Traktoren	68,0 (62,4)	159,2(132,0)
Textilmaschinen	153,3 (92,9)	120,5 (84,4)

Quelle: Klacek, J. und Pleva, J.: Efektivnost..., a.a.O., S.615f.

Beim Walzmaterial erreichte die Tschechoslowakei im Jahre 1963 beim Export nur 50 bis 80 % des EFTA-Preises bzw. der Importpreis lag zwischen 100 bis 200 % des EFTA-Preises. Dabei war die tschechoslowakische Produktion von Walzmaterial mit hohen Einfuhren von Eisenerz verbunden; während die Produktion von Walzmaterial in den Jahren 1963/59 um 28 %, die des Roh Eisens um 24 % wuchs, stieg der Import von Eisenerz um 46 %³⁾.

1) Nykryn, J.: Der sozialistische Außenhandel..., a.a.O., S.45f.

2) Klacek, J. und Pleva, J.: Efektivnost operací zahraničního obchodu na trhu EHS, in: Politická ekonomie 1967/7-8, S.613.

3) ebenda, S.619.

Die Verschlechterung der Austauschrelationen zeigt deutlich die Preisentwicklung in den Jahren 1959-64:

Tabelle 63: Verschlechterung (-) bzw. Verbesserung (+) der tschechoslowakischen Ein- und Ausführpreise 1959 - 64

	Exportpreise	Importpreise ^a
Maschinenbauprodukte	- 5 bis - 10	- 20
Walzmaterial	- 20 bis - 30	- 10 bis - 40
Rohstoffe u. Halbfabrikate	- 10 bis + 5	0 bis - 40
Konsumgüter	+ 10 bis + 20	-

Quelle: Klacek, J. und Pleva, J.: Efektivnost..., a.a.O., S.626

a) Verschlechterung der Importpreise (-) bedeutet hier ihr Anstieg.

Die angedeutete Senkung der Effizienz des Außenhandels ist zusätzlich auch auf die vernachlässigten Dienstleistungen (Verpackung, Service, Versorgung mit Ersatzteilen) und die ungenügende Marktforschung zurückzuführen. Darüber hinaus führte die Verschlechterung der Marktsituation und die ungünstige Zahlungsbilanz zu Exporten "um jeden Preis", ohne Rücksicht auf die Rentabilität der Außenhandelsoperationen.

Die Verbesserung der Situation im Außenhandel hängt in erster Linie von der Steigerung der Arbeitsproduktivität im Inland und von der Änderung der Branchenstruktur und der Einengung des Produktionssortiments in den Exportzweigen ab. Auf die Herstellung einer möglichst direkten Verbindung zwischen den inländischen Produzenten und den ausländischen Handelspartnern zielten die Forderungen des Reformprogramms von 1965 - 66¹. Diese sollte über den Einfluß der im Ausland erzielten Preise auf die Höhe des Einkommens der Produktions- und Außenhandelsunternehmen und somit auf die Erhöhung ihrer materiellen Interessiertheit hergestellt werden. Mit der Zeit sollten freier Valutenverkauf sowie Beteiligung an Devisenerträgen und Devisenkredite eingeführt werden. Die Unterschiede zwischen den Inlands- und den Auslandspreisen mußten mittels "geeigneter ökonomischer Instrumente"² überbrückt werden.

1) Siehe Hensel, K.P.: Die sozialistische Marktwirtschaft in der Tschechoslowakei, Stuttgart 1968, S.178 (Beschluß des ZK der KPTsch).

2) ebenda, S.214.

Diese angestrebte Aufhebung der Isolation der für den Export produzierenden Unternehmen von der Entwicklung auf dem ausländischen Markt setzte neue Formen der Organisation der Beziehungen von Außenhandels- und Produktionsunternehmen voraus. Eine solche Neugestaltung sollte z.B. durch Schaffung von gemeinsamen Organen der Produktion und des Außenhandels für spezialisierte Aufgaben oder durch die Eingliederung von Außenhandelsorganen in die Fachunternehmen erfolgen¹.

2.5. Der Einfluß des Lenkungs- und Planungssystems auf die Investitionseffektivität

2.5.1. Rückkehr zur Zentralisierung

Am Anfang des dritten Fünfjahresplans erfolgte ein allmählicher Abbruch der Wirtschaftsreform, die in den Jahren 1958 - 59 eingeleitet wurde. Der erste Anlaß dafür war die steigende Stilllegung von Investitionsmitteln in den unvollendeten Bauten, der man mit einem Regierungsbeschuß vom Jahr 1961² "... zur Verbesserung der ungünstigen Entwicklung im dezentralisierten Ausbau" zu begegnen versuchte. Darin wurde eine größere Berücksichtigung der gesellschaftlichen Interessen bei Investitionsentscheidungen verlangt. Die Unternehmen sollten schon im Planentwurf die Sicherstellung der dezentralisierten Investitionsvorhaben durch finanzielle und materielle Quellen nachweisen (Abstimmung ihrer Pläne mit denen der Lieferanten) und sich vorrangig auf die Beendigung der im Bau befindlichen Anlagen konzentrieren.

Die Filialen der Staatsbank, die die Ausführung dieses Beschlusses kontrollieren sollten, mußten im Laufe des Jahres 1962 feststellen, daß die Diskrepanz zwischen den materiellen und finanziellen Investitionsressourcen andauerte. Deswegen folgten weitere Maßnahmen zur Stärkung der zentralen Investitionslenkung, wie z.B. die "Grundsätze zur Erhöhung der Effizienz und Rentabilität bei der Anwendung von materiellen und finanziellen Quellen im dezentralisierten Ausbau"³, die die Regierung 1962 herausgab. Den Unternehmen wurde eine Obergrenze für dezentralisierte Investitionen vorgeschrieben, die sie nicht überschreiten durften, wobei es offen blieb, aus welchen Mitteln sie finanziert wurden. Die Zahl der der zentralen Verteilung

1) Vgl. Hensel, K.P.: Die sozialistische Marktwirtschaft..., a.a.O., S.123.

2) Kropáč, L.: Opatření..., in: Finance a úvěr 1962/2, S.68f.

3) ebenda, S.68.

unterliegenden Produkte wurde erhöht und es wurden verbindliche Normen für den Materialverbrauch eingeführt sowie das Ausmaß der Kostensenkung zentral festgelegt.

Gleichzeitig wurde der Betriebsanteil an der Verwendung des nicht geplanten Gewinns auf maximal 15 % limitiert, was eine Abkehr von den langfristigen Normativen der materiellen Interessiertheit bedeutete¹. Die Bildung der Prämienfonds wurde an die Erfüllung des Absatz- und Kostensenkungsindex gebunden.

Es ist anzunehmen, daß der Druck auf verstärkte Zentralisierung von den Unternehmen selbst ausging und von den Ministerien unterstützt wurde. Insbesondere in Anbetracht der unsicheren Materialversorgung war es für die Betriebe günstiger, wenn ihre Investitionsvorhaben in das zentral gebilligte namentliche Investitionsverzeichnis aufgenommen wurden. Diese zentral geplanten Investitionen sowie deren materielle Sicherstellung unterlagen dann der Verantwortung der zentralen Organe.

Der Umfang und die Struktur der dezentralisierten Investitionen wurde dann in Form von verbindlichen Kennziffern festgelegt, deren Einhaltung die örtlichen Lenkungsorgane und die Bankfilialen kontrollieren sollten. Wie die Durchführung des Investitionsplans im Jahre 1962 zeigte, waren die Ergebnisse der Konsolidierungsmaßnahmen im Investitionsausbau unbefriedigend, was hauptsächlich auf die "Verletzung des Prinzips des demokratischen Zentralismus in der Lenkung und Planung" zurückgeführt wurde². Dieser Vorwurf bezog sich auf das Verhalten der Unternehmen, die bei ihren Investitionsentscheidungen den betrieblichen Interessen den Vorrang vor den gesamtwirtschaftlichen gaben. Deswegen wurde auf dem Parteitag eine konsequente Einführung der zentralen Investitionslenkung und Verantwortung gefordert, was die Abschaffung der Kategorien zentrale und dezentrale Investitionen voraussetzte. Diese wurden durch die Unterscheidung von sog. namentlichen und limitierten Investitionen ersetzt³. Alle seit 1959 geplanten Investitionsvorhaben "größeren Umfangs" wurden in das Titelverzeichnis der von der Regierung gebilligten Bauten überführt und alle anderen durften den Wert von 1 Mill Kčs nicht überschreiten. Die auf dem XII. Parteitag der KPTsch getroffenen Entscheidungen bedeuteten eine endgültige Abwendung von den

1) Rozsypal, V.: Co je a není reálné, in: Hospodářské noviny 1964/9, S.3.

2) Novotný, A., in: Usnesení XII. sjezdu KSČ o hlavních směrech dalšího rozvoje... (Beschluß des XII. Parteitages) vom 8.12.1962, S.101.

3) Johanovský, K.: Zabezpečit hlavní úkoly..., in: Plánované hospodářství 1964/4, S.3.

Grundsätzen der vorausgegangenen Wirtschaftsreform. Auf diese Beschlüsse folgte im Jahre 1963, wegen der weiter wachsenden Zahl der unvollendeten Bauten, die oben erwähnte Reduzierung des Investitionsvolumens. Die eingeschränkten Investitionsmittel sollten vorrangig auf die Beendigung von 186 ausgewählten Projekten aufgewendet werden. Das bedeutete Verzögerungen bei den übrigen Investitionsvorhaben.

2.5.2. Der bremsende Einfluß des zentralisierten Lenkungssystems auf die Entwicklung der Investitionseffektivität

Die Ansichten der Wirtschaftsexperten über die Rolle des "reformierten" Lenkungssystems bei den Wirtschaftsschwierigkeiten der Jahre 1962-63 waren geteilt. Einige führten die Störungen des wirtschaftlichen Gleichgewichts auf die Dezentralisierungsmaßnahmen zurück. Andere waren der Meinung, daß die Verschärfung von Disproportionen und das rückgängige Wirtschaftswachstum nicht durch den Reformversuch hervorgerufen wurden, vielmehr aber durch die Fehler der zentralen Lenkungsstellen, die an Planungsmethoden und Zielen festhielten, die im Widerspruch zu den konkreten Wirtschaftsbedingungen und Möglichkeiten standen.

Die Prinzipien der zentralen Wirtschaftslenkung und Planung waren seit Mitte der fünfziger Jahre reformbedürftig. Damit ist in erster Linie die mangelnde Anpassungsfähigkeit des Lenkungsapparates an die veränderten Produktionsbedingungen gemeint. Diese verlangte auf der zentralen Ebene eine Revision der Grundlagen für wirtschaftspolitische Zielsetzungen bzw. die Einbeziehung von wirtschaftlichen Kriterien bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen. Dazu bedurfte es einer Konfrontation der gegenwärtigen Trends der Wirtschaftsentwicklung mit der Analyse der künftigen Möglichkeiten des Wirtschaftswachstums. Die bisherige Entwicklung zeigte, daß die Berücksichtigung der realen Möglichkeiten, d.h. der Produktionsgrenzen auch in Hinblick auf die notwendige Entfaltung der nicht produktiven Bereiche, im Wirtschaftsplan erst nachträglich, beim Auftreten von Engpässen erfolgte.

Die Forderung nach "wirklichkeitsnahen" Wirtschaftszielen konnte nur erfüllt werden unter der Bedingung einer engeren Kooperation zwischen den zentralen Planungsstellen und den direkt im Produktionsprozeß stehenden Organisationen, was mit der Dezentralisierung der Entscheidungsmacht verbunden war. Der in diese Richtung gehende Reformversuch von 1958 - 59

scheiterte nicht daran, daß sich seine Ansätze in der Praxis als undurchführbar erwiesen hätten, sondern daran, daß die Grundidee lediglich zu halbherzigen Maßnahmen führte, die von den zentralen Organen nicht konsequent durchgesetzt wurden. So war es möglich, daß der Konflikt zwischen der kaum veränderten Planungspraxis und dem einseitig auf eigene Interessen ausgerichteten Verhalten der Unternehmen verschärft wurde.

Die Rückkehr zur Zentralisierung konnte jedoch nur vorübergehend konsolidierend wirken, denn der bremsende Einfluß des administrativen Lenkungs-systems mußte früher oder später wieder ein unerträgliches Ausmaß erreichen. Dafür sprechen u.a. folgende Gründe:

1. Die Unelastizität des Planungssystems:

Diese äußerte sich vor allem in der mangelnden Anpassungsfähigkeit der Produktion an die Bedürfnisse der Abnehmer (der Produzenten oder der Konsumenten), sowie in der schwerfälligen Transformation der Impulse aus der Produktionssphäre mittels des komplizierten Planungsapparates in die Planziele. So kam es regelmäßig zu einer Überproduktion von nicht gefragten Erzeugnissen bei gleichzeitigem Mangel an anderen Produkten, und zu einer unerwünschten Zunahme der Lagerhaltung.

2. Mangelhafte Koordinierung der Investitions- und der Produktionspläne und deren Durchführung:

Bei der Vielzahl der zentral festzulegenden Aufgaben war es problematisch, einen in sich konsistenten Volkswirtschaftsplan aufzustellen und dessen Abstimmung mit den tatsächlichen Produktionsmöglichkeiten auch während der Durchführung zu sichern. Die Folgen der Unstimmigkeiten waren dann zahlreiche unvollendete oder nicht termingemäß beendete Investitionsobjekte einerseits und unausgelastete Kapazitäten andererseits.

3. Einseitige Orientierung auf quantitative Wachstumskriterien:

Die Prämisse eines schnellen Wirtschaftswachstums führte zum Ausbau und einer anhaltenden Bevorzugung der Produktionsmittelerzeugung, in die der Großteil der Investitionen und Arbeitskräfte gelenkt wurde. Das geschah auf Kosten der Zweige und Branchen mit einem relativ niedrigen Wachstumseffekt, wie der Landwirtschaft und der Konsumgüterindustrie. Beim Vorherrschen von quantitativen Kennziffern als Kriterien des Wirtschaftens der Unternehmen blieb zu wenig Raum für Rentabilitätsüberlegungen, so daß nicht verhindert werden konnte, daß Produktionssteigerung mit einem immer höher werdenden Kostenaufwand verbunden war. Die gesamtwirtschaftliche Effizienz sank.

4. Mangelndes Interesse an einem effizienten Wirtschaften:

Durch die einengenden Vorschriften und die fehlende Verantwortung für die qualitative Seite des Produktionsprozesses wurde auch das Interesse der Unternehmen und deren Belegschaft an den Wirtschaftsergebnissen abgeschwächt.

Dieses System war also nicht geeignet, die Reserven aufzudecken, die in einem rationellen Wirtschaften lagen. Das betraf sowohl die Initiative der Teilnehmer des Planungsprozesses (womit ihr größerer Entscheidungs- und Verantwortungsraum zusammenhängt), als auch die Kriterien der Wirtschaftsentwicklung. Unter den Bedingungen der allmählich erschöpften extensiven Wachstumsquellen (Erweiterungsinvestitionen, Arbeitskräfte) kann nicht Wachstum um jeden Preis und darunter nur das industrielle Wachstum einseitig gefordert und als alleiniges Kriterium des Wirtschaftserfolgs angesehen werden.

Auf das Übergewicht der extensiven Wachstumsquellen weist R. Richta in seinem Buch "Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts" hin¹.

Tabelle 64: Vorgeifender Versuch einer Aufgliederung der Quellen des Wirtschaftswachstums in der CSSR in den Jahren 1951 - 64 *)

	jährliches Wachstum	Anteil in %
Wachstumstempo des Nationaleinkommens	5,90	100
1. Wachstumstempo der extensiven Faktoren	4,79	81,19
a) Beitrag des Kapitals	4,71	79,83
b) Beitrag der Beschäftigtenzahl	0,08	1,36
2. Wachstumstempo der intensiven Faktoren	1,11	18,81
a) Beitrag des technischen Fortschritts	0,33	5,59
b) Beitrag des Wachstums der Qualifikation	1,82	30,84
c) Einfluß des Leitungs- und Organisations- systems	-1,04	-17,62

*) Mit Rücksicht auf die Unvollkommenheit der Methoden handelt es sich nur um Schätzwerte. Die Resultate wurden durch Applikation einer modifizierten Form der Cobb-Douglasschen Funktion erzielt.

Der bremsende Einfluß des Lenkungssystems zeigte sich in der ersten Hälfte der sechziger Jahre so deutlich, daß zahlreiche Ökonomen erneut Veränderungen forderten, die in ihren Ansätzen in der Reform von 1958 - 59 verankert waren.

1) Richta-Report: Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts, Frankfurt a.M. 1971, S.354.

2.5.3. Grundlagen der Neuen Wirtschaftsreform von 1965-66 im Investitionsbereich

Die Diskussion der Wirtschaftswissenschaftler über eine umfassende Systemreform entfaltete sich im Jahre 1963, nachdem in den Beschlüssen des XII. Parteitags der KPTsch vom Dezember 1972 dazu ein Signal gegeben wurde¹. Die Kritiker des administrativen Lenkungssystems - z.B. Radoslav Selucký, der sich gegen den Plankult wandte², Ota Šik und andere - argumentierten damit, daß "kein System der zentralen planmäßigen Lenkung ... die Tätigkeit der Betriebe im Detail zu determinieren vermag und folglich niemals die selbständigen Entscheidungen der Betriebe ... ersetzen kann"³. Sie forderten "den Charakter und die Art der Aufstellung der Volkswirtschaftspläne zu ändern, die Selbständigkeit der Unternehmen bei konkreter Festlegung aller Seiten der Produktionsentwicklung wesentlich zu erhöhen und mittels der tatsächlichen Ausnutzung der Ware-Geld- und der Marktbeziehungen das ökonomische Interesse und den Druck in den Unternehmen auf die Optimierung ihrer Produktion zu schaffen"⁴.

Aus den zahlreichen Beiträgen der vom ZK der KPTsch beauftragten Arbeitsgruppen und Kommissionen entstand ein Reformentwurf, der im September 1964 gebilligt wurde und den ersten Schritt zu der Einführung eines neuen Lenkungssystems darstellte.

Es würde den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen, auf den Reformentwurf ausführlich einzugehen; wir beschränken uns deswegen nur auf eine Schilderung der vorgesehenen Änderungen auf dem Investitionsgebiet.

Aus dem Reformvorschlag ging hervor, daß der Investitionsplan nach wie vor das Hauptinstrument der Investitionspolitik bleiben sollte. Seine Rolle änderte sich allerdings insofern, als er nicht mehr als eine Direktive der zentralen Organe aufzufassen war, sondern als ein Orientierungsrahmen für

- 1) Siehe dazu: Ökonomische Diskussion in der Tschechoslowakei, Heft 1, Prag 1964.
- 2) Selucký, R.: Proti dogmatismu, za tvořivý vývoj ekonomické vědy, in: Hospodářské noviny 1963/45, 46.
- 3) Kožušník, C.: Die Entwicklung des sozialistischen Wirtschaftssystems in der Tschechoslowakei, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 11. Jahr, Tübingen 1966, S.31.
- 4) Šik, O.: Das neue System der planmäßigen Leitung in der ČSSR, in: Neue Richtungen in der tschechoslowakischen Ökonomie, Nr.2, Prag 1967, S.27.

Investitionsentscheidungen auf den niedrigeren Planungsebenen dienen sollte. Einen entscheidenden Einfluß sollte der Investitionsplan in der Etappe der Ausarbeitung des fünfjährigen Volkswirtschaftsplans haben; während seiner Realisierung war es dann die Aufgabe der jährlichen Durchführungspläne, aufgrund der Analyse des Verlaufs der Investitionstätigkeit die Planziele an die tatsächliche Entwicklung anzupassen.

Bei der Abgrenzung der Entscheidungskompetenz der zentralen Organe gingen die Reformvorschläge von folgenden Thesen aus:

Aus dem langfristigen Charakter der Investitionen und ihrem entscheidenden Einfluß auf die Wirtschaftsstruktur ergibt sich die Berechtigung der zentralen Entscheidungskompetenz auf diesem Gebiet. Weil die zentralen Organe jedoch nur über einen beschränkten Kreis von Investitionen mit voller Sachkenntnis entscheiden können, und durch detaillierte Vorschriften und zentrale Verantwortung die einzelnen Wirtschaftsorganisationen von ihrer materiellen¹ Verantwortung befreien, ist es sinnvoll, Entscheidungen über die nicht gesamtwirtschaftlich bedeutenden Investitionen den einzelnen Branchen und den einzelnen Unternehmen zu überlassen.

Die Reform sah also eine Dreiteilung der Entscheidungsmacht, allerdings nur als eine Übergangslösung, vor. Sukzessiv sollte diejenige Form der zentralen Investitionsentscheidungen an Bedeutung verlieren, bei denen die zentralen Organe voll für die Planung und die Realisierung zuständig waren. Sie sollten dann nur noch die Wichtigkeit einer Investition nach gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Kriterien beurteilen, für die Durchführung und Finanzierung sollte hingegen die investierende Organisation die Verantwortung tragen².

Der Einteilung der Investitionen auf drei Verantwortungsebenen entsprach auch die Art ihrer Finanzierung:

Die sog. Entwicklungsinvestitionen - zur Einführung von neuen Produkten, beim strukturellen Umbau der Wirtschaft - sollten aus dem Staatshaushalt finanziert werden.

Die Entscheidung und Finanzierung von "Modernisierungs- und Rekonstruktionsinvestitionen" wurde auf die Branchenebene verlagert. Die kompetenten

1) Bisher waren die Betriebe für ihre Wirtschaftsergebnisse nur formal verantwortlich, d.h. daß sich ein schlechtes Wirtschaften nicht auf ihre materielle, d.h. finanzielle Lage auswirkte.

2) Tesař, J.: Investice v nové soustavě řízení, Heft 19 der Reihe: Za vyšší úroveň plánovitého řízení, Prag 1966, S.24.

Organe waren die sog. Fachgruppendifektionen¹, d.h. die Träger der Fachkonzeption der Investitionspolitik. Ihre Funktion bestand in der "Beeinflussung der Ausrichtung der Investitionen beim Auswahlverfahren ..." und dem "Organisieren der ökonomischen Assozierung der Unternehmen bei der Investitionstätigkeit in der Form von anteilmäßiger Beteiligung oder durch wechselseitige Anleihen unter den Unternehmen"². Als Finanzierungsquellen der Brancheninvestitionen kamen die eigenen Mittel der investierenden Unternehmen, Subventionen von der Fachgruppendifektion und der Investitionskredit in Frage.

Die dritte Gruppe umfaßte die Betriebsinvestitionen, d.h. Rationalisierungsmaßnahmen, Teile der Modernisierungsinvestitionen, Investitionen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen u.ä. Diese sollten durch Abschreibungen, Investitionskredite, das verwendbare Bruttoeinkommen des Betriebs und sonstige Einnahmen finanziert werden.

Außer dem Bereich der zentralen gesamtwirtschaftlich bedeutenden Investitionen waren also die direkten Einflußmöglichkeiten der zentralen Organe auf den Investitionsprozeß beschränkt. Es war jedoch erforderlich, daß der Staat indirekte Lenkungsinstrumente hatte, mit deren Hilfe er auf die Unternehmensentscheidungen einwirken konnte, um deren Interessen mit den langfristigen gesamtwirtschaftlichen Zielen in Einklang zu bringen. Die Reformvorschläge sahen dafür das in dem folgenden Abschnitt erläuterte wirtschaftspolitische Instrumentarium vor.

2.5.3.1. Die neuen indirekten Formen der zentralen Beeinflussung der Investitionstätigkeit

- a) Einführung einer Abgabe auf die Grundmittel (bzw. die Einführung eines verschleierte Kapitalzinses)

Im Prinzip bedeutete das, daß ein Teil des Bruttoeinkommens eines Betriebs an den Staatshaushalt abgeführt wurde, dessen Höhe in Abhängigkeit von dem Restwert der Grundmittel festgelegt werden sollte. Sinn dieser Abführung war es, auf die optimale Ausnutzung der vorhandenen Grundmittel zu wirken und durch den einheitlichen Abführungssatz (6 % in der Industrie, Bauwesen und im Handel) die gesellschaftlich notwendige "minimale" Effizienzrate bei der Verwendung der Grundmittel auszudrücken³.

1) Fachgruppendifektionen leiteten die neu gegründeten vertikal organisierten Fachkonzernunternehmen und die Trusts, die Unternehmen derselben Fachrichtung vereinten. Hensel, K.P.: Die sozialistische Marktwirtschaft in der Tschechoslowakei, Stuttgart 1968, S.16ff.

2) Hensel, K.P., a.a.O., S.210.

3) Tesáf, J.: Investice..., a.a.O., S.50.

Die Betriebe wurden für die Einhaltung der minimalen Effizienzrate "materiell" verantwortlich gemacht, indem der für sie verfügbare Teil des Bruttoeinkommens bei einer niedrigeren Effizienz von Neuinvestitionen sank.

Eine volle Wirkung dieses Instruments konnte jedoch erst erreicht werden, wenn neue Preise eingeführt waren (eine Reform der Großhandelspreise war für das Jahr 1967 vorgesehen), die sowohl den Aufwand der lebendigen und vergegenständlichten Arbeit sowie die Fondsintensität der Produktion von bestimmten Erzeugnissen widerspiegeln¹.

Um das Interesse der investierenden Unternehmen an der rechtzeitigen Beendigung von Investitionsprojekten zu fördern, sollten auch Abgaben aus den Anlagen gefordert werden, die noch nicht in Betrieb genommen waren, weil die Baufrist nicht eingehalten wurde. Das galt jedoch nur für die von der Regierung namentlich gebilligten Objekte, denn bei kleineren Investitionen, die nicht zentral finanziert wurden, wirkten Maßnahmen der kreditgewährenden Banken als Sanktion.

b) Preisregulierung und Kontrolle

Im Gegensatz zu der bisherigen Praxis des starren Systems staatlich festgesetzter Preise sollte es in dem neuen Lenkungssystem darum gehen, "eine relativ freie, ökonomische Gestaltung der konkreten Preise zuzulassen, bei der sich Angebot und Nachfrage auf dem Markt ausgleichen würden, doch gleichzeitig die Entwicklung des gesamten Preisniveaus gesellschaftlich zu regulieren und eine elementare Inflationsentwicklung zu verhindern."²

Als Berechnungsgrundlage der Preise sollten Selbstkosten (d.h. Sachkosten, Abschreibungen, Lohnkosten, Abführungen aus den Grund- und Umlauffonds) plus ein Gewinnanteil, kalkuliert als 22 % des Lohnfonds und 6 % des sachlichen Produktionsfonds, dienen. Die staatliche Regulierung sollte durch die Festlegung von Festpreisen (für Roh-, Brennstoffe, Energie und Nahrungsmittel) und Limits für den größeren Teil aller anderen Produkte³ erfolgen. Die Limits gaben die Bandbreite an, innerhalb derer Preisschwankungen zugelassen waren. Die Höhe des Preises innerhalb der Spanne sollte in Verhandlungen zwischen Abnehmern und Lieferanten bestimmt werden. Die freie Preisgestaltung sollte sich auf die Güter beschränken, deren Märkte für gesättigt gehalten wurden.

1) Tesař, J.: Investice ..., a.a.O., S.51.

2) Šik, O., Das neue System..., a.a.O., S.37

3) Hensel, K.P.: Die sozialistische ..., a.a.O., S.116, 118.

c) Regelung der Bedingungen der Amortisation

Die Abschreibungen sollten die Hauptquelle der betrieblichen Investitionsfinanzierung werden. Die Abschreibungen von den Grundfonds, die sich ein Betrieb aus eigenen Mitteln oder über den Investitionskredit zu beschaffen hatte, sollten ihm zur Verfügung bleiben. Von den übrigen Grundfonds sollte ein Teil der Abschreibungen abgeführt werden.

d) Indirekte Beeinflussung der Investitionstätigkeit durch die Banken

Die wichtigste Funktion im Hinblick auf das Ziel der steigenden Investitionseffektivität hatten die Investitionskredite der Bank, die nach folgenden Maßstäben gewährt werden sollten: "Die Staatsbank geht bei der Bestimmung der Investitionskredite und ihrer Aufteilung von dem Gesamtvolumen und der orientierungsmäßigen Aufteilung im Staatsplan und von den Ergebnissen des nach der maximalen Effektivität durchgeführten Auswahlverfahrens aus."¹ Das entscheidende Kriterium für die Bank sollte die Rentabilität der Investitionsvorhaben sein, d.h. das Verhältnis von dem erzielten Gewinn und dem Investitionsaufwand. Als Orientierungsgrundlage für die Auswahl der Investitionsvorhaben dienten die von der Staatlichen Kommission für Technik festgelegten sog. Rentabilitätslimits. Ihre Berechnung ging von der Analyse der Rentabilität der vorhandenen Grundmittel aus, wobei die erwartete Rentabilitätssteigerung einbezogen wurde. Die Rentabilitätsberechnung erfolgte nach folgendem Muster²:

$$K_k = \frac{G}{GM}$$

K_k = Rentabilitätskoeffizient (konstant)

G = Gewinn im Basisjahr

GM = Stand der Grundmittel im Basisjahr (Beschaffungspreise)

$$K_v = t \cdot \Delta K_j$$

K_v = Rentabilitätskoeffizient (variabel)

$$t = T_1 - T_0 + \frac{\text{ök. Lebensdauer}}{2}$$

t = Zeit bis zur Inbetriebnahme bei Berücksichtigung der Forderung, daß die Rentabilität so wachsen soll, daß sie größer wird als die durchschnittliche Rentabilität einer Branche in der Hälfte der Zeit der Lebensdauer der Investition

K_j = Konstante des durchschnittlichen jährlichen Rentabilitätswachstums

T_1 = Jahr der Inbetriebnahme der Investition

T_0 = Basisjahr

1) Hensel, K.P., a.a.O., S.210.

2) Tesař, J.: Investice..., a.a.O., S.37f.

Das Rentabilitätslimit einer Branche bildete dann die Summe des konstanten und des variablen Rentabilitätskoeffizienten:

$$K = K_k + K_v$$

Die Rentabilitätslimits sollten vorläufig nur eine Orientierungsfunktion haben, weil die noch geltenden Preise nicht das Niveau des gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwands widerspiegeln. Erst mit der Bildung von marktgerechteren Preisrelationen sollte der Gewinn zu einem verbindlichen Maßstab der Effektivität der Investitionen werden.

Bei der Auswahl von Investitionsprojekten, für deren Finanzierung die Bank Kredit einräumen sollte, war die Rückzahlungsfrist des Kredits, die ins Verhältnis zu der ökonomischen Lebensdauer der kreditierten Grundmittel gesetzt wurde, von entscheidender Bedeutung. Die Rückzahlungsfrist durfte nicht länger als die Lebensdauer des Grundmittels sein¹:

$$\frac{100}{\text{Tilgungsfrist}} - \frac{100}{\text{ökon. Lebensdauer des GM}} \geq 0$$

In der Regel sollten diejenigen Investoren vorgezogen werden, die sich zur rascheren Rückzahlung des Kredits verpflichteten. Das Auswahlverfahren wurde unter Teilnahme der Bank von der Fachdirektion organisiert und zur Begutachtung von Vorschlägen der Unternehmen verwendet.

Neben den oben genannten Kriterien mußte die Bank auch die Möglichkeiten der materiellen Sicherung der kreditierten Investitionen berücksichtigen, indem sie von den investierenden Betrieben Absprachen mit Lieferanten von Investitionsgütern und den Baubetrieben verlangte.

Die Überprüfung der Zahlungsfähigkeit der zu kreditierenden Betriebe sollte u.a. verhindern, daß Subventionen aus dem Staatshaushalt über das geplante Ausmaß hinaus notwendig wurden. Diese Subventionen sollten ausschließlich zweckgebunden gewährt werden², vornehmlich für Bauten gesamtwirtschaftlichen und regionalen Charakters.

All die aufgeführten neuen Regelungen sollten etappenweise eingeführt werden, wobei das Verfahren in den einzelnen Etappen, der Entwicklung der konkreten Bedingungen entsprechend, sehr unterschiedlich sein konnte.

1) Hensel, K.P.: Die sozialistische..., a.a.O., S.211.

2) ebenda, S.212.

Eine Auswertung dieser Reformvorhaben und Beurteilung der praktischen Ergebnisse gehört nicht mehr in den Rahmen der vorliegenden Arbeit. Es ging nur darum zu zeigen, daß die Ergebnisse und Erfahrungen aus fast zwanzigjähriger Wirtschaftsentwicklung Veränderungen erzwangen, deren Charakter von den geltenden Postulaten der sozialistischen Wirtschaftstheorie (Politische Ökonomie) abwich. Es wurden solche Kriterien des Wirtschaftens herangezogen (Zins- und Rentabilitätskriterien) und Forderungen gestellt (z.B. freie Preisbildung, Ermöglichung des Wettbewerbs unter inländischen und auch zwischen inländischen und ausländischen Unternehmen), die bisher mehr oder weniger als unvereinbar mit den Grundlagen der sozialistischen Ökonomik galten.

Wie wir heute wissen, sind die Reformbestrebungen aus politischen Gründen unterbrochen worden. Es bleibt allerdings die Frage, ob das Hauptziel der sozialistischen Ökonomik, nämlich die anhaltende Steigerung des Lebensstandards der Bevölkerung, durch die zentralisierte planmäßige Gestaltung der Wirtschaft überhaupt erreicht werden kann, oder ob die stärkere Berücksichtigung von Elementen der Marktwirtschaft unerlässlich wird.

III. TEIL: ZUSAMMENFASSUNG UND AUSWERTUNG

In der vorliegenden Arbeit wurde die Entwicklung der tschechoslowakischen Investitionspolitik in den Jahren 1949 bis 1965 untersucht. Dabei wurde davon ausgegangen, daß die Investitionspolitik ein Teilbereich der allgemeinen Wirtschaftspolitik ist, die durch den vorgegebenen ordnungspolitischen Rahmen geprägt wird.

Nach einer einleitenden Darstellung der ordnungspolitischen Veränderungen bis 1948 galt es zu untersuchen, inwieweit die Investitionspolitik den wirtschaftspolitischen Zielen, die ihren Ausdruck in den konkreten Produktionszielen und Forderungen hinsichtlich der Gestaltung der Produktionsstruktur fanden, gerecht wurde. Zu diesem Zweck teilten wir den ganzen Untersuchungszeitraum in Perioden ein, die im wesentlichen den einzelnen Fünfjahresplänen entsprechen. In die Analyse der Ziele der Investitionspolitik und ihrer Ergebnisse, die an den Produktionsergebnissen der jeweiligen Planungsperiode gemessen wurden, wurde der Einfluß der Entwicklung der außenpolitischen und -wirtschaftlichen Beziehungen der Tschechoslowakei mit einbezogen. Schließlich wurde anhand von ermittelten Investitionskoeffizienten die Veränderung der Investitionseffektivität in den einzelnen Planperioden festgehalten. Im Zusammenhang mit der Auswertung der Entwicklung der Investitionseffektivität wurde auch auf die Wesenszüge des Lenkungs- und Planungssystems eingegangen.

Im folgenden soll ein kurzer Überblick über die gesamte Untersuchungsperiode anhand der langfristigen Grundtendenzen gegeben werden:

Aus den Daten in der Tabelle 65 sind drei Entwicklungstendenzen ablesbar, ein Ansteigen der Investitionsquote, ein Absinken der Wachstumsrate des Nationaleinkommens und ein Ansteigen des Investitionskoeffizienten. Das heißt, daß eine Steigerung der Investitionsquote eine zunehmend kleinere Wirkung auf das Wachstum des Nationaleinkommens zur Folge hatte. Das äußerte sich in einer Zunahme des Investitionskoeffizienten bzw. der sinkenden (bis negativen) Investitionseffektivität.

Tabelle 65: Die Entwicklung der Wachstumsrate (Wr) des Nationaleinkommens, des Konsums und der Investitionen sowie der Investitionsquote und des Investitionskoeffizienten 1949 - 1965

	Wr National- einkommen	Wr Konsum ^a	Wr Investi- tionen	Investi- tions- quote ^b	Investi- tionsko- effizient
1949	10,1	-	37,3	12,2	-
1950	9,9	-	21,8	13,6	-
1951	9,9	0,9	21,5	15,0	-
1952	10,5	2,3	16,9	15,9	-
Ø 1949/52	10,1	1,6	24,4	14,2	0,6
1953	6,2	-3,6	- 2,5	14,6	-
1954	3,8	13,9	- 3,8	13,5	-
1955	9,8	8,0	6,5	13,1	-
Ø 1953/55	6,6	6,1	0,2	13,7	1,0
1956	5,7	8,2	17,1	14,5	-
1957	7,4	8,5	12,2	15,2	-
1958	7,9	1,1	20,1	16,9	-
1959	6,4	5,1	20,7	19,1	-
1960	8,2	9,5	12,4	19,9	-
1961	6,7	-4,4	8,4	20,2	-
Ø 1956-61	7,1	2,9	15,2	17,6	1,1
1962	1,5	2,4	- 2,1	19,5	-
1963	-2,3	1,0	-11,2	17,7	-
1964	0,4	3,1	0,1	17,7	-
1965	3,8	5,1	8,2	18,4	-
Ø 1962/65	0,9	2,9	-5,0	17,6	2,9

Quelle: Errechnet nach Anhang, Tab. 1, 2, 3

a) Nach Statistická ročenka 1966, S.24f. Bis 1960 Preise von 1955, ab 1961 Preise von 1960.

b) d.h. Investitionen/Nationaleinkommen

Die Wachstumsrate der Investitionen weist große Schwankungen auf, die sich periodisch wiederholten. Einmal folgt den hohen Zuwachsraten der Investitionen bis zum Jahre 1952 (die sich in einem schnellen Wachstum des Nationaleinkommens niederschlugen, allerdings auf Kosten des Konsums) eine Investitionskürzung in den Jahren 1952/53. Zum zweiten Mal wurden die hohen Investitionszuwächse Anfang der sechziger Jahre vom sinkenden Investitionsvolumen in den Jahren 1962 und 1963 abgelöst. Diese Schwankungen bilden die Grundlage der folgenden Auswertung der tschechoslowakischen Investitionspolitik.

Zunächst soll untersucht werden wie realistisch die Investitionsziele im Hinblick auf die gegebenen Produktionsmöglichkeiten und die Einhaltung der Prämisse einer anhaltenden Steigerung des Konsums der Bevölkerung waren. Somit wird zugleich erklärt, warum es zu den Krisenerscheinungen in den Jahren 1953 und 1963 kam, als die jeweiligen Fünfjahrespläne (der erste 1949 - 1953 und der dritte 1961 - 1965) grundlegend geändert bzw. abgebrochen werden mußten. Weiter wird nach den Ursachen der sich vor allem am Ende der untersuchten Periode verschärfenden Disproportionen in der Wirtschaft und der sinkenden Investitionseffektivität im Zusammenhang mit dem starren zentralisierten Planungs- und Lenkungssystem gefragt.

1. Anfang der fünfziger Jahre entsprach das Investitionsvolumen den hochgeschraubten Produktionszielen, die durch den strukturellen Umbau der tschechoslowakischen Industrie und durch die hohen Importforderungen der osteuropäischen Staaten bedingt waren. Sowohl die inländische als auch die ausländische Nachfrage, vorwiegend nach Investitionsgütern, stieg infolge des Embargos der westlichen Staaten, das die osteuropäischen Länder zu einem beschleunigten Aufbau einer eigenen Industriegrundlage zwang. Darüber hinaus war die Industrialisierung der Leitsatz der sowjetischen Wirtschaftspolitik, den die übrigen östlichen Staaten fast ohne Ausnahme übernahmen. Auf diese Weise kam es in der Tschechoslowakei zu einer Expansion der Produktionsmittelindustrie, auf die die erste Investitionswelle (1949-52) gerichtet war.

Die auf den Industrieausbau konzentrierten Produktionsziele überforderten jedoch die tschechoslowakische Wirtschaft: Zum einen reichten die Baukapazitäten nicht aus (und die Durchführung der Bauvorhaben in der Industrie geschah auf Kosten der nicht produktiven Sphäre), zum anderen entstanden Engpässe in der Grundstoffindustrie, und der Mangel an Rohstoffen und Energie verursachte Störungen in den nachgeordneten Branchen.

Die Ursachen der entstandenen Schwierigkeiten waren auch in der Inkonsistenz des Plans zu suchen, die sich in der Investitionsallokation äußerte: Entsprechend den Planpräferenzen ging der Hauptstrom der Investitionen in die Industrie, 40 % davon in den Maschinenbau und die Metallurgie. Dabei wurden offensichtlich die Möglichkeiten der Brennstoff- und Energieindustrie überschätzt, deren Investitionsanteil erst nachträglich erhöht wurde. Eine besonders große Diskrepanz herrschte

zwischen den Investitionsanteilen der Industrie und der Landwirtschaft einerseits und der Schwer- und Leichtindustrie andererseits. Die Folge dieser Entwicklung war die Verlangsamung des Wachstumstempos des Nationaleinkommens und die Investitionssenkung in der produktiven Sphäre in den Jahren 1953 und 1954. Diese wurde begleitet durch eine vorübergehende Verschiebung in der Investitionsstruktur, die in der unbefriedigenden Entwicklung des Konsums der Bevölkerung begründet lag. Der absolute und relative Investitionszuwachs in der nicht produktiven Sphäre (Wohnungsbau) und der Landwirtschaft in den Jahren 1954/55 war somit ein Ausdruck der Erkenntnis (in allen Ostblockländern), daß der industrielle Aufbau, als Voraussetzung für eine bessere Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung in fernerer Zukunft, nicht auf Kosten der gegenwärtigen Konsumbedürfnisse fortgeführt werden durfte.

Diese Erkenntnis wurde in den Investitionszielen des zweiten Fünfjahresplans 1956 - 60 beachtet. Zwar stand nach den Jahren 1953-55 die Weiterentwicklung der Schwerindustrie wieder im Vordergrund, doch deutete der steigende Investitionsanteil der Landwirtschaft und der Konsumgüterindustrie in den Jahren 1956-60 auf das Bemühen, die Entwicklung der einzelnen Produktionsbereiche anzugleichen. Zugleich wurden die Anteile der Brennstoff- und der Energieindustrie an den gesamten Industrieinvestitionen stark erhöht.

Die wirtschaftlichen Ergebnisse bis zum Anfang des zweiten Fünfjahresplans verdeutlichten, daß die Planer in dieser Anfangsphase nicht in der Lage waren, die künftige Entwicklung abzuschätzen, um so zu planen, daß keine Engpässe und Disproportionen entstanden. Vielmehr waren die aufgetretenen Engpässe die Hauptindikatoren für die Investitionsallokation in der nächsten Planperiode. Das will nicht besagen, daß eine Grundlinie in der tschechoslowakischen Investitionspolitik gefehlt hätte: Der Aufbau der materiellen Basis des Sozialismus erforderte eine entwickelte Investitionsgüterindustrie, die es ermöglichen sollte, unabhängig von der westlichen Welt einen hohen Lebensstandard der Bevölkerung in der Zukunft zu sichern. Die Realisierung dieses langfristigen Ziels hing im wesentlichen davon ab, ob ein gesamtwirtschaftlich vertretbares Wachstum der Produktionsmittelindustrie erreicht wurde. Wir konnten feststellen, daß in den ersten acht Jahren zumindest zwei wichtige Voraussetzungen bei der Festlegung des Wachstums dieser Industrie nicht genügend beachtet wurden:

- a) Die materiellen Möglichkeiten (die Rohstoff- und Energiegrundlage bzw. die Importmöglichkeiten und die schon vorhandenen Produktionskapazitäten).
- b) Die Notwendigkeit der gleichzeitigen Entfaltung der übrigen Industrie und der anderen Produktionsbereiche.

Die als Folge des in dieser Hinsicht nicht optimal geplanten Wachstums der Produktionsmittelindustrie am Ende des 1. Fünfjahresplans entstandenen Disproportionen sind ein Indiz dafür, daß das Gesetz der planmäßigen, proportionalen Entwicklung in einer sozialistischen Wirtschaft nicht "automatisch" wirkt¹. Das wurde durch die Krise im Jahre 1963 belegt.

Während in der Periode bis 1955 die internationale Situation - das Wirtschaftsembargo des Westens und die aus der Eingliederung in den Ostblock sich ergebenden Umstellungen - ausschlaggebend die tschechoslowakische Investitionspolitik beeinflusste², ermöglichten das Ende des Kalten Krieges und die ersten wirtschaftlichen Erfolge in den Ostblockländern nach 1955 den Planungsorganen, sich freier vom politischen Druck auf die eigenen Wirtschaftsfragen zu konzentrieren. Die Ursachen der unbefriedigenden Wirtschaftsentwicklung in der Tschechoslowakei nach 1960 sind deswegen in erster Linie in den Eigenarten des Planungssystems, der geschaffenen Produktionsstruktur und dem "subjektiven" Charakter der wirtschaftspolitischen Entscheidungen zu suchen. Zwar hat die Zugehörigkeit der Tschechoslowakei zum RGW bei der Festlegung der Planziele eine bedeutende Rolle gespielt, doch konnten die niedrige Arbeitsproduktivität und Investitionseffektivität sowie der hohe Materialverbrauch nicht allein dem Charakter der Handelsbeziehungen innerhalb des RGW angelastet werden. Im Gegensatz zu dem Jahr 1953 hatte die Tschechoslowakei im Jahre 1963 die schlechtesten Wirtschaftsergebnisse und als einziges Ostblockland ein Absinken des Nationaleinkommens aufzuweisen.

-
- 1) Vgl. Einleitung, S.13 . Mit anderen Worten heißt das, daß die "notwendige Proportionalität in der Verteilung der Produktionsmittel und Arbeitskräfte auf die Wirtschaftszweige" nicht planmäßig hergestellt wurde. Vielmehr stimmt, daß das wirtschaftliche Gleichgewicht erst nach dem Auftreten von Disproportionen - auf einem niedrigeren Produktionsniveau - hergestellt wurde.
 - 2) Die Konzentration auf die Schwerindustrie und ihr schnelles Wachstum waren aus politischen Gründen berechtigt.

Die zweite Investitionswelle erreichte ihren Höhepunkt in den Jahren 1961/62, nachdem die insgesamt guten Ergebnisse des zweiten Fünfjahresplans die Planer annehmen ließen, auf dieser Grundlage könne mit hohen Produktionszielen ein neuer Wirtschaftsaufschwung eingeleitet werden. Aber die Prognose ging von falschen Voraussetzungen aus:

(1) Trotz der umfangreichen Investitionen in der Brennstoff- und Energieindustrie im 2. Fünfjahresplan wurde keine wesentliche Produktionssteigerung erreicht. Die Importmöglichkeiten von Roh- und Brennstoffen verschlechterten sich infolge des steigenden eigenen Bedarfs der Partnerländer. Eine weitere Zunahme des tschechoslowakischen Energie- und Rohstoffbedarfs mußte also die nie beseitigte Diskrepanz zwischen dem Bedarf der Verarbeitungsindustrie und den Liefermöglichkeiten der Grundstoffindustrien verschärfen.

(2) Trotz des relativ hohen Investitionsanteils der Landwirtschaft im zweiten Fünfjahresplan konnte die geplante Produktionssteigerung nicht erreicht werden. Im dritten Fünfjahresplan 1961 - 65 sollte der Anteil der Industrie an dem gesellschaftlichen Gesamtprodukt weiter steigen, was auch einen höheren Investitionsanteil der Industrie voraussetzte. Somit entfiel auf die Landwirtschaft, die weiterhin unter dem Rückgang der Beschäftigtenzahl litt, ein kleinerer Anteil an den produktiven Investitionen. Es war nicht anzunehmen, daß unter diesen Bedingungen das Produktionssoll (höher als im 2. Fünfjahresplan) erfüllt werden konnte. Das war eine schlechte Voraussetzung für die Steigerung des privaten Konsums, denn auch der Anteil der landwirtschaftlichen Produkte am Import nahm ständig ab.

(3) Das Arbeitskräftepotential war schon zur Zeit des 2. Fünfjahresplans fast erschöpft - der Arbeitskräftezuwachs in der Industrie und im Bauwesen ging somit auf Kosten der Landwirtschaft. Eine weitere Produktionssteigerung mußte daher vornehmlich durch Rationalisierungsinvestitionen, moderne Technologie, also durch Steigerung der Arbeitsproduktivität erreicht werden. Das war jedoch gerade der wunde Punkt der tschechoslowakischen Wirtschaft - was durch die auf eine niedrige Arbeitsproduktivität zurückzuführende Verschlechterung der terms of trade mit den westlichen Ländern bewiesen wurde. Die Ursachen dafür lagen in erster Linie im Lenkungssystem selbst, dessen auf quantitative Ergebnisse ausgerichtete Instrumente in der Praxis gegen die Einführung technischer Neuerungen und

gegen die Entfaltung von Eigeninitiative wirkten. Die Mißachtung des Wirtschaftlichkeitsprinzips auf der Unternehmensebene führte dann zu großen volkswirtschaftlichen Verlusten.

(4) Die Einführung des "vervollkommenen Planungs- und Lenkungssystems" (die auf materiellen Anreizen aufgebaute Erweiterung der Entscheidungskompetenz und der Verantwortung auf der unteren Ebene) im Jahre 1958/59 sollte die Voraussetzungen für eine Erhöhung der Effektivität des Wirtschaftens schaffen. Doch die bei der Durchführung gemachten (und schon in der Ausarbeitung enthaltenen) Fehler - das Nachlassen der Regulierungsfunktion der zentralen Organe auf der einen und die Beibehaltung der alten quantitativen Kennziffern auf der anderen Seite - hatten vielmehr ein Chaos zur Folge, das sich vor allem im Investitionssektor äußerte: Zahlreiche Investitionsvorhaben wurden bei unvollkommener Projektvorbereitung und ohne eine vorherige Abstimmung mit dem Lieferanten angefangen, so daß die Zahl der unvollendeten Bauten stark anstieg. Wo einerseits Mangel an Baukapazitäten und Lieferungen von Maschinen und Einrichtungen herrschte, konnten andererseits Produktionskapazitäten nicht voll ausgelastet werden. Dieser Zustand trug zu der Krise im Jahre 1963 wesentlich bei.

Wegen der falschen Einschätzung der Ausgangslage für den 3. Fünfjahresplan wurden also der Wirtschaft Aufgaben auferlegt, die sich als undurchführbar erwiesen und letztlich zur Verschärfung der vorhandenen, jedoch zeitweilig verdeckten Disproportionen führten. Im Jahre 1963 kam es deswegen zu einer radikalen Investitionssenkung in allen Wirtschaftsbereichen. Das Nationaleinkommen sank sogar unter das Niveau des Vorjahrs. Nach dem Abbruch des 3. Fünfjahresplans wurden (ähnlich wie 1954/55) Jahrespläne für 1964/65 festgelegt, die nur bescheidene Produktionsziele enthielten, um die Wirtschaftslage zu konsolidieren. Die Erfahrungen aus dem letzten Fünfjahresplan fanden ihren Ausdruck in den Forderungen nach einer neuen Wirtschaftsreform, die die in dem zentralisierten Lenkungs- und Planungssystem begründeten Mängel abbauen sollte.

2. Die bremsende Wirkung des zentralisierten Systems war vor allem auf das Fehlen von qualitativen (gemeint sind Effizienz-) Kriterien des Wirtschaftens zurückzuführen. Auf jeder Planungsebene war überwiegend der quantitative Output von ausschlaggebender Bedeutung, die Fragen des Produktionsaufwands, der Qualität der Produkte und des effektiven

Nutzens der Produktionskapazitäten standen in der Praxis an zweiter Stelle. Das blieb ohne ernste Folgen, solange die materiellen Reserven - Rohstoffe, Arbeitskräfte, Produktionskapazitäten - in relativ genügendem Maß vorhanden waren. Seit Mitte der fünfziger Jahre (deutlich jedoch erst ab 1961) zeigten sich die Grenzen dieser auf die einseitige Expansion der Schwerindustrie orientierten Wirtschaftspolitik.

Einen entsprechenden Hinweis gibt die wachsende Diskrepanz zwischen der steigenden Investitionsquote und den sinkenden Zuwächsen des Nationaleinkommens. Der ständig wachsende Investitionskoeffizient der gesamten Wirtschaft demonstriert die fallende Investitionseffektivität in den Jahren 1949 - 65. Diese Entwicklung ist u.a. auf den vorwiegend extensiven Charakter der Investitionen zurückzuführen: Die letzte Untersuchungsphase 1961 - 65 zeigt am deutlichsten, daß unter den Bedingungen der erschöpften extensiven Wachstumsquellen die Konzentration auf vorwiegend Erweiterungsinvestitionen bremsend auf das Wachstum des Nationaleinkommens wirken mußte.

In der folgenden graphischen Darstellung¹ werden das Wachstum des Nationaleinkommens pro Kopf der arbeitenden Bevölkerung (Arbeitsproduktivität) und der Grundfondsausstattung pro Arbeitskraft sowie die Zunahme der Beschäftigtenzahl gegenübergestellt. An den Kurven für die gesamte Wirtschaft (siehe S.189, a) sehen wir, daß bis ungefähr zum Jahr 1955 die Zunahme der Grundfondsausstattung durch eine größere Zunahme der Arbeitsproduktivität begleitet wurde. In dieser Phase des Aufbaus hatten die extensiven Investitionen (parallel zu den Rekonstruktionsinvestitionen) ihre Berechtigung. Während zwischen den Jahren 1955 und 1961 diese beiden Kurven (A', K') parallel verliefen - proportionales Wachstum der Grundfondsausstattung und der Arbeitsproduktivität -, wuchs nach dem Jahr 1961 bei einer weiter steigenden Grundfondsausstattung die Arbeitsproduktivität nur minimal. Diese Entwicklung deutet auf einen vorwiegend quantitativen Grundfondszuwachs bzw. eine Vernachlässigung der Innovationen. Eine ähnliche Entwicklung wie in der gesamten Wirtschaft ist in der Industrie und im Bauwesen zu beobachten. In der Landwirtschaft dagegen ist die Zunahme der Grundfondsausstattung pro Arbeitskraft ab 1953 von einem viel langsameren Anstieg, ab 1961 durch das Absinken der Arbeitsproduktivität begleitet.

1) als Grundlage dienten Angaben im Anhang, Tab.5.

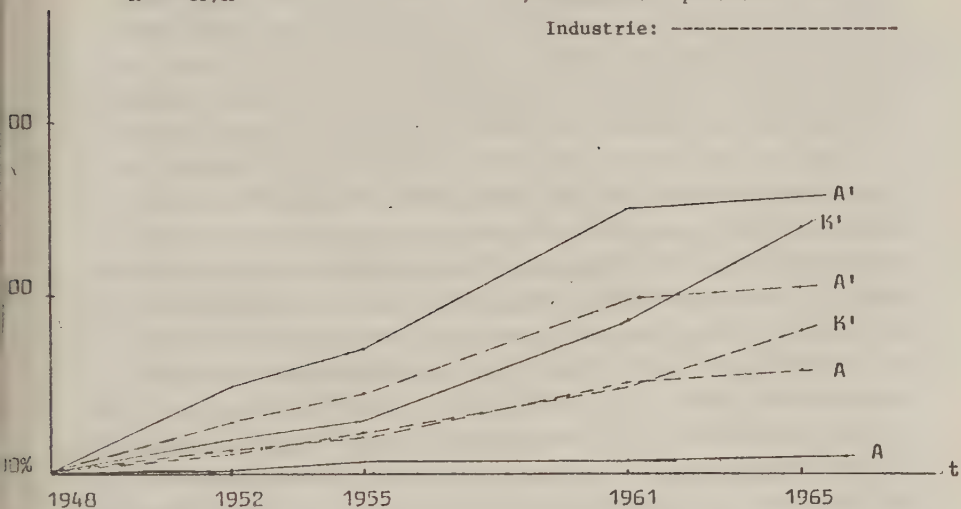
A = Arbeitskräfte

A' = NE/A

K' = GF/A

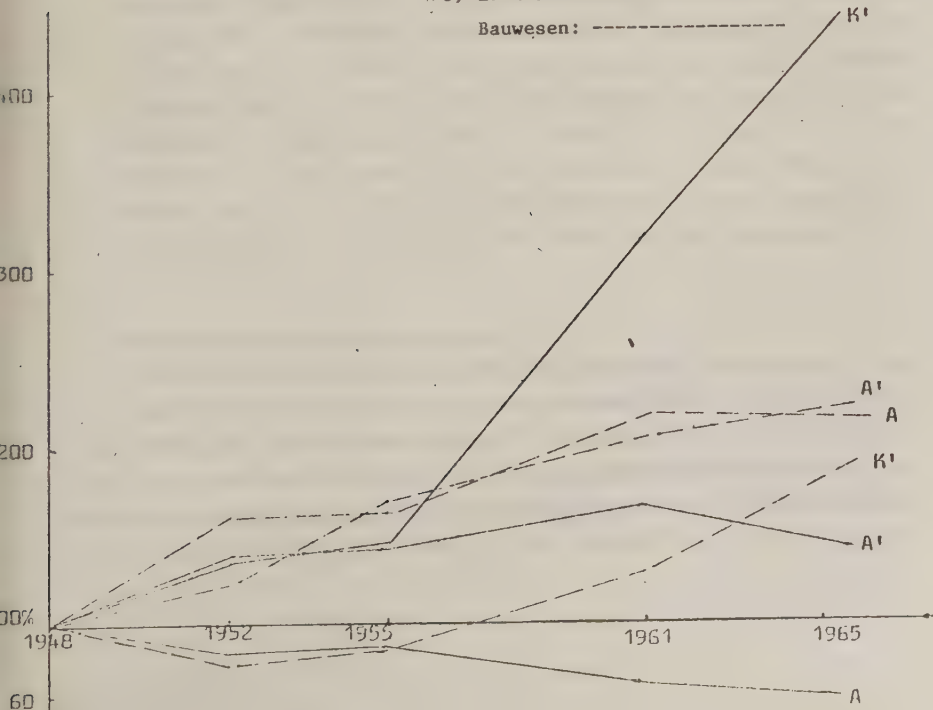
a) Produktive Sphäre: —————

Industrie: - - - - -



b) Landwirtschaft: —————

Bauwesen: - - - - -



Die Entwicklung der Arbeitskräfte wurde deswegen in die Graphik eingeführt, um die gegenseitige Beziehung des Produktionsfaktors Arbeit (extensive Wachstumsquelle) und der Investitionspolitik darzustellen. Der Arbeitskräftezuwachs war insgesamt in der ganzen Periode gering. Dafür gab es eine sektorale Verlagerung zu Lasten der Landwirtschaft und zugunsten der Industrie und des Bauwesens. Diese Verlagerung verlief in Übereinstimmung mit dem wirtschaftspolitischen Ziel des industriellen Aufbaus. Das Ziel der Investitionspolitik in der Landwirtschaft mußte also die Substitution von Arbeitskräften und zugleich ein hoher Rationalisierungseffekt sein. Trotz der Zunahme der Grundfonds-ausstattung pro Arbeitskraft in der Landwirtschaft um rund 300 % in den Jahren 1949 bis 1965 war ein Erfolg dieser Maßnahme nur bis 1952 gewährleistet. Nachher wuchs die Arbeitsproduktivität langsamer als die Grundfondsausstattung, bis sie nach 1961 abzusinken begann. Die Ursache dieser Entwicklung ist in den ungenügenden Rationalisierungsinvestitionen zu suchen bzw. in dem niedrigen technischen Niveau der neuen Grundfonds, das es nicht ermöglichte, den Arbeitskräfterrückgang zu kompensieren.

In der Industrie mußte im Hinblick auf den Arbeitskräftezuwachs das Ziel der Investitionspolitik in der Schaffung von Arbeitsplätzen und in der Steigerung der Arbeitsproduktivität liegen, also im Erweiterungsinvestitionen mit gleichzeitig hohem Rationalisierungseffekt. Wie der Kurvenverlauf zeigt, gelang es in den Jahren 1949-61 die Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft einzugliedern und zugleich die Arbeitsproduktivität zu steigern. Ab 1961 jedoch, als mit keinem zusätzlichen Angebot an Arbeitskräften zu rechnen war, hätte der Schwerpunkt in Rationalisierungsinvestitionen liegen müssen. Daß dies nicht der Fall war, beweist die stagnierende Arbeitsproduktivität bei steigender Grundfonds-ausstattung pro Arbeitskraft.

Im Bauwesen bedingte eine ähnliche Ausgangssituation wie in der Industrie die gleiche Zielsetzung, nämlich die Schaffung von Arbeitsplätzen und das Erreichen eines hohen Rationalisierungseffekts. Bis 1952 ist (numerisch) keine Korrelation von K' und A' feststellbar. Das heißt, daß die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch andere Maßnahmen erreicht wurde: durch die zunehmende Auslastung der vorhandenen Kapazitäten, durch kapitalsparende Investitionen. Nach der fast proportionalen Entwicklung

bis zum Jahre 1961 stieg die Grundfondsausstattung pro Arbeitskraft stärker an als die Arbeitsproduktivität. Die Erklärung ist wahrscheinlich in der sinkenden Kapazitätsauslastung (stagnierende Beschäftigtenzahl) und dem abnehmenden Rationalisierungseffekt der Investitionen in den Jahren 1961-65 zu suchen.

Der oben beschriebene Zustand der tschechoslowakischen Wirtschaft Mitte der sechziger Jahre erforderte die Ausarbeitung von Maßnahmen zur Erhöhung von Investitionseffektivität und Arbeitsproduktivität. Gleichzeitig setzte sich die Erkenntnis durch, daß als Voraussetzung einer Leistungssteigerung der Wirtschaft der ordnungspolitische Rahmen modifiziert werden mußte.

TABELLENANHANG

- 1) Gesellschaftliches Gesamtprodukt, Nationaleinkommen und Produktionsverbrauch in der ČSSR von 1948 bis 1965
- 2) Investitionen von 1948 bis 1965
- 3) Die Effektivität der "produktiven" Investitionen von 1948 bis 1965, gemessen am Investitionskoeffizienten
- 4) Der Kapazitätseffekt der Investitionen
- 5) Der Rationalisierungs- bzw. Substitutionseffekt der Investitionen
- 6) Die Bruttonproduktion der Industrie
- 7) Die Nettoproduktion der Industrie
- 8) Die Investitionen in die Industrie
- 9) Die Effektivität der Investitionen in die Industrie
- 10) Der Rationalisierungseffekt der Investitionen in die Industrie

Abkürzungen

- GP = gesellschaftliches Gesamtprodukt
NE = Nationaleinkommen
PV = Produktionsverbrauch
GF = Grundfonds
 Δ NE = Zuwachs des Nationaleinkommens

Anmerkung

In den folgenden Berechnungen wurde der Versuch gemacht, alle für die Bewertung der Investitionsentwicklung notwendigen Angaben auf ein einheitliches Preisniveau durchgehend für die Jahre 1948 - 1965 zu bringen. Nur die Investitionsangaben zu Preisen von 1964 konnten dem Statistischen Jahrbuch der ČSSR entnommen werden, alle anderen mit Hilfe verschiedener statistischer Daten ermittelten Werte sind das Ergebnis eigener Berechnungen.

Tabelle 1: Gesellschaftliches Gesamtprodukt (GP), Nationaleinkommen (NE) und Produktionsverbrauch (PV) von 1948 bis 1965 in 10^9 KMs zu Preisen von 1964

	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965
GP: absolut	129.8	142.1	163.5	177.8	194.6	205.0	215.4	237.4	254.3	272.5	294.5	316.6	346.4	369.8	381.5	381.5	393.2	414.0
Index	100	110	126	137	150	158	166	183	196	210	227	244	267	285	294	294	303	319
-Industrie	59.0	67.3	77.9	88.5	104.4	113.9	119.2	132.2	144.6	159.3	177.0	196.5	219.5	239.0	253.7	252.0	262.0	283.2
Index	100	114	132	150	177	193	202	224	245	270	300	333	372	405	430	427	444	480
-Landw. abs.	42.2	46.1	47.6	48.2	46.6	46.9	46.2	51.6	53.2	53.0	54.4	54.0	56.9	56.9	52.6	56.5	57.9	55.7
Index	100	109	113	114	110	111	109	122	126	126	129	128	135	135	125	134	137	132
-Bauwesen	8.1	9.8	11.9	14.4	18.0	20.4	21.8	23.3	26.6	28.5	31.1	37.0	40.4	42.7	41.3	37.4	41.7	45.2
Index	100	121	147	178	222	252	269	289	328	352	384	457	499	527	510	462	515	558
NE: absolut	63.6	70.0	76.9	84.5	93.4	99.2	103.0	113.1	119.5	128.4	138.6	147.5	159.6	170.3	172.9	169.0	169.7	176.1
Index	100	110	121	133	147	156	162	179	188	202	218	232	251	268	272	266	267	277
-Industrie	42.9	45.0	47.4	55.5	61.0	63.6	66.3	72.7	79.2	86.2	94.0	102.1	111.7	122.7	130.1	126.5	129.8	135.0
Index	100	105	111	129	142	148	155	170	185	200	219	238	260	286	303	295	302	315
-Landw.	11.8	14.2	15.7	14.3	13.8	15.1	13.3	14.7	14.2	14.2	14.5	12.8	13.3	13.0	12.4	10.5	11.6	10.1
Index	100	120	133	121	117	128	113	125	120	120	123	108	113	110	105	89	98	85
-Bauwesen	4.5	4.9	5.4	6.2	8.8	10.0	10.3	11.8	13.4	14.1	15.1	17.8	19.5	20.2	19.1	16.2	17.6	20.9
Index	100	109	120	138	196	222	229	267	298	313	336	393	433	449	424	360	391	464
PV: absolut	66.2	72.1	86.6	93.3	101.2	105.8	112.4	124.3	134.8	144.1	155.9	169.1	186.8	199.5	208.6	212.5	223.5	237.9
Index	100	109	131	141	153	160	170	188	204	218	236	255	282	301	315	321	338	359
PV/GP (%)	51	51	53	53	52	52	52	52	53	53	53	53	54	54	55	56	57	58
-Industrie	16.1	22.3	30.5	33.0	43.4	50.3	52.9	59.5	65.4	73.1	83.0	94.4	107.8	116.3	123.6	125.5	132.2	148.2
Index	100	139	189	205	270	312	329	370	406	454	516	586	670	722	768	780	821	921
PV/GP	27	33	39	37	42	44	44	45	45	46	47	48	49	49	49	50	51	52
-Landw.	30.4	31.9	31.9	33.9	32.8	31.8	32.9	36.9	39.0	38.8	39.9	41.2	43.6	43.9	40.2	46.0	46.3	45.6
Index	100	105	105	115	108	105	108	121	128	128	131	136	143	144	132	151	152	150
PV/GP	72	69	67	70	70	68	71	72	73	73	73	76	77	77	76	81	80	80
-Bauwesen	3.6	4.9	6.5	8.2	9.2	10.4	11.5	11.6	13.2	14.4	16.0	19.2	20.9	22.5	22.2	21.2	24.1	24.3
Index	100	136	181	228	256	289	319	322	367	400	444	533	581	625	617	589	669	675
PV/GP	44	50	55	57	51	51	53	50	50	51	51	52	52	53	54	57	58	56
GP: (100 %)	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Ind. % GP	45.5	47.4	47.6	49.8	53.6	55.6	55.3	55.7	56.9	58.5	60.1	62.1	63.4	64.6	66.5	66.1	66.6	68.4
Land. % GP	32.5	32.4	29.1	27.1	23.9	22.9	21.4	21.7	20.9	19.4	18.5	17.1	16.4	15.4	13.8	14.8	14.7	13.5
Bau % GP	6.2	6.9	7.3	8.1	9.2	10.0	10.1	9.8	10.5	10.5	10.6	11.7	11.7	11.5	10.8	9.8	10.6	10.9
Übrige % GP	15.8	13.3	16.0	15.0	13.3	11.5	13.2	12.8	11.7	11.6	10.8	9.1	8.5	8.5	8.9	9.3	8.1	7.2
NE: (100 %)	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Ind. % NE	67.4	64.3	61.6	65.7	65.3	64.1	64.4	64.3	66.3	67.1	67.8	69.2	70.0	72.0	75.2	74.9	76.5	76.7
Land. % NE	18.6	20.3	20.4	16.9	14.8	15.2	12.9	13.0	11.9	11.1	10.5	8.7	8.3	7.6	7.1	6.2	6.8	5.7
Bauw. % NE	7.1	7.0	7.0	7.3	9.4	10.1	10.0	10.4	11.2	11.0	10.9	12.1	11.9	11.9	11.0	9.5	10.3	11.9
Übrige % NE	6.9	8.4	11.0	10.1	10.5	10.6	12.7	12.3	10.6	10.8	10.8	10.0	9.5	8.5	6.7	9.3	6.4	5.7

	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965
Gesamtinvest.	8936	11851	14311	17354	20504	21236	20823	22401	25451	27821	31586	37755	42419	45465	44268	39413	39715	42821
Index	100	133	160	194	229	238	233	251	285	311	353	422	475	509	495	441	493	529
I/NE	14	17	19	21	22	21	20	20	21	22	23	26	27	27	26	23	23	24
I. Komponenten																		
- Bauten	6248	7629	8988	10843	13393	14491	14323	15083	16722	17942	19452	23529	25932	27286	26210	23039	23786	25010
Index	100	122	144	173	214	232	229	241	268	287	311	377	415	437	420	369	399	441
% Ges. Inv.	70	64	63	62	65	68	69	67	66	64	62	62	61	60	59	58	60	58
- Masch.&Einr.	2688	4222	5323	6511	7111	6745	6500	7318	8729	9879	12134	14226	16487	18179	18058	16374	15929	17811
Index	100	157	198	242	265	251	242	272	325	368	451	529	613	676	672	609	713	789
% Ges. Inv.	30	36	37	38	35	32	31	33	34	36	38	38	39	40	41	42	40	42
"Prod." Inv.	6244	8573	10440	12687	14835	14466	13923	14827	7368	19487	23401	28244	31744	34436	33700	29931	29971	32432
Index	100	137	167	203	238	232	223	237	278	312	375	452	508	552	540	479	480	519
% Ges. Inv.	70	72	73	73	72	68	67	66	68	70	74	75	75	76	76	76	75	76
- Industrie	4375	5689	6764	7840	9450	8303	8231	8173	9550	10472	13022	15783	17637	19009	19967	18119	17601	18623
Index	100	130	155	179	216	190	188	187	218	239	298	361	403	434	456	414	402	426
% Ges. Inv.	49	48	47	45	46	39	40	36	38	38	41	42	42	42	45	46	44	43
- Landw.	375	849	1142	1800	1842	2370	2330	3177	4031	4281	5187	6364	7108	7653	6694	5745	5756	5982
Index	100	226	304	480	491	632	621	847	1075	1142	1383	1697	1895	2041	1785	1532	1535	1595
% Ges. Inv.	4	7	8	10	9	11	11	14	16	15	16	17	17	17	15	15	14	14
- Bauwesen	84	170	327	413	515	435	370	460	505	861	960	1099	1447	1523	1228	819	938	1258
Index	100	202	389	491	613	518	440	548	601	1025	1143	1308	1722	1813	1461	975	1116	1498
% Ges. Inv.	1	1	2	2	3	2	2	2	2	3	3	3	3	3	3	2	2	3
- Verkehr & Kommunikat.	1351	1734	1876	2431	2738	3050	2453	2327	2473	2975	3236	3853	4130	4617	4537	4096	4271	4878
Index	100	128	139	180	203	226	182	172	183	220	240	285	306	342	336	303	316	361
% Ges. Inv.	15	15	13	14	13	14	12	10	10	11	10	10	10	10	10	10	11	11
"Unprod." Inv.	2692	3278	3871	4667	5669	6770	6900	7574	8083	8334	8185	8511	10675	11029	10568	9482	9744	10388
Index	100	122	144	173	211	251	256	280	300	310	304	353	397	410	393	352	362	386
% Ges. Inv.	30	28	27	27	28	32	33	34	32	30	26	25	25	24	24	24	25	24
- Wohnungen	1678	1904	2206	2478	3150	3608	4563	4970	4918	4933	4817	5261	5914	5906	6001	5795	5978	6006
Index	100	113	131	148	188	215	272	296	293	294	287	314	352	352	358	345	356	358
% Ges. Inv.	19	16	15	14	15	17	22	22	19	18	15	14	14	13	14	15	15	14
- Ges. & Soz.	302	357	385	384	388	374	312	333	399	434	429	514	604	683	582	533	569	625
Index	100	118	127	127	128	124	103	110	132	144	142	170	200	226	193	176	188	207
% Ges. Inv.	3	3	3	2	2	2	1	1	2	2	1	1	1	2	1	1	1	1
- Schule / Kultur	346	418	457	562	490	400	675	866	1007	1191	1152	1521	1851	1895	1775	1485	1465	1730
Index	100	121	132	162	140	116	195	250	291	344	333	440	535	548	513	429	423	500
% Ges. Inv.	4	4	3	3	2	2	3	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4
- Forschung	22	32	52	97	97	133	152	174	302	278	256	294	364	356	389	386	446	528
Index	100	145	236	441	441	605	691	791	1372	1264	1164	1336	1655	1618	1768	1755	2028	2409
% Ges. Inv.	0	0	0	1	0	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1

Tabelle 3: Die Effektivität der "produktiven" Investitionen von 1948 bis 1965 gemessen am Investitionskoeffizienten

	1948/52	53/55	48/55	56/61	48/61	62/65	48/65
1. Inv./ GP (10⁶ Kcs)							
Investition	37944	43224	81168	135071	216239	128038	344277
GP total	64800	42800	107600	132400	240000	44200	284200
Inv. Koeff.	0,59	1.01	0.75	1.09	0.90	2.90	1.21
Inv.Industrie							
GP Ind.	24668	25984	50652	74637	125325	74696	199985
	45400	27800	73200	106800	180000	44200	224200
Inv.koeff.	0.54	0.93	0.69	0.70	0.70	1.69	0.89
Inv.Landw.							
GP Landw.	4166	6542	10708	30148	40856	25848	66704
	4400	5000	9400	5300	14700	-1200	13500
Inv.koeff.	0.95	1.31	1.14	5.69	2.78	-21.54	4.94
Inv.Bauwesen							
GP Bauw.	994	1320	2314	5332	7646	4508	12154
	9900	5300	15200	19400	34600	2500	37100
Inv.koeff.	0.10	0.25	0.15	0.27	0.22	1.80	0.33
2. Inv./ NE							
NE total	29800	19700	49500	57200	106700	5800	112500
Inv.koeff.	1.27	2.19	1.64	2.36	2.03	22.08	3.06
NE Industrie							
Inv.koeff.	18100	11700	29800	50000	79800	12300	92100
	1.36	2.22	1.70	1.49	1.57	6.07	2.17
NE Landw.							
Inv.koeff.	2000	900	2600	-1700	1200	-2900	-1700
	2.08	7.27	4.12	-17.73	34.05	-8.91	-39.23
NE Bauw.							
Inv.koeff.	4300	3000	7300	8400	15700	700	16400
	0.23	0.44	0.32	0.63	0.49	6.44	0.74

Tabelle 4: Der Kapazitätseffekt der Investitionen^a

GF total	34550	36884	71434	127309	198743	125358	324128
Invest.total	37944	43286	81230	135736	216966	128038	345004
Kap.effekt	0.91	0.85	0.88	0.94	0.92	0.98	0.94
GF Industrie							
Inv.Industrie	22628	22693	45321	69494	114815	72692	187507
	24668	26012	50680	74970	125650	74696	200346
Kap.effekt	0.92	0.87	0.89	0.93	0.91	0.97	0.94
GF Landw.							
	3671	5630	9301	28307	37608	25355	62963
Kap.effekt	0.88	0.86	0.87	0.93	0.92	0.98	0.94
GF Bauw.							
	888	1079	1967	4723	6690	4662	11352
Kap.effekt	0.89	0.82	0.85	0.89	0.87	1.03	0.93

a) GF und Investitionen bis 1960 in Preisen von 1960, 1961-65 Preise von 1964, in 10⁶ Kčs.

Tabelle 5: Der Rationalisierungseffekt der Investitionen
(GF in Preisen 1955, GP & NE in Preisen)

1) Grundfondausstattung pro Arbeitskraft

	1948	1952	1955	1961	1965
a) Grundf. total	205 181	242 379	279 221	412 705	526 568
b) Arbeitskräfte	4 906	4 916	5 198	5 273	5 321
GF/Arbeitskräfte	41 826	49 302	53 720	78 274	98 952
Index	100	118	128	187	237
GF Industrie	114 865	140 885	165 085	244 097	319 730
Arbeitskräfte	1 669	1 863	1 993	2 418	2 551
GF/Arbeitskräfte	68 837	75 620	82 849	100 969	125 324
Index	100	110	120	147	182
GF Landwirt	39 376	44 878	51 172	82 498	102 369
Arbeitskräfte	2 349	1 985	2 079	1 542	1 399
GF/Arbeitskräfte	16 760	22 612	24 611	53 511	73 171
Index	100	135	147	319	437
GF Bauwesen	3 768	4 781	5 218	10 407	14 221
Arbeitskräfte	256	410	409	558	542
GF/Arbeitskräfte	14 743	11 661	12 757	18 649	26 246
Index	100	79	87	126	178

2) Arbeitsproduktivität

c) Ges. Prod.	129 800	194 600	237 400	369 800	414 000
c) Nat. Eink.	63 600	93 400	113 100	170 300	176 100
GP/Arbeitskräfte	26 457	39 585	45 671	70 131	77 805
Index	100	150	173	265	294
NE/Arbeitskräfte	12 964	18 999	21 758	32 297	33 095
Index	100	147	168	249	255
GP Industrie	59 000	104 400	132 200	239 000	283 200
NE Industrie	42 900	61 000	72 700	122 700	135 000
GP/Arbeitskräfte	35 351	56 039	66 332	98 842	111 015
Index	100	159	188	280	314
NE/Arbeitskräfte	25 704	32 743	36 478	50 744	52 920
Index	100	127	142	197	206
GP Landwirt.	42 200	46 600	51 600	56 900	55 700
NE Landw.	11 800	13 800	14 700	13 000	10 100
GP/Arbeitskräfte	17 965	23 476	24 820	36 900	39 814
Index	100	131	138	205	222
NE/Arbeitskräfte	5 023	6 952	7 070	8 431	7 219
Index	100	138	141	168	144
GP Bauwesen	8 100	18 000	23 300	42 700	45 200
NE Bauwesen	4 500	8 800	11 800	20 200	20 900
GP/Arbeitskräfte	31 641	43 902	56 968	76 523	83 395
Index	100	139	180	242	264
NE/Arbeitskräfte	17 578	21 463	28 851	36 201	38 561
Index	100	122	164	206	219

3) Rationalisierungs-(Substitutions-)effekt

	1948	1952	1955	1961	1965
Total					
Index GP/Arbeitskräfte	1.000	1.271	1.352	1.417	1.241
Index GF/Arbeitskräfte					
Index NE/Arbeitskräfte	1.000	1.246	1.313	1.332	1.076
Index GF/Arbeitskräfte					
Industrie					
Index GP/Arbeitskräfte	1.000	1.445	1.567	1.905	1.725
Index GF/Arbeitskräfte					
Index NE/Arbeitskräfte	1.000	1.155	1.183	1.340	1.132
Index GF/Arbeitskräfte					
Landwirtschaft					
Index GP/Arbeitskräfte	1.000	0.970	0.939	0.643	0.508
Index GF/Arbeitskräfte					
Index NE/Arbeitskräfte	1.000	1.022	0.959	0.527	0.330
Index GF/Arbeitskräfte					
Bauwesen					
Index GP/Arbeitskräfte	1.000	1.739	2.069	1.921	1.483
Index GF/Arbeitskräfte					
Index NE/Arbeitskräfte	1.000	1.544	1.885	1.635	1.230
Index GF/Arbeitskräfte					

a) in 10^6 K $\ddot{u}$ s
b) 1 000 Personen
c) in 10^6 K $\ddot{u}$ s

Tabelle 6: Die Bruttoproduktion der Industrie in den Preisen
von 1964 zu 10⁶ Kcs

	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965
Industrie total	59000	67300	77900	88500	104400	113900	119200	132200	144600	159300	177000	196500	219500	239000	253700	252000	262000	283200
Index	100	114	132	150	177	193	202	224	245	270	300	333	372	405	430	427	444	480
% Industrie	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Energie	1839	2005	2280	2354	2867	3034	3347	3788	4303	4634	5112	5866	6620	7301	7889	7981	8464	9286
Index	100	109	124	128	156	165	182	206	234	252	278	319	360	397	429	434	470	504
1) % Industrie	3,1	3,0	2,9	2,6	2,8	2,7	2,8	2,9	3,0	2,9	2,9	3,0	3,0	3,0	3,1	3,2	3,3	3,3
Brennstoffe	6354	6799	7116	7561	8578	8896	9404	10103	10865	12390	13852	14614	15758	16838	17855	18554	19126	20015
Index	100	107	112	119	135	140	148	159	171	195	218	230	248	265	281	292	301	315
% Industrie	10,8	10,1	9,1	8,5	8,2	7,8	7,9	7,7	7,5	7,8	7,8	7,5	7,2	7,0	7,0	7,4	7,3	7,1
Metallurgie	6342	6721	7420	8538	10935	12689	12626	13872	15414	16746	18121	20436	22875	24578	25719	24882	26986	29605
Index	100	106	117	135	172	200	199	219	243	264	286	322	361	388	406	392	426	467
% Industrie	10,7	10,0	9,5	9,6	10,5	11,1	10,6	10,5	10,7	10,5	10,2	10,4	10,4	10,3	10,0	9,9	10,3	10,5
Maschinenbau	10185	12020	14770	18940	24950	29940	31270	34730	39620	43800	50620	58770	67530	75170	81580	80360	83320	92580
Index	100	118	145	186	245	294	307	341	389	430	497	577	663	738	801	789	818	909
% Industrie	17,3	17,9	18,9	21,3	24,0	26,3	26,3	26,3	27,3	27,5	28,6	30,0	30,8	31,3	32,1	31,9	31,8	32,7
Chemie	1530	1790	2111	2570	3167	3641	3779	4452	5030	5697	6320	7389	9258	10771	12151	12507	13887	15713
Index	100	117	138	168	207	238	247	291	329	372	413	484	605	704	794	817	908	1027
% Industrie	2,6	2,7	2,7	2,9	3,0	3,2	3,2	3,4	3,5	3,6	3,6	3,8	4,2	4,5	4,7	5,0	5,3	5,5
Baustoffe & Ker.	2726	3014	3198	3584	4049	4259	4767	5493	6204	7457	8659	9985	11224	12080	12610	11866	12576	13710
Index	100	111	117	131	149	156	175	202	228	274	318	366	412	443	463	435	461	503
% Industrie	4,6	4,5	4,1	4,0	3,9	3,7	4,0	4,1	4,3	4,7	4,9	5,1	5,1	5,1	4,9	4,7	4,8	4,8
Holzverarbeit.	2834	3231	3684	4478	5470	5413	5866	6688	7227	7794	8445	9097	9692	10316	10883	10542	10742	11336
Index	100	114	130	158	193	191	207	236	255	275	298	321	342	364	384	372	379	400
% Industrie	4,8	4,8	4,7	5,1	5,2	4,8	4,9	5,0	5,0	4,9	4,8	4,6	4,4	4,3	4,2	4,2	4,1	4,0
Textil & Bekl.	8063	9330	10376	11125	12139	12003	12454	14393	14645	16129	17931	18874	20552	22363	23264	22454	22794	24340
Index	100	116	129	138	151	149	154	179	182	200	222	234	255	277	289	278	283	302
% Industrie	13,7	13,8	13,3	12,6	11,6	10,5	10,4	10,8	10,1	10,1	10,1	9,6	9,4	9,4	9,1	8,9	8,4	8,6
Leder & Gummi	2896	3137	3253	3479	3859	3912	4196	4755	5202	6032	6727	7296	7978	8791	9471	9290	9695	10584
Index	100	108	112	120	133	135	145	164	180	208	232	252	275	304	327	321	335	365
% Industrie	4,9	4,7	4,2	3,9	3,7	3,4	3,5	3,6	3,6	3,8	3,8	3,7	3,6	3,7	3,7	3,7	3,7	3,7
Nahrung	15196	18083	22338	24314	26441	27505	28265	29936	31608	33735	35711	37534	40117	42549	43461	44828	45588	46348
Index	100	119	147	160	174	181	186	197	208	222	235	247	264	280	286	295	300	305
% Industrie	25,8	26,9	28,7	27,5	25,3	24,1	23,7	22,5	21,9	21,2	20,2	19,1	18,3	17,8	16,9	17,8	17,4	16,4
Papier	2180	2270	2595	2821	2948	3099	3332	3493	3672	3905	4295	4574	4888	5123	5364	5402	5502	5753
Index	100	104	119	129	135	142	153	160	168	179	197	210	224	235	246	248	252	264
% Industrie	3,7	3,4	3,3	3,2	2,8	2,7	2,8	2,6	2,5	2,5	2,4	2,3	2,2	2,1	2,1	2,1	2,1	2,0

1) Anteile an der gesamten Bruttoproduktion der Industrie

Tabelle 7: Die Nettoproduktion der Industrie in Preisen von 1964 zu 10⁶ Kčs

	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965
Industrie total	42900	47620	52770	55770	60060	62100	64780	72930	77650	85800	94380	103800	111700	122700	130100	126500	129800	135000
Index	100	111	123	130	140	145	151	170	181	200	220	242	260	286	303	295	302	315
% Industrie	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Energie	1750	1930	2170	2400	2710	2890	3170	3500	3870	4130	4570	5090	5669	6170	6578	6564	6866	7428
Index	100	110	124	137	155	165	181	200	221	236	261	291	324	353	376	375	392	424
1) % Industrie	4.07	4.05	4.11	4.30	4.51	4.65	4.89	4.80	4.98	4.81	4.84	4.90	5.08	5.03	5.06	5.19	5.29	5.50
Brennstoffe	4130	4470	4650	5030	5910	5890	6360	6790	7290	8290	9270	9610	10317	10975	11586	11986	12300	12814
Index	100	108	113	122	143	143	154	164	177	201	224	233	250	266	281	290	298	310
% Industrie	9.62	9.39	8.81	9.02	9.84	9.48	9.82	9.31	9.39	9.66	9.82	9.23	9.24	8.94	8.91	9.48	9.48	9.49
Metallurgie	3580	3900	4400	4830	5510	6300	6410	7090	7730	8410	8810	9380	10262	10771	11003	10386	10983	11741
Index	100	109	123	135	154	176	179	198	216	235	246	262	287	301	307	290	307	328
% Industrie	8.35	8.19	8.34	8.66	9.17	10.14	9.90	9.72	9.95	9.80	9.33	9.04	9.19	8.78	8.46	8.21	8.46	8.70
Maschinen	10260	11800	13650	15180	16300	17750	18160	21240	22570	25750	29550	34370	39127	43148	46386	45259	46476	51141
Index	100	115	133	148	159	173	177	207	220	251	288	335	381	421	452	441	453	498
% Industrie	23.91	24.78	25.87	27.22	27.13	28.58	28.03	29.12	29.07	30.01	31.21	33.11	35.03	35.17	35.65	35.78	35.81	37.88
Chemie	1960	2160	2630	2670	3210	3370	3840	4740	5490	6040	6640	7100	(9258)	(10771)	(12151)	(12507)	(13087)	(15713)
Index	100	110	134	136	164	172	196	242	280	308	339	362	(472)	(550)	(620)	(638)	(709)	(802)
% Industrie	4.56	4.54	4.98	4.79	5.34	5.43	5.93	6.50	7.07	7.04	7.04	6.84	(8.29)	(8.78)	(9.34)	(10.13)	(10.70)	(11.64)
Baustoffe	3060	3060	3270	3240	3550	3580	4250	5020	5720	6580	7440	8570	9509	10100	10403	9658	10096	10229
Index	100	100	107	106	116	117	139	164	187	215	243	280	311	330	340	316	330	334
% Industrie	7.14	6.40	6.20	5.81	5.91	5.76	6.56	6.88	7.37	7.67	7.88	8.26	8.51	8.23	8.00	7.63	7.78	7.58
Holzverarb.	2360	2550	3040	3450	4040	3920	4180	4650	4840	4840	5070	5190	5289	5373	5397	4965	4792	4775
Index	100	108	129	146	171	166	177	197	205	205	215	220	224	228	229	210	203	202
% Industrie	5.51	5.35	5.76	6.19	6.73	6.31	6.45	6.38	6.23	5.64	5.37	5.00	4.74	4.38	4.15	3.92	3.69	3.54
Textil & Bekl.	6910	8020	8710	8780	8980	8640	8080	9260	9050	9740	10430	11260	13879	12921	13223	12552	12528	13148
Index	100	116	126	127	130	125	117	134	131	141	151	163	201	187	191	182	181	190
% Industrie	16.11	16.84	16.51	15.74	14.95	13.91	12.47	12.69	11.65	11.35	11.05	10.85	12.43	10.53	10.16	9.92	9.65	9.74
Leder/Gummi	2770	2880	3020	2630	2580	2440	2520	2600	2770	3190	3490	3710	3996	4335	4597	4438	4557	4893
Index	100	104	109	95	93	88	91	94	100	115	126	134	144	156	166	160	165	177
% Industrie	6.45	6.05	5.72	4.72	4.30	3.93	3.89	3.57	3.57	3.72	3.70	3.57	3.58	3.53	3.53	3.84	3.51	3.62
Nahrung	4240	4620	5050	5220	5170	5050	5170	5340	5680	6110	6320	6490	6892	7263	7371	7554	7631	7708
Index	100	109	119	123	122	119	122	126	134	144	149	153	163	171	174	178	180	182
% Industrie	9.89	9.70	9.57	9.36	8.61	8.13	7.98	7.32	7.31	7.12	6.70	6.25	6.17	5.92	5.67	5.97	5.88	5.71
Papier	1880	2070	2290	2310	2240	2260	2290	2370	2430	2520	2800	2990	3171	3298	3426	3423	3459	3588
Index	100	110	122	123	119	120	122	126	129	134	149	159	169	175	182	182	184	191
% Industrie	4.39	4.35	4.34	4.14	3.73	3.64	3.54	3.25	3.13	2.94	2.97	2.88	2.84	2.69	2.63	2.71	2.66	2.66

1) Anteile an der gesamten Nettoproduktion der Industrie

Tabelle 8: Investitionen in die Industrie in 10⁶ KŁs zu Preisen von 1964
(staatliche Sektoren)¹⁾

	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965
Investitionen																		
total	4302	5636	6714	7810	9433	8261	8209	8107	9464	10387	12901	15609	17493	18843	19801	18008	17472	18461
Index	100	131	156	182	219	192	191	188	220	241	300	363	407	438	460	419	406	429
% Inv.	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Energie	722	713	736	759	1145	1198	1326	1583	2103	1926	1973	1973	2210	2006	2370	2237	2249	2606
Index	100	99	102	105	159	155	184	219	291	267	273	273	306	278	328	310	311	361
2) % Inv.	16.8	12.7	11.0	9.7	12.1	14.5	16.2	19.5	22.2	18.5	15.3	12.6	12.6	10.6	12.0	12.4	12.9	14.1
Brennstoffe	630	609	534	609	896	1072	1318	1283	1580	2176	2641	2877	3017	2927	2391	2560	2634	2961
Index	100	97	85	97	142	170	209	204	251	345	419	456	479	465	380	406	418	470
% Inv.	14.6	10.8	8.0	7.8	9.5	13.0	16.1	15.8	16.7	20.9	20.5	18.4	17.2	15.5	12.1	14.2	15.1	16.0
Metallurgie	416	627	1012	1599	1952	1751	1566	1476	1494	1260	1760	2614	3107	3325	3798	3174	2993	2855
Index	100	151	243	384	469	421	376	355	359	303	423	628	747	799	913	763	719	686
% Inv.	10.6	11.2	15.1	20.5	20.7	21.2	19.0	18.3	15.7	12.1	13.6	16.7	17.7	17.7	19.2	17.7	17.1	15.5
Maschinen	675	1019	1397	1601	1940	1496	1197	1024	1278	1560	2123	2574	3041	3554	3419	3327	3175	2889
Index	100	151	207	237	287	222	177	152	189	231	315	381	451	527	507	493	470	428
% Inv.	15.7	18.1	20.8	20.5	20.6	18.1	14.6	12.6	13.5	15.0	16.5	16.5	17.4	18.9	17.3	18.5	18.2	15.6
Chemie	439	540	595	700	979	904	751	725	529	781	1063	1084	1032	1685	2305	1949	1595	1904
Index	100	123	136	159	223	206	171	165	121	178	242	247	235	384	525	444	363	434
% Inv.	10.2	9.6	8.9	9.0	10.4	10.9	9.1	8.9	5.6	7.5	8.2	6.9	5.9	8.9	11.6	10.8	9.1	10.3
Baustoffe	110	237	353	373	468	366	457	449	515	728	815	1209	1771	1705	1474	1118	986	954
Index	100	215	321	339	425	333	415	408	468	662	741	1099	1610	1550	1340	1016	896	876
% Inv.	2.6	4.2	5.3	4.8	5.0	4.4	5.6	5.5	5.4	7.0	6.3	7.7	10.1	9.0	7.4	6.2	5.6	5.2
Holzverarb.	138	186	262	368	348	108	98	66	119	139	236	314	292	342	312	269	265	314
Index	100	135	190	267	252	78	71	48	86	101	171	228	212	248	226	195	192	228
% Inv.	3.2	3.3	3.9	4.7	3.7	1.3	1.2	0.8	1.3	1.3	1.8	2.0	1.7	1.8	1.6	1.5	1.5	1.7
Textil & Bekl.	249	459	432	422	306	175	199	185	283	346	443	569	540	496	627	575	641	755
Index	100	184	173	169	123	70	80	74	114	139	178	229	217	199	252	231	257	303
% Inv.	5.8	8.1	6.4	5.4	3.2	2.1	2.4	2.3	3.0	3.3	3.4	3.6	3.1	2.6	3.2	3.2	3.7	4.1
Leder/Gummi	136	92	93	82	69	55	44	45	82	123	163	219	222	261	230	262	286	245
Index	100	68	68	60	51	40	32	33	60	90	120	161	163	192	169	193	210	180
% Inv.	3.2	1.6	1.4	1.0	0.7	0.7	0.5	0.6	0.9	1.2	1.3	1.4	1.3	1.4	1.2	1.5	1.6	1.3
Nahrung	285	456	512	495	474	345	335	335	474	468	573	671	807	891	934	897	887	1069
Index	100	160	180	174	166	121	118	118	166	164	201	235	283	313	328	315	311	375
% Inv.	6.6	8.1	7.6	6.3	5.0	4.2	4.1	4.1	5.0	4.5	4.4	4.3	4.6	4.7	4.7	5.0	5.1	5.8
Papier	82	120	161	210	195	126	204	229	291	237	243	246	282	318	478	343	340	430
Index	100	146	196	256	238	154	249	279	355	289	296	300	344	388	583	418	414	524
% Inv.	1.9	2.1	2.4	2.7	1.7	1.5	2.5	2.8	3.1	2.3	1.9	1.6	1.6	1.7	2.4	1.9	1.9	2.3

1) Ohne Produktionsgenossenschaften und private Betriebe

2) Anteile an den gesamten Industrieinvestitionen

Tabelle 9: Die Effektivität der Investitionen in die Industrie
(Inv./NE) gemessen am Investitionskoeffizienten

in 10 ⁶ Kcs	48/52	53/55	48/55	56/61	48/61	62/65	48/65
Inv. total	24462	25903	50365	73961	124326	74124	198450
Δ NE total	17160	12870	30030	49770	79800	12300	92100
Inv.koeff.	1.43	2.01	1.68	1.49	1.56	6.03	2.15
Inv. Energie	2930	3669	6599	11768	18367	8862	27229
Δ NE Energie	960	790	1750	2670	4420	1258	5678
Inv.koeff.	3.05	4.64	3.77	4.41	4.16	7.02	4.80
Inv. Brennstoffe	2382	3286	5668	13574	19242	10512	29754
Δ NE Brennstoffe	1780	880	2660	4185	6845	1839	8684
Inv.koeff.	1.34	3.73	2.13	3.24	2.81	5.72	3.43
Inv. Metall.	3654	5269	8923	11711	20634	13290	33924
Δ NE Metall.	1930	1580	3510	3681	7191	970	8161
Inv.koeff.	1.89	3.33	2.54	3.18	2.87	13.70	4.16
Inv. Maschinen	4692	4633	9325	11600	20925	13475	34400
Δ NE Maschinen	6040	4940	10980	21908	32888	7993	40881
Inv.koeff.	0.78	0.94	0.85	0.53	0.64	1.69	0.84
Inv. Chemie	2274	2634	4908	5214	10122	7534	17656
Δ NE Chemie	1250	1530	2780	(6031)	(8811)	(4942)	(13753)
Inv.koeff.	1.82	1.72	1.77	(0.86)	(1.15)	(1.52)	(1.28)
Inv. Baustoffe	1073	1291	2364	5487	7851	5283	13134
Δ NE Baustoffe	490	1470	1960	5080	7040	129	7169
Inv.koeff.	2.19	0.88	1.21	1.08	1.12	40.95	1.83
Inv. Holzverarb.	954	554	1508	1166	2674	1188	3862
Δ NE Holzverarb.	1680	610	2290	723	3013	- 598	2415
Inv.koeff.	0.57	0.91	0.66	1.61	0.89	-1.99	1.60
Inv. Textil & Bekl.	1562	680	2242	2366	4608	2339	6947
Δ NE Textil & Bekl.	2070	840	2910	3661	6570	227	6797
Inv.koeff.	0.75	0.81	0.77	0.65	0.70	10.30	1.02
Inv. Leder/Gummi	403	168	571	854	1425	1039	2464
Δ NE Leder/Gummi	- 190	20	- 170	1735	1565	558	2123
Inv.koeff.	- 2.12	-8.40	-3.36	0.49	0.91	1.86	1.16
Inv. Nahrung	1748	1154	2902	3328	6230	3609	9839
Δ NE Nahrung	930	170	1100	1923	3023	445	3468
Inv.koeff.	1.88	6.79	2.64	1.73	2.07	8.11	2.84
Inv. Papier	573	525	1098	1528	2626	1479	4105
Δ NE Papier	360	130	490	928	1418	290	1708
Inv.koeff.	1.59	4.04	2.24	1.65	1.85	5.10	2.40

Tabelle 10: Der Rationalisierungseffekt der Investitionen in die Industrie
(GF in Preisen 1955, NE in Preisen 1964)

1) Grundfondsausstattung pro Arbeiter

	1950	1955	1960	1965
a)GF Industrie	96 034	130 753	184 156	258 109
b)Arbeitskräfte	1 325	1 487	1 759	1 884
GF/Arbeit	72 478	87 931	104 694	137 001
Index	100	121	144	189
GF Energie	10 066	16 027	23 585	32 780
Arbeitskräfte	19	23	25	28
GF/Arbeit	529 789	696 826	943 400	1170 714
Index	100	132	178	221
GF Brennstoffe	13 585	17 555	27 595	40 589
Arbeitskräfte	123	138	157	173
GF/Arbeit	110 447	127 210	175 764	234 618
Index	100	115	159	212
GF Metallurgie	10 013	17 869	28 085	45 295
Arbeitskräfte	93	116	141	157
GF/Arbeit	107 667	154 043	199 184	288 503
Index	100	143	185	268
GF Maschinen	17 428	24 234	34 791	50 601
Arbeitskräfte	332	464	578	640
GF/Arbeit	52 494	52 228	60 192	79 064
Index	100	99	115	151
GF Chemie & Leder/ Gummi	5 486	9 465	14 485	21 740
Arbeitskräfte	110	109	144	166
GF/Arbeit	49 873	86 835	100 590	130 964
Index	100	174	202	263
GF Baustoffe	5 881	7 769	12 219	17 271
Arbeitskräfte	109	112	137	138
GF/Arbeit	53 954	69 366	89 199	125 152
Index	100	129	165	232
GF Holzverarbeit.	2 053	2 888	3 569	4 583
Arbeitskräfte	87	96	103	107
GF/Arbeit	23 598	30 083	34 650	42 832
Index	100	127	147	182
GF Textil & Bekl.	12 973	13 702	14 204	15 859
Arbeitskräfte	261	245	274	276
GF/Arbeit	49 705	55 927	51 839	57 460
Index	100	113	104	116
GF Nahrung	15 283	16 745	19 108	21 375
Arbeitskräfte	146	137	145	142
GF/Arbeit	104 678	122 226	131 779	150 528
Index	100	117	126	144
GF Papier	3 101	3 947	5 704	7 101
Arbeitskräfte	41	42	47	48
GF/Arbeit	75 634	93 976	121 362	147 938
Index	100	124	160	196

Fortsetzung Tabelle 10:

2) Arbeitsproduktivität

	1950	1955	1960	1965
NE Industrie	52 770	72 930	111 700	135 000
NE/Arbeit	39 826	49 045	63 502	71 656
Index	100	123	159	180
NE Energie	2 170	3 500	5 669	7 428
NE/Arbeit	114 211	152 174	226 760	265 286
Index	100	133	199	232
NE Brennstoffe	4 650	6 790	10 317	12 814
NE/Arbeit	37 805	49 203	65 713	74 069
Index	100	130	174	196
NE Metallurgie	4 400	7 090	10 262	11 741
NE/Arbeit	47 312	61 312	72 780	74 783
Index	100	129	154	158
NE Maschinen	13 650	21 240	39 127	51 141
NE/Arbeit	41 114	45 776	67 694	79 908
Index	100	111	165	194
NE Chemie & Leder/Gummi	5 650	7 340	(13 254)	(20 606)
NE/Arbeit	51 364	67 339	(92 042)	(124 133)
Index	100	131	(179)	(242)
NE Baustoffe	3 270	5 020	9 509	10 229
NE/Arbeit	30 000	44 821	69 409	74 123
Index	100	149	231	247
NE Holzverarbeit.	3 040	4 650	5 289	4 775
NE/Arbeit	34 943	48 438	51 350	44 626
Index	100	139	147	128
NE Textil & Bekleid.	8 710	9 260	13 879	13 148
NE/Arbeit	33 372	37 796	50 653	47 638
Index	100	113	152	143
NE Nahrung	5 050	5 340	6 892	7 708
NE/Arbeit	34 589	38 978	47 531	54 282
Index	100	113	137	157
NE Papier	2 290	2 370	3 171	3 588
NE/Arbeit	55 854	56 429	67 468	74 750
Index	100	101	121	134

a) in 10^6 Kčs

b) 1000 Arbeiter

Fortsetzung Tabelle 10:

3) Rationalisierungs-(Substitutions-)effekt

	1950	1955	1960	1965
Industrie total				
<u>Index NE/Arbeit</u>	1.000	1.017	1.104	0.952
<u>Index GF/Arbeit</u>				
Energie				
<u>Index NE/Arbeit</u>	1.000	1.008	1.118	1.050
<u>Index GF/Arbeit</u>				
Brënnstoffe				
<u>Index NE/Arbeit</u>	1.000	1.130	1.094	0.925
<u>Index GF/Arbeit</u>				
Metallurgie				
<u>Index NE/Arbeit</u>	1.000	0.902	0.832	0.590
<u>Index GF/Arbeit</u>				
Maschinenbau				
<u>Index NE/Arbeit</u>	1.000	1.121	1.435	1.285
<u>Index GF/Arbeit</u>				
Chemie, Leder/Gummi				
<u>Index NE/Arbeit</u>	1.000	0.753	(0.886)	(0.920)
<u>Index GF/Arbeit</u>				
Baustoffe				
<u>Index NE/Arbeit</u>	1.000	1.155	1.400	1.065
<u>Index GF/Arbeit</u>				
Holzverarbeit.				
<u>Index NE/Arbeit</u>	1.000	1.094	1.000	0.703
<u>Index GF/Arbeit</u>				
Textil & Bekleid.				
<u>Index NE/Arbeit</u>	1.000	1.000	1.462	1.233
<u>Index GF/Arbeit</u>				
Nahrung				
<u>Index NE/Arbeit</u>	1.000	0.966	1.087	1.090
<u>Index GF/Arbeit</u>				
Papier				
<u>Index NE/Arbeit</u>	1.000	0.815	0.756	0.684
<u>Index GF/Arbeit</u>				

Erklärungen zu den Tabellen

Tabelle 1: Gesellschaftliches Gesamtprodukt (GP), Nationaleinkommen (NE) und Produktionsverbrauch (PV) von 1948 bis 1965 in 10^9 Kčs zu Preisen von 1964

Die Berechnung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts erfolgte mit Hilfe der Angaben für das Jahr 1964 zu laufenden Preisen, der Indexzahlen 1948 - 1965 und der Anteile einzelner Wirtschaftssektoren am Gesamtprodukt im Jahre 1964.

Quelle: Statistická ročenka 1966, a.a.O., S.24f., 28, 32, 123 und Statistická ročenka 1959, S.35.

Das Nationaleinkommen wurde nach derselben Methode berechnet.

Quelle: Statistická ročenka 1966, S.24f., 125 und Statistická ročenka 1959, S.35.

Der Produktionsverbrauch ergab sich als Differenz zwischen dem Gesamtprodukt und dem Nationaleinkommen:

Tabelle 2: Investitionen 1948 bis 1965 in 10^6 Kcs

Quelle: Statistická ročenka 1966, S.26f. und Statistická ročenka 1959, S.111.

Die Investitionen schließen die Generalreparaturen nicht ein. Wir wollen sie als Neuinvestitionen bezeichnen, d.h. Bruttoinvestitionen minus dem Wert der aus dem Betrieb genommenen Grundfonds.

Tabelle 3: Die Effektivität der produktiven Investitionen von 1948 bis 1965 gemessen am Investitionskoeffizienten

Quelle: Tab. 1 und 2

Investitionskoeffizient (IK) errechnet als Verhältnis der Investitionssumme in einer Periode und des Zuwachses des GP (bzw. NE) in derselben um ein Jahr verschobenen Periode (time lag 1 Jahr). Beispiel:

$$IK \ 1955/53 = \frac{\sum_{i=1}^3 Inv. \cdot i}{\sum_{i=2}^3 GP \cdot i} = \frac{Inv. 1952 + Inv. 1953 + Inv. 1954}{GP \ 1955 - GP \ 1952} = \frac{43,2}{42,8} = 1,01$$

Tabelle 4: Der Kapazitätseffekt der Investitionen

Quelle: Statistická ročenka 1961, S.118f., 129 und Statistická ročenka 1966, S. 26f., 158.

Der Kapazitätseffekt wurde berechnet als Verhältnis des Grundfondszuwachses in einer Periode und der Investitionssumme derselben um ein Jahr vorhergeschobenen Periode.

Tabelle 5: Der Rationalisierungseffekt der Investitionen

Quelle: Statistická ročenka 1966, S.172 und 180

Berechnung des Rationalisierungs- bzw. Substitutionseffekts

1) Grundfondsausstattung pro Arbeitskraft, Index

2) Arbeitsproduktivität: a) NE/ Arbeitskräftezahl in einem Jahr

b) GP/ Arbeitskräftezahl in einem Jahr

3) Rationalisierungseffekt = $\frac{\text{Index der Grundfondsausstattung}}{\text{Index der Arbeitsproduktivität}}$

• 1948 - 65, 1948 = 100

Tabelle 6: Die Bruttonproduktion der Industrie zu Preisen von 1964 in 10⁶ Kčs

Quelle: Statistická ročenka 1966, S.28f. und 194,
Statistická ročenka 1965, S.182, Statistická ročenka 1960, S.137,
Statistická ročenka 1959, S.143

Die Berechnung der Bruttonproduktion der einzelnen Industriezweige in den Preisen des Jahres 1964 erfolgte unter Anwendung der offiziellen Indizes für die Jahre 1948-65 und der Anteile einzelner Zweige an der gesamten Industrieproduktion im Jahre 1964.

Tabelle 7: Die Nettoproduktion der Industrie zu Preisen von 1964 in 10⁶ Kčs

Quelle: Errechnet mit Hilfe von Indizes der Nettoproduktion aus:
Staller, G.J.: Czechoslovak Industrial Growth 1949 - 1959, S.389,
in: The American Economic Review, June 1962, No.3.

Anmerkungen:

- a) Bei der gesamten Industrie ausgegangen in den Jahren 1948-59 vom Staller-schen Index und unserem Nettoproduktionswert für das Jahr 1948 (in Prei-sen von 1964). Für die Jahre 1960-65 Angaben aus Tab.1 übernommen.
- b) Den Angaben bei den einzelnen Zweigen liegen die Stallerschen Indizes und die Anteile der Zweige an der gesamten Nettoindustrieproduktion zugrunde (für die Jahre 1948 - 59).
- c) Für die Jahre 1960-65 wurde die Nettoproduktion einzelner Industriezweige geschätzt mit Hilfe der durchschnittlichen jährlichen Steigerung des Produktionsverbrauchs (= Differenz zwischen Brutto- und Nettoproduktion) in den einzelnen Zweigen in den Jahren 1955-59. Die Differenz zwischen den geschätzten Werten des Produktionsverbrauchs für die Jahre 1960-65 und der Bruttonproduktion einzelner Zweige (Tab.6) ergab die Nettopro-duktionswerte.

- d) Die wirkliche Steigerung des Produktionsverbrauchs einzelner Zweige muß - der tatsächlichen Entwicklung des Produktionsverbrauchs der gesamten Industrie in den Jahren 1960 - 65 entsprechend - höher und die Nettoproduktionswerte der Zweige müssen infolgedessen niedriger gewesen sein als unsere geschätzten Zahlen. Deswegen ergibt die Addition der Nettoproduktion der Zweige eine höhere Summe für die gesamte Industrie als die tatsächliche den Statistiken entnommene Gesamtsumme.
- e) Weitere Verzerrungen ergeben sich aus der Übernahme der Stallerschen Gliederung der Industriezweige, die bei einigen Zweigen aller Wahrscheinlichkeit nach (Chemie, Leder und Gummi) mit der in der tschechoslowakischen Statistik üblichen Klassifikation nicht übereinstimmen.
- f) So entspricht die errechnete Nettoproduktion der Chemieindustrie wahrscheinlich unseren, auf offiziellen Angaben basierenden Werten für die Bruttoproduktion (Zahlen in Klammern). Aus dem Artikel von G. Staller geht nicht hervor, was zusätzlich unter Chemie zu verstehen ist; die sonst in der tschechoslowakischen Literatur mit der Chemieindustrie zusammen ausgewiesene Gummiindustrie gehört bei Staller zu der lederverarbeitenden Industrie.

Tabelle 8: Die Investitionen in die Industrie in 10^6 Kčs zu Preisen von 1964
Quelle: Statistická ročenka 1966, S.26 und Statistická ročenka 1959, S.111.

Tabelle 9: Die Effektivität der Investitionen in der Industrie
Berechnungsprinzip siehe Erklärung zu Tabelle 3.

Tabelle 10: Der Rationalisierungs- bzw. Substitutionseffekt der Investitionen in die Industrie
Quelle: Statistická ročenka 1966, S.179 und 208.

Rationalisierungseffekt errechnet sich gleich wie in der Tab.5 als Verhältnis der Entwicklung der Grundfondsausstattung pro Arbeitskraft und der Arbeitsproduktivität.

Anmerkung:

An dieser Stelle sei auf das Buch von T.P. Alton, Czechoslovak National Income and Product 1947-1948 and 1955-1956 (N.Y., London 1962), hingewiesen, das sich ausführlich mit der Berechnung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts und des Nationaleinkommens nach Entstehungssektoren und zu Faktorkosten beschäftigt. Um an verlässlichere Daten als die in den offiziellen Statistiken zu gelangen, wurden für die erwähnten Jahre alle verfügbaren Quellen einschließlich der Tagespresse ausgewertet. Für die vorliegende Arbeit über die tschechoslowakische Investitionspolitik wurde dieses Buch nicht als Grundlage herangezogen, hauptsächlich aus Gründen der Unvergleichbarkeit der offiziellen und der von T.P. Alton, V. Holesovský und Koll. errechneten Daten. Für unseren Zweck, nämlich die Entwicklungstendenzen des Volumens und der Struktur der Investitionen festzustellen, war die auf zu kurze Zeitabschnitte beschränkte Datenermittlung von Alton und Kollegen nicht brauchbar.

LITERATURVERZEICHNIS

1. Bücher, Sammelwerke

- Autorenkollektiv: Vývoj a cíle národohospodářské politiky ČSSR
(Entwicklung und Ziele der Volkswirtschaftspolitik der ČSSR),
Prag 1968, Reihe: Fragen der Volkswirtschaftspolitik
- Autorenkollektiv: Stručný hospodářský vývoj Československa do roku 1955
(Kurze Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung der
Tschechoslowakei bis zum Jahr 1955), Prag 1969
- Autorenkollektiv: Příspěvky k vývoji československého hospodářství
v letech 1949-1955 (Beiträge zur Entwicklung der tschecho-
slowakischen Wirtschaft in den Jahren 1949-1955), Prag 1969
- Autorenkollektiv: Ekonomika československého průmyslu (Ökonomik der
tschechoslowakischen Industrie), Lehrbuch, Prag 1961
- Autorenkollektiv: 15 budovatelských let (15 Aufbaujahre), Prag 1966
- Autorenkollektiv: 20 let rozvoje ČSSR (20 Jahre Entwicklung der ČSSR),
Prag 1965
- Autorenkollektiv: Příruční slovník k dějinám KSČ (Handwörterbuch zur
Geschichte der KPTsch), Prag 1964
- Autorenkollektiv: Der tschechoslowakische Fünfjahr-Wirtschaftsplan
(Übersetzung aus dem Tschechischen), Prag 1948
- Autorenkollektiv: ČSR-Wirtschaft und Handel (Übersetzung aus dem
Tschechischen), Prag 1955
- Autorenkollektiv: Statistická ročenka ČSSR (Statistisches Jahrbuch der ČSSR),
Prag, Jahrgang 1959, 1960, 1961, 1962, 1966
- Autorenkollektiv: Politische Ökonomie des Sozialismus, Berlin 1973
- Autorenkollektiv: Handbuch der Tschechoslowakei, München 1966
- Autorenkollektiv: Ökonomische Diskussion in der Tschechoslowakei,
Heft 1, Prag 1964
- Autorenkollektiv: Zehn Jahre Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe,
Berlin 1960
- Alton, T.P.: Czechoslovak National Income and Product 1947 - 1948 and
1955-1956, New York and London 1962
- Boldyrjov, B.G.: Die Finanzen der europäischen Länder der Volksdemo-
kratie, Berlin 1953
- Fantl, J.: Dlouhodobý vývoj struktury průmyslu v hlavních kapitalistických
zemích (Langfristige Strukturentwicklung der Industrie in den
wichtigsten kapitalistischen Ländern), Prag 1960
- Feiwel, G.R.: New Economic Patterns in Czechoslovakia, New York 1968
- Goldmann, J.: Probleme der tschechoslowakischen Wirtschaftsplanung
(Übersetzung aus dem Tschechischen), Prag 1949
- Goldmann, J. und Kouba, K.: Hospodářský růst v ČSSR (Wirtschafts-
wachstum in der ČSSR), Prag 1967
- Jöhr, W.A.: Wachstumstheorie und Wachstumspolitik, St.Gallen 1968

- Hahn, G.: Investitionslenkung im sowjetischen Wirtschaftssystem, Stuttgart 1967
- Hensel, K.P.: Die sozialistische Marktwirtschaft in der Tschechoslowakei, Stuttgart 1968
- Hinkelammert, F.J.: Neue wissenschaftliche Planungsmethoden, in: Osteuropa Handbuch, Band Sowjetunion: Das Wirtschaftssystem, Köln, Graz 1965
- Kalecki, M.: Náčrt teorie růstu socialistické ekonomiky (Skizze der Theorie des Wachstums der sozialistischen Ökonomik). Übersetzung aus dem Polnischen, Prag 1965
- Kiesewetter, B.: Die Wirtschaft der Tschechoslowakei seit 1945, Berlin 1954
- Klinkmüller, E. und Ruban, M.: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Ostblockstaaten, Berlin 1960
- Kodet, Z.: Hmotná zainteresovanost v průmyslu ČSSR (Die materielle Interessiertheit in der Industrie der ČSSR), Prag 1963
- Kohlmei, G.: Nationale Produktivität, dynamische Produktionen, internationale Arbeitsteilung, in: Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Heft 4, Berlin 1965
- Kožušník, C.: Die Entwicklung des sozialistischen Wirtschaftssystems in der Tschechoslowakei, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 11. Jahr, Tübingen 1966
- Lenin, W.I.: Werke, Band 1, Berlin 1961
- Malý, B.: Mezinárodní specialisace komplexu ekonomiky ČSSR (Internationale Spezialisierung des Wirtschaftskomplexes der ČSSR), Prag 1966
- Meinhold, H.: Stichwort: Investitionen, in: Handbuch der Sozialwissenschaften, Band 5, Stuttgart 1956
- Michal, J.: Central Planning in Czechoslovakia, Stanford 1960
- Mrázek, O. und Koll.: 15 let hospodaření lidově demokratického Československa (15 Jahre Wirtschaft der Volksdemokratie Tschechoslowakei), Prag 1960
- Nešvera, V.: Investitionen in Österreich und in der Tschechoslowakei, Wien 1970
- Nykryn, J. und Koll.: Der sozialistische Außenhandel und der Nutzeffekt der Außenhandelsgeschäfte, Berlin 1962
- Pohl, O.: Úloha státní banky československé v národním hospodářství (Die Aufgabe der tschechoslowakischen Staatsbank in der Volkswirtschaft), Prag 1960
- Richta-Report: Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts (Übersetzung aus dem Tschechischen), Frankfurt 1971
- Rohlíček, R.: Finance a vědecko-technický pokrok (Finanzen und der wissenschaftlich-technische Fortschritt), Prag 1966
- Rudolph, J.: Grundriß der Volkswirtschaftsplanung, in: Die Wirtschaft, Berlin 1957
- Seton, F.: Investitionsvolumen und Investitionspolitik, in: Osteuropa Handbuch, Band Sowjetunion: Das Wirtschaftssystem, Köln, Graz 1965

- Stalin, J.: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Berlin 1955
- Tesař, J.: Investice v nové soustavě řízení (Investitionen in dem neuen Lenkungssystem), in der Reihe: Za vyšší úroveň plánovitého řízení, Heft 19, Prag 1966
- Tuček, M.: Finance průmyslu (Finanzen der Industrie), Prag 1961
- Tureček, O.: Die Verwirklichung des Sozialismus in der Tschechoslowakei, in: Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der Volksrepublik China, Herausg.: Jahn, G., Bissing, W.M. Hrhr.v., Berlin 1961
- Vachel, J. und Koll.: Analýza vývoje československého hospodářství (Analyse der tschechoslowakischen Wirtschaftsentwicklung), Prag 1965
- Veltruský, V. und Koll.: Československé finance (Tschechoslowakische Finanzen), Prag 1958
- Wedel Parlow, W.v.: Kreditpolitik als Instrument der Plandurchsetzung: Die tschechoslowakischen Erfahrungen 1959-1961, unveröff. Studie, Freie Universität Berlin 1975
- Wörterbuch Ökonomie Sozialismus, Berlin 1967
- Zinn, K.G.: Sozialistische Planwirtschaftstheorie, Stuttgart 1971

2. Zeitschriftenartikel, Erlässe, Beschlüsse

Zeitschriften:

- American Economic Review, June 1962, Nr.3:
Staller, J.: Czechoslovak Industrial Growth
- Außenhandel der Tschechoslowakei, Prag 1964, Nr.3:
Mareš, F.: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Tschechoslowakei mit der Sowjetunion
- Außenhandel der Tschechoslowakei, Prag 1965, Nr.1:
Palouš, J.: Die Entwicklung der Struktur des tschechoslowakischen Außenhandels
- Außenhandel der Tschechoslowakei, Prag 1965, Nr.4:
Zur XIX. Tagung des RGW
- Außenhandel der Tschechoslowakei, Prag 1964, Nr.4:
Redaktionsmaterial: Der tschechoslowakische Staatsplan für das Jahr 1964
- Außenhandel der Tschechoslowakei, Prag 1965, Nr.8:
Apetauer, G.: Einige Vergleiche der Integrationsprozesse in der EWG und im RGW
- Außenhandel der Tschechoslowakei, Prag 1965, Nr.10:
Orlíček, Z.: Wertung des wirtschaftlichen Nutzeffekts der mit Außenhandel verbundenen Investitionen
- Außenhandel der Tschechoslowakei, Prag 1965, Nr.11:
Poldáček, A.: Die tschechoslowakisch-sowjetische Zusammenarbeit
- Außenhandel der Tschechoslowakei, Prag 1966, Nr.4:
Maršík, D.: Die Tschechoslowakei im Welthandel

- Außenhandel der Tschechoslowakei, Prag 1968, Nr.9:
Růžička, J.: Die Eingliederung der tschechoslowakischen
Wirtschaft in die internationale Arbeitsteilung
- Außenhandel der Tschechoslowakei, Prag 1968, Nr.10:
Vintera, J.: Die Wirtschaft der Tschechoslowakei vor
50 Jahren, nach 1945 und ihr gegenwärtiger Stand
- Economic Survey of Europe, Genf 1955, Chapter 7
- Ekonomický časopis, Bratislava 1962, Nr.4:
Vít, J.: Financování výstavby hospodářských organizací
(Finanzierung von Ausbau der Wirtschaftsorganisationen)
- Ekonomický časopis, Bratislava 1963, Nr.5:
Rohlíček, R.: O využití funkcí a úloh úvěru za socialismu
(Über die Anwendung von Funktionen und Aufgaben des Kredits
im Sozialismus)
- Finance a úvěr, Prag 1962, Nr.2:
Kropáč, L.: Opatření při provádění decentralisované výstavby
(Maßnahme zur Durchführung von dezentralisiertem Ausbau)
- Handel Zagraniczny, Warszawa 1973, Nr.9:
Leszek, T.: Problemy kooperacji produkcji w ramach RWPG
(Probleme der Produktionskooperation im Rahmen des RWG)
- Hospodářské noviny, Prag 1963, Nr.45 und 46:
Selucký, R.: Proti dogmatismu, za tvořivý vývoj ekonomické
vědy (Gegen Dogmatismus, für eine schöpferische Entfaltung
der Wirtschaftswissenschaft)
- Hospodářské noviny, Prag 1964, Nr.4: Beilage
- Hospodářské noviny, Prag 1964, Nr.9:
Rozsypal, K.: Co je a není reálně (Was ist und was ist
nicht realistisch)
- Hospodářské noviny, Prag 1968, Nr.3: Beilage
- Hinter dem eisernen Vorhang, München 1962, Nr.III: Rubrik Tschechoslowakei
- Hinter dem eisernen Vorhang, München 1964, Nr.I: Rubrik Tschechoslowakei
- Hinter dem eisernen Vorhang, München 1964, Nr.VII: Rubrik Tschechoslowakei
- Hinter dem eisernen Vorhang, München 1964, Nr.XI: Rubrik Tschechoslowakei
- Neue Richtungen in der tschechoslowakischen Ökonomie, Prag 1966, Nr.3:
Goldmann, J.: Leben wir über unsere Verhältnisse?
- Neue Richtungen in der tschechoslowakischen Ökonomie, Prag 1967, Nr.2:
Šik, O.: Das neue System der planmäßigen Leitung in der ČSSR
- Neue Richtungen in der tschechoslowakischen Ökonomie, Prag 1968, Nr.2:
Platzer, R.: Die Koordinierung der Volkswirtschaftspläne der
Mitgliedstaaten des RGW
- Nová mysl, Prag 1956, Sondernummer Juni: Die gesamtstaatliche Konferenz
der KPTsch
- Nová mysl, Prag 1964, Nr.4:
Bělohlávek, I.: Jak dál v investiční výstavbě
(Wie weiter im Investitionsausbau)
- Osteuropa Wirtschaft, Stuttgart 1956, Nr.1:
Thalheim, K.C.: Die Entwicklung der Wirtschaftsintegration
im Ostblock

- Osteuropa Wirtschaft, Stuttgart 1956, Nr.1:
Hofmann, W.: Der VI. Fünfjahresplan und die sozial-
ökonomischen Veränderungen in der Sowjetunion
- Osteuropa Wirtschaft 1960/61:
Wessely, K.: Die Wirtschaft der Tschechoslowakei im
Übergang zum 3. Fünfjahresplan
- Osteuropa Wirtschaft, Stuttgart 1962, Nr.1:
Bräker, H.: Die Tagungen des RGW und ihre Ergebnisse
- Plánované hospodářství, Prag 1956, Nr.6:
Směrnice ÚV KSČ pro sestavení 2. pětiletky (Richtlinien
des ZK der KPTsch für die Aufstellung des 2. Fünfjahresplans)
- Plánované hospodářství, Prag, 1956, Nr.9:
Kolář, J.: Charakter 2. československé pětiletky
(Charakter des 2. Fünfjahresplans)
- Plánované hospodářství, Prag 1957, Nr.3:
Šimůnek, O.: K otázkám rozvoje národního hospodářství
ČSSR (Zu den Fragen der Entwicklung der Volkswirtschaft
in der ČSSR)
- Plánované hospodářství, Prag 1959, Nr.11:
Směrnice třetí pětiletky (Richtlinien für den dritten
Fünfjahresplan)
- Plánované hospodářství, Prag 1960, Nr.10:
Současné problémy černé metalurgie (Gegenwärtige
Probleme der Schwarzmetallurgie)
- Plánované hospodářství, Prag 1960, Nr.12:
Zákon o třetím pětiletém plánu rozvoje (Gesetz über den
dritten Fünfjahres-Entwicklungsplan)
- Plánované hospodářství, Prag 1962, Nr.5:
Krejčí, J.: Účinněji zabezpečovat úkoly investiční (Wirkungs-
vollere Sicherstellung von Investitionsaufgaben)
- Plánované hospodářství, Prag 1962, Nr.7:
Gajdošek, P.: Investiční výstavba v metalurgii
(Investitionsausbau in der Metallurgie)
- Plánované hospodářství, Prag 1963, Nr.4:
Johanovský, K.: Zabezpečit hlavní úkoly investiční výstavby
v roce 1963 (Sicherstellung der Hauptaufgaben des Investi-
tionsausbaus im Jahre 1963)
- Plánované hospodářství, Prag 1963, Nr.10:
Porvazník, J.: Rychlejší uvádění kapacit do prevádzky
(Schnellere Inbetriebnahme von Kapazitäten)
- Plánované hospodářství, Prag 1964, Nr.9:
Goldmann, J.: Tempo růstu a opakující se výkyvy v některých
socialistických zemích (Wachstumstempo und die sich wieder-
holenden Schwankungen in einigen sozialistischen Ländern)
- Plánované hospodářství, Prag 1967, Nr.12:
Stríbrský, M.: K problematice obchodních vztahů ČSSR a SSSR
(Zur Problematik der Handelsbeziehungen zwischen der ČSSR
und der UdSSR)

Plánované hospodářství, Prag 1974, Nr.4:

Kubík, J.: Výrobní kooperace - instrument ekonomické integrace mezi ČSSR a SSSR (Produktionskooperation - ein Instrument der Wirtschaftsintegration zwischen der ČSSR und der UdSSR)

Politická ekonomie, Prag 1955, Nr.5:

Bálek, A.: Některé problémy socialistické industrialisace (Einige Probleme der sozialistischen Industrialisierung)

Politická ekonomie, Prag 1967, Nr.7-8:

Klasek, J. und Pleva, J.: Efektivnost operací zahraničního obchodu na trhu EHS (Die Effektivität der Außenhandelsoperationen auf dem Markt der EWG)

Rudé Právo, Prag 23.12.1966:

Z plenárního zasedání ÚV KSČ, 19.-20.12.1966 (Aus der Plenarsitzung des ZK der KPTsch am 19. - 20.12.1966)

Rudé Právo, Prag 16.10.1962:

Výhledy dalšího vývoje naší socialistické společnosti (Aussichten der weiteren Entwicklung unserer sozialistischen Gesellschaft)

Vporosy ekonomiky, Moskau 1958, Nr.9:

Vsjesojuznaja nauchno-techničeskaja konferencija (Allunion wissenschaftlich-technische Konferenz)

Wirtschaftswissenschaft, Berlin 1962, Nr.2:

Kunz, W.: Die Angleichung des ökonomischen Entwicklungsniveaus der sozialistischen Länder

Beschlüsse.

Usnesení XII. sjezdu KSČ o hlavních směrech dalšího rozvoje naší socialistické společnosti (Beschluss der XII. Tagung der KPTsch über die Hauptrichtungen weiterer Entwicklung unserer sozialistischen Gesellschaft, vom 8.12.1962), in: XII. sjezd KSČ, Prag 1963 (XII. Tagung der KPTsch)

Od X. do XI. sjezdu (Von der X. bis zu der XI. Tagung), in: Usnesení a dokumenty ÚV KSČ, Prag 1958 (Beschlüsse und Dokumente des ZK der KPTsch)

LEBENS LAUF

Stanislava Brunner, geb. Králíková

geb. 11.11.1945 in Prag, ČSSR

1952 - 1960	Volks- und Bürgerschule, Prag
1960 - 1963	Allgemeinbildende Mittelschule, Prag Abschluß: Abitur
1963 - 1968	Hochschule für Ökonomie, Prag Fachrichtung: Volkswirtschaftliche Planung Abschluß: Diplom (Dipl.-Ing.)
1968 - 1972	Freie Universität Berlin Fachrichtung: Volkswirtschaft
1970	Zulassung zur Promotion Freie Universität Berlin
1972 - 1973	Sprachkurse und Arbeit an der Dissertation in den USA, 'University of Pittsburgh
1975	Abschluß der Dissertation, FU Berlin. Wissenschaftliche Betreuung: Prof. Dr. Karl C. Thalheim und Prof.Dr. Peter Knirsch
1976	Promotion, FU Berlin

Stanislava Brunner

